

DAS ARGUMENT 151

Editorial	317
Peter-Paul Zahl: Über den Tag hinaus	320
Günther Anders: Gegen Hoffen	324
Den Zusammenhang denken	
Joachim Hirsch	
Postfordismus? Neuformierung des Kapitalismus	325
Gerhard Hauck	
Wallersteins Weltsystem	343
Veit-Michael Bader	
Kommunikatives Handeln und Legitimität bei Habermas	355
Traugott Schöfthaler	
Soziologie als »interaktionsfreie Kommunikation«: Luhmann	372
* * *	
Alonso Aguilar M.: Strategien der Entwicklung in Lateinamerika	384
Eckard Holler: Soziokultur gegen Elitekultur?	398
Heiko Haumann: Alltags- und Regionalgeschichte	405
<u>Dokumentation</u> : Verschwundene in Honduras	419
<u>Interventionen</u> : Zur »Frauenfrage« (Block/Börger); FAZ zu Argument 149	423
<u>Kongreßberichte</u> : Intellektuelle und Arbeiterbewegung, Kooperation Hochschule und Gewerkschaften; Hamburger Frauenwoche	425
<u>Besprechungen</u> : Hermeneutik; Luther; Peter Weiss; Satire; Architektur; Arbeitspolitik; Erziehungskonzepte;	
Wahlen und Parteien; Verschuldungskrise und Weltwirtschaft	433
Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries	482

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Kuno Füssel (Münster), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Jutta Held (Osnabrück), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Harberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Prof. Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Prof. Dr. Jutta Brückner, Anke Bünz-Elfferding, Dr. Dagmar Burgdorf, Ursula Czock, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Gisela Heinrich, Birgit Jansen, Marlies Koschinek, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Dr. Sigrid Pohl, Nora Räthzel, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald, Heike Vetterlein

Geschäftsführung: Helga Karl

Verlag und Redaktion: Argument-Verlag GmbH, Altensteinstraße 48a, D-1000 Berlin 33, Tel. 030/8314079 (montags bis freitags 10 bis 14 Uhr)

Anzeigen (o.Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Forget, Philippe (Hrsg.): Text und Interpretation. Deutsch-Französische Debatte (C. Albert)</i>	433
<i>Henrich, Dieter, und Wolfgang Iser (Hrsg.): Funktionen des Fiktiven. Poetik und Hermeneutik X (W. Kindermann)</i>	434
<i>Böhme, Hartmut, und Gernot Böhme: Das Andere der Vernunft. Zur Entwicklung von Rationalitätsstrukturen am Beispiel Kants (M. Weingarten)</i>	436
<i>Pohl, Friedrich Wilhelm, und Christoph Türcke: Heilige Hure Vernunft. Luthers nachhaltiger Zauber (H.E. Schiller)</i>	438
<i>Schuffenhauer, Werner, und Klaus Steiner (Hrsg.): Martin Luther in der deutschen bürgerlichen Philosophie 1517-1845 (R. Hesse)</i>	439
<i>Anders Günther: Ketzereien (R. Körner)</i>	440

(Fortsetzung auf S.VIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1985 in 6 Heften (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerblose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig m.Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinforma-

Zum Heft

Im Themenschwerpunkt treffen sich vier Ansätze, die heutige Welt im Zusammenhang zu denken. Veit-Michael Bader fragt anlässlich der Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas, ob sich demokratisch-sozialistische Politik derart weitausgreifende Fundierung überhaupt leisten kann. Er drückt damit ein Mißtrauen aus, das Globaltheorien vielfach entgegenschlägt. Leicht kann aus dem großen Zugriff die zudeckende Geste werden. Jedoch stoßen heute die sozialen Bewegungen bei dem Versuch, ihre Fragen konsequent zu verfolgen, unweigerlich auf deren Zusammenhänge im globalen Maßstab. Das gilt für die Arbeiterbewegung (angesichts der neuen internationalen Arbeitsteilung) nicht anders als für Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegung. An Erklärungen des Gesamtzusammenhangs gibt es wachsenden Bedarf.

Joachim Hirsch thematisiert die großen Formationen des Kapitalismus, die jeweils durch das Verhältnis einer spezifischen Akkumulationsstrategie und einer politisch-ideologischen Hegemonialstruktur geprägt sind und dort, wo Akkumulation und Hegemonialstruktur in Widerspruch zueinander treten, in die Krise geraten. Vor dem Hintergrund der Krise des »Fordismus« (tayloristische Arbeitsorganisation, Massenproduktion billiger Konsumgüter, »keynesianischer Staat« etc.) versucht Hirsch die neuen, heterogenen, zum Teil noch unentschiedenen und undeutlichen Züge gegenwärtiger Arbeit, Ökonomie und Politik zum Zusammenhang eines postfordistischen Kapitalismus in der Perspektive wirksamer demokratisch-sozialistischer Eingriffe zu fügen.

Immanuel Wallersteins Arbeiten richten sich auf das kapitalistische »Weltsystem«; auch sein jüngstes, im Argument-Verlag erschienenenes Buch über den »historischen Kapitalismus« zeigt, daß die Nationalgesellschaften nur aus ihrer Stellung im ökonomisch-politischen Weltzusammenhang verstanden werden können. Gerhard Hauck kritisiert, daß Wallerstein das »Weltsystem« auf Zirkulationsprozesse, auf den »ungleichen Tausch« zwischen Zentrum und Peripherie reduziere. Zur Erklärung der Reichtumsunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie und der Dynamik des kapitalistischen Weltsystems müsse man den kapitalistischen Produktionsprozeß und damit die Verwandlung von persönlich-abhängiger Arbeit in freie Lohnarbeit in den Mittelpunkt der Analyse stellen. Von hier aus erschließe sich die Funktionalität der »halbproletarisierten« Arbeit an der Peripherie für die kapitalistische Reproduktion.

Die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas läßt sich als Legitimitäts-Theorie verstehen: Legitimität ist der wesentliche Mechanismus der Koordination menschlicher Handlungen in der »Lebenswelt« und verlangt, soll sie rational begründet werden, daß die moralisch-praktischen Fragen der Geltung von Normen nicht aus der wissenschaftlichen Bearbeitung ausgeklammert werden dürfen. Veit-Michael Bader diskutiert die Versuche von Habermas, die Unmöglichkeit nicht-wertenden Verstehens zu begründen. Er prüft kritisch seinen Anspruch, Verständigung als faktischen Mechanismus der Handlungskoordination zu erweisen und zu zeigen, daß kommunikative Rationalität in modernen Verständigungsformen praktisch wahr geworden sei.

Das 1984 erschienene Hauptwerk von Niklas Luhmann zur Theorie sozialer Systeme versucht Traugott Schöfthaler im Verhältnis zum Habermas'schen Hauptwerk zu lesen: beide Theorien seien von der Spannung zwischen ideologischer »Selbstbeschreibung« der Gesellschaft und dem Bemühen um Distanz zu ihr gezeichnet. Letzteres wird als das Aufklärerische der Theoriebildung gezeigt, die im Falle Luhmanns gegen weite Bestände sozialwissenschaftlichen Denkens, insbesondere seiner humanistischen Traditionen gerichtet ist. Systemtheorie beschreibt Gesellschaft als Kommunikationssystem, das durch

eine wachsende Kluft von menschlicher Interaktion getrennt ist, was soziologische Theorie zu einem wachsenden Abstraktionsgrad zwingt.

Der Verwissenschaftlichung des Zusammenhang-Denkens sind alle vier Versuche und die Diskussionen um sie gewidmet. Ansätze wie die von Hirsch oder Wallerstein zeigen, daß der Marxismus — nach Enttäuschungen über »Universalschlüssel«, die nicht passen wollen — zu neuer Produktivität fähig ist. Und auch dort, wo behauptet wird, die »Vulkane des Marxismus« seien erloschen (Luhmann), wird der Leser zu produktiven Auseinandersetzungen provoziert, etwa durch Luhmanns Analyse des »Immunsystems« moderner Gesellschaften: »Das System immunisiert sich nicht gegen das Nein, sondern mit Hilfe des Nein; es schützt sich nicht gegen Änderungen, sondern mit Hilfe von Änderungen ...« Zur Herausforderung für jede Gegenwartsanalyse wird in diesem Zusammenhang Luhmanns Funktionsbestimmung der neuen sozialen Bewegungen: er sieht sie als Bestandteil des »Immunsystems«, das die »geschlossene Selbstreproduktion des Systems« gerade durch Offenhalten von anderen Möglichkeiten schützt. Hier gibt es Berührungspunkte zu Hirschs Analyse der integrativen Fesseln, die der Postfordismus für die sozialen Bewegungen ausgelegt hat. Um so mehr Grund zur Frage, wie Veränderung in der Perspektive der Befreiung denkbar wird. WvT

Peter-Paul Zahl im »Argument«

Während der Studentenbewegung entwickelte sich der gelernte Drucker zum Zeitschriftenherausgeber und Schriftsteller, vor allem aber zum »Freiheitstriebtäter« (wie einer seiner Gedichtbände heißt), wodurch der Staat mit ihm in Konflikt kam. »Seit 1972 in Haft, wurde er 1974 wegen 'gefährlicher Körperverletzung und schwerem Widerstand' gegen die Staatsgewalt zu vier Jahren, 1976 nach Revision der Staatsanwaltschaft in der gleichen Sache, diesmal als 'zweifacher Mordversuch und Widerstand' bezeichnet, zu fünfzehn Jahren verurteilt: 'Weil Zahl ein Gegner des Staates ist und zur allgemeinen Abschreckung'.« (P.P. Zahl, *Die Glücklichen*, West-Berlin 1979, 525)

Als »Knastschreiber zu Köln-Ossendorf, Bochum und Werk« schrieb er zwischen 1973 und 1979 seinen großen Schelmenroman *Die Glücklichen*. Nach seiner Entlassung verbrachte er einige Zeit auf Grenada, wo die USA ihn nach ihrer Invasion auf die Liste der unerwünschten Personen setzten (er war dort für den Aufbau einer Theatergruppe unter Vertrag gewesen). Zuletzt verbrachte er sieben Monate in Nikaragua. Er will in nächster Zeit einen Roman schreiben, der in der Karibik spielt, dann einen Bericht über Nikaragua.

Wir freuen uns, daß Peter-Paul Zahl zu der Gruppe der Schriftsteller/innen gestoßen ist, die regelmäßig im *Argument* veröffentlichen. »Aber nein, sagte Bakunin und lachte laut«, heißt einer seiner letzten Gedichtbände (wie das meiste beim rotbuch-Verlag erschienen). »Aber ja«, sagte der Marx unserer Vorstellung, als Zahl zu uns stieß, und lachte einverständlich ... W.F.H.

Verlagsmitteilungen

Wolfgang Fritz Haug: Pluraler Marxismus, Band 1

Zur Erneuerung des Marxismus beizutragen, ist der gemeinsame Nenner der Versuche, die hier zusammengefaßt sind. *Pluraler Marxismus* — Ausgangspunkt ist die Anerkennung sowohl des Polyzentrismus im Weltmarxismus als auch der unterschiedlichen Ausprägungen innerhalb einzelner Gesellschaften. Die Titelbegriffe stehen für die Aufgabe, eine neue Einheit in der Vielfalt auszubilden. Zugleich geht es um die Aktualisierung des

- Marxismus angesichts neuartiger Notwendigkeiten und Bedingungen. An der Schnittstelle von Linksozialismus und Eurokommunismus wollen die Texte dazu beitragen,
- die *Dialektik des Marxismus* zu lernen und die Frage der Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Instanzen — wie Gewerkschaften, Partei(en), Wissenschaft, Staat —, an der sich seit über hundert Jahren die Konflikte entzündeten, dauerhaft in das Problembewußtsein von Marxisten aller Richtungen einzuschreiben;
 - eine Konzeption *Struktureller Hegemonie* zu entwickeln, die den Marxismus handlungsfähiger macht im Umgang mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften und ihn befähigen kann zu einem sozialistischen Projekt unter den Bedingungen multizentrischer Politik;
 - die Zusammenhänge zwischen dem *Marxismus und den Drei Welten* mit ihren Wechselwirkungen zu berücksichtigen und gegen den spontanen Eurozentrismus anzuarbeiten.

Norman Paech: Hugo Grotius (SH 62)

Dies ist das erste Studienheft (SH) der neuen Reihe *Klassiker der Sozialwissenschaften*. Sie wird von Werner Goldschmidt und Wulf D. Hund herausgegeben und soll die frühen bürgerlichen Sozial- und Staatstheoretiker vorstellen, deren Denkvorsetzungen auch in den heutigen Sozialwissenschaften noch wirksam sind. Die Bände sind als Einführungen geschrieben und besonders für Studenten und den Gebrauch in Seminaren geeignet. Ein weiteres Studienheft über Machiavelli von Frank Deppe ist in Vorbereitung.

Argument-Register

Sach- und Autorenregister erhöhen den Gebrauchswert von Publikationen. Der Nutzung voraus gehen die Mühen sorgfältiger Arbeit: die Konzeption geeigneter Schlagworte, die Zuordnung von Schlagworten und Text etc. Wir überlegen, ähnlich wie im Register-Band AS 20, die Veröffentlichungen im Argument-Verlag: Bücher, Aufsätze und mehrere tausend Rezensionen durch einen neuen Register-Band zu erschließen. Realisiert werden kann ein solches Vorhaben nur, wenn sich Mitarbeiter/innen finden, die es tragen. Wir bitten um Mitarbeit.

Adressenänderung

Wir verlegen die Verlags- und Redaktionsräume innerhalb von Berlin aus der Altensteinstr. 48A in die Tegelerstr. 6, wo sich bereits die Auslieferung des Argument-Verlags befindet. Gründe für den Umzug gibt es viele: die bisherige räumliche Enge; die geplante Einführung von EDV im Bereich der Auslieferung und das Vorhaben, mit anderen (kleinen, linken) Verlagen bei der Auslieferung zu kooperieren; die Nutzung der EDV-Anlage für Tätigkeiten des Redaktionssekretärs (u.a. bei der Bestellung und Verwaltung der Bücher für den Rezensionsteil). Wir werden aus der Not eine Tugend machen und neue Arbeitsteilungen probieren: bei so wenigen »Hauptamtlichen« — im Verlags- und Redaktionsbereich sind das derzeit der Redaktionssekretär und die Geschäftsführerin, die Redakteure arbeiten ehrenamtlich — ist ein ungeplanter Ausfall (durch Krankheit zum Beispiel) nur schwer aufzufangen. Die räumliche Zusammenlegung von Vertrieb und Verlag/Redaktion ermöglicht, die Arbeitsgebiete der »anderen« besser kennenzulernen und sich in Notfällen zu unterstützen — gestützt durch ein EDV-Programm, das bisherige Arbeitsteilungsgrenzen ignoriert und Tätigkeiten integriert (Auslieferung, Buchhaltung, Kalkulation, Textverarbeitung usw.). — Die neue Telefonnummer ist uns bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Wir bitten, im Notfall über die Telefonnummer des Vertriebes den Kontakt herzustellen.

WVT

p.p. zahl

**eine hart arbeitende frau
die ihr hand-, mund- und beckenwerk versteht
denkt über den tag hinaus**

für w.n.

vorigen freitag entführte eine indianerguerilla
— nicht von der cia geleitet trainiert finanziert —
einen arzt und eine krankenschwester
aus der indianersiedlung rama kay
: im kreuzfeuer mit nichtindianischen milizen und soldaten
starb eine junge mutter mit kind.
in den sendern der pros und kontras
leider das gleiche: die lüge.
die nächste gute buchhandlung hunderte von kilometern entfernt
: das *bücher-café* in managua.

hibiskus orchideen malven milleflores bougainvilleas
: feuerwerk der tropen. wie immer. stets der passat.
der himmel wie der auf den letzten seiten
in *diercke's weltatlas* in der schulzeit
im rheinland der dreckigen 50er jahre.
in den diskos live-musik bis morgens um zwei.
und nur dem landesfremden politikkommissar der sandinisten
konnte es einfallen anlässlich der angeordneten staatstrauer
— dies war ja nur ein privater toter —
musik zu verbieten bei einer trauerfeier im schwärzesten viertel.

patria libre o morir!

lautet der kampfruf.

die schwarzen und indianer spotten:
vaterland? oder — eine klitzekleine verwundung
bittsehr. ein bebrillter tiefdunkler neo-sandinist
: sechs monate politische und verwaltungsschulung
und schon eine 125er suzuki ein job
und ein anteil an der macht
murmelt etwas von *matrilinearer gesellschaft*.

wie lange dauert es eine gesellschaft aufzubauen
 in der busse pünktlich verkehren
 und wie hoch ist der preis?
 suff. betrunkene ihr territorium markierend
 an den straßenecken. die fehlende kanalisation.
 die latrine drei meter vom brunnen entfernt.
 zunahme an malaria berglepra kinderlähmung
 geschlechtskrankheiten. (was nutzen impfkampagnen
 — sofern seren vorhanden gespendet von edlen
 weißen in fernen ländern —
 sind die ursachen nicht ausgerottet.)

der suff. ein widerlicher marienkult. der todestrieb
 des spanien der re/conquista der alten indianerkulturen
 des leninismus. der machismus. die unfähige parasitäre
 subbourgeoisie. die *terms of trade*. die bürokratie.
 der imperialismus als ständiger schlag mit dem *big stick*
 nicht als schlag-wort. der suff. die angst.

die *monroe-doktrin*: amerika den (us-)amerikanern!
 drei invasionen nicaraguas. und das heer
 des generals der freien menschen — sandino —
 schlug die marines narrete sie von '27 bis '33.
 sie zogen ab. dann der verrat: somoza und seine garde
 von '36 bis '79. palmen wiegen sich im wind.

ihren saft schwitzt aus die papaya
 auf dem küchenbrett in der sonne.
 die wälder zerstört durch yankee-firmen
 gründlich ausgebeutet die goldminen
 und ab zog standard fruit erst
 als eine krankheit die bananenplantagen zerstörte.
 kolibris schwirren. kleine affen springen von ast
 zu ast. überm sumpf hinter der vorstadt
 millionen von schmetterlingen im glast
 der mittagszeit. zwischen den schwarzen schenkeln
 meiner freundin die süße passionsfrucht.
 zikaden.

wie lange dauert es eine gesellschaft aufzubauen
 in der kinder nicht mehr vertrocknen nach der geburt
 und wie hoch ist ihr preis?
 der suff. im radio: slogans und julio iglesias.
 in den drei zeitungen: das gähnende nichts.
 der kastrierte popstar. der reisepapst. ein erzbischof
 der dem tod von kindern durch kontras
 kein gewicht beimißt: ihre seelen kommen ins paradies.
 sagt er. o dieser himmel welch ein graus.

es bauscht sich der geblümete vorhang
 vorm vergitterten fenster. ein segel.
o himmel strahlender azur. kanonenboote
 der yankees dreißig meilen vor der küste
 und der größte flugzeugträger der welt.
 im nördlichen nachbarland gemischte manöver
 und es bleckt der südliche nachbar die zähne
 zinkt seine neutralität: was machen
 bei 700 millionen dollar außenhandelsdefizit
 im jahr? im fernsehen stumpfsinn. in kinos kung-fu
 und mexikanische schnulzen. die nächste gute buchhandlung
 eine tagesreise entfernt.

hibiskus orchideen bougainvilleas undsoweiter.
 die geschwungenen wimpern der morenas
 ganz unten auf der sozialen skala. *the voice of america.*
 das ave maria. der suff. die *unbefleckte empfängnis.*
 morgens um vier stehn die frauen auf
 bereiten tortillas bohnen und reis für die männer.
 mariä himmelfahrt. die jungfrau
 mit der keine frau konkurrieren kann:
alles huren glaubs mir. alle frauen sind putas.
 purissima. putissima. hunderttausende
 von bierbäuchigen schmierlapps mit großem ernst
 bemüht die großen macker zu sein. *arme schweine.*
 arme *schweine.* der suff.

zehntausende von kleinsthändlern: arme
 die den ärmsten das letzte vom leib
 und aus den taschen stehlen. die großen schatten:
heroen und märtyrer. reis. bohnen. reis und bohnen.
 das klatschen des teigs für tortillas
 zwischen zwei händen. und der blick dabei:
 diese ergebnheit. produkt der entwicklung
 zur unterentwicklung. produkt der ersten welt.
 ihr abfall. ihr spiegel.

ein fick ein dollar. eine nacht zehn mark.
 es spart die fleißige hure
 für die erziehung der tochter.
 ihr kundendienst: reinste transzendenz

: eine perfekte kanalisation trockenlegung der sumpfe
 ausrottung der krankheiten des marienkults des todestriebs
 der bürokraten der verfaulten kapitalisten
 der lüge in den medien des suffs

: zunächst beschämung
dann erziehung der männer
zu menschen

: zwölf tonnen farbe für die fassaden der häuser
vom lichtesten weiß über viel hellblau
türkis und grün bis hin zum dunkelsten gold
pflasterung aller wege und straßen ihre begrünung
schaffung von arbeitsplätzen
bei halbierung der arbeitszeit

: auf geheimnisvolle weise versenkt
die flotte der vereinigten toten
in der bucht von bluefields
abgestürzt die schallmauerdurchbrechenden
schwarzen spionagevögel die grenzen offen
und hingerichtet der paranoide schmierenkomödiant
in washington nach den kriterien
des nürnberger prozesses
(es war das letzte todesurteil
auf erden)

: und im großen laden ecke commercial street
wo einst der chinese thronte hinter der kasse
seines wohlsortierten supermarkts
und nach seiner flucht verwaltet wurde
die armut mit lebensmittelkarten:
wendelins buch-café
geführt als kooperative von fünf frauen
lachend stolz und schwarz

: wie gesagt
ganz bescheidene wünsche
sagt sie

Bluefields, Atlantikküste,
Mittelamerika, Februar 1985

Günther Anders

Gegen Hoffen

Ein Antwortbrief

Wenn Sie sich auf Hoffen beschränken und Ihren ausschließlich gewaltlosen Widerstand beteuern, dann haben Sie ihre angebliche Bundesgenossenschaft mit mir bereits aufgegeben. Denn damit versichern Sie indirekt den Mächtigen und zu Gewalt Entschlossenen, daß Sie Ihre Finger niemals gegen sie rühren werden, also zur Unterwerfung bereit sind. Ich nicht.

Der Name Gandhi, den Sie zweimal verwenden, ist zum »Kampfruf« aller geworden, die Widerstand bekämpfen, also zum Schutz- und Ehrenschilder der Defaitisten. Leider nicht zu Unrecht. Denn wie unbestreitbar auch seine Integrität war, ebenso wahr ist es ja — und diese Wahrheit sollten Integre nicht ableugnen —, daß er *nicht das mindeste erreicht* hat. Ich weiß, wovon ich rede. Denn ich habe den nachgandhischen Menschenmorast von Kalkutta durchwaten. Wie alle Bekenner der »Gewaltlosigkeit« unterschlagen Sie diese Erfolglosigkeit aufs verächtlichste. Wenn Sie nicht sogar — was ich durchaus nicht für ausgeschlossen halte — kein größeres Ergebnis als das Gandhis für uns erwünschten. Nein, schlimmer als das. Denn Sie schreiben ja, daß Sie nicht wünschen, mitschuldig zu werden. Wenn Sie damit sagen wollen: das einzige Ziel, das Sie anstreben, bestehe darin, »kein schlechtes Gewissen« zu haben, kein schlechtes Gewissen haben zu brauchen, dann spricht das nicht gerade für Sie. Denn gutes Gewissen als Ziel ist der Inbegriff von Heuchelei. Wer einem ins Wasser gefallenen Kinde nicht deshalb nachspringt, weil es sonst ertränke, sondern weil er wünscht, weiter ein gutes Gewissen haben zu dürfen, der wird unsere Achtung kaum verdienen. Ich fürchte, daß Sie diesem Springer ähneln; nein, sogar nachstehen. Denn in Ihrem Falle gilt ja nicht, daß Sie in das kalte Wasser aus den falschen Gründen hineinspringen, sondern daß Sie überhaupt nicht springen.

Beste Grüße

KZ und Finanzsituation

Wenn ein gläubiger Christ kurz vor seiner Hinrichtung im KZ voll Zuversicht dem Tode entgegenblickt, wie es der protestantische Theologe *Dietrich Bonhoeffer* getan hat, so nötigt das jedermann, auch dem Nichtprotestanten, auch dem Nichtgläubigen, die höchste Achtung und Bewunderung ab.

Wenn dagegen jemand, um Bankiers aufzumuntern, auf einem Bankentag ausruft: »... *was im Konzentrationslager Flossenbürg möglich war*« (eben Bonhoeffers »Optimismus«) »... *müßte heute auf einem Bankentag ... auch möglich sein*«¹, dann stellt das so eine atemberaubende Beleidigung der Opfer des Nationalsozialismus dar, eine moralische Abgeschmacktheit von solchem Ausmaß, daß kein ernster Mensch, gleich ob gläubig oder nicht, den Mann, von dessen Lippen dieser Vergleich von KZ und Finanzsituation geflossen ist, ernst nehmen kann; ernst nehmen darf.

1 Helmut Kohl, Bulletin der Bundesregierung Nr. 37, 2.4.1985.

Joachim Hirsch

Auf dem Wege zum Postfordismus?

Die aktuelle Neuformierung des Kapitalismus und ihre politischen Folgen

Mit »Fordismus« bezeichnen wir die historische Formation des Kapitalismus, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Gefolge der Krise der zwanziger und dreißiger Jahre herausgebildet hat. Sie wurde wesentlich geprägt durch den Übergang zur industriellen Massenproduktion von Konsumgütern und die dadurch bewirkte Durchkapitalisierung der Arbeitskraftreproduktion. Die Etablierung der tayloristischen Arbeitsorganisation und eines neuen Konsummodells bewirkte nicht nur eine länger anhaltende Erhöhung und Stabilisierung des Kapitalprofits, sondern auch eine durchgreifende Erhöhung des materiellen Lebensstandards der Lohnabhängigen. Der Traum vom ewigen Wachstum und immerwährender Prosperität schien Realität geworden zu sein. Der veränderte Produktions- und Reproduktionsmodus führte zugleich zu einschneidenden Umwälzungen der gesellschaftlichen Strukturen und Lebensverhältnisse. Die Folge war eine zunehmende Standardisierung und Homogenisierung der Arbeitsbedingungen (die Zerstörung handwerklicher Qualifikationen und die Entstehung des tayloristischen »Massenarbeiters«), erhöhte soziale Mobilität, die Auflösung traditioneller Produktionsformen und Lebenszusammenhänge (nicht zuletzt der traditionellen Arbeitermilieus und -kulturen) sowie ein »Individualisierungsschub«, der zugleich die Züge fortschreitender sozialer Isolierung und Vereinzelung trug (Aglietta 1976 und 1978, Davis 1978, Palloix 1977, Hirsch 1980). Diese gesellschaftlichen Konsequenzen des fordistischen Akkumulationsmodus begründeten zugleich die Möglichkeit und Notwendigkeit für die Durchsetzung neuer politischer Regulierungsformen, gekennzeichnet durch den Ausbau des modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaats sowie die Transformation von Gewerkschaften und Parteien in zentralisierte und bürokratisierte, zugleich aber auch übergreifende und sozial homogenisierende Massenintegrationsapparate. Die gewandelte Struktur des politischen Systems und der Interessenorganisation bildete die Basis des für den Fordismus typischen, zentral-korporativen politischen Regulierungsmodus, eine Form der bürokratischen Institutionalisierung und Verrechtlichung des kapitalistischen Klassengegensatzes, dessen Zustandekommen vor allem durch die (reformistischen) sozialdemokratischen (oder vergleichbare) Parteien vermittelt wurde (Jessop 1983, Lipietz 1985).

In der hegemonialen Struktur dieses »keynesianischen Staates« verband sich die fordistische Akkumulationsstrategie mit dem entsprechenden politischen Regulierungsmodus zu einem konsistenten »historischen Block«, innerhalb dessen sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine »lange Welle« kapitalistischer Prosperität entfalten konnte (Mandel 1983, Altvater 1982, Lutz 1984). Der Glaube an wissenschaftlichen Fortschritt, technische Machbarkeit, Wachstum, Staat, warenkonsumvermittelte Emanzipation und Gleichheit erhielt allgemeine Geltung. Innerhalb der sich unter der imperialisti-

schen Dominanz der USA weltweit durchsetzenden fordistischen Formation verblieben gleichwohl erhebliche nationale und regionale Unterschiede. Diese waren nicht nur einer ungleichmäßigen Durchsetzung der fordistischen Produktions- und Gesellschaftsstruktur, sondern auch spezifischen politischen und kulturellen Besonderheiten zu verdanken, etwa der unterschiedlichen Rolle des Staats in den USA im Vergleich zu den europäischen Ländern oder der Existenz starker sozialistischer und kommunistischer Parteien in den Ländern Süd- und Westeuropas.

Der Fordismus als — trotz aller nationaler Besonderheiten — eine ganze Periode bestimmende und übergreifende historische Formation der kapitalistischen Gesellschaft ist in den siebziger Jahren offenbar in eine tiefgreifende Krise geraten. Die von ihm getragene »lange Welle« der Kapitalakkumulation ist zu Ende. Kurz gefaßt, ist diese säkulare Krise darauf zurückzuführen, daß unter den Bedingungen der gegebenen Akkumulationsstrategie und der mit ihr verbundenen politischen Hegemonial- und Regulierungsstruktur der Fall der Profitrate nach langen Jahren der Prosperität wieder Realität wurde. Der Akkumulationsprozeß des Kapitals stieß an die Schranke der gegebenen produktionstechnologischen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen (zur Diskussion der einschlägigen Krisentheorien vgl. ausführlicher Hirsch 1985 b). Eine Lösung dieser strukturellen und säkularen Krise, d.h. eine erneute Anhebung und Stabilisierung des Kapitalprofits hängt deshalb davon ab, ob es gelingt, eine neue Akkumulationsstrategie mit den ihr entsprechenden Hegemoniestrukturen durchzusetzen. Die grundlegende Aussage der Marx'schen Krisentheorie, daß die Entwicklung des Kapitalismus notwendig krisenhaft ist und daß die Stabilität der Profitrate und damit der Akkumulationsprozeß nur um den Preis krisenvermittelter und tiefgreifender Restrukturierungen des gesamten Gesellschaftsgefüges erhalten werden kann, scheint sich erneut zu bestätigen. Die Relevanz einer allerdings nicht-ökonomistischen und -mechanistischen Interpretation der Marx'schen Theorie erweist sich eben zu dem Zeitpunkt, als die »Krise des Marxismus« und die Obsoletheit der Werttheorie zum wissenschaftlich-politischen Gemeinplatz zu werden drohte. Jedenfalls deutet die aktuelle Situation in den kapitalistischen Metropolen stark darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise einen drastischen »Umbau« der Gesellschaften in technologischer wie sozialstruktureller und politisch-ideologischer Hinsicht dringend verlangt.

Ob, wie und in welcher Form aus der gegenwärtigen Krise solch eine neue, »postfordistische« Form des Kapitalismus hervorgehen wird, läßt sich freilich nicht eindeutig prognostizieren. Das hängt ab von weltweiten politischen und sozialen Kämpfen, deren Verlauf und Ausgang noch offen und wissenschaftlich nicht voraussehbar ist. Indessen ist es möglich, von den Ursachen der Fordismus-Krise ausgehend und unter Berücksichtigung faktisch schon sichtbarer Restrukturierungstendenzen sowie weitergehender Konzeptionen und Programmatiken die *möglichen* Konturen einer neuen Akkumulationsstrategie und hegemonialen Struktur zu skizzieren. Dabei spielen die vorhandenen nationalen Unterschiede eine bedeutsame Rolle. Derzeit sieht es so aus, als könnten die USA nicht allein wegen ihrer ökonomischen und militärischen Potenz,

sondern auch infolge ihrer spezifischen politischen und kulturellen Strukturen ein weiteres Mal den Vorreiter eines weltweiten kapitalistischen Restrukturierungsprozesses spielen. D.h., der Übergang zum »Postfordismus« könnte die Form einer erneuten Welle der »Amerikanisierung« der europäischen kapitalistischen Länder (und nicht nur dieser) annehmen. Deshalb empfiehlt sich die Beobachtung der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in diesem Lande besonders.

Es geht also um das Aufzeigen realer und durchaus auch widersprüchlicher Tendenzen, die die zukünftigen Auseinandersetzungen prägen werden. Um diese Tendenzen zu bestimmen, muß man von der Struktur der fordistischen Formation und ihrer Krise ausgehen. Eine neue kapitalistische Gesellschaftsformation entsteht aus der Krise der vorangegangenen und wird durch diese geprägt. Sie entwickelt sich nicht aus dem Nichts, sondern akzentuiert und modifiziert Struktur- und Entwicklungsmerkmale der vorangegangenen Formation. Die tayloristische Arbeitsorganisation war schon lange vor der Durchsetzung des Fordismus als Gesellschaftsformation vorhanden. In vergleichbarer Weise wird eine postfordistische Formation arbeitsorganisatorische, gesellschaftsstrukturelle und politisch-institutionelle Entwicklungen aufnehmen und weitertreiben, die schon im Fordismus angelegt waren.

Nachtayloristische Arbeitsorganisation

Auf die Krise des tayloristischen Arbeitsprozesses und seines politisch-institutionellen »Überbaus« antwortet das Kapital mit der Einführung neuer, wesentlich auf die Mikroelektronik gestützter Informationsverarbeitungs-, Steuerungs- und Regelungstechniken, die auf einen erneuten historischen Schub der Rationalisierung und der Verringerung der lebendigen Arbeitskraft abzielen, gleichwohl kaum mit der durchgängigen Etablierung der »arbeiterlosen Fabrik« enden werden (Kern und Schumann 1984). Vielmehr ist die Neuorganisation des Arbeitsprozesses auf die Durchsetzung neuer und flexiblerer Mensch-Maschinen-Kombinationen, die Schaffung neuer Lohnabhängigen-Hierarchien und vor allem auf eine systematische Individualisierung der Arbeitsverhältnisse gerichtet. Ziel sind eine arbeitsorganisatorisch und arbeitsprozessual abgestützte Spaltung und Aufsplitterung des tayloristischen Massenarbeiters, eine Verminderung der »mensenbedingten« Störanfälligkeiten des Produktionsprozesses, eine Erhöhung der Anlagenausnutzung (kontinuierliche Produktion) und die Untergrabung kollektiv-übergreifender, auf vereinheitlichte Arbeitsbedingungen basierender Interessenorganisation.

Folgt man den Analysen Kerns und Schumanns (1984), so geht die neue Arbeitspolitik davon aus, daß die Autonomisierung des Produktionsprozesses gegenüber der lebendigen Arbeit und deren weitgehende Zurückdrängung (Vollautomation) zwar technisch schon sehr weitgehend möglich, aber wirtschaftlich nicht optimal ist (vgl. auch »Kräftiger Schub«, Wirtschaftswoche Nr. 39/1984, 121ff.). Vollautomatisierung wäre vielfach zu teuer, zu unflexibel und wiederum zu störanfällig. Für die lebendige Arbeit bleiben zumindest kritische Überwachungs-, Steuerungs- sowie Instandhaltungsaufgaben, die einen Kern hochqualifizierter, mit breiten Aufgabengebieten betrauter und selbständig ar-

beitender Beschäftigter erfordern. Für sie kehrt sich die tayloristische Tendenz zur Zerstückelung, Monotonisierung und Dequalifizierung in Richtung auf »job enrichment« und »job enlargement« um (Coriat 1984, Brandt 1981). Insofern verliert auch der Herrschafts- und Kontrollaspekt der tayloristischen Arbeitsorganisation an Bedeutung, weil von einer wachsenden und durchaus materiell begründeten Interessenkorrespondenz zwischen Management und qualifizierten Kernbelegschaften ausgegangen werden kann (Kern und Schumann 1984).

Allerdings bestehen Zweifel daran, daß — wie Kern und Schumann anzunehmen scheinen — dies zu einer allmählichen Beseitigung des tayloristischen Massenarbeiters führen wird. Vielmehr kann man davon ausgehen, daß sich auch in den Kernbereichen der materiellen Produktion dequalifizierte, monotone und fremdbestimmte Arbeit weiter halten wird. Die neuen Informationsverarbeitungs-, Steuerungs- und Regelungstechniken ermöglichen einen Taylorismus auf höherer Stufe. Insgesamt wird mit ihnen die unternehmerische Gestaltungsfreiheit bei der Organisation von Arbeitsprozessen entscheidend erhöht. Mensch und Maschine sind im Produktionsprozeß in bisher nicht gekanntem Umfange raum-zeitlich entkoppelbar. D.h., der Einsatz lebendiger Arbeit wird immer weniger von technischen »Sachzwängen« bestimmt, sondern kann flexibler auf ökonomische und arbeitspolitische Kalküle reagieren. Dies ermöglicht eine »Flexibilisierung« der Arbeitszeiten bei gleichzeitigem Übergang zu kontinuierlicher Produktion, eine räumliche Entkoppelung von Arbeit und Maschinerie (z.B. durch neue Formen computerisierter Heimarbeit), eine radikale Individualisierung der Arbeitsplätze, der Lohngestaltung und der arbeitsvertraglichen Bedingungen (Kommission 1983). Die mikroelektronische Reorganisation des Taylorismus geht über frühere Versuche zur bloß arbeitsorganisatorischen Wiederherstellung der Montagelinie z.B. durch die Einrichtung teilautonomer Gruppen (vgl. Coriat 1984, 49ff.) weit hinaus. Neben den qualifizierten und relativ autonomen Kernbelegschaften könnte auf der Basis der neuen Technologien ein *neuer Typ des Massenarbeiters* entstehen, der gerade nicht räumlich konzentriert und vereinheitlicht ist und unter homogenen Arbeitsbedingungen steht, sondern sich als hochgradig individualisiert, flexibilisiert und parzelliert erweist. Taylorisierte und dequalifizierte Massenarbeit wird — vor allem bei einem dauerhaften Überangebot billiger Arbeitskräfte — keineswegs verschwinden. »Flexibilisierte«, periphere und unsichere Arbeitsplätze, Teilzeit-, Heim- und Leiharbeit werden nicht nur bestehen bleiben, sondern sich sogar noch ausdehnen, wenngleich die Beschäftigung in den Kernsektoren der materiellen Produktion, der Verwaltung und der Dienstleistungen insgesamt zurückgeht (Brandt 1981, Edwards 1981).

Zusammengenommen beinhalten diese arbeitsprozessualen Umstrukturierungen Tendenzen, die der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals deutlich entgegenwirken: eine nur selektive Automation, die Verringerung von Produktions- und Zirkulationszeiten, z.B. durch automatisierte Lagerhaltung, größere Flexibilität der Anlagen für Produktionsumstellungen bei Serienfertigung, kontinuierliche Anlagenauslastung unabhängig von menschlichen Arbeitszeiten usw. Und sie zielen auf eine einschneidende Senkung des

materiellen Reproduktionsniveaus, verbunden mit einer erneuten Intensivierung der Ausbeutung, die die Widerstandsmöglichkeiten des tayloristischen Arbeiters gezielt unterläuft. Die Wiederherstellung der kapitalistischen Kontrolle über den Arbeitsprozeß beruht auf einer Strategie der extremen Spaltung, Flexibilisierung und Individualisierung der individuellen Arbeitsverträge zu Lasten kollektiver Tarifabkommen, einer systematischen »Entregulierung« von Arbeitsschutzbestimmungen, einer Einschränkung der sozialen Sicherung und der Privatisierung sozialer Risiken (vgl. das in dieser Hinsicht beeindruckende Szenario, das die Baden-Württembergische Kommission »Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen« entworfen hat, Kommission 1983; vgl. auch Coriat 1984). Diese auf die »mikroelektronische Revolution« gestützte, individualisierende und parzellierende Spaltungsstrategie und die damit verbundene Zersplitterung und Segmentierung des tayloristischen Massenarbeiters entzieht den Gewerkschaften tendenziell ihre betriebliche Basis. Ihr politisches Dilemma wird dadurch verstärkt, daß sie selbst über keine plausible Alternative zur weltmarktorientierten Modernisierungsstrategie des Kapitals verfügen (d.h. diese bislang nur etwas sachter und sozial erträglicher realisiert haben möchten).

Hyperindustrialisierung

Die Reorganisation der kapitalistischen Akkumulations- und Hegemonialstruktur zu einer neuen Formation erfordert die Entwicklung von Produkttechnologien, die Träger eines neuen »Wachstums«-Zyklus sein könnten. Entsprachen der tayloristischen Produktionsorganisation das Auto, der Kühlschrank und die Waschmaschine, so könnten die neuen elektronischen Informations- und Kommunikationstechniken sowie Molekular- und Gentechnologie zur Grundlage nicht nur veränderter Arbeitsprozesse, sondern auch eines ihnen entsprechenden neuen Konsummodells werden.

Läßt sich über die produktions- und verfahrenstechnischen Möglichkeiten von Molekular- und Gentechnologie vorerst nur spekulieren, so sind die Konsequenzen der »mikroelektronischen Revolution« schon eher absehbar. Auf ihrer Basis rückt eine weitere und qualitativ neue Durchkapitalisierung des Produktionsbereichs in den Bereich des zumindest technisch Realisierbaren. Entgegen gängiger Thesen von der Entwicklung des Kapitalismus zu einer »postindustriellen« und »tertiarisierten« »Dienstleistungsgesellschaft« war schon die fordistische Phase von einer Tendenz zur Ersetzung persönlicher Dienstleistungen durch industriell erzeugte Konsumgüter (Hausgeräte, Fertig- und Do-it-yourself-Produkte usw.) geprägt. Die statistische Zunahme der Dienstleistungsberufe ging sehr wesentlich auf das Anwachsen von Administrations- und Servicefunktionen im Staats- und Unternehmenssektor zurück, während sich in der Sphäre des unmittelbaren Konsums eine auf industrielle Massenprodukte gestützte »Selbstbedienungsgesellschaft« entwickelt hat (Gershuny 1981). Mittlerweile zeichnet sich ab, daß die nächste Welle der Akkumulation von einem erneuten Schub der Dienstleistungs-Industrialisierung getragen sein könnte, und zwar sowohl im Staats- und Unternehmensbereich als auch im Bereich des privaten Konsums. Dienstleistungsrationalisierung als

Ersatz lebendiger Arbeit durch (mikroelektronische) Maschinerie könnte zu der entscheidenden Basis einer *Hyperindustrialisierung* werden (Attali 1978, 131ff.; Davis 1978, 242ff.). Video, Satelliten- und Kabel-TV multiplizieren die Vielfalt individuell abrufbarer Informations- und Unterhaltungsprogramme, BTX-Systeme ersetzen Bibliotheks-, Einkaufs-, Bank- und Behördengänge. Ein wachsender Markt medizinischer Mess- und Kontrollgeräte sowie von Spiel- und Unterrichtsapparaten für den individuellen Eigengebrauch tut sich auf (Attali 1981b), Heimcomputer ermöglichen die automatisierte Führung von Haushaltsbüchern, Diät- und Terminplänen.

Die Durchsetzung einer computer- und kommunikationstechnologiegestützten »Selbstbedienungs-« und »Selbstüberwachungsgesellschaft« (Attali 1979, Gershuny 1981) ist also eine durchaus realistische Perspektive, ebenso wie die einer Gesellschaft, die mittels mikrobiologischer und gentechnologischer Ererungenschaften Formen der Naturbeherrschung durchsetzt, der gegenüber die gegenwärtige Ökologieproblematik eines Tages als noch harmlos erscheinen könnte. Die Perfektionierung und Ausbreitung der Kommunikations- und Informationsverarbeitungstechniken läßt das Szenario eines komplexen Verbunds der in der Staatsbürokratie, den gesellschaftlichen Großorganisationen, den Unternehmen und Haushalten installierten Datenspeicher- und Überwachungsanlagen denkbar werden, dem gegenüber dem fordistischen »Sicherheitsstaat« etwas Altväterliches anhaftet. Generell impliziert die postfordistische Form der Hyperindustrialisierung einen gründlich veränderten Vergesellschaftungszusammenhang. Die durch neue Produktionstechnologien bewirkte Tendenz zur Gesellschaftsspaltung, zur Individualisierung und Vereinzelung könnte sich mittels veränderter Konsummuster und Verhaltensweisen wiederum nahtlos in den Privat- und Freizeitbereich hinein verlängern: Videos statt Massentourismus, Pay-TV statt Kino und Theater, Bildschirmkonferenzen statt geselligen Beisammenseins. Die Transformation der Gesellschaft in eine Ansammlung isolierter und technologisch »normalisierter« Arbeits- und Konsummonaden »narzißtischer« Prägung liegt durchaus in der Konsequenz einer neuen, mikroelektronisch fundierten Akkumulations- und Verwertungsstrategie.

Dabei dürfen freilich die Widerstände nicht übersehen werden, die einer solchen Entwicklung entgegenstehen. Offenbar haben die neuen Technologien nicht nur im Betrieb, sondern auch im privaten Konsumbereich mit erheblichen »Akzeptanzproblemen« zu kämpfen, wie sich z.B. an den Schwierigkeiten zeigt, auf die die begonnene Verkabelung der Republik stößt. Das Unbehagen an der Perfektionierung des »Überwachungsstaats« äußert sich mittlerweile allenthalben. Die subjektiven Widerständigkeiten, die der fordistische Vergesellschaftungsmodus produziert hat, könnten daran durchaus weiter eskalieren. Daneben besteht ein grundlegender ökonomischer Widerspruch. Er resultiert daraus, daß die neuen Apparate und Produkte der Hyperindustrialisierung bei insgesamt sinkenden Massenrealeinkommen verkauft werden müssen. Grundsätzlich unmöglich ist das nicht, wenn es gelingt, banalisierte Massenkonsumgüter standardisierter Technik noch billiger herzustellen und die herrschenden Konsummuster radikal umzustülpen, also z.B. tatsächlich

Videos an die Stelle von Urlaubsreisen, therapeutische Kontroll- und Überwachungsapparate an die Stelle medizinischer Betreuung zu setzen oder die Zerrüttung sozialer Beziehungen durch Videospiele oder Pharmaka zu kompensieren. Die Frage ist freilich, bis zu welchem Grade die damit verbundenen Beeinträchtigungen an »Lebensqualität« hingenommen werden. Kurzum: für einen neuen Akkumulationszyklus sind zwar möglicherweise die erforderlichen Technologien vorhanden oder in Entwicklung, aber ihre ökonomische und gesellschaftliche Durchsetzbarkeit bleibt vorerst offen.

Dualisierung und Segmentierung der Gesellschaft

Die mit den »nachtayloristischen« Veränderungen des Arbeitsprozesses verbundenen Rationalisierungsschübe sowohl in der materiellen Produktion als auch im Verwaltungs- und Dienstleistungssektor bewirken eine doppelte Spaltung der Gesellschaft. Selbst innerhalb des Kerns der weltmarktverflochtenen »modernen« Industrie-, Finanz- und Dienstleistungssektoren erweitert sich die Trennung zwischen »stabilisierten« Lohnabhängigen mit qualifizierten, hochbezahlten und relativ sicheren Beschäftigungsverhältnissen und den »destabilisierten« Arbeitern (Coriat 1984, 59ff.) in einfachen, fluktuierenden und unsicheren Jobs, in Zeit- und Leiharbeitsverhältnissen ohne »Betriebsbindung« bis hin zu neuen Formen formell ökonomisch selbständiger Quasi-Lohnarbeit (Gorz 1983 und 1984; vgl. auch »Zeitarbeit: Von Fesseln befreit«, in: Wirtschaftswoche Nr. 38/1984, 142ff.). Gleichzeitig ist mit einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Auf ihrer Grundlage kann sich ein marginalisierter Produktions- und Dienstleistungssektor herausbilden. Dieser marginale (oder euphemistischer formuliert: »informelle«) Sektor mit seinen kleinen Produktions-, Handwerks- und Einzelhandelsbetrieben sowie vielfältigen »alternativen« Dienstleistungsangeboten (Erziehungs-, Bildungs-, Therapie- und Sozialdienste, Gaststätten, Musik- und Theatergruppen) füllt sozusagen die Lücken und Nischen, die der weltmarktabhängige Prozeß der Hyperindustrialisierung übrigläßt oder neu aufreißt. Komplementär zur computergestützten Rationalisierung der Industrieproduktion, der Staats- und Unternehmensverwaltungen und der damit verbundenen Industrialisierung persönlicher Dienste entwickelt sich ein peripherer Produktions- und Dienstleistungssektor, der von den Arbeitsverhältnissen her ebenfalls durch in der Regel unsichere und schlecht bezahlte, meist weniger qualifizierte Jobs mit minimaler oder oft ganz fehlender sozialer Sicherung gekennzeichnet ist (Gorz 1984). In den USA sind schon heute durchaus bemerkenswerte neue »Berufe« zu verzeichnen, z.B. der des »line standers« (Personen, die einem beim Schlange stehen vertreten) oder »bike messengers« (Fahrradboten). Auch Fahrrad-Rickschas kommen wieder in Mode. Periphere Lohnarbeit in den Kernsektoren und peripheres »Unternehmertum« im »informellen« Produktions- und Dienstleistungssektor bezeichnen eine komplexe Dualisierungs- und Spaltungstendenz, die zwar bereits in der fordistischen Phase angelegt war (vgl. die Diskussionen über das »Modell Deutschland«, insbes. Esser u.a. 1980), die sich aber nun entscheidend ausweiten und vertiefen könnte. Damit deutet sich eine »postfordistische« Schichtung der Gesellschaft an, die Elemente einer neuen »Klassenspaltung«

zwischen Kern- und Peripheriesektoren enthält: »Eine schrumpfende, dem Produktivismus und der Leistungsethik verschriebene Arbeits-Elite unterhält, respektive duldet in ihrem Schatten das Wuchern von kleinen Dienstleistungs-, gewerblichen und auch verarbeitenden Betrieben. Anders gesagt: die weiter gut verdienenden Eliten können sich u.a. eine steigende Menge arbeitsintensiver und immer schlechter bezahlter Dienste von der aus der Produktion ausgestoßenen Bevölkerung erkaufen« (Gorz 1984, 19). Gleichwohl muß es nicht zu einer rigiden politisch-sozialen Ausgrenzung des Heeres der Arbeitslosen und der im »informellen« Sektor Beschäftigten kommen (»Südafrikanisierung«). Aus politischen wie ökonomischen Gründen wird auch der marginalisierte Sektor »sozialstaatlich« reguliert, kontrolliert und subventioniert bleiben: durch spezifische Formen der Kleingewerbeförderung, die Unterhaltung eines die Arbeitslosen zumindest temporär absorbierenden Bildungssystems oder auch durch (materiell allerdings reduzierte) Arbeitslosenunterstützung. Dies nicht zuletzt wegen der Notwendigkeit, auch die marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen als Abnehmer industriell erzeugter Massenprodukte zu erhalten und so in das postfordistische Konsummodell einzubinden. Freilich ändert sich dabei die Struktur des Massenkonsums: entsprechend den gesellschaftlichen Dualisierungs- und Spaltungsprozessen polarisiert er sich tendenziell immer stärker zwischen billiger, banalisierter Massenware und »Luxusgütern« (vgl. »Einzelhandel: Verlust der Mittelklasse«, Wirtschaftswoche Nr. 5/1984, 10ff.; Gorz 1983, 59ff.; Gartner und Riesmann 1978, 70ff.).

Generell deutet sich damit eine Tendenz an, die man als »Hausfrauisierung« der gesellschaftlichen Arbeit beschreiben kann (v. Werlhof 1984, Gorz 1984, Westphal-Georgi 1982). In den industriellen Kernsektoren bleiben unqualifizierte, unsichere, schlechtbezahlte Teilzeit-, Zeit- und Heimarbeits-, also die quasi »weiblichen« Jobs trotz Höherqualifizierung und Stabilisierung der Kernbelegschaften erhalten, gleichzeitig reicht gesamtgesellschaftlich die Lohnarbeit aber immer weniger aus, das materielle Reproduktionsniveau zu sichern. Als Gegenentwicklung zur fordistischen Verallgemeinerung des Lohnarbeitsverhältnisses und der darauf beruhenden Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereichs könnte damit eine massive Ausdehnung neuer Formen der Subsistenzarbeit eintreten: »neue Selbständigkeit« und Überausbeutung im »informellen« Sektor, Zunahme häuslicher »Eigenarbeit« als Pendant zur hyperindustrialisierten Selbstbedienungs- und Selbstüberwachungsgesellschaft.

Der kapitalverwertungsrelevante Effekt einer erfolgreichen Dualisierung, Spaltung und Hierarchisierung der Gesellschaft würde also darin bestehen, daß das materielle Reproduktionsniveau bei zugleich größer werdenden Ungleichheiten zurückgeht. Gleichzeitig wäre eine vielfach geschichtete und tendenziell überqualifizierte und mobil gehaltene »Reservearmee« für die Zwecke peripherer und fluktuierender Lohnarbeit verfügbar; vom Prozeß der »Hyperindustrialisierung« übergangene Konsum- und Dienstleistungsbedürfnisse, vom Körnerladen bis zum Bioenergie- und Selbsterfahrungs-Workshop, könnten von einem marginalisierten und sich materiell höchst dürftig reproduzierenden »informellen« Sektor befriedigt werden. Zusammengehalten würde die so gespaltene Gesellschaft mittels »sozialstaatlicher« und politisch-repressiver

Regulierung und Kontrolle. Alles in allem bedeutet das eine extreme soziale (und auch regionale) Heterogenisierung *innerhalb* der kapitalistischen Metropolen, d.h. das imperialistische Nord-Süd-Gefälle reproduziert sich noch einmal in den kapitalistischen Zentren selbst. Die »fordistische« Vision einer Verwandlung der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften in arrivierte Blaupausen-Hersteller erweist sich als Utopie. Deutlich wird das z.B., wenn in New York »sweat-shops« unter Drittwelt-Arbeitsbedingungen existieren, während zugleich amerikanische High-Tech-Firmen ihre Computer-Software in Südkorea, Indien, Pakistan oder der VR China entwickeln lassen, wo die qualifizierten Wissenschaftler und Ingenieure eben billiger sind (vgl. »US-Software aus China«, Wirtschaftswoche Nr. 38/1984, 6). Praktisch hebt die Mikroelektronik die Lohnvorteile der ehemaligen Billiglohnländer in der Dritten Welt tendenziell auf und schafft gleichzeitig ein Billig-Arbeitskraftangebot in den Metropolen selbst (vgl. »Entwicklungsländer: Ende der Exporteuphorie«, Wirtschaftswoche 37/1984, 36ff.).

Damit sind auch die Widersprüche und Konflikte angedeutet, mit denen eine Strategie der Dualisierung und Spaltung der Gesellschaft zu rechnen hat. Einerseits könnte sie die Grundlage für die der postfordistischen Formation entsprechende politische Hegemonialstruktur eines »segmentierten Korporatismus« sein (s. unten). Gleichzeitig aber bilden Teile des ökonomisch und sozial marginalisierten Sektors zumindest in der BRD immer auch einen Nährboden für alternative Bewegungen und Kulturen, die zumindest solange eine wirksame oppositionelle politische Kraft darstellen, als sie — wie im Falle der Ökologie- oder auch der Frauenbewegung — mit dem gesellschaftlichen Kern verbunden und verzahnt bleiben, d.h. nicht radikal ghettoisierbar sind und zugleich ihre relative politisch-kulturelle Autonomie bewahren können. Eine erfolgreiche Strategie der Dualisierung kann sich zwar auf durchaus starke »objektive« ökonomisch-gesellschaftliche Spaltungsprozesse stützen, setzt aber voraus, daß es gelingt, die »alternativen« Kulturen und Milieus entweder auszutrocknen oder politisch-ideologisch in eine neue Hegemonialstruktur einzubinden.

Neue Kapital- und Branchenstrukturen: Umgruppierung des Machtblocks

Das postfordistische Akkumulationsmodell beinhaltet nicht nur die Tendenz zu einer weitgehenden Segmentierung und Spaltung der Lohnabhängigen, sondern auch zu einer Umwälzung der kapitalistischen Branchen- und Unternehmensstruktur. D.h., auch der kapitalfraktionelle Machtblock (vgl. Poulantzas 1973, 1978) wird von der Reorganisation der kapitalistischen Formation nicht unberührt bleiben. Der Druck der Weltmarktkonkurrenz hat schon ganze Branchen vor die Überlebensfrage gestellt (Stahl, Schiffbau, Textil- und Uhrenindustrie). Sie zwingt die Konzerne auch immer mehr dazu, sich in »fremden« Technologien zu engagieren und damit traditionelle Branchengrenzen zu überschreiten. Ein Beispiel dafür ist das Eindringen namhafter Stahl- und Maschinenbauunternehmungen (Hoesch, Thyssen, Mannesmann, Krupp) in die elektronische Informationsverarbeitungs- und Steuerungstechnik (vgl. »Montankonzerne: Nicht nur Röhren«, Wirtschaftswoche Nr. 39/1984, 210ff.); ein

anderes das zunehmende Engagement der großen Computerhersteller in der Maschinenbau- und Fertigungstechnik (vgl. »Elektronikkonzerne: Neue Ansätze im Visier«, Wirtschaftswoche Nr. 36/1984, 98ff.).

Bilden sich auf diese Weise in erstaunlichem Tempo neue Branchengliederungen und Konkurrenzverhältnisse heraus, so verändern sich auf der Basis der neuen Technologien zugleich auch die kapitalistischen Organisations- und Größenstrukturen. »Vereinfachte, verbilligte und massenhaft reproduzierbare Steuerungs- und Regulierungspotentiale erlauben z.B. in Verbindung mit Fortschritten in der Biotechnologie kleinere und flexiblere Unternehmenseinheiten, die schwerfällige Großtechnologien substituieren« (Kommission 1983, 171), d.h., »das zentralistische Ordnungsmuster erstarrter Großorganisationen« (ebd.) steht zur Disposition. Es ist kaum anzunehmen, daß dies zu einer Verringerung des Konzentrations- und Monopolisierungsgrades führen wird, im Gegenteil. Zu erwarten sind eher organisatorische und technologische Dezentralisierungsprozesse auf der Basis hochzentralisierter ökonomischer und finanzieller Verflechtungsstrukturen. Die Grenze der »economies of large scale« in der Unternehmensorganisation wird nicht nur durch die Einführung der neuen Technologien niedriger gesetzt. Sie zeigt sich vor allem auch daran, daß sich die bestehenden, häufig monopolistisch operierenden (und z.T. extrem mit dem Staatsapparat verflochtenen) unternehmerischen Großorganisationen häufig als zu schwerfällig und zu unflexibel zeigten, um ein für die Erhaltung der Weltmarktposition insgesamt erforderliches Innovationstempo zu gewährleisten. Reagiert wird darauf mit organisatorischen Dezentralisierungsstrategien (Neugründung bzw. Ausgliederung von Technologietöchtern usw.), der staatlich unterstützten Förderung innovatorischer Klein- und Mittelbetriebe, der Errichtung von »Technologieparks« und Beratungszentren, mit der inzwischen schon fast skurrile Züge annehmenden Konkurrenz der Bundesländer um die Einrichtung eines bundesdeutschen »silicon valley« (vgl. »Technologiepolitik: Wettlauf der Länder«, Wirtschaftswoche Nr. 9/1984, 25ff.) sowie mit der Errichtung von Risikokapital-Beteiligungsgesellschaften unter der Kontrolle großer Industrie- und Finanzmonopole. Das neuerdings so vehement in das Zentrum des wirtschaftspolitischen Interesses gerückte kleinere und mittlere Unternehmertum spielt — sieht man von der ideologisch-propagandistischen Seite ab — in den anstehenden ökonomischen Restrukturierungsprozessen eine doppelte Rolle. Einerseits geht es um eine Form der »Regulierung der Marginalität«, d.h. um die Schaffung und Stabilisierung kleiner Selbständiger und peripherer Arbeitsplätze nicht zuletzt im »informellen« Sektor mittels staatlicher Subventionen. Zum anderen aber zielt neue Mittelstandspolitik auf die Förderung eines dezentralen, flexiblen und marktnahen Innovationspotentials im High-Tech-Bereich, das Entwicklungs- und Markteinführungsrisiken übernimmt und das von den Großkonzernen je nach Bedarf ausgenutzt und übernommen werden kann. Die führenden Unternehmen des Finanzkapitals, Großbanken und Versicherungen, spielen bei diesem kapitalistischen Neuarrangement eine wesentliche Rolle und garantieren zugleich dafür, daß sich das revitalisierte Kleinunternehmertum dem Einfluß und Zugriff der Großen nicht entzieht.

Zu erwarten ist also, daß ein neues, postfordistisches Akkumulationsmodell mit einer erheblichen Veränderung der unternehmerischen Organisations- und Branchenstrukturen sowie der Konkurrenz- und Verflechtungsverhältnisse verbunden sein wird. Die dadurch bewirkte Veränderung der Kooperations- und Konkurrenzbeziehungen muß auch die Struktur der traditionellen unternehmerischen Interessenorganisationen, insbesondere die branchenmäßig organisierten Zentralverbände tangieren. Auf jeden Fall ist auf längere Sicht mit einer einschneidenden Neugruppierung der Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Machtblocks und davon ausgehend auch mit einem Neuarrangement der interessenorganisatorischen Strukturen zu rechnen.

Autoritärer Etatismus und segmentierter Korporatismus

Die Frage ist, wie eine dem postfordistischen Akkumulations- und Gesellschaftsmodell entsprechende politisch-ideologische Hegemonialstruktur beschaffen sein könnte, die diese Formation zu einem kohärenten »historischen Block« zusammenfügen, in ihren Widersprüchen stabilisieren und in ihren ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen befestigen kann. Welche Form des politischen Systems haben wir in der Nachfolge des keynesianischen, auf Vollbeschäftigung, wachsenden materiellen Wohlstand, starke Gewerkschaften und ein ausgebautes System der sozialen Sicherung gegründeten Staats mit seinem zentralkorporativen, sehr wesentlich durch die Sozialdemokratischen Parteien vermittelten politischen Regulierungsmodus zu erwarten? Der postfordistische Staat muß sich auf die ökonomischen und sozialen Strukturen, die gesellschaftlichen Spaltungen und Fragmentierungen beziehen, die sich als Reaktion auf die Krise des Fordismus herausbilden, und er muß politische Regulierungsformen entwickeln, die die Durchsetzung eines neuen Akkumulations- und Gesellschaftsmodells ermöglichen und selbst vorantreiben.

Grundsätzlich können wir davon ausgehen, daß es sich bei dem postfordistischen und postkeynesianischen Staat entgegen neoliberaler Ideologie keinesfalls um einen schwachen, zurückgenommenen, den »Marktkräften« wieder ungehinderten Spielraum gebenden Staat handeln wird, sondern im Gegenteil um einen starken, gegenüber dem gesellschaftlichen Interessenpluralismus autonomisierten, vielfach intervenierenden und nach innen wie außen hochgradig bewaffneten. Dies resultiert aus der globalen Situation des nationalstaatlichen Systems, die durch verstärkte innere wie äußere Brüche und Konflikte gekennzeichnet ist, durch einen zunehmenden und nicht zuletzt mit militärischen Mitteln ausgetragenen Kampf um Rohstoffquellen und ökonomischen Einflußzonen sowie brisante gesellschaftliche Konflikte und Spaltungen im Inneren der kapitalistischen Metropolen. Dazu kommt der Zwang, unter dem Druck der Weltmarktkonkurrenz und bei sich fortsetzender Internationalisierung der Produktion eine Strukturanpassungspolitik zu betreiben, die innenpolitisch mit immer größeren Widerständen rechnen muß. Der Druck des Weltmarkts, der durch die Internationalisierung des Kapitals enger werdende politische Spielraum und die anwachsenden inneren wie äußeren Konfliktpotentiale begründen die Tendenz zum autoritären Etatismus (Poulantzas 1978,

185ff.). Der nachkeynesianische Kapitalismus wird weniger von liberalen Mustern denn von einer verstärkten, wenn auch in ihren Formen modifizierten Durchstaatlichung und vom Ausbau der Interventions-, Überwachungs- und Kontrollapparate geprägt sein. Natürlich benötigt ein neues kapitalistisches Akkumulationsmodell »mehr Markt«, was vor allem heißt: den Abbau sozialer Schutzrechte und kollektiver Interessenvertretung der Lohnabhängigen, aber dieser »Markt« erscheint im nationalstaatlichen Rahmen immer mehr als politisch eingesetztes Steuerungsmittel.

Basis des postfordistischen Staates wäre eine hoch segmentierte und gesplattete Gesellschaft. Die Spaltungen der Arbeiterklasse entziehen den reformistischen sozialdemokratischen Parteien tendenziell ihre Wählerbasis (Buci-Glucksmann und Therborn 1982, 264ff.), während gleichzeitig die Gewerkschaften der Gefahr ausgesetzt sind, endgültig zu quasi-ständischen Interessenvertretungen privilegierter Kernbelegschaften herabzusinken (Rosanvallon 1982, 72ff.; Esser und Hirsch 1985). Damit brechen entscheidende Eckpfeiler des keynesianischen Staates mit seinem Regulierungsmodell des zentralisierten, übergreifende (Klassen-)Interessen organisierenden und etatistischen Korporatismus zusammen. Statt dessen deutet sich die Entstehung einer Art von dezentralem und segmentiertem gesellschaftlichem Korporatismus an, bei dem in ein »insgesamt strukturlos gewordenes Verhältnis der sozialen Kräfte« korporative Zellen aus divergierenden und konkurrierenden Berufs-, Status- und Interessengruppen eingelagert sind (Rosanvallon 1982, 74).

Ein diesen segmentierten Korporatismus regulierendes und stabilisierendes politisches System müßte sich in entscheidenden Merkmalen vom keynesianisch-fordistischen Staat unterscheiden (vgl. dazu ausführlicher Esser und Hirsch 1984). Dazu gehört vor allem der weitere Ausbau und die informationstechnologische Perfektionierung der staatlichen Repressions- und Überwachungsapparate, gleichzeitig aber auch der »Umbau« des Sozialstaats, der nach wie vor die gesellschaftlichen Spaltungen zugleich bestätigen, vertiefen und bürokratisch unter Kontrolle halten muß. D.h., es kann nicht eigentlich um einen schlichten »Abbau« des sozialstaatlichen Systems gehen, sondern darum, bei insgesamt geringeren materiellen Leistungen seine Spaltungs-, Integrations- und Kontrollpotentiale auszubauen. Dazu gehören selektive Privatisierungsstrategien zugunsten materiell privilegierter Schichten (von der Müllabfuhr über Privatversicherungen bis hin zu Privatuniversitäten), materiell dürftige, mit kontrollierenden Auflagen verbundene »Hilfen zur Selbsthilfe« in bezug auf die marginalisierten Sektoren, »entregulierte«, z.B. in privatrechtliche Stiftungsform gegossene oder sonst von kodifizierten Ansprüchen freigestellte Fonds zur gezielten ideologisch-politischen Intervention (vgl. etwa die »Stiftung Mutter und Kind«), die zunehmende quantitative Bedeutung der gering verrechtlichten und materiell dürftigen Sozialhilfe zu Lasten der institutionalisierten Versicherungssysteme, z.B. bei Arbeitslosigkeit, und nicht zuletzt auch eine Re-Stratifizierung des Bildungssystems (»Elitenförderung«). Die Segmentierung des sozialstaatlichen Apparats in privilegierte und rechtlich geschützte Sektoren und solche der weitgehend entkodifizierten »Regulierung der Armut« deutet sich bereits heute an (Valguenza 1982). »Dezentralisierung«,

»Privatinitiative« und »Selbsthilfe« werden also in doppelter Weise eine Rolle spielen: als pure Existenznotwendigkeit für jene, denen das Überleben anders nicht möglich ist, weil sie aus dem weitmaschiger werdenden »sozialen Netz« herausfallen, und als privilegierte Form für diejenigen, die dafür bezahlen können. Die postfordistische Variante des »Sicherheitsstaats« wird also härter und selektiver werden. Dies bedeutet freilich nicht, daß die relevanten gesellschaftlichen Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse staatsadministrativ durchgesetzt werden müßten. Entsolidarisierung und Depolitisierung vollziehen sich in der Krise und unter der Wirksamkeit der sich abzeichnenden neuen Akkumulationsstrategie von selbst. Auf was es politisch ankommt, ist die Herausbildung einer Regulierungsapparatur, die diese Entwicklung sowohl zuläßt als auch politisch-ideologisch stabilisiert.

Auf der Ebene des Parteiensystems zeichnet sich eine entsprechende Entwicklung ab. Tendenziell scheint sich die dominante Massenpartei von einer übergreifenden, organisierte Interessen kanalisierenden und integrierenden sowie pluralistische Verteilungskompromisse vermittelnden »Volkspartei« zu einer weit extremer bürokratisierten, zentralisierten und etatisierten Politikmaschine zu verwandeln. Deren zentrale Funktion besteht darin, eine tief gesplattene und durch segmentierte Korporativstrukturen gekennzeichnete Gesellschaft bei abnehmenden Spielräumen für materielle Konzessionen diskursiv-ideologisch zu »homogenisieren«. Dies erfordert den Umbau der Parteiapparate zu informationstechnisch effizienten, sich kommerzieller Marketingstrategien bedienender Public-Relations-Apparate, die imstande sind, einen zu den materiellen Interessen querliegenden, in die komplexen gesellschaftlichen Spaltungen sich einklinkenden autoritär-populistischen Diskurs zu entwickeln. Die CDU ist — und dies erweist sich als die wesentliche Grundlage ihrer Regierungsfähigkeit — in dieser Entwicklung inzwischen am weitesten fortgeschritten, trägt jedenfalls kaum mehr die Merkmale einer traditionellen konservativen Partei (vgl. Esser und Hirsch 1984, Westbrook 1983, Dubiel 1983, Hall 1982).

Die Konturen dieses neuen ideologischen Diskurses werden deutlicher: Traditionell »keynesianische« Werte wie Fortschritt, Gleichheit, Solidarität, kollektive Wohlfahrt und materielle Sicherheit haben kaum noch Konjunktur. Statt dessen gelten wieder Leistung, Erfolg, Cleverness, Privatismus, Familie, Opfer und Moral. Einer sich mehr und mehr spaltenden, in konkurrierende Statusgruppen, »Eliten« und ausgegrenzte Zonen zerfallenden Gesellschaft werden die entsprechenden Weltbilder verpaßt: bestehend aus einer widersprüchlichen Mischung von individualisierendem Leistungsethos und autoritärem Sicherheitsbedürfnis, Gewaltbereitschaft und diffuser Angst, kollektiver Aggressivität und privatistischer Resignation, Pseudoliberalismus und stumpfer Moral, Singlekultur und synthetischer Familienidylle. Nationalismus wird wieder brauchbar als kittender Ersatz für den verschwundenen materialen Konsens der Gesellschaft. Die sich vertiefenden Spaltungen müssen mit altneuen Feindbildern verkleistert werden, die da sind: Ausländer, Aussteiger, Sozialparasiten und Unangepaßte, Kommunisten, Pazifisten, Russen, aber durchaus auch schon mal die Amerikaner.

Die Logik einer solchen Entwicklung weist auf eine tiefgehende Veränderung des Verhältnisses von »Politik« und »Ökonomie«, von »Staat« und »Gesellschaft« hin, eine Veränderung, die auf eine »Entformalisierung« der Politik, d.h. den Bedeutungsverlust kollektiver Institutionen und Interessenorganisationen, »Entbürokratisierung« und »Entrechtlichung« sowie auf eine autoritär-populistische Entpolitisierung der gesellschaftlichen Konflikte hinauslaufen könnte. Dies heißt nicht, daß der ideologische Diskurs über materielle Interessen hinweggehen kann, aber diese können angesichts einer gespaltenen und »entformalisierten« Gesellschaft politisch-ideologisch so formiert, zerfasert, neu kombiniert, gegeneinander ausgespielt und überformt werden, daß sie sich in das Gefüge einer neuen hegemonialen Struktur einpassen.

Eine antikapitalistische Politik in der Krise?

Zwar ist es noch offen, mit welcher Stärke die dargestellten Tendenzen sich durchsetzen werden, eine realistische Alternative zu einer erneuten Restrukturierung des Kapitalismus gibt es aber derzeit kaum. Praktisch gehen die Auseinandersetzungen darum, ob der postfordistische Kapitalismus mehr oder weniger harte und brutale Züge annehmen wird, ob die oppositionellen Bewegungen eine Überlebenschance haben oder ob sie — wie z.B. heute schon in den USA — zersplittert, demoralisiert und bis zur praktischen Bedeutungslosigkeit geschwächt werden. In einem Land, das ökonomisch derart weltmarktabhängig ist wie die Bundesrepublik, sind die gesellschaftspolitischen Spielräume sehr gering. Dazu kommt, daß eine tragfähige und realistische politische Alternative zum kapitalistischen Postfordismus bislang nicht zu sehen ist. Die herkömmlichen Sozialismusvorstellungen sind historisch diskreditiert und haben politisch ausgespielt, die traditionelle Arbeiterbewegung ist längst der fordistischen Reorganisation des Kapitalismus zum Opfer gefallen. Die reformistischen Organisationen der fordistischen Ära, Sozialdemokratie und Gewerkschaften, schwanken zwischen hilfloser Verteidigung des gesellschaftlichen Status quo und konzeptionsloser Anpassung an den eingeleiteten Restrukturierungsprozeß des Kapitals.

Bleiben die »neuen sozialen Bewegungen«, in deren Kontext sich am ehesten theoretische und praktische Ansätze zu alternativen und progressiven Gesellschafts- und Politikformen herausbilden konnten. Freilich sind auch sie noch weit davon entfernt, so konsistente, überzeugende und realistische gesellschaftspolitische Konzepte zu entwickeln, daß sie zu einer hegemonialen Kraft werden könnten. Dazu bräuchte es noch langer Erfahrungs-, Auseinandersetzungs- und Klärungsprozesse. Die neuen sozialen Bewegungen sind ein Produkt des Fordismus und seiner Krise und von dessen Strukturen geprägt, immer noch eher punktuell und protestförmig, sozial und ideologisch sehr heterogen und damit auch politisch-ideologisch außerordentlich ambivalent (Hirsch und Roth 1980). Eingebettet in die hegemoniale Krise des keynesianisch-fordistischen Gesellschaftsmodells und Ausdruck des Zerfalls bisher verbindlicher Gesellschaftsvorstellungen und der sie tragenden sozialen Kräfte, treiben sie diese Krise selbst mit voran — mit freilich recht ungewissen Perspektiven. Was sich aus dem von ihnen repräsentierten Gemenge von reaktio-

nären und progressiven, liberalistischen und sozialistischen, konservativen und radikal-demokratischen Vorstellungen am Ende politisch entwickeln wird, ist keineswegs ausgemacht. Es ist gerade diese Heterogenität und Widersprüchlichkeit, die neue Erfahrungen, Praktiken und Lösungsmodelle möglich macht und ihnen ihre politische Kraft verleiht. Gleichzeitig könnte eben dies sie auch zu unbewußten Mitträgern anstehender kapitalistischer Restrukturierungsprozesse degradieren.

Im Unterschied zu den USA bricht sich die Durchsetzung eines postfordistischen Kapitalismus in Europa immer noch an starken »keynesianischen« Politikformen und Wertvorstellungen. Sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften sind noch nicht zerschlagen oder postfordistisch transformiert und der existierende Sozialstaat wird mit relativer Zähigkeit verteidigt. Diese institutionellen und politisch-kulturellen Besonderheiten haben es bisher verhindert, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen neuen »Aufschwung« ebenso leicht und brutal durchgesetzt werden konnten wie in den USA. Die Herausbildung des Postfordismus muß deshalb die Züge einer »passiven Revolution von unten« (Buci-Glucksmann 1982) annehmen. Und eben dabei könnte sich die grün-alternative Bewegung als nützliches und sogar notwendiges Vehikel der politisch-ideologischen Durchsetzung kapitalistischer Restrukturierungsprozesse erweisen. Die naive Propagierung von Bescheidenheit und Askese paßt durchaus zu einem kapitalistischen Neuaufschwung, der sich auf eine drastische Senkung des allgemeinen Lebensstandards stützt. Genauso vertragen sich einige Vorstellungen von »Selbsthilfe« und »kleinen Netzen« trefflich mit den Tendenzen zu gesellschaftlicher Marginalisierung und Spaltung, verbindet sich »neue Mütterlichkeit« wohl mit privatistischem Rückzug. Neue Kleinunternehmerpersönlichkeiten reifen im Bereich der alternativen Betriebe viele heran. Ein unreflektierter Naturbegriff kann leicht dazu herhalten, Sozialdarwinismus und gesellschaftliche Ungleichheit zu legitimieren, ebenso wie ein oberflächlicher Antibürokratismus den Sozialstaatsabbau durchaus unterstützt. Die immer öfter feststellbare (und nicht immer einseitige) Sympathie konservativer Wendepolitiker mit »alternativen« Vorstellungen ist daher nicht zufällig. Nicht zuletzt deshalb hat die aktuelle grün-alternative Diskussion über den »Umbau des Sozialstaats« einen für die zukünftige Entwicklung so entscheidenden politischen Stellenwert.

Dazu kommt, daß die Existenz und die Wahlerfolge der Grünen durchaus dazu beitragen können, die ohnehin krisenbedrohten sozialen Bewegungen und alternativen Szenen weiter zu schwächen, ihre gesellschaftlich-politische Kreativität und ihr Protest- und Widerstandspotential zu untergraben und institutionell zu vereinnahmen (Hirsch 1985a). Die Möglichkeit einer radikalen Parlamentarisierung der Protestbewegung mit der Folge, daß die grüne Partei zu einer systemimmanenten Steuerungs- und Modernisierungsreserve ähnlich der früheren FDP herabsinken könnte, ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen.

Die weitere politische Entwicklung wird jedenfalls sehr davon abhängen, ob die Stärke und die politische Autonomie der Bewegungen und der alternativen Kulturen gegenüber *allen* Parteiapparaten wird erhalten werden können, d.h.,

daß aus dem parteiförmigen »Spielbein« nicht unversehens ein lahmes »Standbein« wird. Parlamentarisch-parteitaktische Kalküle und Koalitionsstrategien sind um so irreleitender und gefährlicher, je mehr von ihnen die Ansätze zu praktischer Gesellschaftsveränderung und eigenständiger Interessenwahrnehmung zurückgedrängt werden. In einer sich tendenziell fragmentierenden und »entgesellschaftlichenden« Gesellschaft kann weniger denn je auf die unvermittelte Herausbildung eines geschlossenen progressiven politischen »Lagers« gebaut werden. Der Weg zur Herausbildung einer bestimmenden emanzipativen gesellschaftlichen Kraft ist lang, setzt noch viele Lern- und Auseinandersetzungsprozesse voraus und wird durch aufgesetzte politische Organisationsversuche eher behindert. Nicht übergreifende Organisationen oder gar Parteien sind verlangt, auch nicht formelle »Bündnisse« und Spitzengespräche. Eher Offenheit, der Blick auf die Gesellschaft jenseits der eigenen Szene, unmittelbar verändernde gesellschaftliche Praxis, die Entwicklung von Modellen und Initiativen, permanente Auseinandersetzung mit den höchst divergierenden Interessen innerhalb der »Bewegungen« selbst und natürlich die Fähigkeit zu radialer Analyse und (Selbst-)Kritik. Zentralisierende und staatsbezogene Institutionalisierungen jedweder Art sind dem erfahrungsgemäß nicht eben förderlich.

Unter diesem Gesichtspunkt erweist sich das Experiment mit der grünen Partei als äußerst widersprüchlich. Angesichts des Zustandes des »fordistisch« transformierten politischen Systems und der Unfähigkeit der etablierten politischen Apparate, auf virulente Interessen und soziale Bewegungen zu reagieren, war ihre Gründung unvermeidlich und ihr vorläufiger Erfolg sozusagen vorprogrammiert. Und sie hat unbezweifelbar Positives bewirkt: das politische System hat sich wieder geöffnet, das etablierte Parteienkartell wurde erschüttert, der politischen Ausgrenzung und Kriminalisierung der Bewegungen konnte entgegengewirkt werden, und nicht zuletzt wurde durch sie auch der Zwang verstärkt, zusammenhängendere und übergreifendere politisch-gesellschaftliche Konzepte zu entwickeln.

Die augenblicklich politisch entscheidende Frage ist also die, ob die von der grünen Partei getragene Ergänzung und Erweiterung punktuell-protestförmiger durch gesamtgesellschaftlich orientierte »verantwortliche« Politik schließlich in einer parlamentarischen Integration und Schwächung der Bewegungen enden wird. Dies wird freilich nicht innerhalb der Partei entschieden, sondern hängt davon ab, ob die alternativen Kulturen und Milieus ihre Kraft, Radikalität und Unabhängigkeit bewahren können. Die zukünftige Bedeutung der Grünen wird dann nicht zuletzt darin liegen, auf diese gesellschaftliche Basis gestützt, politische Veränderungen innerhalb der etablierten politischen Institutionen, vor allem in der SPD und den Gewerkschaften, mit voranzutreiben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die hoch bürokratisierten und etatisierten Parteiapparate kaum mehr anders als durch die Drohung mit der Beeinträchtigung von Wahlchancen politisch veränderbar sind. Zugleich hängt aber die weitere politische Entwicklung immer noch wesentlich davon ab, daß die SPD und die Gewerkschaften davor bewahrt werden, sich bedingungslos in den Restrukturierungsprozeß des Kapitals einzupassen und zu Bestandteilen eines

neuen, segmentierten und rigide ausgrenzenden autoritären Korporatismus zu werden. Die Herausbildung einer hegemonialen Kraft, die eine Alternative zu den brutalsten Formen der Durchsetzung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse im internationalen Maßstab darstellen könnte, ist ohne eine entsprechende Veränderung dieser traditionellen reformistischen Organisationen kaum zu erwarten. Der Weg dahin wird aber nicht über eine institutionelle Organisation von Bündnissen und »Blöcken« laufen, sondern darüber, daß sich die sozialen Bewegungen weiter entwickeln können, das politische System offen gehalten wird, gesellschaftliche Experimente, Erfahrungen und Lernprozesse möglich bleiben.

Vorstellungen von einer irgendeinmal zu gewinnenden grünen Mehrheit (verbunden mit all den darin eingewobenen Staatsillusionen) sind ebenso irreführend und gefährlich wie die Möglichkeit, daß die grüne Partei zu einer ideologisch abgehobenen parlamentarischen Sekte oder aber zum gesellschaftspolitisch konzeptionslosen und ebenso wahltaktisch operierenden Juniorpartner der traditionellen Sozialdemokratie herabsinkt. Die grüne Partei wird politisch so lange sinnvoll und nützlich sein, solange sie Stachel im Fleisch der etablierten Apparate bleibt, durchaus minoritär, gerade aber dadurch die politischen Verhältnisse so offen haltend, daß praktische gesellschaftliche Veränderungen, Experimente mit alternativen Lebensformen und die Entwicklung neuer kultureller Dimensionen und gesellschaftlicher Wertvorstellungen möglich bleiben. Es geht um das schwierige Geschäft, die Wechselwirkung zwischen kulturellen Experimenten, Basisbewegungen und vielfältigen Protesten auf der einen Seite sowie gesamtgesellschaftlicher Politik auf der anderen aufrecht zu erhalten. Und es geht um die praktische Umsetzung der alten theoretischen Erkenntnis, daß fundamentale gesellschaftliche Veränderungen nie mittels des Staates und der auf ihn bezogenen Organisationen durchsetzbar sind.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, Michael, 1976: *Régulation et crises du capitalisme. L'expérience des États-Unis*. Paris
 ders., 1978: Phases of US Capitalist Expansion, in: *New Left Review* 110, 17-28
 ders., 1982: World Capitalism in the Eighties, in: *New Left Review* 136, 5-41
 Altvater, Elmar, 1982: Der Kapitalismus vor einem Aufschwung? Über Theorien der »langen Wellen« und der »Stadien«, in: *Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Theodor Prager u. Philip Rieger*. Wien, 195-223
 Attali, Jacques, 1978: *La Nouvelle Economie Française*. Paris
 ders., 1981: Die kannibalische Ordnung. Von der Magie zur Computermedizin. Frankfurt/M., New York
 ders., 1981: *Les trois mondes. Pour une théorie de L'après-crise*. Paris
 Brandt, Gerhard, 1981: Die Zukunft der Arbeit in der »nachindustriellen« Gesellschaft, in: *IHS-Journal* 5, 109-123
 Buci-Glucksmann, Christine, und Göran Therborn, 1982: *Der sozialdemokratische Staat. Die »Keynesianisierung« der Gesellschaft*. Hamburg
 Buci-Glucksmann, Christine, 1982: Formen der Politik und Konzeptionen der Macht, in: *Neue soziale Bewegungen und Marxismus. Argument-Sonderband AS 78*. Berlin/W.
 Coriat, Benjamin, 1984: Differenzierung und Segmentierung des Gesamtarbeiters in der Serien-Industrie — Der Fordismus, der Massenarbeiter und die »Aufwertung der manuellen Arbeit«, in: Klaus Düll (Hrsg.), *Industriearbeit in Frankreich. Krisen und Entwicklungstendenzen*. Frankfurt/M., New York, 39-70
 Davis, Mike, 1978: »Fordism« in Crisis: a review of Michel Aglietta's *Régulation et crises: L'expérience des États-Unis*, in: *Review* 2, 207-209

- Dubiel, Helmut, 1983: Neue alte Politik. Falsche Antworten auf richtige Fragen — der neokonservative salto mortale, in: *Freibeuter* 18, 45-63
- Edwards, Richard, 1981: Herrschaft im modernen Produktionsprozeß. Frankfurt/M., New York
- Esser, Josef, und Joachim Hirsch, 1984: Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den »nachfordistischen« Kapitalismus, in: *Prokla* 56, 51ff.
- Esser, Josef, und Joachim Hirsch, 1985: Die 35-Stunden-Woche oder die programmierte Niederlage, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), *Jahrbuch 1984*. Sensbachtal, 36ff.
- Esser, Josef, Wolfgang Fach und Georg Simonis, 1980: Grenzprobleme des »Modells Deutschland«, in: *Prokla* 40, 40-63
- Ewen, Stuart, 1976: *Captains of Consciousness. Advertising and the Social Roots of the Consumer Culture*. New York
- Fox, Richard W., und T.J. Jackson Lears (Ed.): 1983: *The Culture of Consumption. Critical Essays in American History 1880-1980*. New York
- Gartner, Alan, und Frank Riesman, 1978: Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft. Zur politischen Ökonomie des tertiären Sektors. Frankfurt/M.
- Gershuny, Jonathan, 1981: *Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft*. Frankfurt/M., New York
- Gorz, André, 1983: *Wege ins Paradies*, Berlin/W.
- ders., 1984: Dualisierung der Arbeit am Beispiel der USA, in: *links* 174, 18-19
- Hall, Stuart, 1982: Populär-demokratischer und autoritärer Populismus, in: *Neue soziale Bewegungen und Marixismus, Argument-Sonderband AS 78*. Berlin/W., 104-124
- Hirsch, Joachim, 1980: Der Sicherheitsstaat. Das »Modell Deutschland«, seine Krisen und die »neuen sozialen Bewegungen«. Frankfurt/M.
- ders., 1985a: Von der Faszination des Staats oder was bleibt uns außer grünen Amtsinhabern, in: *links*, März, 8f.
- ders., 1985b: Fordismus und Postfordismus. Die gegenwärtige gesellschaftliche Krise und ihre Folgen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 2
- Hirsch, Joachim, und Roland Roth, 1980: »Modell Deutschland« und neue soziale Bewegungen, in: *Prokla* 40
- Jessop, Bob, 1983: State Forms, Social Bases and Hegemonic Projects, in: *Kapitalstate 10/11*
- Kern, Horst, und Michael Schumann, 1984: Neue Produktionskonzepte haben Chancen. Bestandsaufnahme und Trendbestimmung der Rationalisierung in den industriellen Kernbereichen, in: *Soziale Welt* 1/2, 146-158
- Kommission »Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen«, 1983: Bericht, erstellt i.A. der Landesregierung von Baden-Württemberg
- Lipietz, Alain, 1982: Towards Global Fordism?, in: *New Left Review* 3/4, 33-47
- ders., 1985: Akkumulation, Krise und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der »Regulation«, in: *Prokla* 58, 109-137
- Lutz, Burkhardt, 1984: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/M., New York
- Mandel, Ernest, 1983: *Die langen Wellen des Kapitalismus*. Frankfurt/M.
- Neusüß, Christel, 1980: Der »freie Bürger« gegen den Sozialstaat. Sozialstaatskritik von rechts und von Seiten der Alternativbewegung in: *Prokla* 39, 79-104
- Palloix, Christian, 1977: *Procès de production et crise du capitalisme*. Grenoble
- Poulantzas, Nicos, 1973: *Faschismus und Diktatur*. München
- ders., 1978: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*. Berlin/W.
- Rosanvallon, Pierre, 1982: Nach der Sozialdemokratie. Die Kosten der Solidarität oder Die Gesellschaft auf der Suche nach sich selbst, in: *Freibeuter* 11, 63-75
- Valguezza, José, 1982: Die Sparpolitik im Gesundheitswesen, ihre Entwicklung und Auswirkungen, in: *Widersprüche* 4/5, 45-89
- Werlhof, Claudia v., 1981: Das Proletariat ist tot — Es lebe die Hausfrau? In: *Die Zukunft des Sozialstaats*. Hrsg. v. Landesfachausschuß Soziales und Gesundheit der Grünen Baden-Württemberg. Stuttgart, 2. Aufl., 150-157
- Westbrook, Robert, 1983: Politics as Consumption: Managing the Modern American Election, in: R.W. Fox, T.J.J. Lears (Ed.), *The Culture of Consumption*. New York, 143-173
- Westphal-Georgi, Ursula, 1982: Der Sozialstaat wird umgebaut — Perspektiven für die Frauen, in: *Prokla* 49, 31-43

Gerhard Hauck

Zur Diskussion um Wallersteins Weltsystem-Perspektive

Es ist sicherlich sehr zu begrüßen, daß der Argument-Verlag den Historiker und Soziologen Immanuel Wallerstein, dessen Werke von der politischen Linken im englischsprachigen Raum seit bald zehn Jahren aufs heftigste diskutiert werden, endlich auch einem breiteren deutschsprachigen Publikum vorstellt. Ich meine allerdings, die Kritik an Wallersteins Arbeiten hat mindestens ebensoviel an Wissenswertem gebracht wie diese selbst. Sie ist an ihm aber nahezu folgenlos abgeprallt. Auf keine der sehr gründlichen Kritiken hat er geantwortet; keine der kontroversen Positionen hat er aufgegeben; im Gegenteil: in jeder neuen Veröffentlichung tauchen die alten Thesen wieder auf, allenfalls abstrakter, vorsichtiger und inhaltsleerer formuliert. Dies gilt auch für den Artikel in *Argument* 143 und für das (nach Abfassung des vorliegenden Artikels erschienene) Büchlein »Der historische Kapitalismus« (cf. Fußnoten 1 und 2). Ich finde, eine derartige Abschottung gegenüber jeglicher Kritik darf das *Argument* nicht mitmachen, und möchte deshalb versuchen, die wichtigsten Diskussionspunkte herauszuarbeiten und produktiv weiterzuentwickeln. Im Zentrum steht dabei der Vorwurf, es handele sich bei Wallersteins Theorie um ein reines Zirkulationsmodell, nach dem das kapitalistische »Weltsystem« (Wallersteins Zentralbegriff) seine Dynamik allein aus der Zirkulationssphäre, aus dem ungleichen Tausch zwischen den Staaten(!) des Zentrums und der Peripherie beziehe. Die politische Konsequenz daraus — und hier liegt die Aktualität der Diskussion — kann nur das Streben nach Verbesserung der Terms of Trade, nach einer »neuen Weltwirtschaftsordnung«, allgemeiner: nach Etablierung von äquivalenten Tauschverhältnissen auf dem Weltmarkt sein. Was dabei übersehen wird, ist, daß dies die Ausbeutungsverhältnisse an der Peripherie wie in den Metropolen (die in den Metropolen werden bei Wallerstein eh vergessen) überhaupt nicht berühren muß. Nur wer die Fundierung der Ausbeutung in den Produktionsverhältnissen erkennt, kann sie mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg bekämpfen.

Was ist das kapitalistische »Weltsystem«? Es ist nach Wallerstein zunächst die einzig mögliche Analyseeinheit für den makrosoziologisch orientierten Forscher, das einzige System, das er isolieren kann. Denn von sozialen Systemen kann man nur dort reden, wo diese ihre Entwicklungsdynamik im wesentlichen aus sich selbst beziehen. Und das gilt für die heutigen Nationalstaaten wegen ihrer Abhängigkeit vom Weltmarkt, der ihnen bestimmte Funktionen zuweist und sie dadurch auch in ihrer Struktur bestimmt, gerade nicht. Zum zweiten ist das »Moderne Weltsystem« identisch mit dem modernen Kapitalismus. Kapitalismus ist für Wallerstein Produktion von Waren für den Verkauf auf einem Weltmarkt unter dem Prinzip der Profitmaximierung. Funktionieren kann dies nur in einem »Weltsystem«, welches aus vielen, formal unabhängigen, miteinander Handel treibenden Staaten besteht, nicht in einem »Welt-Imperium«, wie etwa dem alten Römischen Weltreich, weil hier die staatliche Bürokratie nicht nur in der Versuchung, sondern auch in der Lage ist, allzu

stark in die Ökonomie einzugreifen und Profite einzustecken, die nicht auf dem Kauf und Verkauf von Waren beruhen. Erst mit dem Scheitern des Habsburgischen Versuches, ein Welt-Imperium zu errichten, mit der Konsolidierung eines multipolaren Weltsystems im »langen 16. Jahrhundert« konnte die Warenproduktion für den Weltmarkt, der Kapitalismus, dauerhaft die Vorherrschaft erringen, und eben deswegen sind die beiden identisch.

Die Dynamik dieses Systems ruht auf drei Grundlagen (cf. Wallerstein 1974, 38, 309): 1. der Inkorporation immer neuer Gebiete, 2. der regionalen Spezialisierung und 3. dem (staatlich vermittelten) Mehrwert-Transfer aus den peripheren in die Kern-Regionen. Die beiden ersten von diesen Bedingungen sind ihrerseits kausale Voraussetzungen für die dritte, den Mehrwert-Transfer, welcher als das zentrale Merkmal des Modernen Weltsystems angesehen werden kann. Sehen wir näher zu.

Die regionale Spezialisierung in einen agrarische Rohstoffe produzierenden Osten und einen manufaktuelle Fertigwaren produzierenden Westen Europas stand am Anfang des Modernen Weltsystems. »Infolge einer Serie von Zufällen — historischen, ökologischen, geographischen — war Nordwest-Europa im 16. Jahrhundert besser als andere Teile Europas in der Lage, seine landwirtschaftliche Produktion zu diversifizieren und ihr bestimmte Industrien (wie Textilien, Schiffbau, Metallwaren) hinzuzufügen« (Wallerstein 1979, 18). Dies hatte verstärkte Nachfrage nach einfachen Agrarprodukten, insbesondere Getreide, zur Folge, was seinerseits die osteuropäischen, insbesondere die polnischen Feudalherren dazu veranlaßte, auf ihren Gütern die Getreideproduktion für den Export auszudehnen. Damit war eigentlich schon alles entschieden. Die diversifizierte Agrar- und Industrieproduktion des Westens mit ihrer hohen Produktivität erforderte geschickte und motivierte Arbeitskräfte; deshalb ging man hier zur freien Lohnarbeit über, der Produktionsform, die den Arbeitern im Durchschnitt die höchste Entlohnung sichert. Der Westen wurde so zum »Zentrum« des kapitalistischen Weltsystems. Die Getreideproduktion des Ostens dagegen ging auf niedrigem technologischem Niveau vonstatten und erforderte bei den Arbeitskräften weder eine besondere Qualifikation noch eine besondere Motivation. Deshalb konnten die feudalen Großgrundbesitzer hier mit auf außerökonomischem Zwang beruhenden »Methoden der Arbeitskontrolle« produzieren, woraus sich die sogenannte »zweite Leibeigenschaft« im Osten erklärt. Dies ändert aber nichts an dem kapitalistischen Charakter ihrer Produktion, denn sie blieb ja Produktion für den Weltmarkt, dem Polen nun als »periphere Region« eingegliedert war.

Gleichzeitig hatte diese Form der internationalen Arbeitsteilung eine spezifische Schwäche des Staates im Osten zur Folge: das Vorherrschen der Leibeigenschaft war nicht vereinbar mit der Existenz freier Städte, die im Westen die wichtigsten Verbündeten der absoluten Monarchen in ihrem Kampf gegen die Autonomie der Feudalherren waren. Die korrespondierende Stärke der Staaten des Westens hatte eine weitere Stütze in ihrem höheren technologischen Niveau. Sie konnte in zweierlei Weise genutzt werden. Zunächst zur Inkorporation von immer neuen peripheren Regionen in das entstandene Weltsystem. Dies ist der Ursprung der modernen Unterentwicklung — Musterbeispiel ist

die Einführung der Weltmarktproduktion von Zucker mittels Sklavenarbeit in der Karibik. Noch wichtiger wurde die Stärke der »Kern«-Staaten aber dadurch, daß sie ihnen erlaubte, sich einen Teil des an der Peripherie produzierten Surplus anzueignen und ins Zentrum zu transferieren. Dies kann einerseits nach Art der sogenannten »ursprünglichen Akkumulation« durch direkte staatliche Gewaltanwendung zur Ausplünderung der Peripherie geschehen. Andererseits wird die Stärke der Kernstaaten an einigen Stellen auch als Grundbedingung des »ungleichen Tausches« angesehen, der später und bis heute wichtigsten Form des Mehrwert-Transfers aus der Peripherie ins Zentrum. Da dieser zentrale Punkt ziemlich unklar bleibt, müssen wir auf ihn noch etwas näher eingehen.

In Wallersteins längster Passage zum »ungleichen Tausch« überhaupt lesen wir:

»Wenn wir uns den Austausch zwischen Zentrum und Peripherie eines kapitalistischen Systems als Austausch zwischen Hochlohn-Produkten und Niedriglohn-Produkten vorstellen, dann resultiert daraus ein 'ungleicher Tausch' im Sinne von Emmanuel, wobei ein Arbeiter aus der Peripherie viele Stunden arbeiten muß, um beim gegebenen Produktivitätsniveau ein Produkt zu bekommen, das von einem Arbeiter des Zentrums in einer Stunde produziert wurde. Und umgekehrt. Ein solches System ist *notwendig* für die Ausdehnung des Weltmarkts, wenn die primäre Überlegung der *Profit* ist. Ohne *ungleichen* Tausch wäre es nicht *profitabel*, das Ausmaß an Arbeitsteilung auszuweiten. Und ohne eine derartige Ausweitung wäre es nicht *profitabel*, eine kapitalistische Weltökonomie zu erhalten.« (Wallerstein 1979, 71; Hervorhebungen im Original)

Hiernach scheint es sich beim »ungleichen Tausch« um einen rein ökonomischen Mechanismus zu handeln: Wenn Hoch- und Niedrig-Lohn-Länder ihre Produkte gegeneinander austauschen, dann fließen infolge der Gesetzmäßigkeiten des Austauschs ein Surplus aus den letzteren in die ersteren. Gleichzeitig macht das Zitat deutlich, daß der »ungleiche Tausch« zwischen Zentrum und Peripherie für Wallerstein *die* Grundlage des kapitalistischen Systems überhaupt ist: ohne ungleichen Tausch gibt es keinen Profit, und ohne Profit keinen Kapitalismus. Das Modell ist ein reines Zirkulationsmodell, und die Zirkulation erscheint als echtes Nullsummenspiel — die Gewinne der einen (Staaten) resultieren aus den Verlusten der anderen.

An dieser Stelle zeigt sich nun allerdings, daß die Theorie von Wallerstein mit der Marxschen Kapitalismuskritik, auf die er sich ständig beruft, kaum etwas gemein hat. Marx' zentrales Anliegen ist es gerade, zu zeigen, daß selbst aus dem Austausch von *Äquivalenten* Profite resultieren, sobald dieser die Ware Arbeitskraft erfaßt: Auch und gerade wenn die Arbeitskraft sich zu ihrem Wert verkauft, erbringt sie dem Kapitalisten, der sie kauft und in der Produktion anwendet, einen Mehrwert, weil ihr Wert notwendig geringer ist als der Wert, den sie schafft. Gleichzeitig widmet Marx viele Seiten dem Nachweis, daß der Profit im Kapitalismus gar nicht in erster Linie auf ungleichem Tausch beruhen *kann*, weil nämlich zumindest in normalen Zeiten alle Kapitalisten Gewinne zu machen pflegen — für Wallerstein sei hinzugefügt: die in den Metropolen *und* die an der Peripherie. Wie sollten dann die Gewinne der einen aus den Verlusten der anderen resultieren können? Ungleicher Tausch könnte allenfalls die unterschiedliche Höhe des Profits hier und dort erklären, nicht den Profit als solchen.

Logisch gesehen würde Wallersteins System nur dann Sinn machen, wenn der gesamte Welt-Surplus mittels Zwangsarbeit an der Peripherie produziert würde und nur durch Steigerung der physischen Ausbeutung sowie durch Inkorporation neuer Gebiete vergrößert werden könnte. Dann wären Kauf und Verkauf von Waren im Weltmaßstab wirklich das Nullsummenspiel, das Wallerstein darin sieht. Und tatsächlich kommen Wallersteins Argumente einer derartigen Konzeption oft recht nahe, etwa wenn er davon redet, daß die Arbeiter der Metropolen einen Teil des an der Peripherie produzierten Surplus erhalten (cf. Wallerstein 1979, 276f.). Wenn auch die Arbeiter in den Metropolen einen Mehrwert produzieren und unentgeltlich abgeben müssen, macht es keinen Sinn, zu sagen, an sie würde Mehrwert transferiert.¹ Man könnte allenfalls formulieren: sie erhalten zwar weniger als sie produzieren, aber nicht so viel weniger, wie sie ohne den Transfer aus der Peripherie erhalten würden. Da wäre es aber doch korrekter und präziser, zu sagen: weil die Arbeiter an der Peripherie so stark ausgebeutet werden, können die Kapitalisten der Metropolen einen noch größeren Mehrwert einstecken, als wenn sie nur ihre eigenen Arbeitskräfte hätten.

Zu kritisieren ist also Wallersteins gesamtes Zirkulationsmodell. An dessen Grund findet sich eine Unterkonsumtionstheorie klassischen Zuschnitts — wie er sie wiederum fälschlich Marx zuschreibt. Bezüglich der lang anhaltenden Wirtschaftskrise des ausgehenden 19. Jahrhunderts etwa schreibt Wallerstein:

»Ein Teil des Surplus mußte an irgendjemanden umverteilt werden, um es zu ermöglichen, daß diese Güter wieder gekauft würden und die ökonomische Maschinerie wieder zu reibungslosem Funktionieren käme. Durch Ausdehnung der Kaufkraft des Industrieproletariats der Kernstaaten wurde die Weltwirtschaft gleichzeitig von zwei Problemen befreit: dem Nachfrageengpaß und dem ungelösten 'Klassenkonflikt' in den Kernstaaten.« (Wallerstein 1979, 30)

Für diese Art von Theorie hatte Marx nichts als beißenden Spott übrig (»jene Ritter vom gesunden und einfachen Menschenverstand« — MEW 23, 180; MEW 24, 409). Selbst Sweezy, von Wallerstein vielfach als geistiger Vater zitiert, und von vielen selber als Unterkonsumtionstheoretiker angesehen, schließt sich dieser Kritik an. Und so wie von Wallerstein dargestellt, läuft das alles ja auch gar nicht ab. Nur ein — nicht-existenter, ja nicht einmal denkbarer — realer Gesamtkapitalist mit absoluter Übersicht könnte so handeln. Kein wirklicher individueller Kapitalist wird in der Überproduktionskrise die Löhne erhöhen, weil er eben dadurch seine — ohnehin geschrumpften — Gewinne noch weiter schmälern würde. Zwar ist jeder an einer Steigerung der Nachfrage interessiert und würde notfalls auch akzeptieren, daß diese durch Lohnsteigerungen zustande käme — aber nur bei den je anderen Kapitalisten. Was in der Krise passiert, ist vielmehr, daß jeder Kapitalist versucht, die Löhne zu drücken, um seine Gewinne einigermaßen zu halten und individuell dem Bankrott zu entgehen. Das gelingt einigen, anderen gelingt es nicht. Das Kapital der letzteren wird stillgelegt, dadurch wird das Gesamtangebot verringert, solange bis es schließlich der kaufkräftigen Nachfrage wieder entspricht und die Übriggebliebenen von neuem akkumulieren und Gewinne machen können.² Für sie, die je stärksten Teile der Kapitalistenklasse hat sich das alles dann gelohnt; aus ihrer Interessenlage heraus war ihr Verhalten rational. Nicht durch Lohner-

höhungen wird die Krise überwunden, sondern durch Kapitalwertung. Wenn über längere Perioden hinweg Reallohnsteigerungen vorkommen — und sie kommen vor —, dann nur unter der Bedingung, daß die Gesamtakkumulation gleichzeitig schneller steigt als die Löhne (cf. MEW 23, 569).

Die hohen Löhne in den Metropolen sind nun aber, wie erinnerlich, für Wallerstein die Grundlage des »ungleichen Tausches«, welcher dadurch zustande kommen soll, daß die Hochlohnproduzenten der Kernstaaten mit den Niedriglohnproduzenten der Peripherie Handel treiben. Hohe Löhne sind selbst bei gleichen Produktivitätsniveaus »vorteilhaft in Terms von ungleichem Tausch« (Wallerstein 1979, 88). Aber gerade dieser Vorteil der hohen Löhne steht in Zweifel (cf. Hauck 1979). Daß ein »Arbeiter aus der Peripherie viele Stunden arbeiten muß, um ein Produkt ... zu bekommen, das von einem Arbeiter des Zentrums in einer Stunde geschaffen wurde« (Wallerstein 1979, 71), ist kein sehr starkes Argument. Denn auch der Arbeiter des Zentrums muß viele Stunden arbeiten, um das von ihm geschaffene Produkt zurückkaufen zu können; in dessen Preis geht ja nicht nur seine bezahlte Arbeit (sein Lohn) ein, sondern auch seine unbezahlte Arbeit (der Profit des Kapitalisten) und die Amortisationskosten des konstanten Kapitals ($p = c + v + m$). Vor allem aber ist der internationale Warenhandel ja kein Austausch zwischen Arbeitern, sondern einer zwischen *Kapitalisten*; und wenn zwei Kapitalisten ihre Waren gegeneinander austauschen, macht bei gleichem Produktivitätsniveau im Normalfall derjenige die höheren Gewinne, der die niedrigeren Löhne zahlt — von einem Surplus-Transfer vom Niedrig- zum Hochlohnproduzenten kann da erstmal keine Rede sein.

Nun mag es alle möglichen Abweichungen von diesem Normalfall geben. Die zentrale Abweichung, die in der Theorie des ungleichen Tausches in der Regel vorausgesetzt wird, liegt in der Annahme eines internationalen Ausgleichs der Profitraten. In diesem Fall würde sicherlich ein Mehrwert transferiert; obwohl der Niedriglohnzahler aus seinen Arbeitern mehr herauspreßte als sein Partner, erzielte er keine höhere, sondern nur die gleiche Profitrate. Es fragt sich jedoch, wie so ein Zustand jemals zustandekommen oder Bestand haben soll. Bei freier Mobilität von Kapital und Arbeit fließt das Kapital selbstverständlich dorthin, wo die Löhne niedrig, die Arbeit dorthin, wo sie hoch sind; mit der Profitrate müßte sich auch die Mehrwertrate ausgleichen. Wenn erstere irgendwo schon einmal ausgeglichen wäre, letztere aber noch nicht, dann hätten unter diesen Bedingungen zudem die *Niedriglohnländer* einen Kostenvorteil, der es ihnen erlauben würde, die andern auszukonkurrieren. Wenn Arbeit und Kapital aber nicht frei fließen können, dann gibt es auch keinen Grund, einen Ausgleich der Profitrate anzunehmen. Welche Auswirkungen auf den Mehrwertfluß Einschränkungen der Mobilität von Kapital und Arbeit haben, läßt sich a priori überhaupt nicht sagen. Keine der Denkmöglichkeiten — Transfer von Niedrig- zum Hochlohnland, Transfer in entgegengesetzter Richtung, kein Transfer — ist generell auszuschließen. Wenn auch der erste dieser Fälle empirisch heute der häufigste sein mag, dann doch nicht wegen der höheren Löhne im Zentrum, sondern wegen der Faktoren, die die Profitrate in den Metropolen *trotz* der hohen Löhne hochhalten. Solche

Faktoren gibt es (insofern ist die *außerökonomische* Erklärung [cf. Wallerstein 1979, 18; 1983, 25f.] des ungleichen Tausches von der Kritik nicht betroffen): Schutzzoll-, Subventionierungs- und Kontingentierungspolitiken in den Kernstaaten (z.B. EG-Agrarmarkt), monopolistische und monopsonistische Marktstrukturen (z.B. Unilever gegen westafrikanische Kleinbauern), Monopolisierung von Technologie und Know-how durch Patente und Lizenzgebühren usw. All dies spielt eine wichtige Rolle, v.a. aus der ökonomischen Perspektive der Entwicklungsländer. Es muß aber doch im einzelnen und je spezifisch analysiert werden; die Catch-all-Kategorie des ungleichen Tausches deckt die entscheidenden Ursachen und Unterschiede nur zu. Mit Wallerstein anzunehmen, die gesamten Reichtumsunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie, gar die gesamte Dynamik des kapitalistischen Weltsystems, seien aus Mehrwert-Transfer mittels ungleichen Tausches zu erklären, wäre nach alledem jedenfalls weit überzogen.

Erklärt werden können die Reichtumsunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie wie die Dynamik des kapitalistischen Weltsystems nur, wenn man Wallersteins ausschließliche Fixierung auf die Zirkulationssphäre — welche tatsächlich ein Nullsummenspiel ist — durchbricht und auch den Prozeß der Produktion und Reproduktion des Kapitals (einschließlich seiner materiellen Komponenten Produktionsmittel und Arbeitskraft) in die Analyse einbezieht.

Eine solche Analyse des Prozesses der Produktion und Reproduktion des Kapitals im Weltmaßstab hätte zunächst zu fragen, ob es tatsächlich Sinn macht, mit Wallerstein die Ausbeutung von Fronarbeit (»coerced cash crop production«) als »nicht weniger kapitalistisch« anzusehen denn die Produktion mittels freier Lohnarbeit — wenn es nur um Warenproduktion für einen Weltmarkt geht (cf. Wallerstein 1979, 17). Für den klassischen Kapitalismusbegriff von Marx bis Weber war die freie Lohnarbeit bekanntlich ein konstitutives Begriffsmerkmal (cf. MEW 23, 181ff., 670ff.; Weber 1920, 10f.). Wallersteins Gegenargumente sind alles andere als überzeugend. Der »sogenannte Leibeigene in Polen oder der Indianer auf der spanischen *encomienda*« verkaufte seine Arbeitskraft eben nicht, wie Wallerstein meint, als Ware an seinen Feudalherren bzw. *encomendero*; sie gehörte diesem von Anfang an und lebenslänglich, konnte also gar nicht an ihn verkauft werden. Es handelte sich um reine Gewaltverhältnisse, nicht um Verhältnisse des Kaufs und Verkaufs von Waren (cf. Laclau 1981, 16-45). Aber die Schwäche dieser Argumentation enthebt uns nicht der Aufgabe, nach positiven Gründen zu fragen, die dafür sprächen, die freie Lohnarbeit als konstitutives Merkmal des modernen Kapitalismus anzusehen. Die historisch wie systematisch überzeugendste Argumentation zu dieser Frage hat Robert Brenner in seiner Kritik an Wallerstein entwickelt, der wir hier weitgehend folgen können (1977a, b, 1982).

Brenners erstes Hauptargument ist, daß dort, wo die Arbeiter nicht frei sind im Doppelsinn des Wortes (persönlich frei und »frei« von Produktionsmitteln), *sämtliche* Produktionsfaktoren nur in sehr eingeschränktem Maße zu Waren werden können — nicht nur die Arbeitskraft, sondern auch der Boden und selbst die sachlichen Produktionsmittel. Der polnische Leibeigene des 16. Jahrhunderts war, metaphorisch gesprochen, nicht nur an seine Parzelle geket-

tet, sondern diese auch an ihn. Sie hatte ihm die Eigenversorgung, die Subsistenz zu gewährleisten und konnte nicht je nach Marktchancen jeder beliebigen Verwendung zugeführt werden. Sie zu kaufen und zu verkaufen, um sie nach den je wechselnden Profitmaximierungsbedingungen in je unterschiedlicher Weise mit Produktionsmitteln und Arbeitskraft zu kombinieren, war ausgeschlossen. Die Mobilität des Kapitals war dadurch in erheblichem Maße eingeschränkt. Die von dem Leibeigenen benutzten Produktionsmittel mußten ferner der Winzigkeit seiner Parzelle entsprechen und zudem größtenteils der Eigenproduktion entstammen, denn in größerem Umfang Produktionsmittel als Waren auf dem Markt zu kaufen, hatte er kein Geld. Hinzu kommt schließlich, daß er als Produzent seiner eigenen Subsistenz auch für den Konsumgütermarkt als Käufer weitgehend ausfiel. All dies schränkte die Möglichkeit, aus dem Kauf und Verkauf von Waren Profit zu ziehen (für Wallerstein die Essenz des Kapitalismus), in starkem Maße ein.

Nun könnte man einwenden, für die polnischen Feudalherren sei dies mehr als ausgeglichen worden durch die im Export zu erzielenden Gewinne. Dies trifft in gewissem Umfang zu. Brenner weist jedoch nach, daß auch die Anpassungsmöglichkeiten des polnischen Adels an wechselnde Weltmarktbedingungen durch jene internen Mobilitätsschranken äußerst begrenzt waren. Auf steigende Weltmarktpreise für ihr Getreide konnten sie wegen dieser Schranken nicht mit einer Ausdehnung der Produktion durch Optimierung der Faktorkombination antworten, sondern nur dadurch, daß sie ein immer größeres Mehrprodukt von ihren Bauern abpreßten, sei es durch Ausdehnung der Fronarbeit, sei es durch Verkleinerung der Parzellen. Sie reagierten auf den Druck des Marktes wie alle Handel treibenden vorkapitalistischen Herrscherklassen in vergleichbarer Situation durch Steigerung der physischen Ausbeutung. Dies mußte jedoch längerfristig die *Reproduktion* der Bauern gefährden und *damit auch die Produktivität der Arbeit auf dem Herrenland* — was für das Polen des 17./18. Jahrhunderts genau so galt, wie es für die Dritte Welt noch heute gilt.

Damit kommen wir zu Brenners zweitem Hauptargument: In einem auf freier Lohnarbeit beruhenden System ist die herrschende Klasse (spätestens dann), wenn die Arbeitskraft nicht mehr in qualitativ und quantitativ ausreichendem Maße angeboten wird, gezwungen, von den Methoden der »absoluten« zu denen der »relativen« Mehrwertproduktion überzugehen. Die unbestreitbar reale Produktivkraftentwicklung im Zentrum ist in erster Linie auf diesen Mechanismus zurückzuführen. Die Kapitalisten, die bei solchen Produktivitätssteigerungen nicht mithalten können, müssen im Durchschnittsfall in der Konkurrenz mit den anderen zurückfallen und, wenn es dabei bleibt, schließlich pleite gehen. Die polnischen Feudalherren des 16./17. Jahrhunderts dagegen waren zur Produktivitätssteigerung ökonomisch nicht gezwungen. Als ihre Exporterlöse zurückgingen, mußten sie den Luxuskonsumgüterimport einschränken oder auch ganz einstellen. Aber durch ihre Rittergüter hatten sie immer noch gesicherten und direkten (nicht marktvermittelten) Zugriff auf ihre Subsistenz. Ökonomisch auskonkurriert werden konnten sie nicht.

Das dritte Hauptargument von Brenner attackiert das Wallersteins Theorie

zugrundeliegende neoklassische Homo-Oeconomicus-Modell, das von allen sozialen Bedingungen des ökonomischen Handelns absieht. Kritisiert wird vor allem die Vorstellung von der freien und ausschließlich rationalen Wahl der »Methoden der Arbeitskontrolle« durch die jeweiligen Herrscherklassen nach reinen Nutzenoptimierungsgesichtspunkten — so als hätten die englischen Adligen ihre knappen leibeigenen Arbeitskräfte aus eigenem Antrieb freigelassen und sie dann als freie Lohnarbeiter zu höheren Löhnen wieder beschäftigt. Brenner sucht im Gegenteil nachzuweisen, daß der englische Adel in Zeiten des Arbeitskräftemangels (im 14. Jahrhundert etwa) genau wie der polnische versuchte, so etwas wie eine »zweite Leibeigenschaft« einzuführen, daß ihm dies aber wegen des Standes der Klassenauseinandersetzungen in England nicht gelang. Zudem war die gefundene Lösung »rein ökonomisch« keineswegs die optimale: Nicht nur war die kleinbäuerliche Produktion in Polen ständig effektiver als die gutsherrliche Produktion für den Weltmarkt — auch die kapitalistische Agrarproduktion in England (zum Unterschied von der industriellen) war weit effektiver als die polnische insgesamt. Die optimale Lösung wäre also »rein ökonomisch« die Einführung der kapitalistischen Agrarproduktion in Polen gewesen. Die aber scheiterte daran, daß der Adel Polens aufgrund der dortigen Klassenverhältnisse in der Lage war, die »zweite Leibeigenschaft« durchzusetzen und sein Mehrprodukt ohne Steigerung der Produktivität durch Verschärfung der Ausbeutung zu vergrößern. Entscheidend für die Wahl der »Methoden der Arbeitskontrolle« ist die relative Stärke der betroffenen Klassen, nicht die »rein ökonomische« Systemoptimalität.

So viel zu Brenners Kritik. Sie erscheint mir im wesentlichen korrekt, im einzelnen allerdings doch verbesserungsbedürftig. Vor allem scheint mir, Brenner generalisiere etwas zu vorschnell von den polnischen Leibeigenen des 16. Jahrhunderts auf unfreie Arbeit überhaupt. Seine Argumentation setzt auf allgemeiner Ebene letztlich voraus: *wo immer* unfreie Arbeit herrscht, haben sowohl die Arbeiter als auch die Mehrproduktaneigner unmittelbaren Zugriff auf ihre Subsistenz. Dies trifft in dieser Allgemeinheit nicht zu, weder für die Arbeiter noch für die Mehrproduktaneigner.

Beginnen wir mit den letzteren. Der unmittelbare Zugriff der Mehrproduktaneigner auf ihre Subsistenz war im Fall des polnischen Adels sicherlich gegeben. Was er über den Weltmarkt bezog, waren nur Luxuskonsumgüter, nicht das, was er zum physischen Überleben brauchte. Spätere Quasi-Feudalherren, etwa in der Dritten Welt von heute, sind aber häufig auch für ihre Subsistenz sehr viel marktabhängiger als jene. Ein moderner indischer oder lateinamerikanischer Landlord mit Jeep und Kühlschrank, einem Haus aus Stein und Beton (möglicherweise in der Stadt) und einem Sohn, der im Ausland studiert, könnte sicher nur unter allergrößten Schwierigkeiten zurückkehren zu einem Leben von der Subsistenzproduktion auf »seinem« Land (auf diesen Punkt weist Brenner in einer späteren Arbeit selbst ausdrücklich hin).

Die Arbeiter andererseits, und damit kommen wir zu dem hier wichtigeren Punkt, sind im klassischen Fall der Leibeigenschaft (wie dargestellt) sicherlich ebenso an ihre Scholle gekettet wie diese an sie; eben deshalb haben sie unmittelbaren Zugriff auf ihre Subsistenz. Bei anderen Formen unfreier Arbeit, der

Sklaverei beispielsweise, ist dies jedoch nicht der Fall. Der Sklave, der zwar »frei« ist von Produktionsmitteln, aber nicht persönlich frei, hat in der Regel keinen unmittelbaren Zugriff auf seine Subsistenz; diese muß vielmehr von seinem Herrn über den Markt besorgt werden. Das von Sklaven bearbeitete Land kann zudem frei ge- und verkauft und jeder beliebigen Nutzung zugeführt werden. Die von Brenner benannten Einschränkungen der Warenproduktion und der Mobilität des Kapitals bei unfreier Arbeit sind im Fall der Sklaverei also nicht gegeben. Allerdings ist im Fall der Sklaverei die *Mobilität der Arbeitskraft* doch auch in erheblichem Maße eingeschränkt. Die Arbeitskraft des Sklaven muß im Prinzip immer gleich lebenslänglich gekauft werden, während die des Lohnarbeiters tageweise gekauft werden kann. Transfers der ersten Art setzen sehr viel größere Mengen an flüssigem Kapital voraus und können deshalb bei gleichem Kapitalstock viel weniger häufig durchgeführt werden — was der optimalen Ressourcen-Allokation sehr wohl im Wege stehen kann. Insgesamt bleibt, so meine ich, dennoch bestehen, daß die Sklaverei mit der optimalen Ressourcen-Allokation in einem kapitalistischen System zwar weniger verträglich ist als die freie Lohnarbeit, aber doch auch weniger unverträglich als die klassische Leibeigenschaft (für die Brenners Argumente voll zutreffen). Ähnliches gilt auch für andere, heute noch verbreitete Formen unfreier Arbeit, etwa das »bonded labour system« in Indien. Die Produktionsmittelfreiheit scheint in diesem Zusammenhang doch von größerer Bedeutung zu sein als die persönliche Freiheit.

Die entscheidende Frage angesichts von Brenners Argumentation ist aber: Wie ist es zu erklären, daß sich nicht auf freier Lohnarbeit beruhende Produktionsverhältnisse in so weiten Teilen der Dritten Welt bis heute halten konnten, wenn sie der optimalen Ressourcen-Allokation in einem kapitalistischen Weltsystem so sehr im Wege stehen? Warum haben die herrschenden Klassen in den Metropolen, die doch, wo immer sie Handel mit der Peripherie trieben, daran interessiert sein mußten, möglichst billige — und d.h. *ceteris paribus*: mit möglichst effektiven Methoden produzierte — Waren zu erhalten, nicht dafür gesorgt, daß *die* Produktionsverhältnisse eingeführt wurden, welche die optimale Ressourcen-Allokation erlauben? Brenners Antwort lautet, wie erinnerlich: es liegt an der relativen Stärke der betroffenen Klassen. Das hat seine Berechtigung, scheint mir aber als Antwort nicht ausreichend zu sein. Es übersieht zum einen, daß sich auch Klassenverhältnisse unter dem Druck ökonomischer Zwänge ändern können — und in West- und Mitteleuropa haben sie sich zwischen 1600 und 1900 entscheidend gewandelt, auf den lateinamerikanischen *encomiendas* und *haciendas* kaum. Sie übersieht zum anderen, daß die metropolitanen Unternehmer vielerorts auch ökonomisch sehr gut gefahren sind, mit den nicht-kapitalistisch organisierten Sektoren in der Dritten Welt Warenaustausch zu betreiben. So ganz dysfunktional scheinen solche Produktionsformen für das kapitalistische Weltsystem denn doch nicht zu sein.

Um hier zu einer befriedigenderen Erklärung zu kommen, muß man genauer nachfragen, was das »optimale Funktionieren« eines kapitalistischen Systems eigentlich bedeutet. Oberster Systemimperativ ist ja nicht — wie es bei Brenner bisweilen scheint — die Revolutionierung der Produktivkräfte, son-

dern die Gewinnmaximierung. Die beiden hängen zwar eng zusammen, sind aber keineswegs identisch. Der Satz, daß die effektivste Produktionsmethode die billigsten Waren ergibt — und bei dem, der sie anwendet, die höchsten Gewinne —, gilt eben *nur* ceteris paribus, und die meisten Parameter in den hier interessierenden Fällen sind gerade nicht gleich. Der polnische Adlige wie der encomendero hat im Durchschnitt wegen des Fehlens der Mobilität der Arbeitskräfte (und entsprechend der Konkurrenz um diese) in sehr viel stärkerem Maß als der Kapitalist die Möglichkeit zur Steigerung der physischen Ausbeutung; dadurch kann auch er unter dem Druck des Marktes seine Kosten senken, also billiger produzieren, so daß der Austausch mit ihm auch »rein ökonomisch« interessant werden kann. Über die Generationen hinweg muß dies zwar die Reproduktion der Produzenten und damit auch ihre Produktivität gefährden, aber dies ist nicht das Problem des im Zentrum sitzenden Handelspartners, der hic et nunc billig einkaufen will und sich im übrigen bisher auch stets darauf verlassen konnte, daß jede versiegende Quelle durch eine andere ersetzt werden konnte — statt des polnischen Getreides kann man ja ostpreußisches, ukrainisches oder schließlich gar nordamerikanisches und australisches einführen.

Ähnlich liegt der v.a. für Afrika typische Fall der selbstversorgenden freien Kleinbauern, die nebenher noch Waren für den Weltmarkt produzieren. Da ihnen die Subsistenzproduktion schlecht und recht das Überleben sichert, können die Preise für ihre Waren bis in die Nähe des Nullpunkts getrieben werden, ohne daß sie deren Produktion einstellen müßten. Auch dies wird längerfristig nicht ohne Gefährdung ihrer Reproduktion möglich sein, denn eine gewisse Mindestgeldmenge benötigen auch sie, und um sie zu erhalten, müssen sie gegebenenfalls »eigentlich« für die Subsistenz bestimmte Produkte verkaufen oder ihren eigenen Arbeitstag (und den ihrer Frauen und Kinder) bis zur physischen Überforderung ausdehnen (cf. Elwert u. Schiel, in Elwert u. Fett 1982). Aber auch dies braucht ihren Handelspartner im Zentrum nicht zu interessieren.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die kapitalistischen Unternehmen aus den Metropolen an der Peripherie nicht nur Handel treiben, sondern auch selbst mittels freier Lohnarbeit produzieren. Dies werden sie zwar nur dann tun, wenn sie mit einer mindestens dem Durchschnitt entsprechenden Profitrate rechnen können, was im agrarischen Bereich aus den beiden ebengenannten Gründen bisher nur in geringem Umfang der Fall ist. Aber selbst hier kann sich das ändern, etwa durch das langsame Ausbluten der Subsistenzökonomien. Anders liegt es schon seit vielen Jahrzehnten in einigen Bereichen der extraktiven und neuerdings auch der montierenden Industrie. Hier *sind* Gewinne zu machen, wegen der niedrigen Löhne sogar im Durchschnitt deutlich höhere Gewinne als in den Metropolen. Hieraus erklärt sich, daß immerhin ein Drittel des gesamten metropolitanen Kapitalexports an die Peripherie geht. Und der Profit, der mit dem exportierten Kapital gemacht wird, gehört metropolitanen Konzernen, von der alten Union Minière über BP und VW bis zu IBM und Sony. Selbst wenn er nicht im physischen Sinn transferiert wird (zu großen Teilen wird er es), hat er doch sie, die metropolitanen Konzerne, reicher gemacht,

nicht »die Länder« der Dritten Welt — eine Art von Mehrwert-Transfer, die mindestens ebenso wichtig ist wie die mittels ungleichen Tausches.

Auch bei dieser, wie selbstverständlich auch bei der einheimischen kapitalistischen Produktion an der Peripherie, profitiert nun, und das ist im gegenwärtigen Zusammenhang der springende Punkt, der kapitalistische Sektor ebenfalls von der Fortexistenz nicht-kapitalistischer Produktionsformen. Daß die Löhne an der Peripherie so niedrig sein können, wie sie sind, ist, wie Claude Meillassoux (1975) und seine Nachfolger gezeigt haben, in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß nicht-kapitalistisch organisierte Subsistenzökonomien einen Großteil der Reproduktionskosten für die Arbeitskräfte des kapitalistischen Sektors übernehmen. In einer geschlossenen kapitalistischen Ökonomie (die nirgends existiert) müßten im Arbeitslohn aus Gründen der Systemerhaltung außer den Kosten für die unmittelbare Lebenserhaltung des Arbeiters zumindest auch die Kosten für die Aufzucht der künftigen Arbeitskraft (direkt oder indirekt) enthalten sein; andernfalls würde die Arbeiterschaft aussterben. Wenn das Kapital aber fertige, erwachsene Arbeitskräfte von außerhalb, aus den Subsistenzökonomien, beziehen kann, kann es sich diesen Teil der Lohnkosten sparen, ohne daß das System gefährdet würde. Die gerade in Afrika riesige Ausmaße annehmende Wanderarbeit aus dem Busch, in Südafrika speziell aus den »Homelands«, in die kapitalistischen Zentren sorgt dafür, daß dies auch in bedeutsamem Umfang geschieht. Die Subsistenzökonomien allerdings gehen dadurch langsam zugrunde, denn nur ein Bruchteil der Arbeitskraft, die sie aufgezogen haben, steht ihnen selbst zur Verfügung. All die Mechanismen, die für den Zusammenhang von kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Sektoren sorgen, bewirken also auch das langsame Ausbluten der letzteren.

Was bleibt nach all diesen Überlegungen von der Weltsystem-Perspektive? Der Grundgedanke, daß Struktur und Entwicklung der meisten nationalen Gesellschaften von heute nicht zureichend aus deren Eigendynamik erklärt werden können, sondern weitgehend durch ihre Stellung im internationalen System bestimmt sind, wird durch keines der hier und anderwärts gegen Wallerstein vorgetragenen Argumente erschüttert. Er ist allerdings auch schon seit Beginn der Dependencia-Diskussion Gemeingut der Entwicklungsländer-Soziologie. Neu ist bei Wallerstein eigentlich nur die griffige Formel vom »Weltsystem« und die Identifikation dieses Systems mit dem Weltmarkt, mit dem Bereich der weltweiten Warenzirkulation. Genau diese Identifikation allerdings, dies ist der Sinn meiner Kritik, gilt es zu überwinden. Nur wenn das Weltsystem nicht mehr ausschließlich als Zirkulations-, allenfalls noch als politischer Zusammenhang verstanden wird, sondern als umfassender Produktions- und Reproduktionszusammenhang, sind die Aporien, in die Wallerstein ständig gerät, zu vermeiden.

Einen wichtigen Ansatzpunkt hierzu liefert Brenners Kritik an Wallerstein. Sie macht die aus dem nicht-kapitalistischen Charakter großer Teile der Produktion an der Peripherie folgenden Hemmnisse für die Produktivkraftentfaltung daselbst ebenso klar wie die von Wallerstein völlig vernachlässigte Bedeutung der dortigen Klassenverhältnisse und ihres Einflusses auf die physische Reproduktion der Arbeitskräfte. Die Schwächen dieser Konzeption liegen in

ihrer Überschätzung der Dysfunktionalität sektoral begrenzter nicht-kapitalistischer Produktion in einem kapitalistischen Weltsystem und in ihrer Vernachlässigung des Wert-Transfers aus dem nicht-kapitalistischen in den kapitalistischen Bereich. Dieser Transfer ist trotz aller Einwände gegen Wallerstein ebenso real wie die von Brenner herausgestellte autonome Produktivkraftentwicklung in den Metropolen; nur ist er nicht ausschließlich über den Zirkulations-, sondern auch über den Produktions- und Reproduktionsbereich vermittelt — durch direkte Ausbeutung peripherer Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozeß einerseits, die Ausplünderung der Subsistenzökonomien andererseits.

Anmerkungen

- 1 Noch in Wallerstein 1984b heißt es: »Arbeiter haben immer danach gestrebt, *ihren Anteil am Mehrwert zu steigern*« (31; Hervorhebung durch den Verf.).
- 2 Insofern ist es absurd, wengleich der Logik der Unterkonsumtionstheorie entsprechend, wenn Wallerstein 1984b schreibt, die Lösung der Krise würde »durch eine gleichmäßigere Verteilung erreicht« (29).

Literaturverzeichnis

- Arrighi, G., T. Hopkins und I. Wallerstein, 1983: Rethinking the Concepts of Class and Status Group in a World System Perspective, in: Review VI
- Aronowitz, B., 1981: A Metatheoretical Critique of Wallerstein, in: Theory and Society 10
- Baran, P., 1966: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. Neuwied
- Bendix, R., 1968: Modernisierung und Soziale Ungleichheit, in: W. Fischer (Hrsg.), Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung. Berlin/West
- Blaschke, J. (Hrsg.), 1983: Perspektiven des Weltsystems. Frankfurt/M.
- Brenner, R., 1977a: The Origins of Capitalist Development, in: New Left Review 104
- Brenner, R., 1977b: Agrarian Class Structure and Economic Development, in: Past and Present 70
- Brenner, R., 1982: Reply to Critics, in: Past and Present 97
- Elwert, G., und R. Fett (Hrsg.), 1982: Afrika zwischen Subsistenzökonomie und Imperialismus. Frankfurt/M. (darin: Elwert und Schiel)
- Evers, T., und P. v. Wogau, 1973: Dependencia, in: *Das Argument* 79
- Froebel, F., et al., 1977: Neue Internationale Arbeitsteilung. Reinbek
- Gülalp, H., 1980: Frank and Wallerstein Revisited, in: Journal of Contemporary Asia 10
- Hauck, G., 1975: Das Elend der bürgerlichen Entwicklungstheorie, in: Handbuch 2, Unterentwicklung (Hrsg. v. B. Tibi und V. Brandes). Frankfurt/M.
- Hauck, G., 1979: Typen kolonialer Produktionsweise, in: *Das Argument* 114
- Laclau, E., 1981: Politik und Ideologie im Marxismus. Berlin/West
- Marx, K.: Das Kapital, 3 Bde., MEW 23-25
- Meillassoux, C., 1975: Femmes, greniers et capitaux. Paris (dt. »Die wilden Früchte der Frau«. Frankfurt/M. 1976)
- Nash, J., 1981: Ethnographic Aspects of the World Capitalist System, in: Annual Rev. Anthropology 10
- Senghaas, D., 1977: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Frankfurt/M.
- Skocpol, T., 1977: Wallerstein's World Capitalist System, in: American Journal of Sociology 82
- Stinchcombe, A., 1982: The Growth of the World System, in: American Journal of Sociology 87
- Wallerstein, I., 1974: The Modern World System I. New York
- Wallerstein, I., 1979: The Capitalist World Economy. Cambridge
- Wallerstein, I., 1980: The Modern World System II. New York
- Wallerstein, I., 1984a: Zukunft des historischen Kapitalismus, in: *Das Argument* 143
- Wallerstein, I., 1984b: Der historische Kapitalismus. Berlin/West
- Weber, M., 1920: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd.I. Tübingen

Veit-Michael Bader

Theorie des kommunikativen Handelns als Theorie der Legitimität

1. Einleitung

Jürgen Habermas entwirft mit seiner Theorie des kommunikativen Handelns eine Gesellschaftstheorie, die zugleich empirisch gehaltvoll und kritisch sein will. Sie muß ihre eigenen Maßstäbe kritisch ausweisen und begründen. In doppeltem Sinne ist diese Theorie eine Theorie der Legitimität: Legitimität ist der wesentliche Mechanismus der Handlungskoordination in der »Lebenswelt«; theoretische und empirische Legitimitätsforschung darf moralisch-praktische Fragen der Beurteilung nicht ausklammern. In dieser Kritik möchte ich mich auf den zweiten Aspekt konzentrieren. H. hatte schon in früheren Beiträgen plausibel zu machen versucht, daß Legitimitätsforschung, welche den »immanenten Wahrheitsbezug normativer Geltungsansprüche« einklammert, dazu führen müsse, daß der Forscher »empiristisch« Legitimität »mit dem, was man dafür hält« (1976, 293) vertausche. Die Gründe, auf welche Akteure sich berufen, könnten dann »allein psychologische Bedeutung« (1973, 134) haben. Diese Vorwürfe gegen soziologische und politikwissenschaftliche Legitimitätstheorien, welche »die Brücke zur Rationalitätsproblematik« (I,18) abbrechen, werden wiederholt (vgl. I,134 und Kap.II,4). H. versucht nun, sie im Rahmen seiner groß angelegten Theorie kommunikativer Rationalität und kommunikativen Handelns systematischer zu begründen.

Probleme haben ihre Geschichte und H. weiß dies. Er versucht daher einerseits, den entwicklungsgeschichtlichen Ort der Trennung zwischen »empirischer« oder »sozialer« Geltung von Normen und »rationaler Geltung« zu bestimmen, andererseits die Konsequenzen zu diskutieren, welche theoretisch hieraus gezogen wurden. Entwicklungsgeschichtlich differenzierte sich die Normgeltung in dem Maße, »wie sie sich von den sakralen Grundlagen der moralischen Autorität löst« (II,113). Seither ist diese Unterscheidung alltagspraktisch möglich und wissenschaftlich geboten: »Daß eine Norm idealiter *gilt*, bedeutet: sie *verdient* die Zustimmung aller Betroffenen, weil sie Handlungsprobleme in deren gemeinsamem Interesse regelt. Daß eine Norm faktisch *besteht*, bedeutet hingegen: der Geltungsanspruch, mit dem sie auftritt, wird von den Betroffenen anerkannt, und diese intersubjektive Anerkennung begründet die *soziale Geltung* einer Norm« (I,133f.). Theoriegeschichtlich hätten im Anschluß an Webers Stammler-Kritik vor allem die *methodologischen* Konsequenzen der Unterscheidung im Vordergrund gestanden. Weber hatte Stammler bekanntlich vorgeworfen, Fragen ideeller (juristisch- und theologisch-dogmatischer, ethischer) Geltung und empirischer Geltung konfundiert zu haben. Auf der methodologisch-semantischen Ebene beharre Weber mit Recht darauf, »daß Aussagen des einen Typs aus Aussagen des anderen Typs nicht abgeleitet werden können« (I,268). Aber auch rein methodologisch gelte es, die Voraussetzungen des Verstehens normativer Geltungsansprüche breiter anzugehen. Darüber hinaus seien in der Diskussion die *metatheoretischen*, *formalpragmatischen* und die *evolutionstheoretischen* (bzw. empirisch-soziologi-

schen) Konsequenzen ignoriert worden. Im Zuge der gesellschaftlichen Rationalisierung seien die faktischen Vorstellungen vom Gelten der Normen immer mehr und immer klarer durch *Gründe* gestützt: »Versprachlichung des Sakralen«, welche in »modernen Verständigungsformen« terminiert. Gründe aber — so das zentrale methodologische und formalpragmatische Argument — »sind nämlich aus einem solchen Stoff, daß sie sich in der Einstellung einer dritten Person, d.h. ohne eine entweder zustimmende, ablehnende oder enthaltsame Reaktion, gar nicht beschreiben lassen.« (I,169; vgl. 1983, 27)

H. versucht also in der Theorie des kommunikativen Handelns plausibel zu machen, daß empirisch gerichtete, sozialwissenschaftliche Legitimitätsforschung Fragen idealer Geltung und Bewertung von Normen durch den Wissenschaftler selber gerade nicht einklammern könne, ohne ihren Erkenntnisgegenstand, normative Geltungsansprüche, vorab zu verfehlen. Er stellt sich damit bewußt und frontal gegen die Webersche Tradition wie die herrschende Lehre: Methodologisch versucht er die Unmöglichkeit nichtwertenden Verstehens zu demonstrieren. Metatheoretisch versucht er darzulegen, daß normative Geltungsansprüche faktisch relevante Interaktionsfolgen nach sich ziehen müssen und daß »Verständigung« als hervorragender faktischer Mechanismus der Handlungskoordination fungiere. Entwicklungstheoretisch (bzw. empirisch-soziologisch) versucht er zu zeigen, daß kommunikative Rationalität in modernen Verständigungsformen praktisch wahr geworden sei.

Ich möchte diese drei ineinander verzahnten Argumentationslinien zunächst zusammenfassend rekonstruieren und kritisieren. Mein Beweisziel ist es, zu zeigen, daß es H. auch in der entwickeltsten Fassung seiner Theorie des kommunikativen Handelns nicht gelingt, diese »starken Behauptungen« plausibel zu begründen. Ich denke, daß libertäre, demokratisch-sozialistische Ethik und Politik einer derart »fundamentalen« und »tiefen« Begründung nicht bedarf, wenn sie überhaupt möglich sein sollte. Schließlich möchte ich zeigen, daß die angezielte Vermittlung moralisch-praktischer und theoretischer wie empirischer Fragen auch bei H. dazu führt, das demokratisch Wünschenswerte fürs empirisch Vorhandene zu halten. Dieser Normativismus ist für »nüchterne« empirische Legitimitätsforschung wie für dadurch informierte demokratisch-sozialistische Politik abträglich.¹

2. Unmöglichkeit nichtwertenden Verstehens?

Eine »strikte Trennung von Bedeutungs- und Geltungsfragen« (I,157f.) ist nach H. aus vier methodologischen Gründen nicht möglich. Diese ergeben sich alle aus dem Grundsachverhalt, daß der Sozialwissenschaftler zur Lebenswelt keinen anderen Zugang habe als der Laie (I,160):

a) Doppelte Hermeneutik in den Sozialwissenschaften: neben die für alle Wissenschaften geltende Theorieabhängigkeit der Datenbeschreibung tritt in ihnen die Lebensweltabhängigkeit der Datengewinnung.

b) Sinnverstehen ist eine »solipsistisch undurchführbare, weil kommunikative Erfahrung« (I,165). Es erfordert eine performative und nicht eine objektivierende Grundeinstellung.

c) In performativer Grundeinstellung kann man Geltungsansprüche Anderer

nicht als etwas behandeln, das objektiv in der Welt vorkommt, man muß vielmehr »mit Ja oder Nein darauf reagieren (bzw. die Frage, ob der Anspruch zu Recht besteht, als noch nicht entschieden dahingestellt sein lassen« (I,166, 169). Geltungsansprüche verweisen auf Gründe und diese sind ja »aus einem solchen Stoff, daß sie sich in der Einstellung einer dritten Person, d.h. ohne eine entweder zustimmende, ablehnende oder enthaltende Reaktion, gar nicht beschreiben lassen« (vgl. oben).

d) Der Interpret habe damit nur die Wahl zwischen deskriptiver Deutung vom Standpunkt des objektivierenden Beobachters aus und rationaler Deutung. Deskriptive Deutung impliziere die Neutralisierung der Geltungsansprüche. Diese müßten ignoriert werden, als Meinungen und bloß subjektive Äußerungen behandelt werden, womit man den Akteur nicht als zurechnungsfähiges Subjekt ernst nehme (I,191, 171 u.ö.).

Ich meine nun, daß sich Bedeutungs- und Geltungsfragen nicht in dem Sinne trennen lassen, als sei die Bedeutung von Geltungsansprüchen ohne Bezug auf Gründe zu verstehen. Allerdings denke ich, daß es auch hier — mit Max Weber — möglich und sinnvoll ist, zwischen Wertbeziehung allen Verstehens und Werturteil zu unterscheiden. Wenn man genauer als H. zwischen der Ebene des primären Sinnverstehens und derjenigen der Behandlung bereits verstandenen Sinnes unterscheidet, ergeben sich von H. nicht berücksichtigte Kombinationen von objektivierender und performativer Einstellung. Schließlich gilt es, die Bedeutung von Enthaltungen als Stellungnahme für die empirischen Sozialwissenschaften zu unterstreichen:

Zu a) und b): Sinnverstehen erfordert eine performative Grundeinstellung. Aus dieser für jede nicht-objektivistische Sozialwissenschaft grundlegenden Einsicht folgt jedoch keineswegs, daß man verstandenen Sinn, verstandene Handlungen, Geltungsgründe und Wertstandards nicht für spezifische Erkenntniszwecke objektivierend behandeln dürfte. Auf der ersten Ebene des primären Sinnverstehens, des intuitiven Verstehens der eigenen oder des bewußten Erlernens fremder Sprachen oder Lebenswelten, eröffnet sich dem Sozialwissenschaftler überhaupt erst der Zugang zu seinem spezifischen Objekt: den Handlungen und Handlungszusammenhängen sprach- und handlungsbezogener Akteure. Hier unterscheidet er sich nicht prinzipiell von »Laien«. Hier kann er nicht »unbeteiligter Beobachter« bleiben, der Akteure beschreibt wie Ratten in der Skinner-Box. Auf der zweiten Ebene des Umgangs mit bereits verstandenem Sinn kann der Sozialwissenschaftler — und dies ist für die Klärung der Berechtigung der Empirismus-Vorwürfe wesentlich — sich sehr wohl »objektivierend« verhalten und er muß dies meiner Ansicht nach für alle Zwecke historisch-empirischer Forschung (vgl. H. selbst I,268 und 1981 b). Während H. also durchaus recht hat, nachdrücklich zu betonen, daß der Wissenschaftler auf der ersten Ebene nicht die Wahl hat, Äußerungen, mit denen Geltungsansprüche verbunden sind, »als bloßes Faktum aufzufassen« (I,166), kann und muß er dies auf der zweiten Ebene immer dann, wenn er z.B. an empirischer Konstatierung eines bestimmten Legitimitätsglaubens in bestimmten Zeiten bei bestimmten Bevölkerungsgruppen interessiert ist, an der Erklärung seiner Entstehung wie seiner gewollten oder ungewollten empirisch kon-

statierbaren Folgen. Dies scheint banal, muß aber gegen H. festgehalten werden. Eine derartige Argumentation gilt meiner Ansicht nach für Wertskeptiker und Kulturalisten genauso, wie für deren kognitivistisch-universalistische Kritiker. Beide müssen auch auf der Ebene des Umgangs mit verstandenen Geltungsansprüchen eine performative Einstellung einnehmen, wenn sie die normativen Geltungsansprüche der historischen Akteure als idealrationale diskutieren, welche »objektive« und »universale« Geltung beanspruchen, ob sie dies nun für möglich halten oder nicht.

Wenn man die damit möglichen Einstellungskombinationen zusammenfassen will, kann man zwischen »objektivierend-performativer« und »performativ-performativer Einstellung« unterscheiden. Ihnen entsprechen die Unterscheidungen zwischen empirisch-wertrationalen Motiven und ideal-wertrationalen Motiven, zwischen empirisch-wertrationaler Geltung und ideal-wertrationaler Geltung, zwischen empirisch-rationaler Deutung und ideal-rationaler Deutung. Erstere sind jeweils Objekte und Methoden empirisch gerichteter Legitimitätstheorie und -forschung, letztere solche normativer Diskurse. Nicht jede empirische Legitimitätsforschung führt damit zu empiristischer Umdeutung der Legitimitätsproblematik (I,346 gegen Weber). Auch wenn z.B. Weber die moralisch-praktische Beurteilung der empirischen normativen Geltungsansprüche für die Zwecke empirischer Forschung ausklammert, rechnet er doch auf der Ebene des primären Sinnverstehens mit sprach- und handlungsfähigen Akteuren.

Zu c): Auch unabhängig von ihrer formalpragmatischen Vertiefung scheinen mir die Argumente zur Begründung der Notwendigkeit der Stellungnahme zu Geltungsansprüchen als Voraussetzung und Implikation ihres Verstehens plausibel. Ohne Vergleich mit den eigenen (kognitiven, normativen und expressiven) Rationalitätsauffassungen und -standards ist Verstehen schwer vorstellbar: *Notwendigkeit des Wertbezugs allen Verstehens*. Damit allein jedoch können weitergehende »rationale« Ansprüche keineswegs begründet werden. H. glaubt, die Möglichkeit der Werturteilsenthaltung meiner Meinung nach bestreiten zu müssen, weil er die *methodische Bedeutung der Enthaltung* drastisch unterbelichtet oder sie gegenüber dem Ja/Nein in ihrer grundlegenden Bedeutung für die empirischen Sozialwissenschaften zumindest nicht herausarbeitet (vgl. z.B. die »Gründe«-Formel 1983, 27). Werturteilsenthaltung ist natürlich etwas anderes als die bekannte illusorische »Wertfreiheit«. Auch aus der Notwendigkeit des Wertbezugs lassen sich keine plausiblen Argumente für die Notwendigkeit des Brückenbaus zur philosophischen Rationalitätsproblematik gewinnen.

Zu d): Beurteilungsenthaltung ist nicht dasselbe wie »Neutralisierung« und »Subjektivierung« von Geltungsansprüchen (vgl. I,52f., 172, 191, 195 u.ö.), sie ist kompatibel mit wertskeptischen wie mit universalistischen Positionen. Für die Zwecke empirischer Forschung gilt es gerade, zwischen Fragen empirisch-rationaler und ideal-rationaler Geltung methodisch scharf zu unterscheiden, und es erscheint mir wenig produktiv, wirklichkeitswissenschaftliche Analysen mit rationalitätsphilosophischen Annahmen zu überlasten und damit tendenziell zu blockieren. Historische Akteure führen — im Maße, in dem sie

rational handeln — empirisch-rationale Gründe an und erzielen gewollt und ungewollt Wirkungen, welche nüchtern erforscht werden sollten gerade auch im Interesse einer an universalen, demokratischen Prinzipien orientierten Politik, welche sich der objektiven strategischen Handlungschancen informiert versichern will. Eine »objektivierende« Analyse derselben beraubt die Akteure nicht ihrer kommunikativen Kompetenz, sondern setzt sie (hoffentlich) in die Lage, informierter und damit potentiell autonomer zu handeln. Wenn H.'s Plädoyer für die »Preisgabe des methodologisch relevanten Gefälles« zwischen der Ebene der Handlungsinterpretation und der interpretierten Handlung (I,173) und für die Preisgabe des »schützenden Filters« und der »privilegierten Stellung gegenüber dem Objektbereich« dazu führt, daß diese begrenzten und nüchternen Aufgaben erfahrungswissenschaftlicher Sozialwissenschaft nicht (mehr) wahrgenommen werden, dann scheint mir der Preis für die »Erlösung« der Akteure aus ihrem »Objektstatus« gerade für diese zu hoch. Für die Erkenntniszwecke des Entwurfs universaler Ethiken wie für die Konstruktion von Entwicklungslogiken hingegen müssen die kritisierbaren normativen Geltungsansprüche, die normativen Rationalitätspotentiale aller bekannten historischen Kulturen und die faktische Umsetzung derselben in gesellschaftliche Institutionen und »moralisches« Bewußtsein unter den hypothetischen Bedingungen herrschaftsfreier Diskurse, also im quasi universellen historischen hermeneutischen Gespräch aller mit allen, geprüft werden. H. versucht mit seiner Theorie des kommunikativen Handelns die Möglichkeit wie die Faktizität desselben formal-pragmatisch zu begründen als immer schon in Sprache und Sozialität vorhanden.

3. Rationale Legitimität als faktischer Mechanismus der Handlungskoordination?

Die *meta-theoretische, formalpragmatische* Begründungsstrategie eines immanenten Zusammenhangs von Sozialität und Moralität wird in Kap. III: Soziales Handeln, Zweckmäßigkeit und Kommunikation systematisch entfaltet. Das Beweisziel ist dort die Begründung eines für die soziologische Handlungsanalyse (I,377, 440) grundlegenden Mechanismus der Handlungskoordination im Anschluß an die Behandlung der rationalen Binnenstruktur kommunikativen Handelns. Den Grundmodus dieser »rationalen Legitimität«, welche weit mehr impliziert als nur »sprachliche Verständigung als Mechanismus der Handlungskoordination« (I,370), sucht H. in der illokutionären Bindungskraft von Sprechakten. In ihr liege das Modell für alle weit darüber hinausgehenden, zwangsfreien, normativ-rationalen Abstimmungen von Handlungsplänen verschiedener Akteure.

Ich möchte zunächst die etwas verschlungene Argumentation H.'s zusammenfassen:

1. Verständigung wird definiert als »Prozeß der Einigung unter sprach- und handlungsfähigen Subjekten« (I,386; II,184 u.ö.). Einverständnis muß mehr sein als »kollektive Gleichgestimmtheit« oder bloße faktische Übereinstimmung, es »muß den Bedingungen einer rational motivierten Zustimmung zum Inhalt einer Äußerung« genügen und daher in obiger Terminologie eine ideal-

»rationale Grundlage« (I,386) haben. Soziale Verständigung soll aus sprachlicher Verständigung hervorgehen und ihr immer schon innewohnen (vgl. 1983, 175).

2. Natürlich ist eine derartige Argumentation mit der folgenden Schwierigkeit konfrontiert: Einerseits muß rationale, konsensuelle Verständigung »als Telos der menschlichen Sprache« innewohnen (I,387), andererseits ist ganz offensichtlich »nicht jede sprachlich vermittelte Interaktion« ein »Beispiel für verständigungsorientiertes Handeln« (I,388). Man muß mit dem manipulativen Einsatz sprachlicher Mittel rechnen, mit sprachlich vermitteltem strategischem Handeln (I,396, 410), mit Lügen, Täuschungen, Imperativen usw. Damit scheinen Sprechhandlungen als Modell für verständigungsorientiertes Handeln entwertet.

3. H. muß daher zeigen, daß der verständigungsorientierte Sprachgebrauch der »Originalmodus« (I,388) ist, zu dem sich die konsequenzorientierten »parasitär« verhalten. Dies scheint die kritische Reformulierung von Austins Unterscheidung zwischen Illokutionen und Perlokutionen zu leisten: a) Lokutionäre Akte (ausgedrückte Sachverhalte) und illokutionäre Akte (gewählte Sprechmodi wie behaupten, versprechen, befehlen) sind selbstgenügsam und selbstidentifizierend. Ihre Ziele gehen aus der Bedeutung des Gesagten hervor. Sie sind daher stets in verständigungsorientierter, kommunikativer Absicht formuliert und sie sind nur durch offenes Aussprechen erreichbar. b) Bei Perlokutionen werden illokutionäre Sprechakte in erfolgsorientierte strategische Handlungszusammenhänge übernommen. Ihr Ziel geht aus dem manifesten Gehalt nicht hervor, man muß vielmehr auf Intentionen Bezug nehmen, welche über die Sprechhandlung hinausreichen. Perlokutionäre Effekte müssen verborgen bleiben, wenn der Sprecher Erfolg haben will. c) Weil aber das Verstehen des Gesagten Voraussetzung auch des perlokutionären Erfolges ist, darum sei konsequenzorientierter Sprachgebrauch »gar kein originärer Sprachgebrauch, sondern die Subsumtion von Sprechhandlungen, die illokutionären Zielen dienen, unter die Bedingungen erfolgsorientierten Handelns« (I,394). Damit — so scheint es — können Sprechhandlungen doch als Modell für sozial verständigungsorientiertes Handeln und sprachliche Verständigung als Modell für soziales Einverständnis behandelt werden.

4. Diesen Anschluß versucht H. durch eine formalpragmatisch-bedeutungstheoretische Interpretation von »Bedeutung und Geltung« herzustellen. Er differenziert aus der Hörerperspektive zwischen a) dem Verstehen der sprachlichen Bedeutung des Ausgesagten (*semantische Ebene*), b) der Stellungnahme zu sprachlich formulierten Geltungsansprüchen (*pragmatische Ebene*), c) interaktionsfolgenrelevanten Verbindlichkeiten bei regulativen Sprechakten (*empirische Ebene*).

5. 4.b) sei Voraussetzung von 4.a). Der durch die formale Semantik gelegte begriffliche Schnitt zwischen der Bedeutung eines Satzes und der Meinung eines Sprechers dürfe nicht zur methodischen Trennung ausgebaut werden, »weil die wörtliche Bedeutung eines Satzes unabhängig von den Standardbedingungen seiner kommunikativen Verwendung gar nicht erklärt werden kann« (I,400; zentrale Erkenntnis des späten Wittgenstein). Die Grundthese

formal-pragmatischer Bedeutungstheorie lautet: »Wir verstehen einen Sprechakt, wenn wir wissen, was ihn akzeptabel macht.« Die »Akzeptabilitätsbedingungen« oder »Akzeptierbarkeitsbedingungen« muß der Hörer kennen, um überhaupt mit Ja/Nein Stellung nehmen zu können. Sie können nicht einseitig erfüllt sein, »es sind vielmehr Bedingungen für die intersubjektive Anerkennung eines sprachlichen Ausdrucks« (I,401).

6. Zum spezifischen Verständnis von imperativischen und regulativen Sprechakten gehört darüber hinaus, daß man die Bedingungen kennt, unter denen die damit formulierten Verpflichtungen als erfüllt gelten. Diese zunächst semantisch formulierten *Erfüllungsbedingungen* deutet H. pragmatisch »im Sinne von *interaktionsfolgenrelevanten Verbindlichkeiten*« (I,403). Für das Verständnis von Imperativen und Regulativen ist daher 4. b) nicht genug, man muß auch 4. c) kennen. Unter zwei analytisch genau zu unterscheidenden Bedingungen sind jene Erfüllungsbedingungen zugleich »Anschlußbedingungen« fürs Handeln des Hörers: imperativisch erhobene Machtansprüche werden wegen Kenntnis der *Sanktionsbedingungen* erfüllt (empirische Motivation, vgl. 7). Rationale und kritisierbare Geltungsansprüche werden wegen ihres internen Bezugs zu *guten Gründen* bejaht, und frei und zwanglos schließt sich das Handeln des Hörers an die formulierten Verpflichtungen an (rationale Motivation, vgl. 8).

7. Kenntnis der interaktionsfolgenrelevanten Verbindlichkeiten reicht demnach bei imperativisch erhobenen Machtansprüchen nicht aus (I,65, 406-409; II,51f., 61), sie muß erweitert werden um »die Kenntnis der *Bedingungen für das Einverständnis*, welches die *Einhaltung* der ... Verbindlichkeiten erst *begründet*« (I,403). Wenn man imperativische Aufforderungen »zunächst im Sinne faktischer Willensäußerungen« versteht, »können diese Gründe nur in einem mit der Sprechhandlung extern verknüpften Sanktionspotential liegen. Mithin müssen die *Erfüllungsbedingungen durch Sanktionsbedingungen ergänzt werden*, um die Akzeptabilitätsbedingungen vollständig zu machen« (I,403f.).

8. Die Kenntnis der Bedingungen für das Einverständnis kann sich aber auch, bei reinen Regulativen, auf die mit den Geltungsansprüchen intern verknüpften guten Gründe beziehen und nur dann ist von Einverständnis in jenem emphatischen Sinn die Rede. Geltungsansprüche sind intern mit Gründen verknüpft, die Befolgung einer Aufforderung ist dann »keine allein empirisch motivierte Entscheidung«. Der Sprecher kann den Hörer vielmehr zur Annahme eines Geltungsanspruchs »rational motivieren, weil er auf Grund eines internen Zusammenhangs zwischen Gültigkeit, Geltungsanspruch und Einlösung des Geltungsanspruchs die Gewähr dafür übernehmen kann, erforderlichenfalls überzeugende Gründe anzugeben, die einer Kritik des Hörers am Geltungsanspruch standhalten« (I,406). Den Sanktionsbedingungen korrespondiert hier daher der »*Koordinations-effekt der Gewähr*«, die erhobenen Geltungsansprüche einlösen zu können. *Nur diese idealtypisch rein aufgefaßten illokutionären Sprechakte*, die reinen Regulative, liegen H.'s Begriff des kommunikativen Handelns zugrunde sowie dem darauf aufbauenden Mechanismus der Handlungskoordination, welcher den Namen rationalen Einverständnis-

ses, rationaler Legitimität, verdient (vgl. I,410). In diesem Falle werde Sprache als »Medium der Verständigung« zum »Medium der Handlungskoordination und der Vergesellschaftung« (II,41, 43), und das Beweisziel scheint erfüllt.

Gegen diesen Versuch, sprachtheoretische Überlegungen für gesellschaftstheoretische Zwecke fruchtbar zu machen, lassen sich Einwände formulieren. Sie richten sich gegen die »linke Herzkammer« (Kunemann 1983) der Theorie des kommunikativen Handelns. Unter welchen Bedingungen und inwiefern impliziert sprachliche auch soziale Verständigung?

1. Sprachen (bei H. zu selten im Plural) sind »common goods«. Sprechen ist darüber hinaus an die Mindestbedingung kommunikativer Absicht oder Intention gebunden, ohne welche man sich gar nicht sprachlich verständigen kann. Wer spricht, will — welche anderen Ziele oder Absichten er darüber hinaus auch mit Sprechen verfolgen will — mindestens sprachlich verstanden werden, und dies ist an den Erfolg lokutionärer und illokutionärer Ziele gebunden. Das ist banal.

2. H. weiß natürlich, daß Sprechhandlungen nicht für sich stehen, sondern als »Kordinationsmechanismen für andere Handlungen« funktionieren (I,397; kritisch gegen Austin). Man redet ja — in der Regel — nicht um des Redens willen, sondern mit Intentionen, Absichten oder Zwecken, welche über die rein lokutionären und illokutionären Ziele der sprachlichen Verständigung hinausweisen. Diese Zwecke sind eingebettet in sozial strukturierte historische Handlungszusammenhänge (z.B. solche antagonistischer Interessenlagen in Systemen strukturierter sozialer Ungleichheit). Es können dies Zwecke demokratischer sozialer Verständigung sein, welche als »rationale« auf Sprache als Medium der Verständigung dann unabdingbar angewiesen sind, wenn die Forderung klarer propositionaler Ausdifferenzierung als Voraussetzung der Einigung gestellt wird. Es können natürlich auch partikularistische Zwecke² sein, die sich sprachlicher Verständigung (z.B. demokratischer Legitimationslegenden) bedienen. Menschliche Sprache jedoch soll nicht nur die *Möglichkeit* der rationalen sozialen Verständigung bieten, sondern muß darüber hinaus diese als ihr »Telos« enthalten, wenn mit einer derartigen Argumentation für gesellschaftstheoretische Zwecke überhaupt etwas gewonnen werden soll. Dafür aber hilft meiner Ansicht nach der Rekurs auf Sprache als common good und die Unterscheidung von originären und parasitären Sprachmodi nicht weiter.

3. Wenn man illokutionäre Bindungseffekte als Modell für faktische rationale Legitimität (als Mechanismus der Handlungskoordination) behandelt, muß man sehr genau unterscheiden zwischen *Bedingungen des Verstehens der Bedeutung* regulativer und imperativer Sprechakte einerseits und den *Bedingungen des faktischen Anschlusses der Handlungen* des Hörers. Kenntnis der Akzeptierbarkeitsbedingungen wie der interaktionsfolgenrelevanten Verbindlichkeiten sind Voraussetzungen ihres Verstehens. Der faktische Handlungsanschluß kommt erst zustande, wenn man sich externen Sanktionsdrohungen unterwirft oder wenn man die (empirisch- oder ideal-)rationalen normativen Geltungsansprüche bejaht. Einen imperativen Machtanspruch versteht natürlich auch derjenige, der sich zur Wehr setzt. Einen regulativen Sprechakt versteht natürlich auch derjenige, der den normativen Geltungsan-

spruch (vielleicht mit konkurrierenden »guten Gründen«) verneint oder sich (vielleicht ebenfalls mit »guten Gründen«) enthält. In beiden Fällen schließt nicht das erwartete, erhoffte oder bezweckte Handeln an, und wirkt sprachliche Verständigung nicht als Mechanismus faktischer Handlungskoordination (vgl. 1983, 144).

4. Aber auch befolgte imperativische Machtansprüche und aus »bloß« empirisch-wertrationalen Motiven erfolgten faktischen Handlungsanschluß kann H. für seine Beweisziele nicht verwenden. *Nur unter dem extrem voraussetzungsreichen Sonderfall* bejahter regulativer Sprechakte, welche aus keinen anderen als rein ideal-wertrationalen Motiven bejaht werden und die auf Gründe und Wertmuster verweisen, welche die »objektive Richtigkeitsprüfung« in normativen Diskursen ungeschunden überstehen (vgl. 1983, 72ff.), funktioniert illokutionäre Bindungskraft zugleich als Mittel der faktischen Handlungskoordination, oder genauer, funktionieren die sprachlich artikulierten Gründe rein als solche als Ursachen des Anschlusses der Handlungen des Hörers. Der illokutionäre Bindungseffekt von Sprechhandlungen kann als nur unter extremen Annahmen — rein ideal-rationale Handlungsmotivation, erzielter rationaler Konsens bezüglich der Gründe und Wertmuster, soziale Voraussetzungen des herrschaftsfreien Diskurses — überhaupt als faktischer Mechanismus zwanglos einigender, konsensueller, sozialer Handlungskoordination fungieren. Mit »weniger« — z.B. mit »bloß« empirisch-wertrationaler Motivation oder den »shared values« einer gemeinsamen, nichtrationalisierten Lebenswelt — kann und darf H. nicht zufrieden sein. Die »bloß« empirisch-wertrationale Motivation könnte ja das Ergebnis struktureller Gewalt sein und, statt zu wahren, nur zu einem »Pseudokonsensus« führen. Die empirischen wertrationalen Gründe und Wertmuster könnten ja dem Prüfstein der normativen Kritik unter den idealen Bedingungen des herrschaftsfreien Diskurses nicht standhalten (vgl. Weiß 1982, 113f.: »nur unter sehr besonderen Bedingungen handlungswirksam«).

5. Ohne die motivationalen wie sozialen Bedingungen herauszuarbeiten, hat H. also zum wiederholten Male die Utopie einer allein durch ideal-rational motivierte Einsicht in von allen zwanglos und frei geteilte gute Gründe begründete Handlungskoordination entworfen, von der wir nur hoffen können, daß sie verwirklichtbar sei, und die wir als normative Maxime unseren Handlungen zugrundelegen können. Ihr kontrafaktischer Status entspricht dem formalpragmatischen Argumentation selber. Für empirisch orientierte Gesellschaftstheorie und empirische Forschung jedoch müssen unterm Titel »Mechanismen der Handlungskoordination« typische oder empirische *faktische* Mechanismen analysiert werden. Diese können nicht ohne Verlust an Reichweite und Erklärungskraft auf »normative Sozialintegration« oder »Legitimität« reduziert werden (vgl. Bader 1983). Aber auch empirisch-wertrationale Motivation und auf ihr beruhende empirische Legitimität dürfen nicht lautlos — oder gar bewußt — übergehen in ideal-rationale Motivation und »rationale Legitimität«. Für sein eigenes Beweisziel der empirischen Möglichkeit oder gar historischen Notwendigkeit rationaler Legitimität hat H. mit der formalpragmatischen Begründung keine plausiblen Gründe antragen können. Hier dürften wohl über-

haupt prinzipielle Grenzen der Fruchtbarkeit sprachtheoretischer Grundlegungen empirisch gerichteter Gesellschaftstheorie liegen. Ihr Ertrag, der sich doch in der Theorie des kommunikativen Handelns hätte zeigen müssen, ist nicht überwältigend. Das Beweisziel, die »zwanglos einigende konsensstiftende Kraft der Rede« als faktisch wirksamen Beitrag zum Aufbau von Interaktionen aufzuzeigen und »Vergesellschaftung ohne Repression« als faktisch relevanten Mechanismus der Handlungskoordination darzustellen, scheint mir nicht erfüllt, die meta-theoretische Argumentationsstrategie in dieser Hinsicht gescheitert.

6. Dennoch kann H. sich wohl kaum damit begnügen, rationale Legitimität als regulative Idee einer vernünftigen Handlungskoordination zu entwerfen, als *Möglichkeit*, die mit sprachlicher Verständigung gegeben ist. Damit blieben »Vernunft« und »Geschichte« getrennt und auch die Kluft zwischen Rationalitätsphilosophie und empirischen Wissenschaften unüberbrückt. H. selber bezeichnet ja als sein innerstes Motiv, der emphatisch aufgefaßten, aber utopisch gewordenen Vernunft wieder einen historischen Ort zuzuweisen (vgl. 1981a, 134). Damit muß rationale Legitimität nicht nur »an sich«, »von Haus aus«, im »Telos« von Sprache und Gesellschaftlichkeit angelegt sein, sondern als geschichtlich wirksam und verwirklicht. *Die Tendenz der Empirisierung dieser Utopie liegt also im Programm*. Die Nähe zu geschichtsphilosophischen Programmen, in welchen nicht nur die *Möglichkeit*, sondern darüber hinaus auch die *Notwendigkeit*, die *Wirklichkeit* oder gar *Garantien* der Vernunft in der Geschichte abgesichert werden sollen, liegt auf der Hand. Diese sind nach H. gescheitert, weil in ihnen nicht klar zwischen *Entwicklungslogik* und *Entwicklungsdynamik* unterschieden werde (vgl. 1976; 1981). Obwohl H. sich damit methodisch von geschichtsphilosophischen Begründungsprogrammen abgrenzen kann, gelingt ihm dies sachlich nicht immer. Fürs behauptete praktische Wahrwerden kommunikativer Vernunft in modernen Verständigungsformen spricht wesentlich die Sehnsucht, weniger das nüchterne empirische Argument.

4. Moderne Verständigungsformen als praktische Wahrheit kommunikativer Vernunft?

H. versucht, eine zunehmende Rationalisierung der Lebenswelt in ihrer kulturellen, gesellschaftlichen wie persönlichen Dimension entwicklungstheoretisch plausibel zu machen. Für die Behandlung normativer Rationalität, die für die Legitimitätsproblematik allein relevant ist, geht es dabei um die entwicklungslogischen Stufenfolgen von Ethiken, von institutionalisierten Rechtstypen und solchen moralischen Bewußtseins. Mit brüderlicher Verantwortungsethik und postkonventionellem moralischem Bewußtsein³ sei in der Moderne prinzipiell ein normatives Rationalitätspotential erreicht, das universelle demokratische Prinzipienethik und rein demokratisch-rationale Motivation zumindest erlaube. Auch die mit dem modernen formalen Recht institutionalisierten Prinzipien der Satzung und — nach H. darüber hinaus auch — der Begründung wiesen über die selektive Verwirklichung moderner Bewußtseinsformen im Kapitalismus hinaus. Protestantische Ethik, Gesetzespositivismus und Legalitätsglaube werden als begrenzte, einseitige Verwirklichungen des mit der Moderne

erreichten normativen Rationalitätspotentials kritisiert. Dieses umfassende entwicklungslogische Forschungsprogramm und seine vorläufigen Ergebnisse können hier nicht behandelt werden.⁴ Thesen über die *empirische* Rationalisierung der Lebenswelt, die H. ohne Zweifel verficht, lassen sich mit ihnen natürlich nicht begründen. Sollen sie plausibel gemacht werden können, so muß nicht nur die *Möglichkeit* postkonventionalen demokratischen Bewußtseins, sondern dessen *empirische Dominanz* aufgewiesen werden, nicht nur die Möglichkeit demokratischer Rechtsinstitutionen, sondern deren empirische Dominanz (und zwar nicht nur als Verfassungstext, sondern als »Verfassungswirklichkeit«). Meine These ist, daß H. immer dann, wenn er die praktische Wahrheit kommunikativer Vernunft behauptet, ziemlich umstandslos von entwicklungslogischen Möglichkeiten auf empirische Wirklichkeit und Dominanz schließt und zu schließen gezwungen ist. Diese methodisch unzulässige und praktisch-politisch fatale Argumentationsfigur manifestiert sich rein terminologisch darin, daß »strukturelle Begründungsfähigkeit« modernen Rechts, »struktureller Begründungsbedarf« und »empirischer Begründungsbedarf« achtlos synonym verwendet werden.

Modernes Recht unterstelle nicht nur — wie bei Weber — ein Satzungsprinzip, sondern ein Begründungsprinzip. In welchem Sinne ist modernes (formales, gesatztes, legales) Recht demnach begründungsfähig, strukturell begründungsbedürftig und empirisch begründungsbedürftig? Unproblematisch erscheint mir, daß modernes Recht als positives Recht in einem vage gelassenen Sinne auf »rationale Begründbarkeit« verweist: es ist bewußt und als solches durch Menschen gemachtes und verändertes Recht, welches potentiell oder aktuell auch durch diese selber zu verantworten ist (und dieser Übergang spiegelt sich zum Beispiel auch deutlich in der ersten klar durchgearbeiteten modernen Moralphilosophie von Hobbes). Gott, Natur, Tradition, Orakel und Propheten haben ihre Weihe als Rechtsquellen und legitimierende Instanzen strukturell (keineswegs damit auch schon historisch) verloren. Eine derartige »rationale Begründbarkeit« ist jedoch nicht identisch mit einem behaupteten »strukturell entstandenen« oder gar »strukturell notwendigen« *demokratischen* Begründungsbedarf (vgl. I,134 u.ö.). Ein solcher ergäbe sich erst aus der Vorherrschaft demokratischer Ethik und demokratischer Rechtsinstitutionen. Aber selbst der Bestand demokratischer Institutionen reicht noch nicht hin, um auf die empirische demokratische Begründungsbedürftigkeit von Recht zu schließen. Ein empirisch-demokratischer Begründungsbedarf ist gebunden an die empirische Vorherrschaft demokratischen Bewußtseins. Nur unter derartigen Bedingungen »können grundsätzlich nur noch demokratische Verfahren der politischen Willensbildung Legitimität erzeugen« (II,507, vgl. I,351ff.; 1983, 44).

Aber auch mit der Vorherrschaft demokratischer Gesinnung und demokratischer Tugenden könnte H. noch nicht zufrieden sein. Soll »rationale« demokratische Legitimität empirisch existieren, ist die Vorherrschaft postkonventionalen demokratischen moralischen Bewußtseins vorausgesetzt. Im Anschluß an das oben Ausgeführte wäre genau zu unterscheiden zwischen a) rein faktischer, empirischer Motivation des Handlunganschlusses, b) »bloß« empirisch-

wertrationaler demokratischer Motivation und c) ideal-wertrationaler demokratischer Motivation.⁵

Nur bei empirischer Dominanz ideal-wertrationaler demokratischer Motivation würde empirisch »rationale Legitimität« begründet und damit ein empirisch-»rationaler« demokratischer Begründungsbedarf. »Bloß« empirisch-demokratische Motivation und demokratische Tugenden könnten ja »auf dem Wege der Verinnerlichung faktisch angedrohter oder ausgeübter Sanktionen« (vgl. II,62ff.) zustande gekommen sein und damit zu »bloß« faktischer Übereinstimmung, zu normativem Pseudokonsensus führen. Nur auf postkonventionaler moralischer Entwicklungsstufe und bei angstfreien Individuen werden die Normen nicht von der strafenden Instanz des Überich garantiert und damit kritischer Diskussion entzogen.

Soweit H. nicht den Verlockungen der Empirisierung entwicklungslogischer Argumente erliegt, formuliert er vorsichtig, daß Individuen im allgemeinen durch komplizierte Mischungen empirischer und rationaler Motive bewegt werden (II,115; vgl. II,169). »Soweit die Faktizität anerkannter Geltungsansprüche von internen Bedingungen der Anerkennungswürdigkeit ... abhängt, soweit reicht auch die empirische Wirksamkeit der eigensinnig, nach Kriterien der Gültigkeit vollzogenen Rationalisierung von Weltbildern« (I,271).⁶ Im allgemeinen jedoch setzt H. einfach die empirische Vorherrschaft postkonventionalen demokratischen Bewußtseins voraus (vgl. z.B. I,358). Übers methodisch wie sachlich schwierige Studium empirisch bestehender Legitimitätsauffassungen bei verschiedenen Klassen und Gruppen in bestimmten Perioden und Staaten in der bürgerlichen Gesellschaft geht er souverän hinweg. Die Konstruktion entwicklungslogischer moralischer Bewußtseinsstufen im Anschluß an Kohlberg kann hierfür allenfalls heuristisches Mittel sein (und ihr normativer Status gibt in der empirischen entwicklungspsychologischen Forschung zu genau vergleichbaren Problemen Anlaß). Methodisch wie sachlich ist es unzulässig, von demokratischer Ethik auf demokratische Institutionen, von formalisierten demokratischen Institutionen auf faktisch demokratische Politik und von demokratischem Legitimitätsanspruch (speziell von herrschaftlich inspirierten demokratischen Legitimationslegenden) auf empirisch herrschenden demokratischen Legitimitätsglauben zu schließen, gar auf ideal-wertrationale demokratische Legitimität.

Das »Begründungsprinzip« modernen Rechts ergibt sich demnach nicht einfach umstandslos aus dem »Satzungsprinzip«. Dennoch behandelt H. modernes Recht schon in der bürgerlichen Gesellschaft einfach als Verkörperung universalistischer demokratischer Ethik. Andererseits muß jedoch auch er das Problem der »Entkoppelung« von Recht und Politik, Moral und Politik zur Kenntnis nehmen. Zunächst versucht er, Weber diese Ambivalenz in die Schuhe zu schieben. Diesem gelte modernes Recht einerseits als Verkörperung moralisch-praktischer Rationalität, andererseits interpretiere er es ausschließlich unterm Aspekt der Zweckrationalität: »Das gelingt nur um den Preis einer empiristischen Umdeutung der Legitimationsproblematik und einer begrifflichen Entkopplung des politischen Systems von Formen moralisch-praktischer Rationalität: Weber schneidet auch die politische Willensbildung auf Prozesse

des Machterwerbs und der Machtkonkurrenz zurück« (I,346). Demgegenüber gilt es nüchtern festzuhalten, daß es nicht Weber ist, der Prozesse politischer Willensbildung auf solche der Macht zurückschneidet, sondern daß dies in (moderner bürgerlicher) Politik faktisch in hohem Maße geschieht. Die Entkopplung von Recht und Politik einerseits, demokratischer Legitimität andererseits ist keine bloß begriffliche. Ihre theoretisch erwartbaren und empirisch konstatierbaren Grenzen sind vielmehr gerade als solche zu untersuchen und derartige Forschung wird durch die begriffliche Verschmelzung von Recht/Politik und Legitimität nicht gerade erleichtert. Ich denke daher, daß es für Zwecke empirisch gerichteter Rechts- und Politiktheorie wie für rechtssoziologische und politiksoziologische Forschung einerseits, für moralisch-praktische Diskussionen wie vor allem für politische Strategie andererseits fruchtbarer ist, die eminente Bedeutung strategischen Handelns nüchtern in Rechnung zu stellen und das Verhältnis von Recht, Politik und Legitimität gerade theoretisch wie empirisch offen zu lassen. Nur so kann zum Beispiel der Grad der empirischen (II-)Legitimität bestimmter positiver Rechtsnormen bei verschiedenen Klassen und Gruppen der Bevölkerung auch begrifflich widerspruchlos analysiert werden. Dazu aber ist gerade von der — von allen demokratisch natur- wie vernunftrechtlichen Positionen schon immer angegriffenen — begrifflichen Trennung von Recht und demokratischer Legitimität auszugehen.⁷ Modernes Recht ist nicht einfach per definitionem legitim, schon gar nicht demokratisch legitimiert. Wenn man Recht und demokratische Legitimität trennt, schließt man keineswegs, wie H. meint, Fragen der empirischen demokratischen Legitimitätsgeltung von Rechtsnormen aus. Man wehrt sich nur dagegen, diese mit Fragen ideal-rationaler Geltung zu vermengen.⁸

5. Schlußfolgerungen

1. H.'s Kritik an Weber wie an empirisch gerichteter Legitimitätsforschung, welche Fragen der »Richtigkeit« empirisch formulierter normativer Geltungsansprüche für Zwecke der empirischen Forschung einklammert, hat trotz erweiterter und systematisierter Begründung nicht prinzipiell an Plausibilität gewonnen. Die Rückkoppelung empirischer Legitimitätsforschung an Moralphilosophie, speziell an kognitivistisch-universalistische Ethik verlangt zuviel und erreicht zu wenig. Vor allem die formalpragmatischen und evolutionstheoretischen Vermittlungsversuche führen zu kryptonormativistischer Vermischung von Tatsachen- und Werturteilen, welche für theoretische und empirische Forschung einerseits, für die Klärung moralisch-praktischer und politisch-strategischer Fragen andererseits abträglich ist.

2. Zentrale Grundbegriffe der Legitimitätsforschung (Legitimitätsanspruch, Legitimitätsglaube, Legitimierungsstrategien, Legitimationspotential usw.) werden nicht systematisch entwickelt. Die Ansätze zu einer Theorie herrschender Legitimierungsstrategien in gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaften, welche sich in »Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus« finden, werden nicht kritisch ausgearbeitet (vgl. Bader 1981).

3. Der empirische Gehalt der Legitimitätstheorie von H. auf kultureller, gesellschaftlicher wie personaler Ebene bleibt vorerst gering. Die achtlose Identifi-

fizierung von entwicklungslogischer mit »empirisch-soziologischer« Argumentation leistet dem Vorschub. Legitimitätsforschung war bisher überwiegend gerichtet aufs Studium herrschender Legitimationslegenden und auf mehr oder weniger systematisch ausformulierte politische und wissenschaftliche Theorien. Diese drastische Beschränkung (empirische Legitimität wird verwechselt mit herrschenden Legitimationsstrategien oder konkurrierenden Theorien intellektueller Eliten) prägt bisher auch die Studien und Debatten über die oft beschworene und bisher im strikten Sinne überhaupt nicht empirisch untersuchte Krise der Legitimität des wohlfahrtsstaatlich organisierten Kapitalismus.⁹

4. Moralphilosophie ist bei H. reduziert auf den einzigen Grundsatz der Verallgemeinerung, die Universalisierungsregel (vgl. 1983, 103), die selber diskurs-ethisch begründet wird: nur die Normen dürfen Geltung beanspruchen, »die die Zustimmung aller Betroffenen als Teilnehmer eines praktischen Diskurses finden (oder finden könnten)« (ebd.). Dieser normative Bezugspunkt könnte für empirisch gerichtete Legitimitätsforschung dann einen beträchtlichen heuristischen Nutzen haben, wenn man die kritisierten formalpragmatisch und entwicklungstheoretisch motivierten Empirisierungsversuche vermiede: Wertbezug wissenschaftlicher Forschung. Normative Erkenntnisinteressen leiten — wie bekannt — in vielfältigster Weise die jeweilige Zielsetzung, Themenwahl, Begriffsbildung, Richtung, Fortsetzung wie den Abbruch wissenschaftlicher Forschung.¹⁰ Hs Ideal einer rationalen, prozedural-demokratischen Legitimität und der Entwurf »konkreter Sittlichkeiten« in praktischen Diskursen: der Entwurf von kulturellen Werten, welche unter den idealen Bedingungen herrschaftsfreier Diskurse konsensfähig wären, von gesellschaftlichen Rechtsinstitutionen, in welchen diese Werte als Normen mehr oder weniger bruchlos realisiert wären, und von psychischer Struktur und Sozialisation von Individuen, welche die ungezwungene kritische Prüfung von Geltungsansprüchen in keiner Weise behindern, kann für empirisch gerichtete Forschung in all diesen Hinsichten eine wichtige Rolle spielen. Es lenkt Forschung aufs Thema strukturierter sozialer Ungleichheit im breitesten Sinne, es richtet die Fragestellung aus auf systematische wie historische Ursachen systematisch verzerrter Kommunikation und es erlaubt, diese durch Vergleich mit dem Modell überhaupt erst zu beschreiben und zu diagnostizieren. Es erlaubt und motiviert Fragen nach kulturellen, institutionellen und persönlichen Bedingungen weitestgehender Universalisierbarkeit, Objektivität und Unparteilichkeit. Dieses Ideal ist jedoch nicht nur zu Zwecken der Ideologiekritik, der Enttarnung »struktureller Gewalt« (vgl. II,283ff.) und der Aufforderung zu ihrer Erklärung brauchbar. Es stellt vielmehr die eigenen normativen Bewertungskriterien und -maßstäbe von Theorien unter selbstreflexiven Begründungszwang (vgl. II,583-93). H. stellt damit grundlegende Weichen für problembewußte Versuche, die Bedingungen und Möglichkeiten selbstreflexiver Gesellschaftskritik und -politik zu erhellen. Man kann derartige Begründungsversuche natürlich elegant (wie Gouldner) als »culture of critical discourse« und Legitimationslegende der »neuen herrschenden Klasse« anprangern.¹¹ Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß man dem Problem so nur hilflos auszuweichen versucht.

Anmerkungen

- 1 Vgl. ausführlicher hierzu meine Kritik: Bader 1984. Mit der zweistufigen Habermasschen Gesellschaftstheorie und der in der Theorie des kommunikativen Handelns enthaltenen Zeitdiagnose und -therapie habe ich mich kritisch auseinandergesetzt in: Bader 1983.
- 2 Ich möchte hier kurz auf die durchgängige terminologische Ambiguität in der Verwendung der Begriffe »teleologisch«, »erfolgsorientiert«, »zweckorientiert« bei H. aufmerksam machen. Einerseits werden diese Begriffe zurecht breit verwendet (hier also: »illokutionärer Erfolg«, Verständigung als »Zweck«, »Telos« der Sprache), andererseits müssen sie partikularistische, »egoistisch-privatistische« Handlungsorientierung bezeichnen, welche eben dadurch kaum jemals klar und als solche auch benannt wird. Diese Ambiguität folgt daraus, daß H. die teleologische Grundstruktur allen Handelns nicht aufhebt (vgl. Bader 1983).
- 3 Unter »postkonventionellem moralischem Bewußtsein« versteht H. im Anschluß an Kohlberg das höchste Entwicklungsstadium moralischen Bewußtseins, in welchem moralische Entscheidungen autonom und an universalen ethischen Prinzipien orientiert getroffen werden.
- 4 Zur Abwehr möglicher Mißverständnisse: Ich denke, daß derartige Forschungsprogramme keineswegs ethnozentristisch, europazentristisch zu sein brauchen. Auch die alten Evolutionsvorwürfe greifen dann nicht, wenn man sich des logischen Status der Konstruktion von Entwicklungslogiken klar bewußt bleibt. Unter diesen Voraussetzungen scheinen sie mir in zweifacher Hinsicht aussichtsreich: 1) sie könnten einen erfolgversprechenden Ausweg bieten aus der scheinbar alternativlosen Klemme zwischen transzendentalen, quasi-transzendentalen und historisch nicht informierten naturrechtlichen Begründungsstrategien von Ethiken einerseits, vollständig historistischen und relativistischen Positionen andererseits. Wenn man H.s formalpragmatische Begründungsversuche demokratisch prozeduraler Ethik einklammert, bleibt immer noch ihre historisch-rekonstruktive Begründung übrig. Diese scheint mir die stärkst mögliche. Noch »tiefer« gehende Begründungsversuche scheinen mir selbst widersprüchlich und zudem überflüssig. 2) Jedes Entwicklungsdenken hantiert mindestens implizit mit derartigen normativ angeleiteten Modellen, und es ist ein Gebot intellektueller Redlichkeit, sie zu explizieren. Wenn sie nicht mit empirisch-soziologischer und historischer Forschung verwechselt werden, können sie für diese eine wichtige heuristische Funktion erfüllen: sie erlauben es, Fragen zu stellen, die sonst nicht (oder nur über universalhistorische Komparatistik) gestellt werden könnten: Warum entwickelt sich etwas gerade nicht? Warum werden Potentiale nicht ausgeschöpft? usw.
- 5 Nur b) und c) können überhaupt (empirische oder »rationale«) Legitimität begründen (vgl. I, 186, 387, 525; II, 45, 115, 417). Nicht-wertrational motivierter Handlungsanschluß konstituiert Interessenlage (und, was H. ignoriert, Brauch/Sitte und affektive Solidarität), nicht jedoch Legitimität. Diese einfache Unterscheidung ist für Legitimitätstheorie wie -forschung grundlegend (vgl. Bader 1981). Hiermit kann H. sich begründet und effektiv gegen die funktionalistische Aushöhlung der Legitimität durch Blau, Luhmann u.v.a. abgrenzen.
- 6 Dies ist natürlich etwas anderes als einfach davon auszugehen, »daß sich die Geltung normativer Regelungen auf die Überzeugungskraft der Ideen stützt«, wie H. auf derselben Seite schreibt! Inwiefern »die faktische Überzeugungskraft der Ideen auch von dem ... Begründungs- und Rechtfertigungspotential abhängt«, wäre wiederum Gegenstand nüchterner theoretischer Erwägungen und vor allem empirischer Forschung. Man weiß inzwischen doch wohl zur Genüge, daß Ideen »auch« ganz anders ansprechen als durch ihr Begründungs- und Rechtfertigungspotential, und auch H. weiß, daß die Erfahrungen des Faschismus und Stalinismus z.B. Horkheimer und Adorno an der faktischen Wirksamkeit und Überzeugungskraft emphatisch gefaßter Vernunft abgrundtief haben verzweifeln lassen. (Vgl. Söllner 1982, 128 übers Fortleben autoritärer Charakterdispositionen auch unter demokratischen Bedingungen.)
- 7 Vgl. klassisch immer noch Strauss 1956, ähnlich auch Macpherson 1978.
- 8 Ich möchte hier wenigstens kurz einige rechtssoziologische Einwände anreißen: 1) Erstaunlicherweise behandelt H. die »formale Rationalisierung« des Rechts nur unterm Titel der »Zweckrationalität« und übersieht daher, daß im Legalitätsprinzip die selber ethisch begründeten Prinzipien der Rechtsgleichheit und der Rechtssicherheit enthalten sind, welche sich nicht auf »funktionale Erfordernisse der kapitalistischen Verkehrswirtschaft« zurecht-

stutzen lassen. 2) H. spaltet im Gefolge der Dichotomisierung von System und Lebenswelt auch modernes »Recht als Medium« und »Recht als Institution« (II,535ff.). Beim Recht als Medium könne man sich mit einer »Legitimation durch Verfahren« begnügen. Damit überläßt H. Fragen des Wirtschafts-, des Betriebsverfassungs- wie des Verwaltungsrechts einfach einer Beurteilung unter Kriterien der »Komplexitätssteigerung«. Nur Recht als Institution (s.c. Verfassungsrecht, Strafrecht, Strafprozeßrecht, Familienrecht, Sozialrecht) »bedürfen einer materiellen Rechtfertigung, weil sie zu den legitimen Ordnungen der Lebenswelt selbst gehören« (II,537). Der Gegensatz zwischen »Legitimation durch Verfahren« und »materieller Rechtfertigung« von Rechtsnormen läßt sich meiner Ansicht nach in dieser Form nicht halten. Legitimation durch legale und demokratisch strukturierte Verfahren hat mit »Positivismus« genausowenig zu tun wie mit ihrer funktionalistischen Interpretation. Wenn man unter »materieller Rechtfertigung« die jeweils konkrete Legitimation von Rechtsnormen unter Bezug auf Werte versteht, welche nicht in Verfahren verkörpert sind und sein können (wie z.B. Gesundheit, Arbeit, Wohnen, Lebensqualität, nichtverschmutzte Umwelt) im Gegensatz zu Werten, welche direkt auf Verfahren bezogen sind und effektiv nur in ihnen institutionalisiert werden können (Freiheit, Gleichheit, Mündigkeit, Partizipation, aber auch Rechtsschutz, Rechtssicherheit, Grundprinzipien des Strafprozeßrechts), dann hätte H. sich dem großen Problem zu stellen, wie derartige materiale Legitimationen selber demokratisch legitimiert werden können. 3) H. hat große Schwierigkeiten mit der Behandlung des Legalitätsglaubens als spezifischem Typus des Legitimitätsglaubens. Er glaubt wieder, Weber der »positivistischen Gleichsetzung von Legalität und Legitimität« bezichtigten zu müssen (I,355f., 358-61, 346; II,535). Wenn Recht rein dezisionistisch gefaßt werde, bleibe unklar, »woher der Legalitätsglaube die Kraft zur Legitimation aufbringen soll« (I,359). Ich will hier davon absehen, diese Vorwürfe gegen Weber zu widerlegen: Weber ist kein Rechtspositivist, sondern empirisch gerichteter Rechtssoziologe. Als solcher hat er keine Schwierigkeiten festzuhalten, daß der Legalitätsglaube im Maße, in dem er faktisch besteht, als solcher Rechtsnormen empirisch legitimiert, ganz unabhängig davon, wie er seinerseits entsteht und begründet werden kann (vgl. Bader 1981, 26ff.). Die empirische Kraft zur Legitimation ist eben von dem durch H. stets postulierten inneren Bezug auf ideal-rationale Gründe unabhängig. Umgekehrt haben jene überhaupt nur empirisch legitimierende Kraft in dem Maße, in dem sie faktisch motivieren. Für H. als diesbezüglich vernunftrechtlich-demokratischen Rechtsphilosophen kann der Legalitätsglaube »nur dann Legitimität schaffen, wenn die Legitimität der Rechtsordnung, die festlegt, was legal ist, schon vorausgesetzt wird« (I,359). Er möchte nur solchen Verfahren legitimierende Kraft zuerkennen, welche sich im »Rückgang auf formale Bedingungen der moralisch praktischen Rechtfertigung von Rechtsnormen« (I,358) begründen lassen. Für ihn soll also nur der demokratische Legalitätsglaube legitimieren können, und wieder — wie so oft — verwirrt er »Sollen« und »Sein«.

- 9 Vgl. in dieser Tradition: Offe 1972, Wolfe 1977. — Frankenberg/Roedel 1981 haben mit ihrer Analyse der Spruchpraxis des Supreme Court der Vereinigten Staaten bewiesen, daß man sich auf der Grundlage der Theorie des kommunikativen Handelns durchaus einen fruchtbaren Zugang zu empirischer Legitimitätsforschung bahnen kann. Allerdings stimmt nachdenklich, daß sie bewußt einseitig den Aspekt der Legitimierungsstrategien ausklammern (vgl. 24ff., 124ff., 245, 252, 255-65 u.ö.).
- 10 Vgl. ähnlich: Keat 1981 in seiner Kritik der Habermasschen Positivismuskritik.
- 11 Gouldner 1979, 28ff. Vgl. das offene, aber von Bourdieu nicht als solches klar formulierte Problem der Legitimation eines »Standpunkts oberhalb der Standpunkte« (1984, 277), von dem aus das kulturelle Spiel der Distinktionen objektiviert werden soll. Hier möchte ich nur kurz anmerken, daß ich das Ideal einer konfliktfreien, auf umfassender Verallgemeinerbarkeit aller Interessen begründeten Gesellschaft für überflüssig, abstrakt und unnötig voraussetzungs-voll halte. Nüchterner besehen ist die Forderung der Überwindung tiefgehender strukturierter objektiver sozialer Ungleichheit der Ressourcenverteilung und tiefsitzender sozialer Diskriminierung schon mehr als genug. Auch »Konsens« dürfte — selbst unter den idealen Bedingungen herrschaftsfreier Diskurse — wohl zuviel verlangt sein. Weitaus wichtiger ist zunächst wohl »vernünftiger Dissens« (wenn man so will: Konsens über vernünftigen Dissens) und Toleranz.

Literaturverzeichnis

- Bader, V.-M., 1981: Ambivalenzen in Max Webers Legitimitätsbegriff (Kongreßpaper). Duisburg
- ders., 1983: Schmerzlose Entkopplung von System und Lebenswelt? Engpässe der Theorie des kommunikativen Handelns, in: *Kennis en Methode* 4, 329ff.
- ders., 1984: Habermas' theorie van het kommunikatief handelen als legitimititeitstheorie, in: *Krisis* 16 (3), 71ff.
- Bourdieu, P., 1984: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- Frankenberg, G., und U. Roedel, 1981: Von der Volkssouveränität zum Minderheitenschutz. Die Freiheit politischer Kommunikation im Verfassungsstaat. Frankfurt/M.
- Habermas, J., 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt/M.
- ders., 1976: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/M.
- ders., 1981a: Dialektik der Rationalisierung. Jürgen Habermas im Gespräch mit Axel Honneth, Eberhard Knödler-Bunte und Arno Widman, in: *Ästhetik und Kommunikation*, 45 121ff.
- ders., 1981b: Interpretierende sociale wetenschap, in: *Kennis en Methode* 5
- ders., 1981c: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/M. (zitiert als I und II)
- ders., 1983: Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt/M.
- Keat, R., 1981: *The Politics of Social theory. Habermas, Freud and the Critique of Positivism.* Oxford
- Kunnemann, H., 1983: *Samenvatting van Habermas' Theorie des Kommunikativen Handelns.* Amsterdam
- Macpherson, C.B., 1978: *The Meaning of Property, in: Property, Mainstream and Critical Positions.* Oxford
- Offe, C., 1972: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates.* Frankfurt/M.
- Söllner, A., 1982: Jürgen Habermas und die kritische Theorie des gegenwärtigen Rechtsstaats — Versuch einer wissenschaftsgeschichtlichen Einordnung, in: *Leviathan* 1, 97ff.
- Strauss, L., 1956: *Naturrecht und Geschichte.* Stuttgart
- Weiss, J., 1982: Verständigungsorientierung und Kritik. Zur Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas, in: *KZfSS*, Jg.35, 108ff.
- Wolfe, A., 1977: *The Limits of Legitimacy: Political Contradiction of Contemporary Capitalism.* New York/London

Kritisches Wörterbuch des Marxismus
Band 3: G—J

Ausführliche Artikel u.a. zu Gesellschaftliche Verhältnisse, Gewalt, Gewerkschaft, Gramscismus, Hegemonie, Historischer Kompromiß, Ideologie, Intellektuelle, Imperialismus, Internationalismus, Jakobinismus

»Gesunde Nachdenklichkeit und Neugier fällt beim Lesen des KWM von einem Aha-Erlebnis ins nächste und kommt am Ende zu einem Bildungserlebnis«
(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

broschierte Ausgabe: 24 DM pro Band
 Leinen-Ausgabe: 34 DM pro Band

Kritisches
Wörterbuch
des
Marxismus

Band 3
 Gattung bis Judenfrage

Argument

Traugott Schöfthaler

Soziologie als »interaktionsfreie Kommunikation«

Niklas Luhmanns leidenschaftlicher Antihumanismus*

1. Habermas und Luhmann auf dem Weg zur »großen Theorie«?

Wer wissen will, ob die 1971 zwischen Habermas und Luhmann begonnene Kontroverse um Grundlagen der deutschen Soziologie mit der Veröffentlichung der Hauptwerke der damaligen Kontrahenten das Stadium großer Theorie erreicht hat, kann jetzt zu den 1773 Seiten »Theorie des kommunikativen Handelns« mit Ergänzungsband (Habermas 1981 und 1984) 675 Seiten »Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie« (Luhmann 1984) gegensehen. Die Frage, ob sich der Aufwand lohnt, stellt sich nur für den, der von der Soziologie eine allgemeine Theorie erwartet. Die folgenden Überlegungen orientieren sich an der nächst kleineren Frage: ob mit dem »neuen Luhmann« die soziologische Theoriebildung einen Schritt weitergekommen ist, der groß genug ist, um Soziologen zu neuem Forschen und Erklären zu motivieren. Die Antwort darauf: ja, wenn Desillusionierung ein solches Motiv sein kann; nein, wenn in der allgemeinen Theorie eine konsistente Grundlage sozialen Handelns gesucht wird.

Das »Gegenlesen« ist anno 1984 weitaus mühsamer als vor vierzehn Jahren: damals konnte Luhmann als der Technokrat gelten, der schwarze Hintergrund, von dem kritische Soziologie sich abheben konnte (Podak 1984, 733-735). Das geht heute nicht mehr, wo Luhmann flächendeckend den »Humanismus« unter Ideologieverdacht gestellt hat. Die Mühsal hat auch eine kommunikative Seite: Habermas hatte 1981 auf den allgemeinmenschlichen Wunsch nach »Verständigung« rekurriert und den Leser mit in die Situation der vom System bedrohten »Lebenswelt« hineingenommen. Luhmann dagegen hat ein einsames Buch geschrieben, das überhaupt nicht zur Identifikation einlädt. Er plagt sich und den Leser damit, daß er nichts von der soziologischen Terminologie stehen läßt, das nicht einen »Letztbezug« oder ein »Letztelement« enthält (228, 242, vgl. 382). Und so quält er sich in steter Abwehr des Verdachts, dieses Letzte sei nurmehr trivial, oder aber tautologisch (33; 600, Anm.11). Die andere Linie, entlang derer Luhmann schreibt, nervt nicht weniger: theoretischer Geschlossenheit zuliebe wird »das Subjekt« — also auch Leser und Autor — aus der Theorie sozialer Systeme ausgeschlossen, in deren »Umwelt« verbannt. Dem Vorwurf, seine Theorie sei das Werk eines Unmenschlichen, baut Luhmann mit einiger Verbissenheit von der ersten bis zur letzten Seite vor: Systemtheorie, die »keine Verwendung für den Subjektbegriff« hat (51), beschreibe Gesellschaft als Kommunikationssystem, das eine evolutionär gewachsene »Kluft« von Interaktionssystemen trenne (585). Damit sind »die Prämissen des klassischen Humanismus« geändert — aber nicht um den Preis

* Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1984 (675 S., br., 48,- DM)

einer Entwertung des Menschen, im Gegenteil: »Dem Menschen werden so höhere Freiheiten im Verhältnis zu *seiner* Umwelt [der Gesellschaft, d. Verf.] konzediert, insbesondere Freiheiten zu unvernünftigem und unmoralischem Verhalten.« (288f.) Die Verteidigungslinie ist so tief verbunkert, daß Luhmann sich für die Verwendung von Begriffen entschuldigt, die im »Alltagsverständnis« etwas mit Subjekt und seinem Bewußtsein zu tun haben, wie »Beobachten, Beschreiben, Erkennen, Erklären, Erwarten, Handeln, Unterscheiden, Zurechnen« (595f.).

Luhmanns Soziologie will um keinen Preis »teleologisch« sein wie die humanistische Tradition, auch nicht normativ wie Durkheim oder Parsons oder andere Vertreter der »alteuropäischen Gesellschaftstheorie« (444); sie hat nicht einmal die Absicht, »das Konkrete zu erklären« (394f.). Sie versteht sich als Teil der »Selbstbeschreibung« und »Selbstbeobachtung« der Gesellschaft, die unter Abstraktionsdruck steht (387, 647ff.). Luhmann will nicht »Beobachter von außen« sein und braucht daher den wissenschaftstheoretischen Streit um »analytischen« oder »konkreten« Zugang für sich nicht zu entscheiden (246). Systemtheorie gilt ihm als nicht mehr von ihrem Gegenstand ablösbar (653). Um den »Realitätskontakt« zu sichern — es geht ja um die Erkenntnis von »Grundvorgängen« (382, 650) —, konzentriert sie sich auf soziale Systeme und läßt (die mit dem Tod endenden) »psychischen Systeme« = Menschen draußen vor; und: sie will alle Gegenstandsaussagen an sich selbst ausprobieren (554, 655f.). Luhmanns Wissenschaft sucht zwar nach Letztbegriffen, will aber ohne äußere Letztbegründung auskommen (650). Nicht einmal für ihre Rationalität gibt es einen Maßstab — keine Ethik, auch nicht Hegels Staat oder »die Marxsche Hoffnung auf Revolution« (599). Rationalität ist allerdings eines der Basisprobleme: Wie kann man die moderne, nicht mehr vorrangig nach Klassen, sondern nach Funktionsbereichen wie Politik, Wirtschaft und Erziehung gegliederte Gesellschaft dazu bringen, »Distanz zu sich selbst zu gewinnen«, d.h. zu reflektieren, »wie die Auswirkungen der Gesellschaft auf ihre Umwelt auf die Gesellschaft zurückwirken« (599, 643)? Diese Umwelt ist nach Luhmanns Meinung stark »deformiert«: zu ihr gehören die riesigen Menschenmengen, die einer »schulförmigen Erziehung« ausgesetzt sind, ebenso wie die Ökologie (644).

Gibt es also doch ein Defizit in der Selbstbeschreibung der Gesellschaft, auf das Soziologie eine Antwort zu geben hätte? Luhmanns Antworten darauf können nur zögernd und verklausuliert sein — es gibt ja nichts, wovon zu deduzieren wäre. Wie eine autobiographische Skizze liest sich jene Passage, in der er seine These vorbereitet, das Auseinandertreten von Gesellschaft und Interaktion habe eine doppelte Folge (585): Einerseits seien neue Interaktionsideen kreiert worden (wie Meditation, Jogging, sit-ins oder Hausbesetzungen); andererseits habe »interaktionsfreie Kommunikation« stark zugenommen (589): »Die Erfindung der Schrift gibt ... einsamem sozialem Handeln die Chance, gleichwohl gesellschaftliches Handeln, gleichwohl Kommunikation zu sein. Man kann dann, selbst wenn niemand anwesend ist, an der Reproduktion von Gesellschaft mitwirken ... (Dies) zwingt andererseits dazu, die Nichtanwesenheit der Partner und der Gegenstände der Kommunikation durch ei-

nen standardisierten, disziplinierten Sprachgebrauch zu kompensieren und durch Sprache viel von dem klarzustellen, was andernfalls in der Situation evident gewesen wäre.« (581)

Was dabei herausgekommen ist, soll in drei weiteren Abschnitten beantwortet werden: in einem Resümee der theoretischen »Letztelemente« (2.); bei der Suche nach dem, was nach der Aufdeckung der »humanistischen Kardinalfehler« vom geistigen Bestand sozialwissenschaftlicher Theorie, Habermas eingeschlossen, übrig bleibt (3.); schließlich über die Frage, wie weit das vorsichtig angedeutete Defizit gesellschaftlicher Selbstbeschreibung und Selbsterkenntnis durch Erkenntnisgewinne, neue Forschungsmotive oder politische Gestaltungsvorschläge gefüllt ist (4.).

2. Luhmanns theoretische »Letztelemente«

»Die allgemeine Theorie sozialer Systeme erhebt ... den Anspruch, den gesamten Gegenstandsbereich der Soziologie zu erfassen und in diesem Sinn universelle soziologische Theorie zu sein.« (33) Luhmanns Lösung ist Abstraktion: die Suche nach den »Letztelementen«, die bei der Dekomposition eines sozialen Systems als »nicht weiter auflösbar« übrig bleiben (33ff.). Also: keine Festlegung auf »Wesensmerkmale«, keinerlei substantielle Grundlegung der Theorie, sondern Konzentration auf »Probleme und Problemlösungen« und Zerlegung von Systemen in »Elemente und Relationen« (33, 43).

Damit ist das Wesentliche entschieden: »Kommunikation, nicht Handlung ist der Grundbegriff« einer Theorie sozialer Systeme: sie »bestehen aus Kommunikationen und aus deren Zurechnung als Handlung« (191, 240). Zwar rede man »alltagsweltlich« meist von sozial handelnden Individuen, doch gelte es, realistisch zu sein: »Zumeist dominiert ... die Situation die Handlungsauswahl« (229). »Die Situation« — das ist das soziale System Gesellschaft mit seiner »Konditionierung« von Kommunikationen, d.h. der Eingrenzung der Vielzahl von überhaupt möglichen Kommunikationen auf wenige relevante (185).

Dahinter verbirgt sich das von Luhmann behauptete »Grundproblem«, die »Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation« (erstmal formuliert 1981): Die Kommunikationspartner »müssen Abstimmung suchen und finden im Hinblick auf Weltsachverhalte, die kontingent, also auch anders möglich sind« (217). Die Kontingenz ist eine doppelte, weil auf beiden Seiten nicht sicher ist, ob die mitgeteilte Information vom Adressaten »als Prämisse eigenen Verhaltens« übernommen wird (218).

Der Autor sieht selbst, daß diese These vom Grundproblem nur schwer nachzuvollziehen ist. Natürlich kennt er das Watzlawick/Beavin/Jackson-Paradox von der Unmöglichkeit des Nicht-Kommunizierens: das gelte jedoch nur für Interaktionssysteme (562, Anm.14). Zur Gruppe der sozialen Systeme gehören aber auch Gesellschaften, die überdies weit »umfassender« sind. In ihnen gibt es die schon erwähnte »interaktionsfreie Kommunikation«, die die Anwesenheit der Kommunikationspartner nicht voraussetzt. In diesem Sinn ist Gesellschaft »die Gesamtheit der Kommunikationen bis hin zur Weltgesellschaft«. Es ist die wachsende Kluft zwischen Gesellschafts- und Interaktionssystemen, die soziologische Theorie zu einem »hohen Abstraktionsgrad«

zwingt (585) — Aber auch dieses Argument scheint noch nicht überzeugend genug. Auch für das interaktionsfreie Schreiben soziologischer Bücher gilt, »daß es solche Reinzustände doppelter Kontingenz nie gibt und auch historisch nie gegeben hat«, denn das würde bedeuten, daß Kommunikation (= Information, Mitteilung und Erfolgserwartung) »ohne jede Voraussetzung, ohne irgendwelche Erwartungen« begonnen wird (186). Luhmanns Buch ist voll von Erwartungen an alle möglichen Leser — sie sollen das ihnen zugemutete Abstraktionsniveau akzeptieren, dem Autor nicht Normativität unterstellen oder »zugeben«, daß es Systeme gibt (11, 288f., 595).

Warum also ein »Grundproblem« formulieren, das es gar nicht gibt? Luhmanns Antwort: Gerade weil es so grundlegend ist, kommt es immer nur im Zusammenhang mit Lösungen vor. »Dieser Einwand bestätigt nur, daß die Gesellschaft ein autopoietisches System ist, das sich selbst bei seiner Reproduktion voraussetzen muß.« (186) Taktisch dient die These vom Grundproblem zur Stützung des von Luhmann unter dem Titel »Autopoiesis« propagierten »zweiten Paradigmenwechsels« in der allgemeinen Systemtheorie, von dem er selbst schreibt, er sei »erst in den beiden letzten Dekaden zur Diskussion gestellt worden«. Im Gegensatz dazu sei der erste Paradigmenwechsel voll akzeptiert — die Ersetzung der strukturalistischen Teil-Ganzes-Konzeption durch die Annahme der Offenheit von Systemen, die sich durch veränderbare Grenzen von ihrer Umwelt unterscheiden (24). Was ist mit dem neuen Zauberwort »Autopoiesis« gemeint? »Die Selbstproduktion sozialer Systeme (läuft) dadurch, daß Kommunikation Kommunikation auslöst, gleichsam von selber ..., wenn sie nicht schlicht aufhört.« (296) Luhmann versucht, jede Form von Kausalerklärung und den letzten Rest von Strukturalismus aus der soziologischen Grundlagentheorie zu verbannen — all dies mit dem Argument, es gebe noch tiefere »Ur-Sachen«, eine Ebene, in der »Erkenntnis und Gegenstand in den Bedingungen ihrer Möglichkeit zusammenfallen« (382). Kausalerklärungen haben ihre Berechtigung nur noch »im Reduktionsschema eines Beobachters«, soziale Systeme sind einer »zugriffssicheren Außensteuerung« entzogen (69). Die Kausalbasis, die sich soziale Systeme »selbst geschaffen« haben, ist ihre Vergangenheit: die Geschichte ihrer Auswahl aus dem Horizont an Kommunikationsmöglichkeiten, die »Konditionierung« von Handeln, die Auswahl relevanter Themen. Damit gewinnt ein soziales System »innere Führung«, sichert die »Anschlußfähigkeit« jeder Veränderung (384). Das sind die Kernaussagen der Autopoiesisthese einer »Theorie selbstreferentieller Systemen«: Systemreproduktion in dem Sinne, daß sich Systeme immer nur in Form derjenigen Elemente und Relationen weiterentwickeln, aus denen sie bestehen, soziale Systeme also in Form von Kommunikation und ihrer Selektion aus dem Horizont der Möglichkeiten, der »Weltkomplexität«. Luhmanns Formel für den zweiten Paradigmenwechsel ist die »Aufhebung der Differenz von offenen und geschlossenen Systemen« (605f.).

So ist die »Weltgesellschaft« ein geschlossenes soziales System (außerhalb von ihr gibt es keine Kommunikation); das ist aber gerade Bedingung ihrer »Offenheit« (für andere Möglichkeiten der Kommunikation, die unstrukturiert zur »Umwelt« gehören). Die Zukunft ist offen, weder der Bestand noch

sonst etwas kann als Telos des Systems bestimmt werden (606). — Die Tendenz zum Letztbegriff hat bei Luhmann eine Eigendynamik gewonnen, die das Projekt einer Ur-Sachen-Theorie weit von den Anschlußstellen soziologischer Theorie entfernt hat. Wo gibt es denn die Soziologen, die die Situationsprägung des Handelns ernsthaft bestreiten oder an einem »zugriffssicheren« Kausalmodell sozialen Wandels festhalten? Nach den erwähnten Grundbegriffen System, Selbstreferenz, Komplexität und Autopoiesis zeichnet sich auch der Sinnbegriff durch einen überdurchschnittlichen Allgemeinheitsgrad aus. Er soll sowohl für psychische Systeme (Menschen) als auch für soziale Systeme gelten und ist deshalb ohne einen »Träger« formuliert. Sinn ist das, was Erleben und Handeln auf »andere Möglichkeiten« verweist (94). Auf dieser Ebene kann es »Sinnlosigkeit« nicht geben — die Rede vom »Sinnverlust« ist als Formel für die Beschreibung der gewachsenen Kluft zwischen Gesellschaft und Interaktion zu werten (587). Wer würde hier in der Sache widersprechen? Wo er seine Letztbegriffe formuliert, setzt sich Luhmann immer wieder mit dem Verdacht auseinander, es handele sich um nichts weiter als um Tautologien (600, 606 u.ö.). Und nicht zufällig findet sich hier zweimal das Eingeständnis, man könne Grundlagentheorie »auch anders« formulieren (68; 593, Anm.2).

Um zu erklären, wie »sinnhafte Kommunikation« gegen alle grundlagentheoretischen Zweifel geschieht, muß der Autor die Ebene der Letztbegriffe verlassen. Im Kapitel »Kommunikation und Handlung« (191-241) beispielsweise, das sich mit dem Nachweis der Priorität von Kommunikation herumschlägt, wird der Leser mit einer Erweiterung der Liste jener »symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien« überrascht, die sinnhaftes Erleben und Handeln sichern: Neben den »Klassikern« Wahrheit, Liebe, Eigentum/Geld, Macht/Recht und den schon früher vorsichtig dazugerechneten »religiöser Glaube« und »Kunst« erscheinen jetzt auch »zivilisatorisch standardisierte Grundwerte« (222). Nur ein Kapitel vorher (148f.) hatte der Autor Parsons' Vorschlag, das Problem der »doppelten Kontingenz« durch Verweis auf einen kulturellen »Wertkonsens« zu lösen, als substantialistisches Denken abgelehnt.

Die scheinbar makellose Konsistenz der Grundlagentheorie bricht, wenn es um Erklärungen der »real existierenden Gesellschaft« geht. Ich möchte das in zwei weiteren Abschnitten ausführen, dabei aber auch die These begründen, daß der Versuch trotz seines vorläufigen Scheiterns Kriterien zur Formulierung einer allgemeinen Theorie und Erkenntnisgewinne für die Soziologie gebracht hat.

3. Systemtheorie gegen Humanismus

Der Universalitätsanspruch »bedeutet, daß man Gedankengut, Anregungen und Kritik nur akzeptiert, wenn und soweit sie sich dieses Prinzip zu eigen machen« (33). So werden »die klassischen soziologischen Kontroversen« wie System versus Konflikt, Gesellschaft versus Gemeinschaft oder Arbeit versus Interaktion für ebenso überholt erklärt wie eine »tribale« Soziologie der Klassikerexegese (33f., 8). Hebel der Absetzung von der übrigen Soziologie ist die dutzendfach wiederholte Verteidigung der »'unanschaulichen' Theorieentscheidung«, Personen seien ebenso als Umwelt sozialer Systeme zu betrachten

wie »Zellen des Gehirns in bezug auf das Nevensystem« (67, Anm.79; 311). Die Ausgrenzung des Subjekts wird zum Leitfaden der Überwindung »alteuropäischen Denkens« mit seiner Orientierung an einer »Vermenschlichung« der Gesellschaft.

Eine erste Stufe der Abgrenzung ist die Streichung der »Beobachterperspektive« aus Theorien, die argumentativ weiterentwickelt werden sollen. So wird der häufig zitierte »Erfinder« der Autopoiesis-Idee, der Biologe Humberto Maturana, auf die Schranken seiner Disziplin verwiesen: entgegen den »Ausführungen des Meisters« seien soziale Systeme nicht lebendig, nicht aus Interaktionen aufgebaut (298, Anm.13). Ähnlich wird Anthony Giddens' Begriff des »reflexive monitoring of action« beifällig zur Stützung der Selbstreferenzthese zitiert, doch die »Vorstellung eines subjektiven Trägers« moniert (58, Anm.59). Piagets Dezentrierungsbegriff scheint brauchbar, wenn er vom Subjekt gelöst wird (106), und sogar Parsons bedarf der Läuterung: Parsons' Fassung des Kontingenzproblems bezieht sich auf Handlungssubjekte und muß abstrakter werden, um auch das »Anders-möglich-Sein« von sozialen Systemen zu erfassen (151f.). Insgesamt ist Parsons' Theorie analytisch, »nur in der Perspektive eines Beobachters formuliert«: ihr Realitätsbezug scheint schon gesichert, wenn die Kategorien auf Entsprechungen in der Wirklichkeit treffen, während Luhmann »Systembildung konkret und empirisch nachweisen« muß und will (331f., 354, 379).

Dies erweist sich jedoch als überhöhter Anspruch, wie Luhmanns Exkurse zu »Fragen der Sozialisation« (280-282, 325-331) belegen. Luhmann verwirft »Kunstbegriffe von Beobachtern, mit denen Nichtbeobachtbares gedeutet wird« (wie Person, Intelligenz, Gedächtnis, Lernen) und »Kompaktbegriffe wie Rolle, Norm, Sozialität, Nutzen« oder auch »Bedürfnisse«. An ihre Stelle sollen die grundlegenden Begriffe der »Erwartung« und der »Interpenetration« treten (158f., 290, 396f.). Der Autor unterscheidet Sozialisation als »Mitleben in einem sozialen Zusammenhang« von den verschiedenen Formen erzieherischer Konditionierung. Sozialisation ist daher immer umfassender, z.B. an den Differenzschemata Zuwendung/Abwendung, Verstehen/Nichtverstehen, Konformität/Abweichung und Erfolg/Mißerfolg zugleich orientiert; Erziehung dagegen ist eine bewußte Kombination solcher Schemata »vor allem in Form des Programms: bei Konformität Zuwendung, bei Abweichung Abwendung« (329). Luhmanns Forderung, über solche Konditionierungen mehr zu reflektieren, trifft sicher den Schulalltag; die Erziehungstheorie hat sich aber schon längst darum gekümmert und (unter Titeln wie »heimlicher Lehrplan« und »strukturelle Erziehung«) besonders die Rolle der von Luhmann vernachlässigten indirekten und unbemerkten Manipulation herausgearbeitet. Dick aufgetragten ist der Vorwurf an die Sozialisationstheoretiker, sie vermischten Ideologie und Empirie: mit der Feststellung von Sozialisationsunterschieden lieferten sie »Aufputzmittel für wohlfahrtsstaatliche Manipulation, die Unterschiede zu kompensieren versucht« (326). Ganz abgesehen davon, daß im Schulalltag die Ergebnisse der schichtenspezifischen Sozialisationsforschung weit häufiger im entgegengesetzten Sinn verwendet werden (»man kann ja doch nichts machen«, wenn die Ungleichheiten im Schulumfeld

begründet sind) — woher, wenn nicht aus solchen Forschungen, weiß der Autor, daß die Menschen »ungleich« sind? Kaum hat sich der Leser an die Verbannung des Subjekts gewöhnt, wird er mit einer anthropologischen Konstanten überrascht.

Volle Schärfe entfaltet das Antihumanismusprogramm gegen Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns, Luhmann will den »nichtpsychischen Charakter sozialer Systeme« (32) und die »Individualität psychischer Systeme« (346) auseinanderhalten. Letzterer ist ein »eher marginales Kapitel« gewidmet (347ff.), das auf der These der Priorität von Kommunikation gegenüber Handlung (191ff., 286ff.) aufbaut.

Humanistisches Denken von Humboldt über Hegel bis Marx wird charakterisiert als die Frage, »wie das Individuum das Allgemeine, die Menschheit, die Welt in sich realisiert« (350). Während Humboldt und Hegel das für eine Sache der Bildung erklärt hätten, habe Marx seine Hoffnung auf Revolution gesetzt (350, 599). Dabei kommen Hegel und Marx noch gut weg, abgesehen davon, daß Luhmann mangels eines festen Rationalitätsmaßstabs ihre Suche nach »Zentralfusionen in einer letzten Einheit« nicht teilen will (599). Sie gelten durchweg als Kronzeugen für saubere Dialektik und für eine realistische (das Wort »materialistisch« wird vermieden) Sicht der sozialen und ökonomischen Verhältnisse (60, 65, 377, 586). Die Marxschen »Formen« werden gar als »höherstufige Relationen zwischen Relationen« von der Systemtheorie adoptiert (44), und die »erloschenen Vulkane des Marxismus« helfen noch bei der wissenschaftstheoretischen Orientierung (13).

Habermas wird etwa zehnmal direkt zitiert (106, Anm.26; 109f., 110, Anm.31; 237, Anm.73; 352f., Anm.12; 460, Anm.165a; 643, Anm.78; 652, Anm.9) und mindestens doppelt so häufig indirekt unter Stichworten wie »Herrschaftsfreiheit«, »Konsens«, »Subjekt«, »Lebenswelt«, »hermeneutischer Sinnbegriff« oder »Handlungstheorie«. Habermas' Frühschrift über »Illusionen auf dem Heiratsmarkt« von 1956 wird zustimmend erwähnt (460, Anm.165a). Ansonsten ist das Urteil scharf: Die Trennung von Arbeit und Interaktion sei »undialektisch«, und die Theorie des kommunikativen Handelns sei der »umfassendste Überblick« zu Versuchen der »Ausklammerung psychischer Fragen« aus der Rationalitätsdebatte (643, Anm.78) — bei Luhmann finden sich ja Psyche und Rationalität gleichermaßen vor den Toren des Systems und sind auf diese Weise nicht voneinander getrennt! Luhmann interpretiert Habermas'sche Gewährsleute wie Piaget, Austin und Searle in seinem Sinne um (106, 197, 368f., Anm.35) und definiert Zentralbegriffe wie »Lebenswelt« und »kommunikatives Handeln« neu: Es wäre »banal ..., das Problem [der Freiheit, d. Verf.] an die Lebenswelt zurückzuverweisen« (163); denn die Lebenswelt hat gar nichts mit Teleologie und Kontrafaktizität zu tun, sondern ist einfach »das momentan Unbezweifelte, das Vorverständigtsein, die unproblematische Handlungsüberzeugung« (106). Als »Modekonzept« aus der Philosophie importiert, diene Lebenswelt aber auch als »Abschlußformel« für eine erst noch zu formulierende Theorie der Beeinflussung von Theorieentwicklung durch alltagsweltliche Interaktion (659). Verständigung ist also nicht das große Ziel wie bei Habermas, sondern ein banaler und rational höchst zweifel-

hafter Zustand. Luhmann zitiert die Kater Murr und Muzius zum Beleg der »realistischen« Sicht, daß es auf Handlungen, nicht auf zugrundeliegende Einsichten oder Motive ankommt (469, 353). Luhmanns Anspruch ist, mit klaren Begriffsentscheidungen »alle Gemeinschaftsmythologien verabschiedet — oder genauer gesagt: auf die Ebene der Selbstbeschreibung sozialer Systeme abgeschoben« zu haben (298f.). Das »kommunikative Handeln« wird bei ihm gerade zum Beweismittel für die Priorität von Kommunikation: Wenn Handeln »als Kommunikation intendiert« ist, vollzieht es das Sozialsystem der Gesellschaft mit; so gehören Handlungen entweder zum System — oder sie sind nicht kommunikativ (247, 580).

Damit hat Luhmann wahrscheinlich die Ursache des Ungleichgewichts von System und Lebenswelt bei Habermas benannt. Nach Habermas sollen die verständigungsorientierten Kommunikationsteilnehmer die »Steuerungs- und Abstraktionsleistungen« des Systems würdigen, ohne jedoch vom Autor zu erfahren, wie denn die Lebenswelt gegen den kolonisatorischen Zugriff des Systems zu verteidigen sei, wenn der Grad der Systemdifferenzierung nicht zur Disposition steht (Habermas 1981, Bd.2, 582).

So gesehen, ließen sich Luhmanns Thesen von der Priorität der Kommunikation gegenüber Handlung und von der wachsenden Kluft zwischen Gesellschaft und Interaktion als Präzisierung des bei Habermas etwas mythisch formulierten System/Lebenswelt-Gegensatzes verstehen. Das Gegenlesen enthüllt weitere Gemeinsamkeiten: So ist Luhmanns Ausschließung des Subjekts aus der Theorie sozialer Systeme und seine Ablehnung der »Engführung von Sinn auf Bewußtsein« (99) eine Radikalisierung von Habermas' scharfer Distanzierung von der Tradition einer »Bewußtseinsphilosophie« (Lukács bis Adorno) (Habermas 1981, Bd.2, 460, 489ff.). Zumindest ist das Subjekt bei Habermas nicht lebendiger als bei Luhmann, der seinerseits dem in die Systemumwelt verbannten Subjekt fröhlich neue Freiheitsspielräume zubilligt (289). Oder die Geschichte der »Verrechtlichung« — von beiden als Problem der Übersteigerung gesellschaftlicher Organisation gesehen, vom einen allerdings als Beleg für die »Grenzen des Wohlfahrtsstaates« (441, Anm.126), vom anderen als Beleg für den kolonisatorischen Zugriff des Systems auf die Lebenswelt (Habermas 1981/82, 523ff.) gedeutet. Oder auch die »Alternativen«, mit denen sich beide schwer tun (dazu mehr in Kap. 4). Sogar das »Grundproblem« der Kommunikation hat jetzt eine Habermasche Parallele: Die Frage der »Anschlußfähigkeit« dient hier zur Begründung der Handlungstheorie (Habermas 1984, 571). — Das Gegenlesen von Habermas und Luhmann schärft den Sinn für die Ideologiegefahr, die der massive Einsatz von Subjekt- und Lebensweltbildern in der Theorie des kommunikativen Handelns mit sich bringt. Es macht aber auch sensibel für normative Einsprengsel und Begründungslücken von Gegenstandsaussagen im »Grundriß einer allgemeinen Theorie sozialer Systeme«. Habermas' und Luhmanns Theorien sind Produkte unserer Gesellschaft, mit der die Aufklärung beerbenden Spannung zwischen Ideologie (»Selbstbeschreibung« der Gesellschaft) und dem Versuch, Distanz zu ihr zu gewinnen. Die Situation der Gesellschaften, denen man einen Katzentisch beim Festival der Weltgesellschaft zugewiesen hat, kommt bei beiden nicht vor.

4. Erkenntnisgewinne: theoretische und politische Konsequenzen

Luhmann hat den zu einer bequemen Intellektuellenideologie degenerierten Humanismus destruiert. Gnadenloser als die meisten Soziologen vor ihm, von Durkheims (1925/1973, 280) gelegentlichen Bemerkungen zur Stützung chauvinistischer Politik durch humanistische Werte bis zu Horkheimers (1933) Kritik des intellektuellen Idealismus, hat Luhmann den Weg einer sozialwissenschaftlichen Selbstlegitimation durch Benennung der »richtigen Werte« versperrt. Ein Humanismus, der Luhmann trotzen will, muß sich anhand von Zwecken, von gesellschaftsverändernder Praxis legitimieren.

Der Destruktion humanistischen Denkens fällt unter anderem der Großteil soziologischer »Wertwandel«-Forschung zum Opfer. Die seit Ronald Inglehart (1977) in den USA verbreitete, neuerdings auch in die Sammlung von »Megatrends« aufgenommenen und bei uns u.a. unter dem Titel »Postmaterialismus« fleißig nachgebete These vom Trend zum Individualismus und zu humanistischen Prinzipien in den entwickelten Industriestaaten — sie ist nach Luhmann gerade Beleg für die gesteigerte Differenz zwischen dem »rein Persönlichen« und den Rollenanforderungen. Deshalb ist »ein solcher Wertewandel relativ leicht zu vollziehen. Er trifft auf 'seiner' Ebene auf keinen nennenswerten Widerstand, löst aber kaum durchgreifende strukturelle Konsequenzen aus.« (435) Da solche Werte je für sich »gut« sind und nur selten in Rangordnungen (wie Freiheit-Frieden-Kultur-Profit) gebracht werden, »folgt aus der Wertung nichts für die Richtigkeit des Handelns«: »Man hat nur noch *Werte* in der Hand — oder im Mund.« (433) An dieser Stelle läßt sich Luhmanns Abscheu vor einer Soziologie nachvollziehen, die »ihre ... Aufgabe im Hinblick auf gesellschaftliche Normen und Werte« formuliert — es »wuchert in den ganz neu errichteten Tempeln der Emanzipation bereits wieder Unkraut« (444). Das richtet sich natürlich auch gegen Habermas: »Statt sich in Bereichen mit verfallender Überzeugungskraft kontrafaktisch-normierend zu bewegen«, zieht Luhmann es vor, die »Differenzen« zwischen Mensch und sozialem System, Interaktion und Gesellschaft zu formulieren (288).

Was kommt dabei heraus? Und wo bleiben Probleme wie Interessen, Herrschaft, sozialer Wandel? Sie tauchen auf, meist aber vom Schleier der Letztbegriffe verhüllt und daher der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Theorien ein Stück weit entzogen. Da das einzig Unveränderbare kurzfristige Ereignisse sind, darf nach Luhmann sozialer Wandel nicht mehr anhand der Unterscheidung veränderbarer oder unveränderlicher Elemente begriffen werden, sondern aufbauend auf die Grundsatzfrage »Aufhören oder Weitermachen?«. Dieses Weitermachen schließt dann alle Veränderungsmöglichkeiten ein, z.B. auch den Kapitalisten, der »den überraschten Gewerkschaftsführern« seinen Betrieb im Tausch gegen eine Rente anbietet (472-477, Anm.185).

Bei der »Formulierung« von Entwicklungstrends wird es dann schwieriger, Herrschafts- und Interessenprobleme zu neutralisieren. Das gilt für beide Stränge von Luhmanns Ansatz — für die Evolutionstheorie ebenso wie für das Konfliktmodell. Luhmann wehrt sich gegen jede Teleologisierung sozialer Evolution; doch ist ihm die Rede von »evolutionären Errungenschaften« eben-

so geläufig wie Parsons oder Habermas. Er gleicht das aus mit der These, solche Errungenschaften seien kein Fortschrittsmaßstab, »keine Garantie dafür, daß der Strukturaufbau das Bestmögliche realisiert oder auch nur das Los der Menschen verbessert« (411). Luhmann will die evolutionäre »Komplexitätssteigerung« nicht-wertend beschreiben: als Weg von segmentärer (z.B. in Clans organisierter) über stratifikatorische (Klassengesellschaft) zu funktionaler Differenzierung von Gesellschaften (d.h. prinzipiell, jeder hat Zugang zu allen Funktionsbereichen, wenn auch in den meisten Fällen nur als Klient). Das kann schon deshalb kaum gelingen, weil die »Selbstbeschreibung« früherer Gesellschaften in dieser Theorie keinen Platz hat (263, Anm.37). Luhmann behilft sich mit einer Balance von Fortschrittsbeschreibung und Fortschrittskritik. Beim Übergang von Klassengesellschaften zu funktionaler Differenzierung werde das vorher Latente, die Begründung der sozialen Ordnung, problematisch; »es gibt keine Gesamtformel des Guten und Richtigen mehr«, die gesellschaftlich organisierte Kommunikation hat außer ihrer Existenz keine andere Begründung gegenüber anderen Möglichkeiten (134, 466-470). Die Freiheitsspielräume des einzelnen wachsen im gleichen Maß wie das gesellschaftliche Neinsage-Potential (288f., 550) — aber die wachsende Differenz zwischen Person und Rolle, Interaktion und Gesellschaft mindert die Relevanz der neuen Spielräume (560ff.).

Von hier aus wäre eigentlich der Schritt zu einer »dialektischen« Theorie von Freiheit, Individualität, Interesse und Herrschaft gut möglich. Luhmann sperrt sich solchen Anschlüssen, indem er sich an überholten und zu einfachen Konzeptionen abarbeitet. So behauptet er, funktionale Differenzierung »depossediere« die alten Herrschaftszentren (261), ohne das am Gegenstand zu begründen. Wo der Leser auf die Benennung von Ur-Sachen für Strukturwandel wartet, wird er ziemlich wortklauberisch belehrt, daß es darin keine Teleologie gebe, denn Telos = Ende = Aufhören. Strukturwandel laufe *also* im großen und ganzen entweder als Ad-hoc-Anpassung »oder unkontrolliert morphogenetisch« ab (486f.). Die zwischen diesen Extremen angesiedelte Forschung zu Macht und Einfluß erhält davon wohl kaum neue Anregungen. Der Interessenbegriff kommt ganze drei Mal vor (228, 493, 633 Anm.60): zweimal als »Semantik« der Zurechnung von Handlungen, einmal immerhin zur Benennung des Gegensatzes Kapital/Arbeit. Etwas mehr Distanz zu einer Gesellschaft, die in ihrer Selbstbeschreibung lieber die Begriffe Freiheit und Individualität als Herrschaft und Interesse verwendet, wäre von einer Ur-Sachen-Theorie schon zu erwarten.

Luhmann nähert sich dem Problem aber in dem besonders lesenswerten Kapitel »Widerspruch und Konflikt« (488-550) von einer anderen Seite. Der Streit zwischen »Positivisten« und »Dialektikern« ist handstreichartig mit Punktvorteilen für Letztere erledigt: »Wenn das soziale Leben nicht logisch sauber arbeitet, läßt sich auch eine Theorie des Sozialen nicht logisch widerspruchsfrei formulieren.« (491) Die These von der Existenz antagonistischer Widersprüche bleibt jedoch unter dem Titel »Interessengegensätze« unbearbeitet. Luhmann untersucht Widersprüche aus der Systemperspektive und entwickelt dabei die miteinander verflochtenen Thesen vom gesellschaftlichen

»Immunsystem« und der »Selektion bedeutsamer Konflikte«. Für die erste These dient Hegel als Gewährsmann (509): »Das System immunisiert sich *nicht gegen das Nein, sondern mit Hilfe des Nein*; es schützt sich *nicht gegen Änderungen, sondern mit Hilfe von Änderungen* gegen Erstarrung in eingefahrenen, aber nicht mehr umweltadäquaten Verhaltensmustern. Das Immunsystem schützt nicht die Struktur, es schützt die Autopoiesis, die geschlossene Selbstreproduktion des Systems ... es schützt durch Negation vor Annihilation.« (507) Da Recht »im Vorgriff auf mögliche Konflikte« gebildet werde, stellt Luhmann das Rechtssystem als »das Immunsystem der Gesellschaft« vor (509f.). Die Verrechtlichungsdebatte läßt ihn jedoch an der Ausschließlichkeit dieser Annahme zweifeln, und so schiebt er die zweite These zur Konfliktselektion nach: Konflikte seien »evolutionäre Errungenschaften«, »kommunikativ gewordene Widersprüche« (537). Nun gilt Recht als eher traditionelles Verfahren, mit Traditionen einer Klassengesellschaft belastet: »Wer Eigentum und/oder Macht hat, kann sich Konflikte leisten.« (542) »Soziale Bewegungen« sind die modernere Form der Auswahl bedeutsamer Konflikte (543-550). Luhmann identifiziert drei Entwicklungsursachen: Die zunehmende Abhängigkeit von sozialen Lebensbedingungen wird durch Lockerung der Typisierung von Verhaltensweisen kompensiert; der Trend zum Staterwerb wird um Erwartungen an die Leistung sozialer Systeme ergänzt; und schließlich kumulieren viele Effekte der Lösung von Bindungen in Orientierungen an oft nur kurzfristig überzeugenden Stichworten (543-545). Damit sind solche Bewegungen weniger strukturabhängig als das Recht und können gesellschaftliche Neinsagepotenzen und Konfliktpotentiale »ad hoc« und selbstorganisiert steigern — und damit die gesellschaftliche »Komplexität«. Sie gehören so zu jenem »Immunsystem«, das die »geschlossene Selbstreproduktion des Systems« gerade durch Offenhalten von anderen Möglichkeiten schützt (548, 507). Luhmann sieht sich hier wohl zu Recht weiter als Habermas. Er möchte nicht den »politisch-ökonomischen Komplex des modernen Kapitalismus« gegen die »dadurch stimulierte Gesamtheit der sozialen Bewegungen« ausspielen, sondern beides komplementär sehen, als »Erwartungsstruktur« und »Immunsystem« (550). Die unvermittelte Abschlußfrage, wie bei so viel »zivilem Ungehorsam« »das doch auch nötige Ja zur Gesellschaft wiedergewonnen werden kann« (550), fällt allerdings hinter das erreichte theoretische Niveau zurück. Sie teilt Habermas' Ratlosigkeit angesichts von Bewegungen einer »Politik der ersten Person«, die zu einer Vernebelung der Fronten zwischen dem »Antimodernismus der Jungkonservativen« und der »neukonservativen Verteidigung einer Postmodern« geführt habe (Habermas 1981, Bd.2, 582f.). Luhmann lobt die »neuen Interaktionsideen«, aber nicht, ohne ebenfalls das Etikett »konservativ« den Bewegungen anzuhängen, die in ihren »ablehnenden Lebenshaltungen« versuchen, »das alte Modell zu kopieren, nämlich die Ordnung als 'Herrschaft' anzugreifen, parodierende Formen zu wählen und öffentliche Plätze wie Universitäten oder Gerichte in Karnevalsszenen umzufunktionieren« (464). Luhmann schätzt die Ernsthafte, die »Recht auf Gehör und Recht auf Bewährungschancen« für alternative Ideen einfordern (464). Recht, Macht, Eigentum — siehe oben. Die Soziologie der sozialen Bewegungen muß wohl

von der Generation der Beteiligten geschrieben werden; Luhmanns Herausforderung sollte sie aber nicht zurückweisen.

Was hat die Soziologie mit Luhmann gewonnen, wo läßt sich weiterarbeiten?

— Intellektuelle Individualitätsideologien sind destruiert; das Problem von Freiheit und Autonomie ist mit der These von der Kluft zwischen Interaktion und Gesellschaft soziologisch erst ansatzweise benannt. Anknüpfungen an materialistische Kritiken der »bürgerlichen Konstitution des Subjekts« (z.B. Rudolf W. Müller 1977) würden lohnen.

— Die Stilisierung von Evolutions- als Fortschrittstheorien hat einen notwendigen Dämpfer erhalten. Auch Habermas (1984, 476) hält seine »Entwicklungslogik« inzwischen für »klärungsbedürftig«. Um die Wirkung zu stabilisieren, wären freilich modernere Theorien von Herrschaft und Interesse zu Rate zu ziehen, die sich um das Erbe der Marxschen Erkenntnisse nicht drücken. Das gilt auch für Habermas, der Marx in eine Kritik der »Verrechtlichung« transformiert (Habermas 1981, Bd.2, 489ff.).

— Die Ansätze einer Beschreibung des »Immunsystems« des modernen Kapitalismus sind spannend, weil sie ziemlich illusionsfrei Funktionen von Rechtssystem und sozialen Bewegungen aufdecken. Hierin liegt die aktuellste Herausforderung der Soziologie durch Luhmann.

— Luhmanns Versuch, Soziologie zwischen der Ideologie einer Gesellschaft (»Selbstbeschreibung«) und dem Problem der Distanz zu ihr anzusiedeln, ist ein Teil Aufklärung. Es gibt im System »keine Gesamtformel des Guten und Richtigen mehr«; »dem System fehlt die Vernunft« (134) — das braucht allerdings nicht das Ende der Rationalitätsdebatte zu sein. Wissen darum, daß Legitimation überwiegend die schwache Basis isolierter »guter Werte« hat, die beliebigem Wandel unterliegen, ist notwendig. Aber es ersetzt nicht den Versuch, die Distanz der Soziologie zur Selbstbeschreibung der kapitalistischen Gesellschaft immer wieder herzustellen.

Literaturverzeichnis

- Durkheim, Emile, 1925: *L'éducation morale*. Paris (engl.: *Moral Education*, New York, London 1973; dt. Übers.: *Erziehung, Moral und Gesellschaft*, Neuwied, Darmstadt 1973)
- Inglehart, Ronald, 1977: *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton
- Habermas, Jürgen, 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2Bde. Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen, 1984: *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M.
- Horkheimer, Max, 1933: *Materialismus und Metaphysik*, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*
- Luhmann, Niklas, 1981: *Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation*, in: ders., *Soziologische Aufklärung*, Bd.3. Opladen, 25-34
- Müller, Rudolf, W., 1977: *Geld und Geist. Zur Entstehungsgeschichte von Identitätsbewußtsein und Rationalität seit der Antike*. Frankfurt/M.
- Podak, Klaus, 1984: *Ohne Subjekt, ohne Vernunft*, in: *Merkur* 38, 733-745

Alonso Aguilar M.

Krise und Strategien der Entwicklung in Lateinamerika*

Dimensionen, hauptsächliche Ausdrucksformen und Perspektiven der gegenwärtigen Krise

Lateinamerika macht heute die ernsteste Krise seiner modernen Geschichte durch. Konkret: im vergangenen halben Jahrhundert oder seit dem Zusammenbruch im Jahr 1929 und der großen Depression der 30er Jahre hat es sich nicht in einer ähnlich schwierigen Lage befunden. Und zumindest was einige Aspekte anbetrifft, haben es vielleicht im ganzen gegenwärtigen Jahrhundert nicht solche schweren Probleme bedrängt. Die gegenwärtige Krise ist nicht allein eine ökonomische und noch viel weniger nur eine Finanzkrise. Sie ist eine Krise, die viel umfassender, komplexer, tiefer und dauerhafter ist als die vorgegangenen, eine soziale, ideologische und — wenngleich viele sich immer noch weigern, es zu akzeptieren — in mehr als einem Sinn auch eine politische Krise, was selbstverständlich nicht bedeutet, daß das herrschende Machtsystem vom Untergang bedroht oder dabei sei, zusammenzubrechen.

In den letzten drei Jahren und besonders seit Anfang 1982 haben in der Tat praktisch alle lateinamerikanischen Länder hinsichtlich der Niveaus der ökonomischen Aktivitäten, die sie 1981 erreicht hatten, stagniert oder sind sogar zurückgefallen. In diesem Zeitraum vollzog sich ferner ein starker Rückgang der Investitionen, eine Zunahme unausgelasteter Produktionskapazitäten und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung, wobei dessen ungeachtet die Inflation die bisher höchsten Raten erreichte. In der Finanzwelt verschärfen sich die internen und externen Ungleichgewichte, nahmen die Geldzirkulation und die Haushaltsdefizite mit großer Geschwindigkeit zu und gerieten die Wechselkurse des größten Teils der Währungen der Region ins Wanken. Die Handelsbeziehungen mit dem Ausland verloren an Triebkraft und entwickelten sich sehr ungleich, und die internationalen Preisbeziehungen waren sehr ungünstig für Lateinamerika, was alles, zusammen mit der Kapitalflucht, dem zunehmenden Protektionismus der industrialisierten kapitalistischen Länder, den umfangreichen Importen, den hohen Zinssätzen, der Verknappung der Kredite und dem geringen Zufluß an ausländischen Direktinvestitionen, schwere Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen und ein spiralenförmiges Anwachsen der öffentlichen wie der privaten Auslandsverschuldung mit sich brachte. (...)

Die unmittelbare Perspektive

Im allgemeinen wird anerkannt, daß 1984 kein leichtes Jahr für Lateinamerika sein wird. In verschiedenen Hauptländern der Region erwartet man, daß das

* Referat auf dem VIII. Internationalen Seminar über Probleme der Entwicklungsländer, durchgeführt vom Institut für Internationale Beziehungen und Sozialistische Integration der Akademie der Wissenschaften, Varna, Bulgarien, 26.5.-12.6.1984. Aus: Estrategia 57/1984, 40-65; gekürzt. Übersetzung von M. Tjaden-Steinhauer und K.H. Tjaden.

Gesamtprodukt weiterhin stagniert, und man schließt die Möglichkeit nicht aus, daß es einen neuen Rückgang erleidet. Und wenn man einen Zuwachs erreicht, wird dieser minimal sein und nicht verhindern, daß das Pro-Kopf-Einkommen das dritte Jahr hintereinander abnimmt. Man glaubt, daß sich ab 1985 die Situation verbessern könnte, vor allem, wenn sich die ökonomische Erholung in den industrialisierten kapitalistischen Ländern verstärkt.

Bis jetzt jedoch hat sich die Erholung der nordamerikanischen Wirtschaft und der anderen Industrieländer in Lateinamerika fast nicht bemerkbar gemacht. Konkret: die Preise für seine Exporte haben sich nicht verbessert, noch haben seine Verkäufe von Industriewaren zugenommen, noch sind die Zinssätze gefallen — sondern sie sind im Gegenteil von neuem gestiegen —; jene Zinssätze, die, mit jedem Punkt an Erhöhung wie im März dieses Jahres verordnet, über 3 Milliarden zusätzliche Dollar erfordern, allein um die Zinsen für die Handelsschuld zu bezahlen. Und die hohen Finanzierungskosten haben sich darüber hinaus infolge der Neuverhandlung der Schulden und der wachsenden *spreads* erhöht, die die Gläubigerbanken kassieren.

Die Vorstellung, die Erholung der Vereinigten Staaten würde eine Lokomotive darstellen in bezug auf die übrigen industrialisierten Länder und die Erholung dieser Länder würde eine rasche Reaktivierung der lateinamerikanischen Wirtschaft mit sich bringen, scheint sich nicht zu betätigen.

Der Anstieg der Produktion in den Vereinigten Staaten ist vorerst relativ gering und instabil. Sicher ist, daß er mehr an der Aufstockung der Lager und am Anstoß des Wohnungsbaus gelegen hat als am Wachstum der Investitionen in der Industrie, die wohl — unterstützt durch eine begünstigende Steuergesetzgebung — zu wachsen begonnen haben, wenngleich es in vielen Zweigen immer noch unausgelastete Produktionskapazität gibt. Die Hauptausgaben sind nach wie vor die für militärische Zwecke; und das enorme Finanzdefizit der Regierung — mehr als 183 Milliarden Dollar im letzten Jahr — ist für sich allein ein Indikator der starken Ungleichgewichte, in denen sich die aktuelle Krise ausdrückt, und ein Faktor des Drucks auf die Geldmärkte.

Der technologische Wandel, der in der nordamerikanischen Ökonomie vor sich geht, ist ein wichtiges Zeichen der Umstrukturierung des Kapitals, die die Produktivität sicher steigern wird und die zur Aktivierung des ökonomischen Prozesses in den Vereinigten Staaten — nicht so in Lateinamerika — beitragen kann, nicht ohne tiefgehende Widersprüche zu verstärken, wie es die Entwertung und selbst Vernichtung von ineffizienten Kapitalen und die Vermehrung der Arbeitslosigkeit sind. Dies außerdem, weil der technische Fortschritt keine unabhängige Variable ist, sondern in Wirklichkeit von der Akkumulation des Kapitals abhängt, und weil es unter den vorherrschenden Bedingungen, d.h. denen einer großen Krise, wie sie der Kapitalismus seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre durchmacht, nicht so aussieht, als ob die wissenschaftlich-technische Revolution den kapitalistischen Ländern einen Impuls verleihen könne, der dem vergleichbar ist, der sich in den zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durchsetzte, und der imstande wäre, eine neue lange Expansionsphase zu eröffnen.

Die Comisión Económica Para América Latina (CEPAL) schätzt, daß,

wenn die Industrieländer in den nächsten Jahren ein mäßiges Wachstum von, sagen wir, 3,5% erreichen und wenn sich außerdem die Ölpreise behaupten, sich die Austauschrelationen verbessern, sich die Exporte vermehren und sich die Zinssätze verringern, Lateinamerika in den letzten Jahren dieses Jahrzehnts mit einer Geschwindigkeit von 4% wachsen könnte. Auch dann noch würde die Arbeitslosigkeit schwerwiegend bleiben, und das Produkt pro Beschäftigtem würde sehr langsam wachsen. Um einen Überschuss im Außenhandel zu erhalten, müßte dieser einen starken Übertrag von Zehntausenden von Millionen Dollar an die Gläubigerländer enthalten, die Lateinamerika unter anderen Bedingungen zumindest teilweise der Entwicklung seiner Wirtschaft zuführen könnte. Die häufigen Neuverhandlungen der Schuld, zu der die kurzen Laufzeiten und die hohen Kosten der Kredite sicher nötigen werden, wird diese noch teurer machen, wird sie vielleicht auf 450 Milliarden Dollar im Jahr 1990 anwachsen lassen und wird die Abhängigkeit, hauptsächlich von den Vereinigten Staaten, verstärken. Und die Verschiedenartigkeit der Bedingungen der lateinamerikanischen Länder dahingestellt, das Wahrscheinlichste ist, daß die Armut in den weniger entwickelten Ländern wahrhaft dramatische Ausdrucksformen annehmen wird.¹ (...)

Einheit und ökonomische Integration Lateinamerikas

Der Aktionsplan, mit dem die jüngste Lateinamerikanische Konferenz in Quito hervorgetreten ist, ist wichtig und aufschlußreich. Er macht geltend, daß die »Verantwortung für das Problem der Auslandsschuld — dessen Lösung drängt — geteilt werden muß ...«. Er fügt ferner richtig hinzu: »um ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen«, haben die Länder Lateinamerikas schon »enorme Kräfte ...« entfaltet, »trotz der hohen sozialen, politischen und ökonomischen Kosten, die das bedeutet hat ...«² Jetzt ist es notwendig, daß der Prozeß des Ausgleichs, statt es auf die äußerste Reduzierung der Importe anzulegen, sich auf höhere Exportpreise und -volumen und auf niedrige Zinssätze stützt. Oder in anderen Worten: damit die internationalen Verhandlungen über die Auslandsschuld mit den Erfordernissen der Entwicklung verträglich werden, schlägt man eine neue Politik vor, die

1. in den Neuverhandlungen über die Schulden die Deviseneinkommen eines jeden Landes nicht mehr als bis zu der Grenze belastet, die geboten ist, um ein angemessenes Tempo des internen Wachstums aufrechtzuerhalten;
2. die Zahlungen für den Schuldendienst durch geringere Zinsen und Gebühren vermindert und zu stabilisieren trachtet;
3. die Laufzeiten der Kredite und die Gnadenfristen für ihre Rückzahlung verlängert, unbeschadet der Verwandlung von Teilen der Schuld in langfristige Verbindlichkeiten;
4. einen angemessenen und wachsenden Nettozufluß von neuen Finanzmitteln sichert;
5. die Neuverhandlung der Schuld von nun an mit Maßnahmen begleitet, die den Zugang von lateinamerikanischen Exportprodukten zu den Märkten der industrialisierten Länder erweitern und die unverzüglich deren protektionistische Praktiken beseitigen;

6. den IWF reorganisiert, seine Mittel und die Hilfsmaßnahmen für die Entwicklungsländer vermehrt und »die Kriterien für die Bedingungen ... auf die Weise revidiert, daß die Ausdehnung der (internen) Produktion und Beschäftigung ... größere Bedeutung erlangt.«³

Es ist nicht leicht, die wirkliche Tragweite des Aktionsplanes und der Verpflichtungen, die er auferlegt, festzustellen. Hinsichtlich der Forderungen an die industrialisierten Länder lassen — trotz deren unabweisbarer Berechtigung — die Tatsachen ernste Schwierigkeiten voraussehen. Es genügt, sich daran zu erinnern, was auf dem VI. Treffen der UNCTAD im Juni 1983 in Belgrad geschah, auf der letzten GATT-Sitzung in Genf, auf dem Gipfel von Cancun 1981 und auf den anderen internationalen Konferenzen, die seit 1974 stattgefunden haben, als man in der UNO das Programm für die Errichtung einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung« billigte. In all den Jahren, seit es angenommen wurde, ist das Integrierte Rohstoffprogramm sehr partiell geblieben: besteht es tatsächlich aus ein paar Abkommen, ist es, wie vorauszusehen war, weit davon entfernt, zu funktionieren und sind die Preise nach wie vor ungünstig. Das GATT zeigt den Problemen und Einsprüchen der unterentwickelten Länder nach wie vor die kalte Schulter, statt den Protektionismus zu unterdrücken, den Grundsatz der Allgemeinen Meistbegünstigung auszuweiten sowie seine Geltung zu garantieren und Kompensationsmaßnahmen zu beschließen. Und ebensowenig sind die Empfehlungen zur Verbesserung des Funktionierens des internationalen Währungs- und Finanzsystems berücksichtigt worden.

Wie die CEPAL in ihrem letzten Bericht aufzeigt, machen sich ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen den industrialisierten und den Entwicklungsländern über fundamentale Fragen bemerkbar sowie eine Tendenz der erstgenannten, die Probleme in zweiseitigen anstelle von multilateralen Übereinkommen anzugehen, ein deutliches Interesse daran, die Handels- und Finanzverhandlungen im Rahmen des GATT, des IWF und der Weltbank stattfinden zu lassen und nicht im System der UNO und konkret der UNCTAD, die Umstrukturierung der Handels- und Finanzbeziehungen zu verweigern, die internationale Kooperation mit den unterentwickelten Ländern gering zu schätzen und das bekannte »freie Spiel der Marktkräfte« zu erneuern; kurzum: in Wirklichkeit soll das monopolistische Kapital und sollen nicht so sehr zwischenstaatliche Übereinkünfte und Schritte der Faktor sein, der die Umstrukturierung der internationalen Wirtschaft beeinflusst.

All dies führt dazu, daß Lateinamerika immer besser begreift, daß es geeignet und mit klaren und festen Vorstellungen in den Nord-Süd-Dialog gehen muß. Auf dem nächsten Gipfeltreffen der entwickelten kapitalistischen Länder in Tokio werden wir sehen, ob die Vorschläge von Quito ein besseres Schicksal erleiden werden als die vorherigen. Aber was wichtig ist, ist, daß in der politischen Erklärung, die die Konferenz von Ecuador abgegeben hat, die lateinamerikanischen Regierungen auf's neue das Recht aller Völker bekräftigen, sich die politische und soziale Organisation zu geben, die sie haben möchten, daß sie ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zurückweisen, daß sie vorschlagen, den Gebrauch der Gewalt bei der

Lösung internationaler Konflikte auszuschließen und daß sie für die Entspannung und Abrüstung als Bedingung für die Erhaltung des Friedens und die bessere Nutzung der bisher verschwendeten Ressourcen zum Wohl der Entwicklung aller eintreten. Und zweifellos ist auch bedeutungsvoll, daß man vorankommt mit dem Vorhaben, eine lateinamerikanische Antwort auf die gegenwärtige Krise zu geben und daß man ein breites Einverständnis über politische Positionen und damit verbundene ökonomische Aktionslinien erreicht, die vor kurzem noch unmöglich gewesen wären.

Der Aktionsplan von Quito schlägt außerdem vor, die Handels- und Finanzkooperation ebenso zu verstärken wie die regionale Integration voranzubringen, indem bereits eingegangene Verpflichtungen erfüllt und neue Maßnahmen ergriffen werden, die dazu beitragen, in dieser Richtung voranzukommen.

Die Idee, die Kräfte zu vereinen, sich vereint den gemeinsamen Problemen entgegenzustellen, sich gegenseitig zu unterstützen und sogar die politische Einheit der lateinamerikanischen Republiken auf eine formale Ebene zu bringen, ist nicht neu: sie rührt her aus den Kämpfen um die nationale Unabhängigkeit und ist ein wesentlicher Teil des Ideals Bolívars und derjenigen, die seitdem die Freiheit und die Integrität dessen verteidigen, was Martí »Unser Amerika« nannte. Im letzten Viertel dieses Jahrhunderts gewinnt das Projekt der regionalen ökonomischen Integration außerdem konkret an Leben in Organisationen wie der Asociación Latino-Americana de Libre Comercio (ALALC), dem Gemeinsamen Zentralamerikanischen Markt, dem Andenpakt und dem Lateinamerikanischen Ökonomischen System.

Die ALALC, 1960 in Montevideo mit der Erwartung gegründet, im Verlauf von zwanzig Jahren einen gemeinsamen lateinamerikanischen Markt zu schaffen, verwandelte sich 1980 in die Asociación Latino-Americana de Integración (ALADI), die heute im Grunde auf dem System regionaler Zollpräferenzen, auf einer Konvention über Zahlungsausgleich und wechselseitige Kredite, die seit 1965 in Kraft ist, besteht, sowie in den freiwilligen Aktivitäten, die die Mitgliedsländer durchführen, um die regionale Kooperation voranzubringen. In der gegenwärtigen Krise verliert die ALADI zunächst deshalb an Bedeutung, weil die Verfügbarkeit externer Mittel zur Vernachlässigung der Integrationsvorhaben führt und dann deshalb, weil der vertikale Rückgang der Importe auch den Austausch zwischen den assoziierten Ländern beeinträchtigt. Nichtsdestotrotz tätigen sie in dieser Assoziation bis 1982 Handelsgeschäfte, die 50 Milliarden Dollar übersteigen und die in den vergangenen Jahren etwas mehr als 12 % der Gesamtexporte der Mitgliedsländer ausmachen.

Die Andenpaktgruppe, die durch das Übereinkommen von Cartagena zustande kam, erhöhte seit 1981 merklich ihre intrazonalen Exporte und Exporte nach Lateinamerika, die 5 % des Gesamtexports erreichten. Die Verschlimmerung der Krise ließ das Vorankommen bei der Erprobung eines gemeinsamen Außenzolltarifs und beim Ingangbringen der Programme zur industriellen Entwicklung schwieriger werden und löste Einschränkungen und auch ernste Verletzungen des Paktes aus. Aus solchem Grund sind jüngst die Mitgliedsländer übereingekommen, wieder subregionale Präferenzen zu errichten und die Entwicklung des Integrationsprojekts von neuem in Gang zu bringen.

Der Gemeinsame Zentralamerikanische Markt wächst bis 1980, wenngleich die relative Bedeutung seiner Importe schon Jahre vorher zu fallen beginnt. Die Krise, die in Zentralamerika besonders schwer ist, behindert ebenso sehr im ALADI wie im Andenpakt das Wachstum des Handels und zwingt Beschränkungen auf, die die Mitgliedsländer beeinträchtigen, was mit sich bringt, daß ihre intrazonalen Exporte kaum noch mehr als 17 % der Gesamtheit von 1983 erreichen.

Das Sistema Económico Latinoamericano (SELA), das gemäß der Übereinkunft von Panama, die es 1975 schuf, zum Ziel hat, die intraregionale Kooperation zu fördern und ein dauerhaftes System der Beratung und Koordination der Position der Mitgliedsländer zu errichten, nimmt aktiv an der Vorbereitung der lateinamerikanischen Position in den letzten Treffen der UNCTAD teil und später an der Vorbereitung der Konferenz von Quito und der Formulierung einer lateinamerikanischen Antwort auf die aktuelle Krise. Auch das SELA ist zweifellos durch die Krise behindert, denn seine Aktionskomitees beginnen, der notwendigen Mittel für die Lösung ihrer Aufgaben zu entbehren.

Im Aktionsplan von Quito wird die Notwendigkeit unterstrichen, die regionale Finanzkooperation auszubauen und zu verstärken; man nimmt darüber hinaus die Verpflichtung auf, »keine neuen Zollbehinderungen bei den Importen aus Lateinamerika und der Karibik einzuführen und die vorhandenen fortschreitend zu eliminieren oder abzumildern ...«⁴; man stimmt darin überein, das System der Zollpräferenzen für die lateinamerikanischen und die karibischen Länder auszubauen, den intraregionalen Handel zu verstärken, indem man hierfür die Kaufkraft der Staaten der Region nutzt; und man billigt zugleich, unverzüglich die Möglichkeiten für den Verbrauch von Devisen auf ein Minimum zu reduzieren.

Bedeutet das alles, daß Lateinamerika schon auf eine gemeinsame Entwicklungsstrategie setzt, die es ihm erlaubt, seine strukturellen Deformationen abzubauen und seine gravierendsten Probleme anzugehen? Nein. Die vorgenannten Maßnahmen sind vielmehr ein Reflex externer Faktoren. Einige sind bloßer Ausdruck der Besorgnis und Vorschläge an die Industrieländer, deren Schicksal sich erst noch herausstellen muß. Nicht wenige von ihnen enthalten eine gute Dosis von *wishful thinking*, das sich in der harten Wirklichkeit bald als nichtig erweisen kann. Und selbst die Überzeugung, daß die ökonomische Integration Lateinamerikas verstärkt werden muß, hat, trotz aller Wichtigkeit und der Eröffnung von Perspektiven, die nicht zu vernachlässigen sind, ja eine lange Vorgeschichte. Diese zeigt, daß es zweifellos sehr schwierig ist, in Richtung auf einen gemeinsamen Markt in einem anarchischen Entwicklungsprozeß vorwärtszukommen, in dem jeder der Beteiligten in Wirklichkeit auf eigene Rechnung handelt und in dem die Unfähigkeit der Bourgeoisie, eine unabhängige nationale und regionale Entwicklung zu sichern, sich in Situationen übersetzt, die das ausländische Monopolkapital und der Imperialismus ausnutzen, um sich die größten Vorteile zu verschaffen und ihre Oberherrschaft zu verstärken.

Mehr noch. Die zuvor erwähnten Vorstellungen stellen keine wirkliche Ent-

wicklungsstrategie dar, weil sie die tieflegendsten inneren Ursachen der Krise und in einem weiteren Sinne des lateinamerikanischen Zurückbleibens vernachlässigen oder sich nur zweideutig und bruchstückhaft auf sie beziehen. In fast allen lateinamerikanischen Ländern redet man heute — und in Wirklichkeit seit etwas mehr als zwanzig Jahren — von der Notwendigkeit »struktureller« Veränderungen. Sicher ist jedoch, daß niemand auch nur weiß, worin diese bestehen. Die Klassen, die an der Macht sind, wollen vorab wieder Ordnung schaffen — die natürlich die alte Ordnung sein wird — und dann über Reformen nachdenken, die sich in einer derartigen Perspektive als undurchführbar herausstellen; die fast stets mehr bloße institutionelle Anpassungen als grundlegende Veränderungen der eigentlichen Struktur darstellen; die, wenn sie diese Reichweite haben, sich auf Bedingungen beziehen, die die Entwicklung des Kapitalismus hemmen, und nicht auf die Form und das Ausmaß, in dem dieser selbst, als die seit langer Zeit herrschende Produktionsweise, auch das Haupthindernis ist; und die, anstatt die Rationalität zu bestimmen, nach der man zur Überwindung jener realen — nicht allein ökonomischen, sondern auch sozialen und politischen — Barrieren trachtet, die mit den Interessen des Imperialismus und der herrschenden Klassen verbunden sind, sich gewöhnlich vormachen, daß man innerhalb dieses Systems der »gemischten« Wirtschaft alles, was man möchte, dadurch erreichen kann, daß man auf nationale bürgerliche Positionen und auf die Aktivität eines Staates setzt, den man demagogisch als über den Klassen schwebend verortet und den man für kaum weniger als allmächtig ausgibt.

Häufig wiederholt man von solchen Positionen aus, daß das, was Lateinamerika benötigt, eine Strategie ist, die ihm die Beschleunigung seiner Entwicklung ermöglicht und die bewirkt, daß diese rationaler und stabiler, gerechter und unabhängiger wird. Das ist wahr und ist leicht gesagt, aber das ist sehr schwer und sogar unmöglich unter Bedingungen wie den herrschenden zu erreichen. Und schwierig ist es auch, diese Bedingungen zu verändern, weil diejenigen, die an der Macht sind, dies nicht tun und wollen und, genau genommen, auch nicht tun können; und weil diejenigen, die es möchten, immer noch nicht über die Organisation und über die Fähigkeit verfügen, es mit Erfolg zu versuchen. Zum Beispiel würde jetzt eine demokratische Agrarreform nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der industriellen Entwicklung und der gesamten Wirtschaft unserer Länder einen großen Anstoß geben, aber die Herren der besten Ländereien und diejenigen, die sie bewirtschaften — seit langer Zeit nicht mehr angebliche Feudalherren, sondern wesentlich große kapitalistische Landwirte und Unternehmer — werden, wie bisher schon, nicht damit einverstanden sein, daß die Bauern und Arbeiter die neuen Herren und die Hauptnutznießer ihrer eigenen Anstrengungen sind.

Eine weniger ungleiche und ungerechte Einkommensverteilung würde ebenfalls einen großen Stimulus für die Entwicklung bedeuten; aber besonders unter einer Krise wie der gegenwärtigen widersetzt sich die Bourgeoisie den sehr berechtigten Lohnforderungen und trachtet danach, daß eine wachsende Ausbeutung der Arbeiter, koste es, was es wolle, zur Wiederherstellung der Profitrate insbesondere des monopolistischen Kapitals beiträgt. Endlich ist eine ge-

nuin nationale Entwicklung angesichts der Gefahr der wachsenden Transnationalisierung unserer Ökonomien ein grundlegendes und unverzichtbares Erfordernis. Aber zumindest bestimmte Fraktionen der Bourgeoisie scheinen in der Illusion befangen zu sein, daß, wenn man dem ausländischen Monopolkapital mehr Möglichkeiten eröffnet, wenn man zuläßt, daß es bestimmte Teile unseres Territoriums mit Hilfe einer passenden Infrastruktur, einem privilegierten Steuersystem und billiger und leicht ausbeutbarer Arbeitskraft als freie Exportplattformen nutzt, wir vorwärtskommen, unsere Ökonomien stärken und die Distanz, die uns von den Industrieländern trennt, verkürzen werden. Dies alles zeigt, wie schwierig strukturelle Veränderungen sind, selbst wenn man sie als demokratische und nationale Transformationen konzipiert, die nicht den historischen Rahmen des Kapitalismus überschreiten.

Die gegenwärtige Krise und die Akkumulation des Kapitals

Und trotzdem wird Lateinamerika die internen Widersprüche, die auf seine Entwicklung einwirken, auf die eine oder andere Weise, früher oder später überwinden müssen, Widersprüche, auf die eine echte Strategie ihre Aufmerksamkeit richten muß.

Die gegenwärtige Krise hat dramatisch hervortreten lassen, daß die Akkumulation des Kapitals sich unter offensichtlich ungünstigen Bedingungen entwickelt. So sind konkret in den am weitesten entwickelten lateinamerikanischen Ländern

- die Akkumulationsraten gemessen an der Größe des Mehrwerts und des überschüssigen Potentials und auch angesichts des Produktivitätsniveaus relativ klein und im allgemeinen immer noch ungenügend;
- verändern sich diese Raten, weit davon entfernt, stabil zu sein, häufig un stetig von einem Jahr auf's andere, was das Wachstum erschwert;
- ist die Zusammensetzung der Investitionen infolge einer anarchischen Entwicklung auch in den Ländern, in denen man zunehmend ökonomische Programmierung betreibt und Pläne in Hülle und Fülle vorhanden sind, inadäquat, wodurch die Disproportionen zwischen verschiedenen Zweigen verstärkt, die Produktivitätsstruktur geschwächt und tiefe intersektorale Ungleichgewichte hervorgebracht werden;
- ist das Gewicht unproduktiver oder sehr wenig produktiver Investitionen sehr groß, wie zum Beispiel derjenigen, die man zahlreichen Handels- und Dienstleistungsaktivitäten widmet, dem Bau von mehr oder weniger luxuriösen Wohnungen, der Produktion gewisser langlebiger Konsumgüter wie etwa Autos, teuren Möbeln, reinen Zierobjekten und anderem und wie derjenigen, die sich in Regierungseinrichtungen und -gebäuden verkörpern, die mehr oder weniger bürokratischen Nutzungen dienen und im allgemeinen überflüssig sind;
- ist die Bedeutung des Auslandskapitals in strategischen sowie in Zweigen mit großer Entwicklungsdynamik sehr groß und sein Einfluß daher nicht minder;
- schließlich machen die Verlagerung oder die Umgruppierung des transnationalen Kapitals in Richtung auf gewisse Zweige und Phasen des Produk-

tionsprozesses mittels Maquiladora-Unternehmen⁵, die am Export interessiert sind und viel relativ niedrig qualifizierte Arbeitskraft benötigen, eine wirkliche nationale und regionale Integration der lateinamerikanischen Ökonomie immer schwieriger und die internationale Arbeitsteilung immer ungünstiger.

Die Neigung, manchmal auf sehr mechanische Weise hoch kapitalintensive und arbeitssparende technische Fortschritte zu übernehmen, stärkt, wenn sie auch die Modernisierung der Wirtschaft bewirkt, aufgrund des begrenzten und beschränkten Charakters eines solchen Prozesses das monopolistische Kapital, verschärft die Ungleichheit der Entwicklung und vertieft die nicht nur technologische, sondern auch ökonomische und sozusagen strukturelle Abhängigkeit unserer Ökonomien vom Imperialismus:

- Die zahlreichen Investitionen, die die industrielle Entwicklung erfordert, vor allem in Zweigen, die auf der Grundlage einer sehr komplexen Technologie arbeiten, führen dazu, daß faktisch nur das monopolistische nationale Kapital in Verbindung mit dem ausländischen in der Lage ist, sie zu verwirklichen, was auch dazu beiträgt, neue Formen der monopolistischen Integration und der Abhängigkeit zu bestärken.
- Der hohe Importgehalt vieler Investitionen, zum Teil dem Rückstand der internen Produktion von Zwischen- und Kapitalgütern geschuldet, erfordert große Beträge an Devisen, die im allgemeinen die verfügbaren überschreiten und die zu wachsenden Ungleichgewichten der Handels- und Zahlungsbilanz führen, die, wie in den letzten Jahren geschehen, die maßlose Zunahme der äußeren Verschuldung begünstigen.
- Das Niveau und die Struktur des Konsums, ohne Zweifel Ausdruck von Konsummustern, die zum guten Teil durch die transnationalen Unternehmen auferlegt wurden, verzerren Angebot und Nachfrage, entziehen reale Ressourcen, die auf andere Weise verwendet werden müßten, und begrenzen obendrein die produktive Kapazität.
- Der hohe Grad der Monopolisierung der Ökonomien ist bestimmend für eine hohe Konzentration von Kapital und Reichtum, für einen starken Inflationsdruck und hohen Preisstand, für erhöhte Gewinne und niedrige Löhne, was sich alles in einer ungleichen und ungerechten Einkommensverteilung ausdrückt, in einer unbeständigen und widerspruchsvollen Entwicklung des inneren Marktes, in einer Tendenz, mit niedrigen Koeffizienten der installierten Kapazität zu operieren und in enormen gesellschaftlichen Ausgaben, um die Realisierung des Mehrwerts zu ermöglichen.
- Und vor allem werden in schwierigen Situationen wie derjenigen, die der gegenwärtigen Krise vorausgeht und sie begleitet, der Nettomultiplikatoreffekt der Investitionen und der Umfang des produktiven Potentials beträchtlich reduziert, weil sowohl die nationalen wie die auswärtigen Kapitalisten die Spekulation verstärken und vor allem durch die unterschiedlichsten Mechanismen — ungleicher Austausch, Abzug von Dividenden und Zinszahlungen, unternehmensinterne Preismanipulationen, Steuerumgehungen, unnötige Auslandsausgaben, Grundstückskäufe, Finanzanlageninvestitionen bei Auslandsbanken — Finanzmittel in einem Umfang abzie-

hen, der häufig nicht nur den Devisenzufluß übersteigt, sondern auch die Beiträge, die jedes Land für produktive Investitionen zur Verfügung hat. Was den Abfluß von Ressourcen, den unterentwickelte Länder erleiden, angeht, ist gut bekannt, daß die Verantwortung, die der Imperialismus dafür trägt, enorm ist. Was die gegenwärtige Krise so überaus deutlich zu sehen ermöglicht, ist die Fähigkeit der lateinamerikanischen Bourgeoisie und insbesondere ihrer mächtigsten, sozusagen oligarchischen Fraktionen, enorme Devisenbeträge unproduktiv zu benutzen und sogar ins Ausland zu schicken, die der Förderung der Entwicklung gedient haben müßten. Die spekulativen Praktiken und die Kapitalflucht, die von bestimmten Fraktionen der argentinischen Bourgeoisie hervorgerufen wurden, sogar als das Land in sehr schwierigen Bedingungen steckte, der Druck der mexikanischen Kapitalisten, der ohne Zweifel zum Sturz des Peso beitrug, und ähnliche Pressionen der brasilianischen und venezolanischen Bourgeoisie sind Beispiele dafür, wie das Ungenügen der inneren Ersparnis, von der neuerdings soviel die Rede ist, zum guten Teil die Folge der Unfähigkeit der Kapitalisten war, diese Ersparnis produktiv zu nutzen sowie ihrer Entscheidung, die massive Flucht von Mitteln hervorzurufen, was beträchtlich dazu beitrug, die Finanzungleichgewichte zu verschärfen.

Strategien der Entwicklung und Krise des Kapitalismus

Eine letzte kurze Reflexion über die gegenwärtige Krise. — Lateinamerika steht heute nicht nur den alten Problemen des Rückstandes und der Unterentwicklung gegenüber, sondern neuen und tiefen Ungleichgewichten, die die Dinge viel schwieriger machen.

Im Grunde hat man die Krise in den regierenden und privaten Zirkeln nicht wahrgenommen. Nachher versuchte man, sie nur als ein vorübergehendes Finanzungleichgewicht zu betrachten und sogar als reines Liquiditätsproblem. Die Finanzkrise ist zweifellos vorhanden und findet ihren Ausdruck in den enormen Ungleichgewichten des Staatshaushaltes, in den Unausgeglichenheiten der Zahlungsbilanzen, in der uneindämmbaren Auslandsverschuldung und in der Schwierigkeit, den — unter den geltenden hohen Zinssätzen — kostspieligen Schuldendienst zu leisten. Das Finanzungleichgewicht hat im übrigen nicht nur diese Merkmale, sondern zeigt sehr tiefe Widersprüche auf, die die Produktionsbeziehungen selbst beeinträchtigen. Die nie dagewesenen Haushaltsdefizite, die in maßlosem Umfang wachsende Geldzirkulation und die Masse von fiktivem Kapital, dessen Volumen bei weitem das Geldkapital überschreitet, das der Zyklus erzeugt, Erscheinungen, die insgesamt zur Intensivierung der Inflation beitragen, beweisen, daß die gegenwärtige Krise des Kapitalismus eine neue Dimension hat. Sie zeigen auch, daß diese unkontrollierbare Masse an Geld nicht nur dahin wirkt, der Inflation einen chronischen Charakter zu geben, sondern auch, daß sie sich in einen integrierten Bestandteil des Reproduktionsprozesses verwandelt, eine Tatsache, die für sich allein die Irrationalität und die hohen sozialen Realisierungskosten unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kapitalismus an den Tag bringt.

Die gegenwärtige ökonomische Krise ist zum Teil eine zyklische Krise. Der Niedergang der Produktion, der Investition und des Beschäftigungsniveaus in

den letzten drei Jahren beweist dies. Aber auch als zyklische Krise ist diese mit den vorhergehenden nicht identisch. Denn auch mitten in der Talsohle dauert der Preisanstieg an und verstärkt sich, und der ganze Verlauf der Krise offenbart, daß, wenn auch die Veränderungen in der Art des ökonomischen Zyklus einen weniger schweren Abschwung möglich gemacht haben, sie zugleich doch auch die Erholung abschwächen, sie instabiler und schwankend machen und sichtbar werden lassen, daß unter den vorherrschenden Bedingungen die Entwertung des Kapitals, die die Krise einschließt, jetzt nicht ausreicht, um eine massive Erneuerung des fixen Kapitals und den Beginn einer neuen Phase des Aufschwungs zu ermöglichen, was anzeigen dürfte, daß sich ihre klassische Korrekturfunktion sehr abschwächt.

Auf der anderen Seite: obschon externe Faktoren im Spiel sind, die konkret mit der Entwicklung und der Politik der kapitalistischen Industrieländer verbunden sind, die unsere Ökonomien beeinträchtigen und die aktuelle Krise in mehr als einem Sinn verstärken, glauben wir doch, daß man diese, wenigstens in ihren fundamentalen ökonomischen Aspekten, nicht verstehen kann, wenn man sie nur aus dieser Perspektive sieht. Die Krise in dem konventionellen Rahmen des Schemas Zentrum-Peripherie zu verorten und zu denken, daß das, was in dieser geschieht, ein simpler Reflex dessen ist, was sich in jenem ereignet, gleicht der Zurückweisung einer wirklich dialektischen Analyse und der Option für eine lineare, einseitige und im Grunde mechanistische Argumentation. Es bedeutet den Verzicht auf die Untersuchung der grundlegendsten inneren Widersprüche des lateinamerikanischen Kapitalismus oder, bestenfalls, die Reduzierung solcher Widersprüche, die den Prozeß der Akkumulation des Kapitals im ganzen berühren, auf eine Relation, in der die äußere Abhängigkeit zum fundamentalen Faktum wird, zu einem beliebigen Code, ohne wahrzunehmen, daß, worauf Lenin einmal aufmerksam gemacht hat, sich in der imperialistischen Phase fast die Gesamtheit der kapitalistischen Länder in mehr oder weniger abhängige verwandelt.

Man ist öfter geneigt, die gegenwärtige ökonomische Krise als eine zu betrachten, die sich einfügt in die depressive Phase eines langen zyklischen Abschwungs der Wirtschaftstätigkeit des Typs, den Kondratieff vorgeschlagen hat. Jenen zufolge, die so denken, wird die Situation während eines Vierteljahrhunderts, das von der zweiten Hälfte der 60er Jahre bis zum Ende der 80er reicht, sehr schwierig sein. Aber danach wird eine neue lange Phase der Expansion beginnen.

Anderen zufolge entspricht die gegenwärtige Krise der Erschöpfung eines »Modells« der Akkumulation oder eines produktiven Schemas, das mittlerweile unfähig ist, den ökonomischen Prozeß anzutreiben. Aber wenn auch diese Tatsache mitspielt, nach unserem Urteil ist es die Krise — und nicht umgekehrt —, die die Fehleinstellung und die Unfähigkeit des »Modells« und in einem tieferen Sinn des *Modus* der kapitalistischen Produktion verursacht, heute ökonomisches Wachstum hervorzubringen. Und gerade deswegen erscheint es sehr schwierig, daß — wie einige glauben — eine neue bürgerliche Strategie ausreicht, um die Probleme zu lösen, die die Krise stellt. Es ist sicher, daß weder die Stabilisierungspolitiken monetaristischen Zuschnitts noch ihre reformi-

stischen Varianten des keynesianischen Typs fähig sind, eine kräftige zyklische Erholung zuwege zu bringen und noch weniger eine lange Phase des Wachstums der Produktivkräfte vergleichbar mit derjenigen, die auf den Zweiten Weltkrieg folgte.

So ist es nicht einfach eine Frage des Wechsels des »Modells«, um aus der Krise herauszukommen; denn wenn auch die sogenannte import-»substituierende« Industrialisierung schwere Ungleichgewichte mit sich gebracht hat, so hat die Strategie der Öffnung der Ökonomien nach außen und ihrer Orientierung am Export nicht weniger schwerwiegende Beschränkungen und Gefahren gezeigt. Und unter strukturellen Bedingungen wie sie in Lateinamerika bestehen, werden wir nicht lange zu warten haben, um festzustellen, daß die Lösung ebensowenig von einer orthodoxen monetaristischen Politik kommen wird wie von einer Planung der Entwicklung in Richtung des inneren Marktes mittels einer Umverteilung des Nationaleinkommens — was man übrigens schon öfter getan hat. Und ebensowenig scheint es möglich, daß eine Umstrukturierung des Kapitals auf der Basis bestimmter technischer Veränderungen auf kurze Sicht die Garantie einer raschen und kräftigen ökonomischen Erholung ist. So zu denken heißt, einem oberflächlichen technologischen Determinismus zu verfallen und die sozioökonomische Realität mißzuverstehen, nämlich jene Tatsachen, die die Veränderungen in der Technologie bedingen und ihren Einfluß im Prozeß der Akkumulation des Kapitals.

Die fundamentale Erfolgsbedingung einer Strategie der Entwicklung ist, die tiefen Ursachen dieser Entwicklung und einer Krise wie der gegenwärtigen zu verstehen und darauf einwirken zu können; einer Krise, die natürlich nicht die Summe verschiedener Krisen unterschiedlichster Natur ist, sondern vielmehr der Ausdruck von alten und neuen Widersprüchen, die sich in sehr komplexen Formen darstellen und sich gegenseitig verstärken. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die zu anderen Zeiten einige dieser Widersprüche milderte, verschärft sie jetzt und trägt dazu bei, die Krise der Regulierungsmechanismen des Systems hervorzurufen. Die monetaristischen und fiskalischen Mittel hören auf, wirksam zu sein, aber auch die neoliberalen Politiken versagen, die sich in Wirklichkeit dadurch auszeichnen, daß sie zugleich den Arbeitern härtere Bedingungen und eine größere Ausbeutung auferlegen, während sie das Entgegenkommen gegenüber dem Monopolkapital auf die Spitze treiben und seine Freiheit ausweiten; dies jedoch während der Monopolpreis und der Monopolprofit, die Einwirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Rüstung, die Inflation und andere typische Mechanismen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, weit davon entfernt, bestimmte Ungleichgewichte zu korrigieren, diese noch schwerwiegender machen. Und während dies geschieht, verzerrt sich der ökonomische Zyklus und die Krise verliert, wie wir schon sagten, zum großen Teil ihre traditionelle Fähigkeit der Korrektur. Das, was auf der anderen Seite deutlich wird, ist, daß die grundlegende Krise des Kapitalismus unserer Zeit oder seine allgemeine Krise sich immer mehr vertieft; dies bedeutet, daß die Krise, die das lateinamerikanische Kapital konkret durchmacht, nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine soziale und politische ist. Solches erhellt das abnehmende Ansehen bestimmter bürgerlicher Positio-

nen und die wachsende Heftigkeit des ideologischen Kampfes. Die gerechte Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die die unterentwickelten Länder heute erheben, und die Kritik an der Politik der kapitalistischen Industrieländer und der transnationalen Unternehmen zeigen, daß die imperialistischen Positionen heute nicht mehr leicht akzeptiert werden. Die Option des Verhandlungsfriedens, die die Contadora-Gruppe für Zentralamerika als Alternative zur interventionistischen und reaktionären Politik der nordamerikanischen Regierung anbietet, ist ein anderer beredter Beweis für das, was wir behaupten. Und wir würden noch viel mehr Beweise finden, wenn wir uns zum Beispiel daran erinnern würden, was heute in den Sozialwissenschaften geschieht, und wenn wir die Gelegenheit hätten, die Unfähigkeit des bürgerlichen Akademismus zur Erklärung dessen, was in Lateinamerika vorgeht, zu belegen. Und man beginnt darüber hinaus auch wahrzunehmen, daß die Intellektuellen und große Teile der Arbeiterklasse und der Mittelschichten ebensowenig die Thesen akzeptieren, die die einheimische Bourgeoisie verfißt, um ihre Herrschaft zu rechtfertigen und den Kapitalismus der Unterentwicklung zu erhalten.

Die Intensität des Klassenkampfes — gewiß mit offenkundigen Ungleichmäßigkeiten und daher manchen Rückständen — ist heute ein Zeichen der politischen Krise, die Lateinamerika als Prozeß durchmacht, in welchem dasjenige, was man über die eigentlich ökonomischen Verzerrungen hinaus — in denen sich die Widersprüche des Systems und insbesondere der Widerspruch von Kapital und Arbeit ausdrücken — bekämpft, der Kapitalismus als Herrschaftssystem ist, zumal in jenen Ländern, in denen der revolutionäre Kampf weiter vorangeschritten ist.

Nur wenn man sich das vor Augen hält, kann man die aktuelle Krise verstehen, ohne in einen engen Ökonomismus zu verfallen, der nur bestimmte kommerzielle und finanzielle Fehlanpassungen bemerkt. In der Tat: wer könnte ignorieren, was in der Entwicklung dieser Krise, sagen wir: die Ermordung Präsident Allendes bedeutet, der illegale Sturz der Regierung der Unidad Popular, der Machtantritt des Diktators Pinochet, und daß in unseren Tagen das Volk von neuem auf die Straße geht und unter Einsatz des Lebens die Rückkehr zur Demokratie in Chile fordert? Ist vielleicht nicht Ausdruck der Krise die Bilanz von dreißigtausend verschwundenen und getöteten Menschen, die das Militärregime hinterlassen hat, die Schwächung und sogar die Rückentwicklung der argentinischen Wirtschaft und die Tatsache, daß die neue Regierung Alfonsín ankündigt, die Strategie des IWF nicht zu akzeptieren?

Zeigt es nicht eine tiefe politische Krise an, daß in den vergangenen Jahren hunderttausende Lateinamerikaner ihre jeweiligen Länder verlassen mußten, um an gewissen Freiheiten teilhaben und manchmal einfach, um überleben zu können? Und was sagt man zu dem dramatischen Geschehen, daß in der kaum zu Ende gegangenen Woche in Santo Domingo einige sechzig Personen getötet, hunderte verwundet und zehntausend verhaftet wurden, nur weil sie energisch und öffentlich gegen die Wirtschaftspolitik der amtierenden Regierung protestierten? Ist nicht ein anderes Zeichen dieser Krise, daß zwanzig Jahre nach dem Staatsstreich, der in Brasilien die Militärs an die Macht brachte, die

se den »Ausnahmestand« verkünden — den sie anscheinend aufheben wollen, nachdem sie dem Kongreß ihren Standpunkt aufgezwungen haben — und die wenigen bestehenden Freiheiten beseitigen als Antwort auf die massiven Manifestationen des Volkes, in denen gefordert wird, 1985 das System der Direktwahl des Präsidenten der Republik wieder einzuführen? Ist nicht auch aufschlußreich, daß seit dem »Bogotazo« von 1948 in Kolumbien in Wirklichkeit der bewaffnete Kampf herrscht und daß die Gewalttätigkeiten dieses Volk so viele Leben gekostet hat?

Um nicht noch schwerwiegendere Tatsachen zu erwähnen wie den Völkermord, der seit einigen Jahrzehnten unbestraft am guatemaltekischen Volk begangen wird; die gewaltsame Unterdrückung und die militärische Eskalation, die, unterstützt von Washington, ohne Erfolg, aber um einen hohen Preis an Vernichtung von materiellen Reichtümern und Menschenleben zu verhindern suchen, daß das salvadorenische Volk in Ausübung seiner Souveränität die politische Organisation auswählt, die es möchte; und die, daß eine vom Volk getragene Regierung, wie diejenige, die in Nicaragua aus der sandinistischen Revolution hervorging, sich der Sabotage, der Provokation und des Terrorismus erwehren muß, die der nordamerikanische Imperialismus von den in Honduras und Costa Rica installierten Militärbasen aus versucht und durchführt, um ein Kerker-System vom Typ dessen zu reinstallieren, das Somoza fast ein halbes Jahrhundert lang unterhielt.

Auch in Ländern wie Mexiko, Ecuador und Venezuela, in denen der Klassenkampf weniger intensiv ist und sich unter ungünstigen Kräftebeziehungen entfaltet, ist die gegenwärtige Krise auch eine politische; denn nichts anderes zeigen die Meinungsverschiedenheiten im Bürgertum, die Unzufriedenheit der Mittelschichten angesichts ihrer rapiden Proletarisierung und die Forderungen der Arbeiter nicht allein in bezug auf die Löhne, sondern auch nach anderen, die Arbeiter weniger schädigenden Entwicklungsstrategien. Und politisch ist, insgesamt gesehen, ebenso der Kampf der lateinamerikanischen Völker für ihre volle Befreiung wie der schwächliche Eifer, mit dem der Reagansche Imperialismus behauptet, auch die berechtigtesten und patriotischsten Begehren dieser Völker seien unannehmbare »kommunistische« Losungen und Ausdruck des kubanisch-sowjetischen Plans, die Revolution zu »exportieren«.

Wir stehen also einer Krise gegenüber, die nicht allein ökonomische Maßnahmen erfordert, sondern auch politische Antworten, mutige Aktionen der Völker und einen wahrhaft revolutionären Kampf. Die Geschichte zeigt, daß man angesichts so schwieriger Situationen wie den gegenwärtigen einzig vorwärts gehen kann. Und die lateinamerikanischen Völker beginnen, dies zu verstehen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. CEPAL, La crisis en América Latina: su evaluación y perspectivas. E/CEPAL/SES, 20/G. 25;8. de febrero de 1984, 76-79.
- 2 Declaración de Quito, in: Comercio Exterior (México), 2/1984.
- 3 a.a.O.
- 4 a.a.O.
- 5 Unternehmen der »Lohnveredelungsindustrie« (A.d.Ü.).

Eckard Holler

Soziokultur als Gegenkonzept zur etablierten Elitekultur?*

1. Die Notwendigkeit begrifflicher Klärungen

In dem Moment, in dem sich die Kulturarbeiter und Künstler aus der Alternativszene bzw. aus den soziokulturellen Zentren an die politische Öffentlichkeit wenden und Forderungskataloge aufstellen, wie es in den Städten und Gemeinden im Bundesgebiet und in Westberlin derzeit vielfach geschieht, wird es notwendig, die Arbeitsmethoden und Arbeitsergebnisse sowie die zugrundeliegende Konzeption von Kulturarbeit näher zu beschreiben und von anderen, bereits bekannten und in den Haushalten geförderten kulturellen Projekten zu unterscheiden. Es reicht nun nicht mehr hin, daß die Angehörigen der eigenen »Szene« ihr emotionales Einverständnis zeigen, sondern es wird notwendig, Bewußtsein über die eigene Arbeit zu gewinnen und eine überzeugende Theorie zu der Praxis zu gewinnen, die meist schon Jahre lang erfolgreich läuft.

Denn wenn es nicht gelingt, den eigenen kulturellen Anspruch zu definieren und die eigene kulturelle Leistung in Zahlen auszudrücken, wird es in der Regel unmöglich sein, in das bereits von den unterschiedlichsten Interessen besetzte Gebiet der Kulturhaushalte einzubrechen. Es scheint deshalb zuerst einmal nötig, die spezifische Eigenart soziokultureller Arbeit zu bestimmen und anderen Formen von Kulturarbeit entgegenzusetzen.

2. Vier aktuelle »Kulturen« in der Bundesrepublik Deutschland

Ich möchte im folgenden die kulturelle Szene in der BRD einmal grob in vier verschiedene Kulturen zerlegen, die zwar vielfach miteinander verflochten sein mögen, aber auch je für sich existieren und eine Fülle spezifischer Merkmale haben, die ihnen relativ feste Konturen geben. Ich schlage vor, zu unterscheiden: a) die etablierte Elitekultur, b) die traditionelle Populär- bzw. Volkskultur, c) die kommerzielle Unterhaltungskultur, d) die alternative bzw. zweite Kultur.

a) Die etablierte Elitekultur

Am deutlichsten im Bewußtsein, wenn über Kultur im Sinne der Kulturhaushalte gesprochen wird, sind die kulturellen Aktivitäten der Elitekultur, die auch »bürgerliche« oder »traditionelle« oder »klassische« Kultur genannt wird. Es handelt sich um alles das, was mit den Institutionen Theater, Konzerthaus, Oper, Kunsthalle, Museum zu tun hat. Die Wertschätzung dieser kulturellen Sparte hängt mit ihrem Bezug zum klassischen deutschen Idealismus des 18. Jahrhunderts und der damals entwickelten idealistischen Ästhetik einerseits und andererseits mit der Verbindung dieser Kunsttheorie mit der bürgerlichen Gesellschaft zusammen. Da der bedeutende humanistische Gehalt der »klassischen« Kunst auch von nichtbürgerlicher Wissenschaft (z.B. vom Marxismus)

* Referat auf dem Kulturpolitischen Ratschlag der Grünen in Marburg am 20. Oktober 1984 in der AG 3

anerkannt wird, ist es ohne sehr gründliche Kenntnis der zugehörigen ästhetischen Theorien nicht möglich, in eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Kulturrichtung einzutreten und ihre Dominanz in den öffentlichen Haushalten kritisch zu hinterfragen. Wer sich ohne genügende Vorbereitung auf eine solche Auseinandersetzung einläßt, handelt sich sofort den Vorwurf der Kulturfeindlichkeit ein und wird gar beschuldigt, die Tür zu einer kulturellen Barbarei zu öffnen.

Dennoch ist die Kritik am Zustand der etablierten Kultureinrichtungen möglich und auch notwendig, das zeigt sich nicht zuletzt an dem weit verbreiteten Unbehagen über die Praxis der öffentlichen Kulturförderung, bei der die bürgerlichen Musentempel völlig konkurrenzlos dastehen und mit Millionenbeträgen subventioniert werden, so daß es schon zu kulturell motivierten Demonstrationen gekommen ist (Stichwort: »Züri brännt«, d.h. die Opernhausdiskussion 1980 in Zürich): für die Oper wurden 100 Millionen ausgegeben, aber für ein autonomes Jugendzentrum stand kein Geld zur Verfügung.

Daß Kritik an der bürgerlichen Kunst möglich ist, zeigt auch die breite wissenschaftliche Diskussion über die notwendig gewordene Neubewertung des bürgerlichen Kulturerbes und seine Weiterentwicklung, wie sie von Ernst Bloch, Georg Lukács, Adorno/Horkheimer, Walter Benjamin, Bert Brecht, Hanns Eisler, Antonio Gramsci und Peter Weiss (Stichwort: »Ästhetik des Widerstands«) geführt wurde.

Der Haupteinwand gegen die »etablierte Elitkultur« und ihre gegenwärtigen Veranstaltungen dürfte sein, daß mit Hilfe der Behauptung, kulturelle Bildung zu vermitteln (Stichwort: Friedrich Schiller, Die Schaubühne als moralische Anstalt), tatsächlich die Vermittlung konservativer Werte geleistet wird, und zwar für die Klientel und im Interesse der konservativen politischen Parteien, vor allem der CDU und der FDP (und großen Teilen der SPD). Als Gegenleistung für die gewährte staatliche Subventionierung sind die Vertreter der geförderten Künste bereit, »staatstragende« Aufgaben zu erfüllen und als Repräsentationskultur der herrschenden gesellschaftlichen Gruppen zu funktionieren.

b) Die traditionelle Volkskultur

Viel weniger im Zentrum der Kulturdiskussion, dafür aber bodenständig vor allem im ländlichen Raum verbreitet, ist die traditionelle Volkskultur der Gesangsvereine, Musikzüge, Blasorchester und ähnlicher Gruppierungen. Der Ort ihrer Realisierung sind die städtischen und dörflichen Gemeindehallen und Bürgerhäuser, auch die Vereinsheime und städtischen und dörflichen Feste und Umzüge. Selbst wenn die Kulturdiskussion von dieser Kulturrichtung nur wenig Notiz nimmt, ist sie von alters her in den öffentlichen Kulturhaushalten etatisiert. Auch ist sie auf allen Ebenen, kommunal, regional, landes- und bundesweit, exzellent in Verbänden organisiert (z.B. im musikalischen Bereich in Landesmusikräten und im Bundesmusikrat). Es ist nicht zufällig, daß insbesondere CDU-Politiker, die sich volkstümlich geben wollen, ihre öffentlichen Auftritte gerne mit Volksmusik schmücken, die von derartigen traditionell orientierten Musikgruppen gespielt wird. In diesen Zusammenhang gehört

auch die Erneuerung des Volksliedersingens in Schulen und Vereinen, die von rechtspopulistischen Politikern wie z.B. dem der CDU angehörenden Kultusminister von Baden-Württemberg geradezu als Teil einer konservativen kulturpolitischen Offensive gefordert wird.

Der Einwand gegen die hier betriebene Volkskulturpflege betrifft einerseits ihre technische Rückständigkeit, andererseits ihre apolitische bzw. konservativ-politische Ausrichtung. Es ist jedoch zu diskutieren, ob ein derartiger Einwand trifft und ob nicht auch hier Anknüpfungspunkte für eine kulturelle Neuorientierung bestehen.

c) Die kommerzielle Unterhaltungskultur

Wenn wir versuchen, für eine kritische und demokratische Kulturrichtung zu arbeiten, sollten wir uns noch stärker als bisher mit der Kommerzialisierung des Kulturlebens auseinandersetzen, weil von ihr möglicherweise die größten Gefahren für die kulturelle Entwicklung drohen. Und dies gilt auch dann und gerade dann, wenn viele Gruppen aus der zunächst »alternativ« gestarteten Kulturarbeit inzwischen mit einem Bein im Bereich des kommerziellen Kulturmarktes stehen. Unter kommerzieller Kultur verstehe ich z.B. die kommerzielle Rockmusik, aber auch die neuen Spielhallen und Freizeitcenter, die Diskotheken, die Nachtclubs und Saunabetriebe, die allenthalben aus dem Boden sprießen. Dazuzuzählen ist der Schlagermarkt und die Volksmusikhitparade, also ein Großteil der Fernsehunterhaltung, nicht zuletzt der neu entstandene Videomarkt. Es scheint, daß sich dieser Bereich im Zuge der Neuen Medien weiter ausbreitet und wie eine heimliche Seuche alle kulturellen Bereiche durchdringt (also auch die etablierte Elitekultur und die traditionelle Volkskultur).

d) Die alternative bzw. zweite Kultur

Die Aufgaben einer neu zu entwickelnden alternativen Kunst und Kultur ergeben sich aus der Kritik der herrschenden kulturellen Formen und Inhalte, die skizzenhaft beschrieben wurden.

Es handelt sich einerseits um eine Neubewertung des bürgerlichen Kulturerbes und um seine Aktualisierung für die Gegenwart, es handelt sich andererseits um eine Neuaneignung und Weiterentwicklung der überlieferten Volkskultur. Wer die Projekte der alternativen Kultur der letzten zwanzig Jahre untersucht, wird feststellen können, daß beide Intentionen vorhanden waren und daß gelegentlich auch eine Verschmelzung versucht wurde, z.B. in einer Annäherung von U- und E-Musik auf einem Tübinger Festival, das Hanns Eisler gewidmet war.

Für die Bemühungen alternativer Art, die erfolgreich vor allem auf dem Gebiet der Musik stattgefunden haben, ist kennzeichnend, daß sie in einem internationalen Rahmen erfolgen, der von Europa nach Süd- und Nordamerika reicht. Zum Beispiel läßt sich feststellen, daß in diesem großen Kulturraum heute eine gleichartige Entwicklung stattfindet, die zu einer Erneuerung der Volksmusik (Stichwort: »Folk-Revival«) und der Entstehung eines »neuen Liedes« führt, das gesellschaftspolitisch orientiert ist.

Es zeigt sich, daß auch die Grenze zu den sozialistischen Ländern keine Kulturgrenze ist: die von dem DDR-Wissenschaftler Wolfgang Steinitz gesammelten deutschen Volkslieder demokratischen Charakters wurden zunächst in der BRD in den 70er Jahren im Folk-Revival öffentlich gesungen, um dann mit einigen Jahren Verzögerung auch in der DDR entdeckt zu werden.

Um den Begriff einer Alternativkultur oder zweiten Kultur zu bestimmen, fehlt es noch an vielen Voraussetzungen. Dennoch lassen sich einige zusammenfassende Charakterisierungen geben: kennzeichnend sind ihre Gesellschaftsorientiertheit, ihr Internationalismus, ihre humanistische Intention, ihre Respektierung regionaler und ethnischer Besonderheiten und ein verändertes Verhältnis von Bühne und Publikum.

Dies kann alles nur recht vorläufig gesagt werden, womit zugleich zum Ausdruck gebracht ist, daß alle, die an der Entwicklung kultureller Alternativen interessiert sind, nicht davor zurückschrecken dürfen, in die ästhetische Diskussion einzutreten. Es genügt nicht, bloß irgendwie kreativ zu sein oder durch organisatorischen Einsatz irgendeine Kreativität zu ermöglichen. Ohne eine eingehende ästhetische Diskussion wird sich die heutige Alternativkultur in der Auseinandersetzung mit ihren Gegnern nicht behaupten und entwickeln können. Auch aus diesem Grund scheint mir die derzeitige Diskussion um die ästhetischen Vorstellungen von Peter Weiss und Antonio Gramsci, um nur diese beiden zu nennen, wichtig. Es wäre zu wünschen, daß sich auch die Kulturarbeiter vor Ort in den Kulturinitiativen und Kulturzentren stärker als bisher daran beteiligen.

3. Soziokulturelle Zentren als Kristallisationskern der alternativen Kultur der Gegenwart

Im folgenden ziehe ich eine Reihe von Zahlen über die Arbeit der soziokulturellen Zentren in der BRD heran, die im März 1984 für die FDP-Bundestagsfraktion zusammengestellt wurden und für die Kulturdebatte des Bundestags am 9. November 1984 angefordert worden waren. Dies geschieht nicht willkürlich, sondern weil sich nachweisen läßt, daß die heute in Betrieb befindlichen ca. 150 Zentren in der BRD einen relevanten Teil der Alternativkultur der Gegenwart tragen, indem sie den Künstlern (vor allem Folk-, Jazz- und Rockmusiker, Kabarett, Pantomime, freie Theatergruppen) Auftrittsmöglichkeiten, Publikum und Öffentlichkeit bieten und den Lebensunterhalt garantieren.

a) Die Arbeit soziokultureller Zentren in Zahlen

Im November 1983 waren in der BRD ca. 90 soziokulturelle Zentren in Betrieb, weitere 50 bis 60 Initiativen bemühten sich um die baldige Errichtung eines soziokulturellen Zentrums. In den 90 Einrichtungen wurden 1983 über 59 000 Veranstaltungen durchgeführt. Daran hatten Anteil zu:

6,80 % Konzerte

2,08 % Theater

4,88 % Filme

1,59 % Seminare

81,63 % Arbeitsgemeinschaften, Kurse, offene Angebote

3,02 % Festivals, Straßenaktivitäten

In den Zentren wurden 1983 über 6 Millionen Besucher gezählt. Diese verteilen sich folgendermaßen:

- 17,25 % Konzerte
- 6,40 % Theater
- 3,51 % Filme
- 2,59 % Seminare
- 61,80 % Arbeitsgemeinschaften, Kurse, offene Angebote
- 8,45 % Festivals, Straßenaktivitäten

Das Haushaltsvolumen der in Betrieb befindlichen Zentren betrug ca. 41 Millionen DM. Diese teilten sich folgendermaßen auf:

Einnahmen:

- 27,40 % Gastronomischer Betrieb
- 19,25 % Kulturelle Veranstaltungen
- 4,80 % Sonstige Einnahmen (Mitgliedsbeiträge, Spenden)
- 48,55 % Öffentliche Subventionen (Hauptanteil kommunale Förderung, Teilförderung aus Landesmitteln, geringfügige Förderung aus Bundesmitteln)

Ausgaben:

- 42,70 % Personalkosten
- 42,80 % Programmkosten
- 14,50 % Betriebskosten

Diese Zahlen sind interpretationsbedürftig: Zum einen stammen sie aus den Groß- und Mittelzentren, die bereits überregional organisiert sind. Zum anderen gibt es große Unterschiede von Stadt zu Stadt und von Bundesland zu Bundesland. Während in Nordrhein-Westfalen der Förderungsanteil durch Kommunal- und Landesmitteln relativ hoch ist, findet in Baden-Württemberg eine öffentliche Förderung bisher kaum statt und liegt unter 20, vielfach sogar unter 10 Prozent der anfallenden Kosten.

Beschäftigte: In den soziokulturellen Zentren in der BRD werden ca. 5 000 Personen beschäftigt. Diese teilen sich in folgende Gruppen auf:

- 8,23 % Hauptamtliche
- 22,15 % Honorarkräfte
- 1,58 % Zivildienstleistende
- 1,28 % ABM-Kräfte (Arbeitsbeschaffungsprogramme)
- 3,16 % Praktikanten
- 63,25 % Ehrenamtliche Mitarbeiter

Künstlerische Arbeitsplätze: Bei den Konzert- und Theaterveranstaltungen wurden in den soziokulturellen Zentren 1983 ca. 5 500 Künstler beschäftigt.

Filmarbeit: Es wurden ca. 2 800 Filme vorgeführt, wobei besonders der Bereich des »künstlerisch anspruchsvollen Films« unterstützt wurde. Häufig nehmen die Filmspielstätten der soziokulturellen Zentren die Aufgaben kommunaler Kinos wahr.

b) Die soziokulturellen Zentren als Kulturproduzenten

Bei den Diskussionen um die Anerkennung der soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg als förderungswürdige Einrichtungen spielt die Frage eine Rolle, ob die Zentren, wie z.B. örtliche Kulturringe, Volkshochschulen und andere Einrichtungen am Ort nur als »Veranstalter« tätig sind, oder ob sie, wie

die Ensembles der staatlichen oder kommunalen Theater, selbst Kunst produzieren. Diese Diskussion wird vermutlich auch anderswo eine Rolle spielen, da in der Tat sehr Unterschiedliches veranstaltet werden kann und auch in den soziokulturellen Zentren mancher »Flop« im künstlerischen und konzeptionellen Sinne organisiert wird. Denn häufig stehen hinter den Programmen in den Zentren nackte ökonomische Notwendigkeiten und nicht inhaltliche Überzeugungen. Dennoch halte ich einen Vergleich der Veranstaltungsprogramme der Zentren mit denen der Theater für statthaft (wo bekanntlich auch nicht alles gelingt). Die Berechtigung dazu ergibt sich aus der Praxis der Zentren, aus einem internationalen Angebot an Künstlern und Gruppen nach eigenen ästhetischen Kriterien ein Programm zusammenzustellen, in dem aktuelle künstlerische Strömungen vorgestellt werden und eine Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Avantgarde stattfindet. Auch auf den konkreten Ablauf der Veranstaltungen nehmen die Zentren auf eine besondere Weise Einfluß, die von anderen »Veranstaltern« nicht ersetzt werden kann. Das reicht von der Einrichtung der Zentren bis zur Haltung der Besucher, die — wie es sich Brecht gewünscht hat — Zigarette rauchend und Bier trinkend in normaler Kleidung der künstlerischen Darbietung folgen und durch die veränderte Haltung die im traditionellen Kulturbereich kennzeichnende Entfremdung zwischen Bühne und Publikum verringern.

Auf die etablierten Kulturpolitiker wirkt im übrigen nicht die Tatsache provozierend, daß wir ein Konzert mit Wolf Biermann oder mit BAP veranstalten, sondern *wie* wir es veranstalten und daß unser »alternativer« Stil bei einem breiten Publikum besser ankommt als alles das, was von traditioneller und konservativer Seite kulturell versucht wird. In dem alternativen Anspruch des Kulturbegriffs liegt die eigentliche gesellschaftspolitische Brisanz der künstlerischen Betätigung in den Zentren und damit auch der eigentliche Grund, weshalb die Frage der finanziellen Förderung aus den öffentlichen Haushalten ein derartiges Politikum ist.

Aus diesem Grunde bin ich nicht sehr glücklich, daß es in der Einladung zu dieser Tagung heißt, es gehe nicht um die »Entwicklung einer alternativen Kultur«, sondern um einen »anderen Umgang mit Kultur«. Denn der andere Umgang mit Kultur produziert mit Notwendigkeit neue Inhalte und Formen von Kultur, läßt diese also nicht unverändert. Wenn wir Kultur als Lebensform definieren, so geht es heute um eine Alternative zu der herrschenden Kultur, die Ernst Bloch einmal als die »wesenlose Luxusatmosphäre der Oberschicht« (Ernst Bloch, Thomas Münzer. Frankfurt/M. 1963, 240) und ihrer ökonomisch-politischen Machtwelt bezeichnet hat. Wer nur den »anderen Umgang mit Kultur« fordert, setzt sich dem Verdacht aus, er wolle nach guter alter sozialdemokratischer Tradition nur den unteren Sozialschichten den Zugang zur herrschenden Kultur öffnen, wie es mit Volkshochschulen und Musikschulen bereits geschieht, aber ohne daß es zu qualitativen Veränderungen kommen darf.

Für die Entwicklung und längerfristige Behauptung kultureller Alternativen bestehen mit den soziokulturellen Zentren gute Ausgangspunkte, da sie — natürlich im Verbund mit vielen hundert anderen Initiativen und Einrichtungen

des alternativen Spektrums — die Bedingung der Möglichkeit für eine weithin eigenständige künstlerische Szene bieten, die tausende von Künstlern umfaßt, die hier ein Publikum gefunden hat, die hier betreut wird und für die sich im Bereich der etablierten Kultur niemand zuständig fühlt.

4. Konkrete Kulturpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden

Es dürfte aus den bisherigen Ausführungen deutlich geworden sein, daß ich zwar Anhänger eines »weiten«, d.h. nicht auf »Kunst« beschränkten Kulturbegriffs bin, daß ich aber eine Orientierung an dem »engen« Kulturbegriff der öffentlichen Kulturhaushalte vorschlage und nicht — wie es in manchen Diskussionen geschieht — den Kulturbegriff derart ins Allgemeine und Allumfassende auflöse, daß letztlich in den Kulturhaushalten alles beim Alten bleiben kann.

Ich möchte also dafür plädieren, daß sich die soziokulturellen Zentren, Kulturinitiativen und alle in der gemeinten Kulturrichtung Tätigen darauf verständigen, daß sie *Kulturarbeit* machen — also nicht Jugendarbeit oder Sozialarbeit — und daß diese Kulturarbeit aus den *Kulturhaushalten* zu fördern ist.

Weiterhin möchte ich dafür plädieren, daß sich die Kulturinitiativen und Zentren organisieren, und zwar unter kulturpolitischer Zielsetzung. Die bestehende Bundesvereinigung der soziokulturellen Zentren und die in Entstehung begriffenen Landesarbeitsgemeinschaften bilden dazu geeignete Ansätze. Wir sollten uns darauf einstellen, daß in den nächsten Jahren auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene eine Menge geschehen wird, was die Entwicklungsmöglichkeiten alternativer Kulturarbeit entscheidend beeinflussen wird. Ein Indiz für diese Entwicklung ist z.B. die Gründung des Bundeskulturrates im Jahr 1982, in dem die »Soziokultur« in einer eigenen Sektion vertreten ist und direkten Zugang zu den Bonner Ministerien bekommen hat. Ein anderes Indiz ist die Entwicklung der Grünen als politischer Partei, die in vielen Kommunen und bereits in einigen Ländern (z.B. in Hessen) zu einer Auflösung der bisherigen politischen Mehrheitsverhältnisse geführt und in der Folge auch für die Möglichkeit kulturpolitischer Alternativen neue Bedingungen geschaffen hat. Ich schließe mit einer Reihe von kulturpolitischen Forderungen:

- a) Die Kulturhaushalte der Städte und Gemeinden sind von bisher durchschnittlich 2,8 auf mindestens 5 Prozent vom Gesamthaushalt anzuheben.
- b) Die Erhöhung soll der Alternativ- und Soziokultur zugute kommen, die mit mindestens 5 bis 10 Prozent an den Kulturhaushalten zu beteiligen ist.
- c) In den Bundesländern sind Entwicklungsprogramme zur Schaffung und Unterstützung soziokultureller Einrichtungen aufzustellen und pro Bundesland mit 10 bis 15 Millionen DM auszustatten.
- d) Es ist darauf zu orientieren, daß jede Stadt in der BRD neben Kultureinrichtungen wie Theater, Kunsthalle, Museum, Volkshochschule, Musikschule u.ä. grundsätzlich auch ein soziokulturelles Zentrum in Selbstverwaltung der örtlichen Kulturinitiativen einrichtet.

Heiko Haumann

Alltagsgeschichte, Regionalgeschichte, Gesellschaftsgeschichte

Zu einigen Neuerscheinungen

I.

Regional- und Alltagsgeschichte wird derzeit unter höchst unterschiedlichen Erkenntnisinteressen und Fragestellungen betrieben. Verstehen sie einige Wissenschaftler lediglich als Ergänzung zur Sozial- und Strukturgeschichte, betonen andere ihre Eigenständigkeit als Forschungsrichtung: sei es als Annäherung an eine kommunikative Geschichtswissenschaft (wie sie in der zeitgeschichtlichen Oral History am deutlichsten zum Ausdruck kommt) oder als Möglichkeit, die historische Totalität zu erfassen. Daneben stehen Versuche, über diese Forschungen »Heimat« wiederzugewinnen und zur Identitätsfindung beizutragen — ein Ansatz, der gerade auch für die Didaktik der Geschichte in der Schule von besonderem Wert ist (Steinbach 1979; Reulecke 1982; Peukert 1982; Engelke/Steffens 1983). All diese Zugänge werfen — mit unterschiedlicher Intensität — erhebliche methodische und theoretische Probleme auf. Wie können Daten über Herkunft oder Wohnsituation mit individuellem Verhalten im Alltag verknüpft werden, obwohl wir doch nur in wenigen Einzelfällen Quellen haben, die ein Nachzeichnen unmittelbarer Verbindungslinien erlauben? Und selbst, wenn die »Mikro«-Analysen noch so günstig ausfallen: welche Vermittlungsglieder brauchen wir, um von den Einzelschicksalen auf die Verhältnisse und Vorgänge im Dorf, in der Stadt, in der Region zu schließen? Kann schließlich überhaupt die Kluft zur »Makro«-Historie, zu Globalentwürfen über den geschichtlichen Prozeß geschlossen werden? Hier besteht die Gefahr, daß die Theorie dem Detail aufgepfropft, damit aber auch das in der Geschichtsschreibung »von unten« im Mittelpunkt stehende Subjekt wieder Opfer einer Betrachtung »von oben« wird. Ist es da nicht sinnvoller, sich auf die empirische Erforschung des Möglichen zu beschränken — die ja durchaus ihren Wert für Geschichtsbewußtsein und politisches Handeln am Ort haben kann — und erst einmal viele kleine Lokal- und Detailgeschichten nebeneinander entstehen zu lassen?

Diesen Schwierigkeiten muß sich der Historiker stellen, und die theoretische Reflexion sollte möglichst frühzeitig einsetzen, selbst wenn keine Verallgemeinerung beabsichtigt ist — sonst droht ein Rückfall in bornierte Verengung oder ein Rückzug in eine romantisierte Kleinwelt. Ein Vorschlag geht dahin, durch einen Vergleich verschiedener Regionen unter bestimmten Fragestellungen Individuelles im gesellschaftlichen Rahmen stärker hervortreten zu lassen, um zwischen der Erfahrung des Einzelnen und der geschichtswissenschaftlichen Verallgemeinerung eine Brücke zu schlagen (Haumann 1982). Peukert führte die Probleme zwischen »Mikro«- und »Makro«-Historie nicht zuletzt auf den Konflikt zwischen individueller Lebenswelt und Systemcharakter der modernen Gesellschaft zurück. Als Orientierungsangebot, sich diesem Spannungsverhältnis theoretisch zu nähern, brachte er den Habermasschen Begriff der »Kolonisierung von Lebenswelten« (Habermas 1981) ins Gespräch, der das Ausgreifen des Rationalisierungsprozesses auf besser kommunikativ-lebensweltlich zu gestaltende Alltagsbereiche — Sozialisation, gesellschaftliche Integration, Kultur — zu fassen sucht (Peukert 1982 und 1983). Lüdtko warf ihm daraufhin vor, lediglich die traditionelle Modernisierungsperspektive umzukehren und damit die relative Autonomie von Lebensbereichen zu vernachlässigen. Er forderte statt dessen, stärker der Dialektik von herrschaftlicher Durchdringung der Gesellschaft und Bewahrung, ja Erweiterung »eigen-sinniger« Handlungsräume nachzuspüren (Lüdtko 1983). Peukert sah in seiner Erwidern hierin eine Verengung auf den Gegensatz zwischen Herrschenden und Beherrschten, die den Blick auf Aspekte der Lebensweisen verstelle, die nicht in dieser Beziehung ständen (Peukert 1983). Diese

im *Argument* ausgetragene Kontroverse wird sich hoffentlich als fruchtbar für die Erprobung unterschiedlicher Forschungsstrategien erweisen.

Der folgende Überblick über einige, durch Rezensionenangebote mehr oder weniger zufällig ausgewählte Publikationen der letzten Jahre mag die Probleme verdeutlichen, um die es hier geht.

II.

Die Zahl der Autoren, die versuchen, Sozialgeschichte um den lebensweltlichen Blickwinkel zu bereichern, ohne daß daraus eine reine Alltagsgeschichte geworden wäre, hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen. Auch von dieser Seite aus muß man sich der Verbindung von allgemeinen Entwicklungslinien und Analyse individueller Erfahrung nähern.

Nur kurz angezeigt werden müssen dabei einige inzwischen schon »klassisch« gewordene und häufig besprochene Studien, die neu aufgelegt wurden. Klaus *Tenfeldes* Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr, 1977 erstmals veröffentlicht, gilt zu Recht als bahnbrechend. Als gelernter Bergmann mit Milieu- wie Erfahrungshintergrund der von ihm untersuchten Welt vertraut, bereitet er nicht nur Angaben über die Rechtslage im Bergbau, sozialstatistische Daten oder die Entfaltung der bergmännischen Organisationen auf, sondern dringt auch in Zonen des Bewußtseins und der Alltagsartikulation des Bergmannes vor. Seine Kapitel über Standes- und Klassenbewußtsein sowie über das bergmännische Vereinsleben gehören zu den spannendsten des Buches. Sie haben die seitherige Forschung ebenso sehr beeinflußt wie die »dichten Beschreibungen« von Lebensbedingungen und Protestformen der Arbeiter, die bisher nicht bekannte Einblicke eröffneten.

Ähnliches läßt sich von Hartmut *Zwahr*s ursprünglich 1978 erschienenem Werk über die Konstituierung des Proletariats als Klasse sagen. Ausdrücklich handelt es sich dabei um eine Strukturgeschichte des Leipziger Proletariats. Doch durch die Auswertung von biographischen Massenquellen — behördliche Einträge zu Person und Lebensweg von mehr als 7000 Arbeitern — kommt so viel über das Leben der Betroffenen ans Licht, daß Typologisches wie Individuelles für eine vergleichende Betrachtung genutzt werden kann. Im ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen Bereich der Klassenbildung analysiert *Zwahr* nicht allein die Lage der Arbeiter, ihre Organisationen und die sozialen Auseinandersetzungen; immer wieder gibt er subjektiven Momenten Raum. In dieser Verbindung bedeutet das Buch einen Durchbruch. Der Abschnitt über die Entwicklung proletarischer Gemeinschaftsbeziehungen — die Patenschaften — mag hier als Beispiel hervorgehoben werden. *Zwahr* hat dazu noch einen besonderen Aufsatz veröffentlicht, der inzwischen zusammen mit weiteren Beiträgen zur Klassenkonstituierung von Proletariat und Bourgeoisie verdienstvollerweise in einer westdeutschen Ausgabe publiziert wurde (*Zwahr* 1980).

Lobenswert ist schließlich die deutsche Übersetzung von David *Crews* Sozialgeschichte Bochums 1860-1914. Er will etwas von der Dynamik und Vielfältigkeit des Industrialisierungsprozesses vor Ort zeigen und damit den sozialgeschichtlichen Blickwinkel »von oben« ergänzen. Dadurch kann er u.a. herausarbeiten, daß sich die Bergarbeiter stärker als andere Berufsgruppen in bestimmten Vierteln konzentrierten und dort enge Nachbarschaftsbeziehungen entwickelten, die sich durch Eheschließungen weiter festigten. Auch Zugewanderte ließen sich so verhältnismäßig leicht integrieren. Auf diese Weise wurde die durch die gemeinsamen Arbeitsbedingungen entstandene Solidarität bekräftigt, so daß individuell erfahrene Mißstände schnell zu kollektivem Protestverhalten führen konnten. Gewerkschaften und Sozialdemokratie scheinen diese Verhältnisse an der »Basis« viel zu wenig berücksichtigt zu haben. Eine angemessene Würdigung erfährt auch der Firmen-»Paternalismus« in der Schwerindustrie: Statt ihn als »rückstän-

dig« abzuqualifizieren, sieht Crew ihn als durchaus logisches Mittel zur sozialen Kontrolle.

Crews sorgfältig strukturierte Lokalgeschichte erleichtert den Vergleich und fordert zu ähnlichen Studien heraus. Eine sei hier noch vorgestellt: Marina *Cattaruzzas* ausgezeichnete Dissertation über die Bildung des Proletariats von Triest. Diese Stadt entwickelte wegen ihrer langjährigen Freihafen-Tradition nur schwache ökonomische Kontakte zum Hinterland. Aufgrund der Veränderungen im agrarischen Bereich strömten jedoch seit Mitte des 19. Jahrhunderts Massen von ehemaligen Bauern nach Triest. Sie konzentrierten sich, abgesehen von Vororten, in einem Stadtviertel, während das alteingesessene Proletariat ein anderes bevorzugte. Obwohl die Zuwanderer kaum Bindungen an ihr Heimatdorf aufrecht erhielten, blieben tiefe Differenzen innerhalb der Arbeiterschaft bestehen. Auch Nationalitätengengsätze spielten dabei eine Rolle. Dadurch kam es nicht zu einem einheitlichen Protestverhalten. Neben Arbeitskämpfen, die von Organisationen kontrolliert wurden, traten spontaner Aufruhr und »direkte Aktion« (s. im Vergleich der Triester und der Hamburger Werftarbeiter: Cattaruzza 1980). Hier wirkte eine lebendige »plebejische Kultur« fort. Wiederum waren Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht imstande, sich auf diese Situation einzustellen. Entsprechend niedrig blieb ihr Organisationsgrad.

Wie stark und wie verschiedenartig zugleich die Sichtweise »von unten« und damit verbundene Fragestellungen bei den Sozialhistorikern Fuß fassen, dokumentieren beispielsweise zwei neue Sammelwerke: Band 21 des *Archivs für Sozialgeschichte* und der ebenfalls 1981 erschienene, von Werner *Conze* und Ulrich *Engelhardt* betreute Tagungsband über Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Das Archiv für Sozialgeschichte steht ganz im Zeichen der Erforschung des »Innenlebens deutscher Fabriken«. So heißt auch ein Aufsatz von Lothar *Machtan*, der sich anhand von Beispielen aus der Textil- und Maschinenbauproduktion mit der formellen und informellen Verfassung von Industriebetrieben zwischen 1869 und 1891 beschäftigt. Ihm geht es um die Durchsetzung industrieller Disziplin, wie sie sich etwa in Fabrikordnungen niederschlug, sowie um innerbetriebliche Konfliktregulierungen durch die Arbeiter selbst. Dabei kann er herausarbeiten, welche Bedeutung körperliche Kontakte, Schabernack, Alkoholkonsum, Herauscheiden von an sich nicht vorgesehenen freien Zeiten oder auch der Fabrik-Diebstahl (den *Machtan* analog zum dörflichen Holzfrevel interpretiert) für die Arbeiter hatten, um sich Freiräume zu schaffen und innerhalb der Arbeitsbedingungen überhaupt zurechtzukommen. Von dort war es dann oft nur ein kleiner Schritt zu Widerstandsformen im Vorfeld eines regelrechten Arbeitskampfes. In einem Beitrag über bergmännische Arbeitserfahrungen an der Saar in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts behandelt Horst *Steffens* ähnliche Probleme. Auch hier stehen Einübung neuer Disziplinformen und Widerstand dagegen, Alkohol am Arbeitsplatz und Beziehungen innerhalb der bergmännischen »Kameradschaft« im Mittelpunkt, verbunden mit einer detaillierten Analyse des Arbeitsprozesses und der Arbeitsbedingungen. Dabei läßt *Steffens* Artikulationen des Bewußtseins von Arbeitern häufig ganz unmittelbar hervortreten. Erfahrungen und Verhaltensweisen werden in all ihrer Widersprüchlichkeit deutlich. Weniger dicht beziehen die übrigen Aufsätze des Bandes — die hier nicht alle im einzelnen vorgestellt werden können — die subjektive Seite mit ein, wenngleich auch sie unsere Kenntnis betrieblicher Verhältnisse anhand lokaler Beispiele sehr viel weiter führen.

Als im methodischen Zugang wie in der Themenwahl ebenfalls heterogen und damit als ein Spiegelbild des derzeitigen Diskussionsstandes erweist sich der Sammelband über Arbeiterexistenz. Diese wird in ihrer »Normallage« wie in Krisen und Ausnahmesituationen erforscht, hinzu kommen Beiträge über Bewältigungsversuche. Alle Aufsätze hier zu erwähnen oder gar zu besprechen, würde wiederum den Raum sprengen. Wir erfahren sehr viel über die Lebensbedingungen von Arbeitern — Löhne, Haushalts- und Fa-

miliengröße, Ernährung und Alkoholkonsum, Lebensstandard, Wohnsituation, Fertilität und soziale Mobilität, Gesundheitswesen, Arbeitslosigkeit, Sparverhalten, Konfliktaustragung u.ä. —, anhand von Fallstudien wie durch übergreifende Darstellungen. Subjektive Artikulationen Betroffener, die in den meisten Arbeiten bestenfalls indirekt erfaßt werden, tauchen am ehesten in Ute Freverts Untersuchung von Arbeiterkrankheit und Arbeiterkrankenkasse im Industrialisierungsprozeß Preußens sowie in einigen Abhandlungen zum Spar- und zum Konfliktverhalten auf. Gewiß liegt das auch an den Themen: In manchen Analysen von Teilbereichen würde die Suche nach Äußerungen individuellen Bewußtseins und Handelns krampfhaft wirken. Trotzdem zeigt der Band deutlich, daß viele Historiker bei allem Einlassen auf die Sphäre des Arbeiterlebens die Sichtweise jener Menschen, über die sie schreiben, nicht einnehmen. Sie scheinen eher darauf abzuzielen, »neutral« und aus der Distanz ihren »Gegenstand« zu betrachten. Über dieses sehr ernsthafte theoretisch-methodische Problem wird in dem Buch höchstens andeutungsweise diskutiert. Im übrigen dürfte dem Leser all der aufschlußreichen Aufsätze erneut klar werden, daß noch viele Vermittlungsglieder zwischen den Fallstudien und einer Auswertung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene fehlen.

Wie gut sich gerade Konfliktfälle eignen, um etwas über Bewußtseinsformen herauszubekommen, zeigt Rainer Wirtz in seiner Arbeit über soziale Bewegungen und sozialen Protest in Baden zwischen 1815 und 1848. Er hat 101 Protestfälle erfaßt und geht in mehreren Fallstudien detailliert auf besonders interessante ein. Trotz aller punktuellen Einzelheiten, trotz der ausführlichen, spannend zu lesenden Wiedergabe der Ereignisse, bei der alle Beteiligten zu Wort kommen, gelingt es dem Autor, Gemeinsamkeiten und Besonderheiten herauszufiltern. Am wichtigsten sind seine Ausführungen zu Stadt-Land-Unterschieden der Proteste und zum »Ehr«-Begriff der Gemeinden. Zu Recht weist Wirtz auf die Problematik von Kategorienbildungen hin. Die Teilnehmer an »Hunger-Unruhen« waren durchaus nicht alle »hungrig«, und die zahlreichen »antisemitischen« Ausschreitungen hatten keinen religiösen oder rassistischen Hintergrund, sondern gingen von wirtschaftlichen Ursachen aus, die sich mit rechtlichen (Status-)Fragen verbanden. Darüber wurden dann allerdings teilweise antijüdische Ideologien gestülpt. Die Bedrohung des ökonomischen und sozialen Status in den gesellschaftlichen Umwälzungen jener Zeit war im übrigen zu 75 Prozent bei den Protesten handlungsauslösend. Wirtz gelingt es in diesem Zusammenhang, die an der »moral economy« orientierten Wertvorstellungen und Deutungsmuster weiter Bevölkerungskreise samt ihrer Wahrnehmung der Veränderungen in der Wirklichkeit plastisch zu machen.

Diesen subjektiven Aspekt klammert Friedhelm Boll in seiner ansonsten verdienstvollen Vergleichsuntersuchung der Massenbewegungen in Braunschweig und Hannover vor allem während der Weltkriegs- und Revolutionszeit weitgehend aus. In beiden Städten ähnelte sich die Industriestruktur, während sich Organisations- und Kampfverhalten der Arbeiter tiefgreifend unterschieden: Eine unmittelbare Beziehung zwischen Struktur und Verhalten konnte somit nicht hergestellt werden. Boll analysiert deshalb weitere Einflußfaktoren und legt dabei das größte Gewicht auf den gesamten Kommunikationsbereich. Hier stellt er eine eindeutige Korrelation zwischen aktiv-oppositioneller Gegenöffentlichkeit und dynamischen kollektiven Aktionen in Braunschweig sowie einem von der reformistischen MSPD beherrschten Kommunikationssektor und politischer Zurückhaltung der Arbeiterschaft in Hannover fest. Protestaktionen blieben hier vereinzelt und ohne organisatorischen Rückhalt, mündeten dafür verhältnismäßig rasch in Gewalttätigkeit. Die längerfristigen Ursachen dieser Unterschiede sieht Boll in gewachsenen Traditionen des Kampfverhaltens (etwa in Wahlrechtsfragen), im Überwiegen von Eisenachern bzw. Lasalleanern in der Frühzeit der Arbeiterbewegung und in verschiedenartigen Organisationsformen. Diese Erklärung könnte eine auf Lebenswelt, Erfahrung und Deutungsmuster ausgerichtete Analyse möglicherweise vertiefen.

Von einer anderen Seite her — der des Staates, der Verwaltung und der Polizei in Preußen zwischen 1815 und 1850 — nähert sich Alf Lüdtkke alltäglichen Verhältnissen, mit »dichter Beschreibung« von Erfahrungs- und Wahrnehmungsbereichen. Das Buch ist in seinem Hauptteil mit empirischem Material gesättigt, Lüdtkke »erzählt« die Verhaltensweisen der Beamten und Militärs in den verschiedenen Situationen, von der Behandlung der Armut über die Genehmigung von Industrieanlagen bis zu Polizei- und Truppeneinsätzen bei »Tumulten«. Gleichwohl behält er immer — nicht nur in den theoretisch orientierten Kapiteln — die Reflexionsebene im Auge. Er sieht in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine zunehmende Einengung des Gemeinwohl- und Polizeibegriffs auf die Erhaltung von Ruhe und Ordnung unter Übernahme militärischer Handlungsmuster vor sich gehen und nennt dies »Festungspraxis«: im Vergleich mit England und Frankreich durchaus eine »Besonderheit«. Junkerliche Interessen und Deutungsmuster der Bürokratie liefen parallel. Der Gewalteintritt aus Furcht vor revolutionären Unruhen ließ den »Rechtsstaat« in den Hintergrund treten. Der Vorrang sicherheitspolizeilichen Denkens blockierte häufig angemessenes Verhalten bei sozialen Problemen: Die Bürokratie stand den großen gesellschaftlichen Umwälzungen dieser Zeit in der Regel verständnislos gegenüber. Daß hierbei Traditionen aus dem 18. Jahrhundert wirksam waren, wird angedeutet, hätte aber vielleicht noch vertieft werden können.

Wirtz und Lüdtkke haben, wenngleich leider nicht für dieselbe Region, zwei Seiten eines Prozesses analysiert. Dabei zeigte sich, daß die Staatsgewalt in Preußen wie die protestierenden Mittel- und Unterschichten in Baden die gesellschaftlichen Veränderungen nicht durchschauten, eher aus Bedrohungsgefühlen heraus handelten, die sie im Widerspruch zwischen überkommenen Vorstellungswelten und tatsächlichen Verhältnissen nicht verarbeiten konnten. In beiden Arbeiten ist der Versuch unternommen worden, lebensweltliche Erfahrungen und Wahrnehmungen mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen in Beziehung zu setzen. Sicher bleiben auch hier manche Vermittlungsglieder in der Argumentation zunächst noch Vermutungen, aber der Ansatz scheint erfolgversprechend zu sein. Vergleichsstudien dürften seine Tragfähigkeit erweisen.

Jürgen Kocka hat in einer Art Zwischenbilanz — ein größeres Werk soll folgen — die bisherigen Untersuchungen zur Arbeitergeschichte aufgegriffen und sie mit den Forschungen über die Arbeiterbewegung verknüpft. Dies ist ein nützliches Buch: Hier wird die wichtigste Literatur zusammengestellt und ausgewertet, und vor allem liegt damit ein Strukturierungsentwurf vor. Zu Recht bemängelt Kocka, daß vom Klassenbegriff viel zu wenig Gebrauch gemacht wird. Er könne nicht zuletzt dazu dienen, Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte miteinander zu verbinden und zugleich allgemeingesellschaftliche Zusammenhänge herzustellen. Kocka entwickelt dann selbst, orientiert an Marx und Weber, vier Ebenen eines Klassenbegriffs: die Voraussetzungen durch den gesellschaftlichen Wandlungsprozeß vom späten 18. ins 19. Jahrhundert, die Herausbildung von Lohnarbeit als grundlegende Bedingung, das Bewußtwerden dieser gleichen Klassenlage und schließlich die Umsetzung in gemeinsame Aktionen und Organisationen. Die Darstellung folgt dann diesen — durchaus nicht im Sinne uni-linearer Kausalität verstandenen — Ebenen. Die Bewußtwerdung behandelt Kocka anhand des sprachlichen Verständnisses von »Arbeiter«, der Entstehung eines proletarischen Erfahrungs- und Lebenszusammenhanges sowie der Formen sozialen Protestes. Bei den Erfahrungen arbeitet Kocka insbesondere die Marktabhängigkeit und Fremdbestimmung der Arbeit heraus, weiter die Abgrenzung der Handarbeit von der Nicht-Handarbeit, die — trotz aller Einkommensunterschiede — allgemein dürftige materielle Existenz, die spezifische Arbeiterfamilie und die sich wandelnden Konfliktfälle. Gerade auch im Anschluß an die Untersuchungen von Wirtz und Lüdtkke ist Kockas These zu unterstreichen, daß vor-industriekapitalistische Traditionen — vor allem, wenn ihre ständisch-zünftige Ausformung noch nicht zerstört war — eine wesentliche Rolle bei der Klassenbildung spielten.

Der Konflikt zwischen ihnen und den neuen Verhältnissen verstärkte vielfach die Bereitschaft zum klassenbewußten Handeln und vermag auch das unterschiedliche Verhalten der einzelnen Arbeitergruppen häufig zu erklären. Zu beachten ist darüber hinaus im internationalen Vergleich der frühe Aufstieg starker staatlicher Bürokratien, die späte Nationalstaatsbildung und die Schwäche des Liberalismus. Der weiteren Forschung dürfte Kockas Abriß entscheidende Impulse geben.

Eben dem internationalen (Regional-)Vergleich ist Werner *Bergs* umfangreiche Dissertation über den Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet und in Südwales 1850-1914 gewidmet. Er hat sich viel vorgenommen: Die unterschiedlichen Auswirkungen der Industrialisierung auf die Bevölkerungsentwicklung, den Gang der Produktion und die menschlichen Produzenten werden erörtert, die Interaktionen von Arbeitern, Angestellten, Unternehmern und Staat untersucht, Wirtschafts-, Sozial- und politische Geschichte verbunden. Drei allgemeine Ergebnisse verdienen, hier hervorgehoben zu werden. Zunächst einmal kann Berg die Vermutung erhärten, daß zwischen regionaler und sozialer Herkunft der Produzenten sowie ihrem Verhalten ein enger Zusammenhang besteht. Im Ruhrgebiet, wo sich die Arbeiterschaft heterogener als in Südwales zusammensetzte, waren ihr Zusammenhalt und gemeinsames Handeln mehr behindert als im Vergleichsgebiet; bei Angestellten und Unternehmern im Ruhrgebiet konnte die Heterogenität durch eine institutionalisierte Ausbildung allerdings überbrückt werden. Dieses Ergebnis bestätigt im Grunde die zweite Feststellung, daß auf plötzliche grundlegende Veränderungen, die als bedrohlich empfunden wurden, dann verhältnismäßig geschlossen reagiert werden konnte, wenn (wie in Südwales) die überkommenen »sozialen Strukturen der kollektiven Problemverarbeitung noch weitgehend intakt« (813) waren. Schließlich kann Berg unterschiedliche Einstellungen von Unternehmern wie Arbeitern im Ruhrgebiet und in Südwales nicht zuletzt aus dem Einfluß überkommener Strukturen und Verhaltensweisen erklären: So erwarteten die Ruhrbergleute lange aufgrund der traditionellen Privilegien eine Fürsorge vom Staat, radikalisierten sich dann teilweise, als diese Hoffnung enttäuscht wurde und zugleich der Staat ihre Interessenorganisationen bekämpfte. Die Unternehmer bevorzugte er hingegen eindeutig und förderte damit deren rücksichtslosen »Herr-im-Haus«-Standpunkt. In Großbritannien hielt sich der Staat weit mehr aus den wirtschaftlichen Beziehungen heraus und begünstigte auf diese Weise die Bildung von Interessenverbänden sowie den internen Ausgleich zwischen beiden Parteien, in den er höchstens vermittelnd eingriff. Entsprechend schwächer fiel die Polarisierung aus. Auch wenn verschiedene Bereiche des Alltagslebens — wie vorindustrielle Traditionen in Kommunikations- und Organisationsformen — ausgeblendet bleiben, bietet *Bergs* detailgesättigte und dennoch gelungen strukturierte Arbeit die beste Grundlage, die vergleichende Regionalgeschichte auf ein höheres Niveau zu heben.

III.

Betrachten wir abschließend einige Arbeiten, die von ihrem eigenen Anspruch her am stärksten den neuen Ansätzen der Alltags- und Regionalgeschichte verpflichtet sind. Am leichtesten müßten es auf den ersten Blick diejenigen Historiker haben, die die historische Erinnerung im Gespräch unmittelbar erfragen und erörtern können. Dennoch sind die Schwierigkeiten der Oral History keineswegs zu unterschätzen. Stefan *Bajohr*, den *Argument*-Lesern durch einen Artikel zur Oral History-Forschung und einen Aufsatz zu den Aspekten seines eigenen Projektes bekannt (Bajohr 1980 und 1982), hat »Protokolle« über den Alltag von 21 Braunschweiger Arbeiterinnen und Arbeitern zwischen 1900 und 1933 vorgelegt. Das Gespräch mit *Zeitgenossen* ist an sich eine mögliche Quelle wie jede andere. Der Historiker hat sich auch bei schriftlichen Zeugnissen damit auseinandersetzen, daß die Wahrnehmung des Autors subjektiv gefärbt und zudem durch den Filter des Gedächtnisses sowie später gewonnener Einsichten und Erfahrungen gegangen

ist. Die Methoden der Oral History sind jedoch höchst umstritten — um so stärker, wenn das Gespräch nicht nur als Mittel zum Zweck, einige Daten zu erfahren, verstanden wird, sondern primär als Kommunikation unter gleichberechtigten Partnern, bei der diskutiert werden kann und sich Auffassungen auf beiden Seiten verändern können. Bajohr hat sich dafür entschieden, die Gespräche mit Hilfe teils standardisierter, teils offener Fragen zu strukturieren und die Transskripte sinnerhaltend zu überarbeiten. Dies dürfte Widerspruch hervorrufen, denn die Authentizität des Berichtes wird nicht nur durch die Übertragung von der Mündlichkeit in die Schriftlichkeit — vom Gespräch über das Tonband bis zum Text — gebrochen, sondern zusätzlich durch die Textbearbeitung. Bajohr hält dem entgegen, daß jeder redegewandte Interviewpartner einer Zeitung o.ä. darauf besteht, seinen Text »veröffentlichungsreif« zu machen; dieses Recht dürfe man den weniger Redegewandten nicht vorenthalten, ohne sie zu diskriminieren. Ein Urteil, was durch diese Methode an Subjektivität (die ja nicht zuletzt durch Oral History erfaßt werden soll), aber auch an »Atmosphäre« verloren geht und andererseits an Dichte der Information, an Lesbarkeit und Verständnis von Zusammenhängen gewonnen wird, könnte man nur durch einen Vergleich beider Textfassungen fällen. Da dies nicht möglich ist, sollte man einmal in einem umfassenden Vergleich bisheriger Oral History-Veröffentlichungen deren Ergiebigkeit prüfen.

Bajohr läßt seine Gesprächspartner — bis auf einen knappen Anmerkungsapparat — fast unkommentiert zu Wort kommen. Er gliedert lediglich ihre Berichte nach Sachthemen, die er mit wenigen Sätzen einführt; hinzu tritt eine kenntnisreiche Einführung in die Entwicklung von Industrie und Arbeiterbewegung in Braunschweig. Zu der hier besprochenen Untersuchung Bolls über die Massenbewegungen in Braunschweig und Hannover oder zu Georg Fülberths Ausführungen im *Argument*-Sonderband 74 über die Übereinkunft zwischen Braunschweiger SPD und KPD 1931 (Fülberth 1981) gibt es in Bajohrs »Protokollen« nur wenige unmittelbare Beziehungen. Hingegen findet der Leser sehr viel aufschlußreiches Material über Sozialisation und politische Prägung, Lebensverhältnisse und Lebenswelt, Erfahrungen und Verhalten der Befragten. Es würde sich jetzt gewiß lohnen, eine zusammenfassende Studie über Arbeiter und Arbeiterbewegung in Braunschweig — am besten im Vergleich — anzufertigen.

Einen anderen, aber keineswegs untypischen Weg neuer kommunikativer Lokalgeschichtsforschung gingen die Mitarbeiter am *Hochlarmarker Lesebuch*. Im Zusammenhang mit einem Volkshochschulkurs trafen sich regelmäßig Bewohner dieses heutigen Stadtteils von Recklinghausen mit »Gruppenbegleitern«, um sich ihre Geschichte zu erzählen, Fotos zu sammeln, Ausstellungen zu veranstalten und schließlich dieses Buch gemeinsam zu erarbeiten. Materialien aus dem Archiv, aus Schulchroniken u.ä. kamen ebenso ergänzend hinzu wie gezielte Interviews mit weiteren Mitbürgern. Die Tonbandprotokolle wurden zunächst — des Ruhrgebietsdialektes der Zeitzeugen entkleidet — wörtlich abgeschrieben, dann im Arbeitskreis besprochen und für den Zweck der Veröffentlichung überarbeitet. Die neuen Texte mußten vom Arbeitskreis und von den Gesprächspartnern gebilligt werden. Die wissenschaftliche Arbeit war also identisch mit der Kommunikation unter den Gruppenmitgliedern. Bürger wurden sich ihrer geschichtlichen Erfahrung bewußt, »erfuhren« ihre Geschichte und vermittelten sie weiter. Die Materialien zu Arbeits- und Lebensverhältnissen, Streiks, Familienleben, Nachbarschaftsbeziehungen, Vereinen und politischen Ereignissen sind nicht nur spannend zu lesen, sondern sollten auch zu ähnlichen Projekten in anderen Orten anregen. Daß dadurch der Geschichtsunterricht als »neue Heimatkunde« eine bessere Qualität bekommen könnte, liegt auf der Hand. Wie kann man sich nun mit ähnlichen Fragestellungen der länger zurückliegenden Vergangenheit nähern? »Von unten herauf« will Otfried Scholz das Selbst- und Fremdbild der Arbeiter um die Mitte des 19. Jahrhunderts rekonstruieren. Da weder Arbeiter noch andere Bevölkerungsgruppen aus dieser Zeit befragt

werden können, versucht der Autor, über die Analyse von Arbeiterautobiographien und der Erzählliteratur eine Art Kommunikation herzustellen. Das Problem, daß sich schriftstellerische Verarbeitung oder auch Erinnerung und Wirklichkeit nicht unbedingt decken, geht Scholz durch mehrfache methodische Reflexion, durch gründliche literaturwissenschaftliche wie sozialhistorische Untersuchung seiner Quellen und ihren Vergleich sowie durch deren Konfrontation mit den bisherigen Ergebnissen zur Lage der Arbeiter an. Er kann wesentliche Differenzierungen im Selbst- und Fremdbild, aber auch erhebliche Wandlungen zwischen 1840 und 1870 feststellen (etwa in der Unterscheidung verschiedener Schichten innerhalb der Arbeiterschaft oder in der Entwicklung von Klassenbewußtsein). Gewiß können die Ergebnisse noch nicht verallgemeinert oder »typisiert« werden; das sieht Scholz selbst. Aber die Literatur ist damit als Quelle auch für die Arbeiterschaft entdeckt, Zugänge für weitere Forschungen auf diesem Gebiet und für eine Zusammenschau mit anderen Quellengattungen werden eröffnet. Man kann sich nun leichter der Subjektivität der Arbeiter und derer, die über sie urteilen, in einer Art nähern, die den Blickwinkel »von oben« — des Historikers, der sein »Objekt« analysiert — weitgehend vermeidet.

Besonders schwierig gestaltet sich die Rekonstruktion der bäuerlichen Lebenswelt, weil hier die schriftlichen Quellen meist noch spärlicher fließen als für städtische Unterschichten, aber auch, weil ein Großteil bisheriger Dorf-Forscher — Volkskundler wie Historiker —, Mühe hatten, sich in eben diese Welt hineinzudenken. Leicht wurde das »platte Land« als »rückständig« abgetan oder als vergangene Idylle romantisiert. Wenn man jedoch die These der »Kolonisierung von Lebenswelten« überprüfen will, gewinnt die Untersuchung der Stadt-Land-Beziehungen besonderes Gewicht, denn hier müßte sich am stärksten der Zusammenprall von individueller Lebenswelt und den Anforderungen der modernen Gesellschaft aufspüren lassen.

Was dabei die Volkskunde oder »empirische Kulturwissenschaft« vermag — die Historiker haben in der Regel viel zu lange deren Forschungen übersehen —, zeigen Wolfgang Kaschuba und Carola Lipp in ihrer Dissertation über »Dörfliches Überleben« im 19. und 20. Jahrhundert. Die Autoren suchten nach dem »Eigen-Sinn« des »Kultur-Stils« dörflicher Lebenswelt« (IX) am Beispiel Kiebingens bei Tübingen, das sich von einem Bauerndorf zu einer Arbeiter- und Pendlerwohngemeinde entwickelte. Sie konnten auf einer Arbeit Utz Jeggles aufbauen, mit dem sie zugleich in einem gemeinsamen Forschungsprojekt verbunden waren (Jeggle 1977; dazu *Argument* 126, 1981, 244/245). Unter Auswertung aller verfügbaren Quellen — von Gemeinderatsprotokollen über Pfarrvisitationsberichte bis zu Familienregistern — über einen außerordentlich langen Zeitraum hinweg (vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis ins »Dritte Reich«) entsteht ein faszinierendes Bild der dörflichen Strukturen, ihres Wandels infolge der Industrialisierung und zugleich individueller Einstellungen und Handlungen: die Reaktion der Bewohner auf die ökonomischen und sozialen Veränderungen, ihr Sexual- und Heiratsverhalten, ihre politische Haltung. Das Individuelle löst sich dabei nicht im Zufälligen oder Beliebigen auf, sondern steht innerhalb der jeweiligen Strukturen (Familie, Beruf, Wirtschaftsweise, Sozialschichtung) und innerhalb der langen Zeitreihe. Dieses — wie mir scheint geglückte — methodische Verfahren erlaubt es, die Perspektive der betroffenen Individuen und Familien einzunehmen und gleichzeitig zu verallgemeinern, langfristige Tendenzen festzustellen und strukturelle Umbrüche zu analysieren. Ohne daß hier im einzelnen die Ergebnisse referiert werden können, bleibt die Kraft des Dorfes erstaunlich, sich immer wieder auf seine »bäuerliche Substanz« zurückzuziehen. Die Landwirtschaft als Einnahmequelle, die Macht verwandtschaftlicher Beziehungen, die relative Stabilität der Kommunikationsstrukturen — all das sind Orientierungspunkte auch in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Im generativen Verhalten oder in der Partnerwahl lassen sich ebenfalls viele Kontinuitäten entdecken, obwohl sich natürlich die »her-

kömmlichen Muster 'bäuerlicher' Lebensweise« lockern. Die Dorfgesellschaft verändert sich nicht gegen die Traditionslinien, sondern »neben und zwischen ihnen« (569). Daß es dem Nationalsozialismus gelingen konnte, dieses Feld erfolgreich ideologisch zu besetzen und die gewachsenen (Macht-)Strukturen zu nutzen, indem er sich den dörflichen Traditionen und Verhaltensweisen anpaßte, wird dabei sehr plastisch und macht die Ambivalenz dörflichen »Überlebens« deutlich.

Die Überlebensfähigkeit der traditionellen Lebenswelt des Dorfes weist auch eine Regionalstudie über das nordwestlich von Moskau gelegene Gouvernement Tver während der 20er Jahre unseres Jahrhunderts nach: Die Versuche der sowjetischen Kommunisten, mit »vernünftigen« Argumenten bei der Gestaltung der Wirtschaftsweise und des Alltags gegen volksmedizinische und magische Praktiken zu überzeugen, zeitigten nur geringe Wirkung (Altrichter 1984). All diese Ergebnisse regen zum Vergleich an: Ist es möglich, allgemein-bäuerliche Lebens- und Verhaltensweisen während gesellschaftlicher Umbrüche herauszuarbeiten und von Tverer, württembergischen und anderen regionalen Spezifika zu trennen?

Aus Forschungen zu Rußland wissen wir auch, wie stark die Bindungen an das heimatliche Dorf sowie bäuerliche Erfahrungen und Verhaltensweisen in das städtisch-industrielle Proletariat hineinwirken konnten (Literaturhinweise bei Haumann 1982). Hier, beim Übergang vom Dorf in die Stadt, war die herkömmliche Lebenswelt den nachhaltigsten Belastungen ausgesetzt, wurden Selbstverständnis sowie Wahrnehmungsmuster und Aktionsmuster radikal in Frage gestellt. Eine systematisch-vergleichende Aufarbeitung dieses Problems steht noch aus. Auf einer Tagung über zentrale Städte und ihr Umland in Mitteleuropa während der Industrialisierung galt ihm große Aufmerksamkeit; die Beiträge werden demnächst veröffentlicht (Glettler u.a.). Eine der dabei untersuchten Städte war Prag. Die Dörfler, die hier ankamen, versuchten im allgemeinen, sich möglichst schnell dem städtischen Milieu anzugleichen, um Spötteleien zu entgehen. Traditionelle Lebensweisen blieben zunächst in Resten dort am längsten erhalten, wo Neuankömmlinge gleicher regionaler Herkunft in größerer Zahl zusammenlebten, vor allem in einigen Stadtvierteln. Nicht zuletzt auch darüber informiert ein Band über das »alte Arbeiter-Prag« (Autorenkollektiv 1981) zwischen 1848 und 1939, der erneut die Vorzüge einer interdisziplinären Arbeit von Ethnographen und Historikern aufweist. Reichhaltiges Material über Alltagsleben, Familie, Wohnverhältnisse, Ernährung, Kleidung und Kultur wird — ergänzt durch viele aussagekräftige Bilder — vorbildlich aufbereitet. Dieses Buch sollte Schule machen, dazu wäre eine Übersetzung ins Deutsche angebracht.

Ebenfalls an einen breiten Leserkreis wendet sich — ohne Verzicht auf wissenschaftliche Präzision — eine Festschrift des Schweizerischen Sozialarchivs über *Arbeitsalltag und Betriebsleben*. Die Autoren verstehen die Sozialgeschichte des Alltags als »fächerverbindende Integrationswissenschaft (...), die — wenngleich als utopisches Ziel — eine 'histoire totale' anpeilt« (11). Auch wenn hier erst Schritte in diese Richtung getan werden, weist der Ansatz doch auf einen möglichen sinnvollen Weg hin. Andrea Bellaggio und Albert Tanner zeigen in ihrer Analyse der Stickerei-Hausindustrie, wie der Arbeitsprozeß und die Notwendigkeit für die Frau, sich in ihn einzugliedern, die traditionelle Familienform zu zerstören begann. Auch in anderen Beiträgen wird versucht, das Alltagsleben aus dem Arbeitsprozeß »abzuleiten«. Nicht immer entgehen die Autoren dabei der Tendenz, den Arbeiter oder die Arbeiterfamilie als lediglich passiv Leidende zu sehen. Dagegen wäre stärker das »Eigene« zu setzen, die Schaffung von Freiräumen, die Ausbildung besonderer kultureller und kommunikativer Formen, die Entwicklung von Protest, Widerstand und Behauptung. In einigen Aufsätzen taucht diese Ebene durchaus auf. So macht Max Lemmenmeier nicht nur Ausbeutung, Diskriminierung und Bedingungen von Unterordnung, sondern auch den Stolz und das Selbstbewußtsein von

Textilarbeiterkindern im Zürcher Oberland deutlich, die aus ihrer — keineswegs angenehmen — Arbeit erwachsen. In den Kosthäusern, in denen sie armselig leben mußten, und in der Fabrik entfalteten sie neue Möglichkeiten der Kommunikation und Interaktion. Zugleich nahmen aber auch die Eltern angemessene Rechte der Fabriken über ihre Kinder nicht widerstandslos hin. Den ambivalenten oder gar dialektischen Zusammenhang von Arbeitsalltag und Konfliktverhalten stellt Rudolf Vetterli in seiner Analyse eines Schaffhausener Großunternehmens überzeugend dar. Die Einführung des Akkordlohnes förderte zunächst die Konkurrenz unter den Arbeitern, hatte »desolidarisierenden Charakter« (282). Um den großen Druck durch diese Lohnform zu mildern, mußten sich die Arbeiter dann doch untereinander in ihrem Verhalten absprechen, solidarisieren. Dadurch stieg das Gewicht der organisierten Arbeiterbewegung im Betrieb. Die unterschiedliche nationale, soziale und berufliche Herkunft der Arbeiter erschwerte allerdings eine rasche Organisierung.

Eine theoretische Präzisierung der neuen geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen wie eine Vorstellung zahlreicher anregender Forschungsfelder leistet der Sammelband von Robert M. *Berdahl* u.a. über Klassen und Kultur. Die Autoren sehen sich von den Sozialanthropologen beeinflusst, nicht zuletzt beim »Sinn für das 'Eigene' und das 'Fremde'«. Es geht ihnen weniger um gesamtgesellschaftliche Perspektiven als um den »Versuch, die konkrete Vielfalt in ihrer Widersprüchlichkeit zu entfalten und Vermittlungen aufzuspüren« (9). Unter Klasse verstehen sie ein »Geflecht von Beziehungen, Handlungen und Austauschverhältnissen«, nicht als etwas rein Statisches, sondern als einen ständigen »Prozeß« mit innerer Dynamik (10). Zur Klassenanalyse gehöre untrennbar die Untersuchung der Kultur als »das, was Produktion und Reproduktion erst möglich macht« und als Teil sozialer Beziehungen (11). Klassenherrschaft gehe ebenso mit der »kulturellen Hegemonie« (Gramsci) einher, wie der Widerstand dagegen kulturelle Tradition aufnehme (12).

Vor diesem theoretischen Hintergrund entwickeln die Autoren analytische Zugänge zu ihrem empirisch meist sehr dichten Material. Carlo Poni schildert am Beispiel des Kampfes um die Dicke des Seidenfadens während des frühen 18. Jahrhunderts in Oberitalien eine Klassenauseinandersetzung und erweitert zugleich unsere Sicht der Volkskultur, wenn er die »Kultur der Arbeit« herausstellt. David Sabeau verknüpft die Zunahme illegitimer Geburten in einem württembergischen Dorf mit den Veränderungen der agrarischen Produktion, die mehr Arbeitskräfte erforderte. William Reddy zeigt, wie eng das Tarifsystem mit dem Lebenszyklus der Weber von Armentières verbunden war. Wenn diese streikten, zielten sie nicht einfach auf mehr »Lohn«, sondern auf Erhaltung ihrer überkommenen Arbeitsorganisation und des damit zusammenhängenden Arbeitsstils — ein Faktor, den die Vertreter der organisierten Arbeiterbewegung kaum verstanden. Gerald Sider überprüft am Fall der Dorffischerei Neufundlands das Konzept der »kulturellen Hegemonie«. Dabei wird deutlich, daß Widerstand gegen »Modernisierung« keine Aussicht auf Erfolg hat, wenn die »Bände« fehlen, »die zusammenbinden«: bei der Arbeit und in den kulturellen Beziehungen. Hans Medick untersucht plebejische Kultur in der Übergangsphase zum Kapitalismus. Plebejischer Luxuskonsum erscheint als öffentliches Symbol, an dem zugleich Widersprüche des Unterschicht-Verhaltens aufgezeigt und in ihren gesellschaftlichen Rahmen gestellt werden können. An einer mustergültigen Analyse von Trinksitten und -gewohnheiten kann er nachweisen, daß der erhöhte Schnapsverbrauch ein Pendant zu mehr Mühsal und Lebensunsicherheit, zum Verlust des hergebrachten Rhythmus von Festen und Feiertagen, aber auch zu Kommerzialisierung und Monetarisierung des Lebens war. Norbert Schindler versteht die Freimaurerkultur im 18. Jahrhundert als Bindeglied zwischen Bürgertum und Adel. Nach Etablierung der bürgerlichen Öffentlichkeit verlor sie an Bedeutung — Idee und Wirklichkeit traten mehr und mehr auseinander. Hier bahnte sich eine »Autonomisierung der

Kultur (an), mit der der bürgerliche Alltag sich seiner Ideale entledigte, ohne sie inhaltlich dementieren zu müssen« (246). Robert Berdahl faßt den Begriff des »Standes« als kulturelles Konzept auf, das das Herrschaftssystem (hier in Preußen-Deutschland) absicherte. Die Wirkung war offenbar so stark, daß sogar aufstrebende neue Klassen — wie das Bürgertum — den Stand als »symbolische Repräsentation ihrer Ansprüche« benutzen. Symbole erweisen sich als »wichtige Beweger historischer Kontinuität und Nahtstellen« im Verhältnis zwischen Gruppen und Klassen (269). Berdahl lenkt daher unsere Aufmerksamkeit auf die Erforschung symbolischer Interaktionen, die das Alltagsleben der Klassen beeinflussen und zugleich den Blick für übergreifende Prozesse freihalten. Renato Rosaldo macht das von unserem völlig verschiedenen Geschichtsbewußtsein der Ilongot-Kopffäger deutlich, das von einer »Verräumlichung der Zeit« (306) gekennzeichnet sei. Zugleich beschreibt er aufgrund seiner Erfahrung höchst aufschlußreich die Probleme der »teilnehmenden Beobachtung«. Alf Lütke schließlich begründet seinen weiten Politik-Begriff, den er auch in der *Argument*-Diskussion mit Peukert vorgeschlagen hat, und untermauert ihn mit Beispielen aus seinen Forschungen über die »Innenseiten« von Maschinenbauunternehmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In der Verschränkung von »Politisierung des Privaten« und »Privatisierung von Politik« (341) könne »Eigen-Sinn« und Widerständigkeit von Arbeitern sichtbar werden. Hier öffnen sich interessante Blickrichtungen auf Alltagsvorgänge, die die Verbindung zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen herstellen könnten. Daß noch viele Vermittlungsglieder fehlen, bekennt Lütke selbst.

Der Ertrag des Bandes ist in jeder Hinsicht außerordentlich hoch. Seine Beiträge signalisieren, wie sehr auch scheinbar abseitige Themen der Analyse gesellschaftlicher Bereiche dienen können und daß die Sozialgeschichte des Alltags aus dem Blickwinkel »von unten« integraler Bestandteil von Gesellschaftsgeschichte sein muß. Für ihre theoretische und methodische Verbindung bedeutet das Buch einen wichtigen Schritt vorwärts.

Abschließend seien zwei Werke angezeigt, die sich mit dem Verhältnis von Alltag und Geschichte unter dem Gesichtspunkt von Geschichtsbewußtsein und Geschichtsdidaktik beschäftigen. Klaus *Bergmann* und Rolf *Schörken* wollen mit dem von ihnen herausgegebenen Sammelband Schwerpunkte in der gegenwärtigen Diskussion setzen. An den Anfang haben sie Lutz Niethammers bereits 1980 veröffentlichte, aber immer noch grundlegende »Anmerkungen zur Alltagsgeschichte« gestellt. Hier begründet er den »Perspektivenwechsel« hin zu einer »kommunikativen Geschichtswissenschaft« (23), betont die Notwendigkeit einer theoretischen Durchdringung und behandelt die Schwierigkeiten, aber auch Lösungsansätze bei einer Operationalisierung subjekt-zentrierter Begriffe. Es folgen dann Beiträge über das Alltagsleben von einzelnen sozialen Gruppen, über Architektur als Quelle der Alltagsgeschichte, über Geschichtsbewußtsein im Alltag der Gegenwart sowie Beispiele aus dem »Alltag in bewegter Zeit« (1848 und »Drittes Reich«). Allein diese Aufzählung zeigt, daß die Herausgeber ein sehr weites Spektrum abdecken wollten. Die Beiträge sind jedoch in der Regel so speziell, daß sie den jeweiligen zugeordneten Bereich lediglich antippen. Sie sind gewiß für sich genommen interessant und anregend, es bleibt jedoch der Eindruck des Zufälligen bei der Auswahl.

Einer der Herausgeber, Rolf *Schörken*, hat sich in einem eigenen Buch mit der Geschichte in der Alltagswelt auseinandergesetzt. Er geht Begegnungen mit Geschichte in Sachbüchern, in Dichtungen und in Medien nach, betrachtet sie unter dem Gesichtspunkt der sozialen Stabilisierung und der Entlastung von den Zwängen der Alltagsgegenwart. Er sieht drei Grundformen eines Bedürfnisses nach Geschichte: Orientierung, Selbsterkenntnis und Spiegelung, Erweiterung der eigenen Lebensmöglichkeiten. Um diese Bedürfnisse zufriedenzustellen, werde Geschichte instrumentalisiert. Den Lebensbezug, den das — primär außerwissenschaftliche — Interesse an Geschichte speise, nutz-

ten viele Autoren in problematischer Weise, wenn sie etwa die Vergangenheit krampfhaft der Gegenwart näherrückten, wo das Verfremden doch sinnvoller sei, oder apolitische Tendenzen förderten. Das »lebensweltliche Geschichtsinteresse« (9), das hier im Mittelpunkt steht, müßte eigentlich die Alltagsgeschichtsforschung aufgreifen, die die Lebenswelten der Vergangenheit untersucht. Schörken geht darauf nicht näher ein, aber es liegt auf der Hand, daß sie sich dem Problem der Vermittlung und adäquaten Darbietung stellen muß. In den Projekten zahlreicher Geschichtswerkstätten und Arbeitskreisen zur Alltags- und Regionalgeschichte wird dies auch bereits erprobt.

IV.

Insgesamt fällt das Resümee positiv aus. Die von der neuen Alltags- und Regionalgeschichtsschreibung aufgeworfenen Fragestellungen und Sichtweisen sind in der »traditionellen« Geschichtswissenschaft aufgenommen worden, auch wenn sich manche ihrer Vertreter noch schwer tun, Forschungen zur Lebensweise und zu regionalen Verhältnissen nicht lediglich als anschauliche Illustrationen zu verwenden oder als Bereich neben anderen zu betrachten. Das methodische Instrumentarium konnte präzisiert werden, die Kluft zwischen »Mikro«- und »Makro«-Historie ist schmaler geworden. Bewährt hat sich der Ansatz, den Zusammenprall lebensweltlicher Erfahrungen und traditioneller Wertvorstellungen mit den Anforderungen und Problemen, die gesellschaftliche Veränderungen verursachen, in Fallstudien über soziale Konflikte zu untersuchen. Daraus entstanden zumindest begründete Vermutungen über den Zusammenhang von Individuellem und Lokalem mit gesamtgesellschaftlichen Vorgängen. Als ebenso nützlich haben sich »dichte« Analysen einzelner Orte oder regional eingegrenzter Bevölkerungsgruppen erwiesen, die gängige Globalauffassungen deutlich korrigieren konnten. Hierbei scheint es eine besonders ergiebige Methode zu sein, individuelle Erfahrungen in ihre jeweiligen Strukturen und in längere Zeitreihen einzubetten, um dem Zufälligen und Beliebigem entgegenzuwirken. Der Regionalvergleich kann dann, wie sich gezeigt hat, Besonderheiten und Verallgemeinerbares auf übergreifender Ebene herausfiltern. Dies dürfte auch die Hauptaufgabe in der nächsten Zeit sein: Neben weitere Fallstudien und örtliche Analysen müssen vermehrt solche Regionalvergleiche treten, damit wir uns nicht in den Details verlieren und eine theoretische Durchdringung eher geleistet werden kann.

Literaturverzeichnis

(Rezensierte Bücher sind mit bibliographischen Angaben versehen)

- Altrichter, Helmut, 1984: Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung. München
- Arbeitsalltag und Betriebsleben, 1981: Zur Geschichte industrieller Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Schweiz. Hrsg. v. Schweizerischen Sozialarchiv zum Jubiläum seines 75jährigen Bestehens. Verlag Rüegger, Diessenhofen (328 S., Ln., 28,- Fr.)
- Archiv für Sozialgeschichte. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Institut für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn. 21. Band. 1981, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn (790 S., Ln., 120,- DM)
- Autorenkollektiv (Redaktion: Antonín Robek, Mirjam Moravcová, Jarmila St'astná), 1981: Stará delnická Praha. Život a kultura pražských dělníků 1848-1939 (Das alte Arbeiter-Prag. Leben und Kultur der Prager Arbeiter 1848-1939). Prag
- Bajohr, Stefan, 1984: Vom bitteren Los der kleinen Leute. Protokolle über den Alltag Braunschweiger Arbeiterinnen und Arbeiter 1900 bis 1933. Bund-Verlag, Köln (256 S., br., 28,- DM)
- Ders., 1980: »Oral History«-Forschung zum Arbeiteralltag, in: *Das Argument* 123, 667-676
- Ders., 1982: »Vater war immer ein linker Kumpel«. Braunschweiger Familien und Arbeiterbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Heiko Haumann (Hrsg.): Arbeiteralltag in Stadt und Land. Neue Wege der Geschichtsschreibung. Argument-Sonderband 94, Berlin/W., 120-146

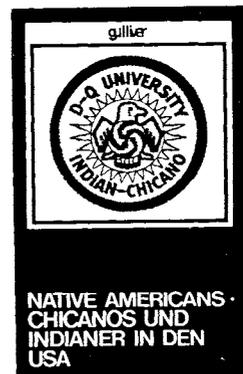
- Berdahl, Robert M., Alf Lüdtkke, Hans Medick u.a., 1982: Klassen und Kultur. Sozialanthropologische Perspektiven in der Geschichtsschreibung. Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft, Frankfurt/M. (370 S., br., 44,- DM)
- Berg, Werner, 1984: Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Großbritannien im Übergang zum »organisierten Kapitalismus«. Unternehmer, Angestellte, Arbeiter und Staat im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes und von Südwales, 1850-1914. Duncker und Humblot, Berlin/W. (888 S., kart., 220,- DM)
- Bergmann, Klaus, und Rolf Schörken (Hrsg.), 1982: Geschichte im Alltag — Alltag in der Geschichte. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf (246 S., kart.)
- Boll, Friedhelm, 1981: Massenbewegungen in Niedersachsen 1906-1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn (IV und 353 S., Ln., 98,- DM)
- Cattaruzze, Marina, 1979: La formazione del proletariato urbano. Immigrati, operai di mestiere, donne a Trieste dalla metà del secolo XIX alla prima guerra mondiale. Mulolini editore, Torino (176 S., kart.)
- Dies., 1980: »Organisierter Konflikt« und »direkte Aktion«. Zwei Formen des Arbeiterkampfes am Beispiel der Werftarbeiterstreiks in Hamburg und Triest (1880-1914), in: Archiv für Sozialgeschichte 20, 325-355
- Conze, Werner, und Ulrich Engelhardt (Hrsg.), 1981: Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart (539 S., Ln., 195,- DM)
- Crew, David F., 1980: Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860-1914. Ullstein Verlag, Frankfurt/Berlin/Wien (315 S., kart., 24,80 DM)
- Engelke, Rolf, und Horst Steffens, 1983: »... keine 'Haupt- und Staatsaktionen', sondern ein kleines bürgerliches Gemeinwesen ...«. Überlegungen zur Lokal- und Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus, in: dies., unter Mitwirkung von Hans-Jürgen Fuchs und Christoph Stuke: Nationalsozialismus in Hessen. Eine Bibliographie der Literatur nach 1945 (= Materialien zum Unterricht, Sekundarstufe I — Heft 44, Projekt »Hessen im Nationalsozialismus«). Wiesbaden, 1-27
- Fülberth, Georg, 1981: Die Übereinkunft zwischen SPD und KPD in Braunschweig nach den Kommunalwahlen vom 1. März 1931, in: Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus. Redaktion: Heiko Haumann und Axel Schildt. Argument-Sonderband 74, Berlin/W., 132-157
- Glettler, Monika, Heiko Haumann und Gottfried Schramm (Hrsg.): Zentrale Städte und ihr Umland. Wechselwirkungen während der Industrialisierungsperiode in Mitteleuropa. Ostfildern (voraussichtlich 1985)
- Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde.. Frankfurt/M.
- Haumann, Heiko, 1982: Stadt und Land. Bemerkungen zu einem Projekt vergleichender Regionalgeschichte, in: ders. (Hrsg.): Arbeiteralltag in Stadt und Land. Neue Wege der Geschichtsschreibung. Argument-Sonderband 94, Berlin/W., 147-156
- Hochlarmarker Lesebuch, 1981: Kohle war nicht alles. 100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte. Hrsg. von der Stadt Recklinghausen. Asso Verlag, Oberhausen (348 S., Ln., 39,80 DM)
- Jeggle, Utz, 1977: Kiebingen — eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf. Tübingen
- Kaschuba, Wolfgang, und Carola Lipp, 1982: Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Tübinger Vereinigung für Volkskunde, Tübingen (642 S., br.)
- Kocka, Jürgen, 1983: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn (208 S., br., 16,80 DM)
- Lüdtkke, Alf, 1982: »Gemeinwohl«, Polizei und »Festungspraxis«. Staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preußen, 1815-1850. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen (390 S., Ln., 84,- DM)
- Ders., 1983: »Kolonisierung von Lebenswelten« — oder: Geschichte als Einbahnstraße? Zu Detlev Peukerts »Arbeiter-Alltag — Mode oder Methode?«, in: *Das Argument* 140, 536-541
- Peukert, Detlev, 1982: Arbeiteralltag — Mode oder Methode?, in: Heiko Haumann (Hrsg.): Arbeiteralltag in Stadt und Land. Neue Wege der Geschichtsschreibung. Argument-Sonderband 94, Berlin/W., 8-39

- Ders., 1983: Glanz und Elend der »Bartwichserie«. Eine Replik auf Alf Lüdtke, in: *Das Argument* 140, 542-549
- Reulecke, Jürgen, 1982: Stadtgeschichtsschreibung zwischen Ideologie und Kommerz — Ein Überblick, in: *Geschichtsdidaktik* 7, 1-18
- Schörken, Rolf, 1981: *Geschichte in der Alltagswelt. Wie uns Geschichte begegnet und was wir mit ihr machen.* Verlagsgemeinschaft Klett-Cotta, Stuttgart (260 S., kart., 20,- DM)
- Scholz, Otfried, 1980: *Arbeiter selbstbild und Arbeiterfremdbild zur Zeit der Industriellen Revolution. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Arbeiters in der deutschen Erzähl- und Memoirenliteratur um die Mitte des 19. Jahrhunderts.* Colloquium Verlag, Berlin/W. (288 S., Ln., 78,-DM)
- Steinbach, Peter, 1979: *Alltagsleben und Landesgeschichte. Zur Kritik an einem neuen Forschungsinteresse,* in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 29, 225-305
- Tenfelde, Klaus, 1981: *Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert,* 2. durchgesehene Auflage. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn (738 S., br.)
- Wirtz, Rainer, 1981: »Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale«. *Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815-1848.* Ullstein Verlag, Frankfurt/Berlin/Wien (314 S., kart., 19,80 DM)
- Zwahr, Hartmut, 1981: *Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution.* Verlag C.H. Beck, München (364 S., kart., 35,- DM)
- Ders., 1980: *Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland. Studien zur Klassendialektik.* Köln *Dieser Beitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojekts »Stadt und Land während der Industrialisierung. Vergleichende Untersuchungen zu Deutschland, Ostmitteleuropa und Rußland«, das von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert wurde.*

**Gulliver 17: Native Americans.
Chicanos und Indianer in den USA**

Der Band führt in die Native American Studies als gegenwartsbezogene Erforschung von Kultur und Geschichte der indigenen Bevölkerungen der USA ein. Er enthält einen in Europa einmaligen Überblick über englischsprachige indianische Literatur und eine Diskussion der Native American Studies in Europa zwischen »indianertümelndem« Eskapismus und politischer Solidarität.

Gulliver 17, Argument-Sonderband 127
17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



Dokumentation

Nora Rätzfel

Verschwundene in Honduras

Zenaida Velazquez ist Vorsitzende des Komitees der Angehörigen der Verschwundenen von Honduras (COFADE). Honduras ist die strategische Ausgangsbasis für die US-amerikanische Intervention in Mittelamerika. Seit 1982 wurden die amerikanischen Militärbasen so ausgebaut, daß ein gleichzeitiger Angriff auf alle drei Nachbarländer Honduras möglich ist: Nikaragua, El Salvador, Guatemala. Honduras ist das einzige dieser vier mittelamerikanischen Länder, in dem es keine bewaffnete Befreiungsbewegung gibt. Von hier aus operieren, mit Unterstützung der Regierung und der USA, die Contras gegen Nikaragua. An der Grenze zu El Salvador gibt es Flüchtlingslager, in denen 18000 Flüchtlinge aus El Salvador leben. Diese Lager werden Konzentrationslager genannt, weil die Flüchtlinge dort hinter Stacheldraht und unter Militärbewachung gehalten werden. Frei bewegen können sich hingegen die salvadorianischen Regierungssoldaten, die US-amerikanischen Marines und die nikaraguanischen Contras. Der gewählte Präsident des Landes, Dr. Roberto Suazo Cordova, steht, wie die gesamte zivile Regierung, unter dem Einfluß der einheimischen Militärs und der Regierung der USA.

Honduras ist das zweitärmste Land Lateinamerikas und zugleich eines, das sich durch zunehmende Waffenkäufe immer stärker verschuldet. Gegen die Verarmung und gegen die Besetzung des Landes durch ausländische Militärs regte sich seit Ende der 70er Jahre Widerstand in den Volksorganisationen: in den Gewerkschaften, den Organisationen der Bauern, Schüler und Studenten.

Die Strategie des Verschwinden-Lassens wird inzwischen in vierzehn lateinamerikanischen Ländern verfolgt. Insgesamt gibt es 90000 Verschwundene, davon allein 35000 in Guatemala. In Honduras sind bislang 133 Honduraner, Salvadorianer und Guatemalteken in Geheimgefängnissen verschwunden.

Als ich Zenaida in Berlin treffe, stelle ich mich vor als jemand, die in der »Argument«-Frauenredaktion arbeitet und deshalb besonders an der Arbeit der Frauen im Komitee interessiert ist. Ich frage also, ob und wie sich das Leben der Frauen durch das politische Engagement verändert.

»Das Leben der Frauen verändert sich vollkommen. Sie geben ihr ganzes bisheriges Leben auf: Die meisten waren vorher Hausfrauen, blieben im Haus. Nun demonstrieren sie auf der Straße, sprechen in der Öffentlichkeit, mit der Presse, mit internationalen Organisationen, mit Regierungsmitgliedern. Am Anfang schien es fast unmöglich, etwas in Bewegung zu setzen: Ich verabedete ein Treffen, einige versprachen, zu kommen, aber oft blieb ich alleine, wartete eine Stunde und mehr und niemand kam. Sie hatten Angst, daß es ihnen genauso gehen würde, wie ihren Verwandten. Schließlich fingen wir mit drei Familien an. Gerade genug, um eine Präsidentin zu wählen, eine Sekretärin und eine Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit. So begannen wir mit unserer Arbeit im Jahre 1982. Inzwischen sind wir zwanzig Familien. Jeden ersten Freitag im Monat versammeln wir uns auf der Plaza Merced, gegenüber dem Nationalkongreß. Wir tragen Transparente mit den Namen der Verschwundenen. Wir fordern, daß sie wieder auftauchen und daß sie vor ein ordentliches Gericht gestellt werden, wenn sie irgendwelche Verbrechen begangen haben sollten. Ferner fordern wir die Einsetzung einer Untersuchungskommission, an der Vertreter aller sozialen Gruppen beteiligt sind, damit die Verbrechen gegen das Volk aufgedeckt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Bis heute haben wir erreicht, daß zwei der Verschwundenen wieder aufgetaucht

sind. Man hat sie vor Gericht gestellt wegen subversiver Tätigkeit. Sie konnten sich kaum verteidigen, aber wenigstens leben sie noch. Vor allem hat die Regierung jetzt zugegeben, daß es Verschwundene gibt. Ein Minister hat es neulich in einem Gespräch mit uns und der Menschenrechtsorganisation bestätigt. Vorher war die stereotype Antwort auf jede Nachfrage: Der angeblich Verschwundene ist in Nikaragua oder Kuba und läßt sich dort ausbilden, um gegen sein Land zu kämpfen. Die neue Version des Ministers und damit der Regierung ist jetzt: Ja, es gibt Verschwundene, aber es ist die vorangegangene Militärdiktatur, die für ihre Festnahme verantwortlich ist. Oder es wird gesagt, daß paramilitärische Banden die Leute entführen und verschwinden lassen. Aber ich frage mich, wenn es Banden sind, über die die Regierung keine Kontrolle hat, warum erscheinen die Verschwundenen dann plötzlich bei der Polizei? Warum war es die Polizei, die sie vor Gericht stellte? Von denen, die wieder aufgetaucht sind, wissen wir, daß man die Entführten in geheime Gefängnisse bringt. Ständig sind ihre Augen verbunden und, damit sie nicht aufgrund von Gewöhnung an den Ort, diesen vielleicht irgendwann wiedererkennen, verlegt man sie häufig. Sie bekommen wenig, manchmal lange nichts zu essen, sie werden gefoltert, mit Elektroschocks behandelt.«

Warum gab es diese Freilassungen?

»Eine der Gefangenen war eine Deutsche, Inés Murillo. Und so hat die deutsche Regierung, von Grünen und einigen Sozialdemokraten unter Druck gesetzt, bei der honduranischen Regierung interveniert, und sie wurde freigelassen. Mit ihr zusammen wurde ein Mann verhaftet. Auch ihn hat man dann freigelassen, vermutlich, weil Inés von seiner Festnahme wußte und sagen konnte, daß er nicht etwa in Kuba oder in Nikaragua war. Mit diesen Behauptungen, daß unsere Verwandten in Kuba oder sogar in der UdSSR seien, will man verhindern, daß die Leute in Honduras und die Menschenrechtsorganisationen sich mit unserem Kampf solidarisieren. Denn damit behauptet man nicht nur, sie seien gar nicht verschwunden, sondern man versucht, uns politisch abzustempeln. Wir klagen jedoch unser Recht ein, zu wissen, was aus unseren Familienangehörigen geworden ist. Das gehört zu den Menschenrechten in einer Demokratie, die Honduras ja angeblich ist.«

Ich möchte noch etwas über die Frauen wissen, über die Spezifik ihrer Schwierigkeiten, sich zu engagieren und frage deshalb, ob es in Honduras üblich ist, daß Frauen Politik machen.

»Nein, in unserer Kultur ist es üblich, daß die Frauen zu Hause bleiben, sich um den Haushalt kümmern. Aber nun sind ihre Männer weg und da fangen viele an, sich zu verändern.«

Haben diese Frauen nicht Probleme mit ihren Brüdern, Onkeln, Vätern, wenn sie sich jetzt in die Politik einmischen?

»Nein, es sind ganz andere Probleme, die wir haben. An erster Stelle sind es ökonomische Probleme. Der verschwundene Familienangehörige ist meistens der Mann, der den Lebensunterhalt verdiente. Nun müssen die Frauen irgendwie sehen, daß sie sich und ihre Kinder ernähren können. Nimm zum Beispiel den Fall einer Frau aus unserem Komitee: Zwei ihrer Söhne und ein Neffe sind verschwunden. Ihr Mann arbeitete als Wächter, und eines Tages fand man ihn ermordet. Aber das waren keine Diebe, denn seine Pistole, mit der man ihn umgebracht hatte, lag noch neben ihm. Diebe hätten sie verschwinden lassen. Um Geld zu verdienen, sammelt sie alte Flaschen, wäscht sie und verkauft sie, aber manchmal haben sie nicht genug zu essen. Wir haben auch kein Geld. Das einzige, was wir tun können, ist, ihr die Fahrt zur monatlichen Demonstration zu bezahlen und etwas zu essen. Sie wohnt weit weg und muß acht Stunden fahren — und die Kinder allein zu Hause lassen. Das sind die Schwierigkeiten, die wir haben. Und dann gibt es noch die Strategie der Regierung, die sagt, daß diejenigen, die in unserem Komitee mitarbeiten, ihre Angehörigen niemals wiedersehen werden. So kommen viele

Frauen nicht: Sie glauben, etwas zu gewinnen, wenn sie sich ruhig verhalten. Viele haben auch Angst, daß sie oder ihre Familienangehörigen ihren Arbeitsplatz verlieren. Ich habe ihn schon verloren. Ich arbeitete an der Universität, und eines Tages erhielt ich die fristlose Kündigung, ohne Angabe von Gründen. Nicht einmal den Lohn, der mir noch zustand, wollte man mir geben. Ich mußte prozessieren und bekam doch nur 75%. Natürlich hätte ich Widerspruch einlegen können, aber das hätte nichts genützt. Auch das Gericht führt die Anweisungen der Regierung aus. Jetzt lebe ich von meiner Familie. Meine beiden Brüder arbeiten und müssen uns alle ernähren. Nachdem ich unabhängig war, mein eigenes Geld verdient habe, fällt es mir schwer, meine Brüder um Geld zu bitten, wenn ich mir etwas kaufen muß.«

Seit wann verschwinden in Honduras Leute?

»1979 wurde ein Ecuadorianer, der in Honduras an der Universität lehrte, entführt. Seitdem verschwinden jedes Jahr neue.«

Was war 1979 los, warum begannen damals diese Verhaftungen?

»Es war das Jahr des Sieges der nikaraguanischen Revolution. Die Kämpfe in Guatemala und El Salvador verschärfen sich. Mit den Entführungen und der Einkerkering in geheime Gefängnisse verfolgt die Regierung ihr Konzept der »nationalen Sicherheit«. Sie haben Angst vor einer Guerilla in Honduras und versuchen deshalb, jede Kritik an der Regierung zu unterdrücken. Sie glauben, daß sie Erfolg haben, wenn sie den Volksorganisationen die besten Leute nehmen. Alle Verschwundenen waren führende Leute der Gewerkschaften, Bauern- und Studentenorganisationen, in denen sie Mitglied waren. Dieses »Köpfen« der Bewegung hat in den USA ja Tradition.«

Zenaida muß zu ihrem nächsten Treffen und ich frage, ob sie möchte, daß ich noch irgendetwas schreibe, wonach ich nicht gefragt habe.

»Ja, schreib', daß die Solidarität der Europäer für uns sehr wichtig ist, weil sie mehr Druck auf unsere Regierung ausübt, als wir das selbst können.«

Das schreibe ich, aber ich schreibe auch, was sie »privat« zu uns sagte, sich entschuldigend:

»Ich glaube, das deutsche Volk interessiert sich nicht sehr für unsere Länder, für das, was wir aushalten müssen. Sie können es sich wohl nicht vorstellen, obwohl ich das nicht ganz verstehe, weil die Deutschen vor nicht allzulanger Zeit doch selbst schwerste Unterdrückung erlebt haben. Wie kann man sagen, daß es Demokratie gibt, wenn in vielen Teilen der Welt solche Repression herrscht? Solange es sie irgendwo gibt, muß man damit rechnen, daß sie auch im eigenen Land wieder beginnt, solange kann man also nicht von einer Demokratisierung sprechen.«

(Bei ihrem Besuch hat Zenaida Velazquez initiiert, daß Briefe an den Präsidenten von Honduras geschickt werden, in denen eine Aufklärung über die Verschwundenen verlangt wird. Der Brief soll geschickt werden an: Al Presidente Constitucional De Honduras, Dr. Roberto Suazo Cordova, Tegucigalpa, Honduras. Wer einen vorformulierten Brief zur Unterschrift zugeschickt haben will, wende sich an IDES c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.)

Interventionen

Sigrid Block und Christiane Börger

Auf der Suche nach unserem Weg in der »Frauenfrage«

Frigga Haugs »Opfer-Täter«-Thesen sowie ihre Gedanken zu einer sozialistischen Frauenbefreiungspolitik haben bei Teilen der Frauenbewegung mächtiges Aufsehen erregt, und: Sie tun es immer noch und immer wieder. Anstatt nun ernsthaft, aufrichtig und konstruktiv die dadurch aufgeworfenen neuen Fragen und Positionen in die Diskussion einzubringen, scheint es einigen Frauen nur noch darum zu gehen, Frigga Haug und ihre Überlegungen in Bausch und Bogen zu verdammen. Ein höchst ärgerliches und zugleich trauriges Beispiel dafür ist der Aufsatz von Iris Rudolph und Alma Steinberg »Frauenfrage und Frauenbewegung in der Sicht der *Argument*-Frauen« (in: Holz, Metscher, Schleifstein, Steigerwald [Hrsg.], *Marxismus — Ideologie — Politik*. Ffm 1984, 174ff.). Wir waren nach der Lektüre dieses Aufsatzes so wütend und betroffen, daß es uns nach einer öffentlichen Erwiderung drängte. Unsere besondere Betroffenheit erklärt sich daraus, daß wir uns — als Marxistinnen! — selber intensiv mit Fragen des Feminismus und Marxismus beschäftigen. Für diese notwendige Auseinandersetzung haben wir bei Frigga Haug und den *Argument*-Frauen viele hilfreiche und nützliche Gedanken, Anregungen, Überlegungen gefunden, die uns weitergebracht haben und die aufmerksam zu studieren jeder — frauenbewegten — Marxistin sehr gut anstände ...!

Rudolph und Steinberg äußern ihre eigene Auffassung zur Frauenfrage und Frauenbewegung an keiner Stelle explizit, sondern lassen sie immer nur unterschwellig einfließen, als sei aller Welt klar, was ihr Standpunkt sei, als sei dieser Standpunkt der »richtige«, an dem alles andere gemessen werden müsse und sich messen *lassen* müsse. Das liest sich dann z.B. so: »Das von Frigga Haug [zur Unterstützung ihrer Behauptung, der Marxismus sei reduktionistisch und habe die Frauenfrage in der Klassenfrage aufgelöst, d.V.] herangezogene Argument, daß die Frauenunterdrückung älter als der Kapitalismus ist, kann daher die marxistische Auffassung von der Verschränkung der patriarchalischen und kapitalistischen Strukturen nicht entkräften.« (Ebd., 177) Aber um eine solche »Entkräftung« geht es den *Argument*-Frauen überhaupt nicht! Ihr Anliegen ist nicht ein Streit um die »richtige« marxistische Auffassung, sondern erst einmal um die Verdeutlichung ihres Standpunktes.

Aber auf diesen sich wirklich einzulassen, scheint für Rudolph und Steinberg einem Verrat an der eigenen Sache gleichzukommen. Nur so können wir uns erklären, warum sie die Überlegungen der *Argument*-Frauen ständig nur daraufhin untersuchen, ob ihre eigene Auffassung bestätigt wird oder nicht. Wenn nicht, wird das den *Argument*-Frauen als böser Fehler oder Unterlassung um die Ohren gehauen. Dazu ein ausführlicheres Beispiel: Rudolph und Steinberg weisen immer wieder darauf hin, »daß die Frauendiskriminierung letztlich nur dem Kapital nutzt« (179). »Auf die besondere Frauenunterdrückung machen die Marxisten [ist Frigga Haug keine Marxistin?!, d.V.] aufmerksam — nicht, weil sie Frauenunterdrückung in anderen Bereichen nicht sehen, sondern weil die geschlechtsspezifische Ausbeutung im Produktionsbereich eine wesentliche Grundlage für die Aufrechterhaltung der Frauenunterdrückung im Reproduktionsbereich bildet.« (179) Warum der Vorwurf an die *Argument*-Frauen, sie würden »dieses besondere ökonomische Interesse des Kapitals an der Ausbeutung der Frau« übergehen (178) (wobei wir den Vorwurf als unberechtigt empfinden!)? Weil nur dieses Argument die entsprechende Schlußfolgerung erlaubt, daß »die ökonomische und soziale Befreiung der Gesamtgesellschaft von Kapitalherrschaft und existenziellen Konkurrenzzwängen notwendig« ist, um die »mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen immer

wieder neu erzeugte Tendenz zur Frauendiskriminierung und männlichem Unterdrückerverhalten« aufzuheben. »Solange sie [die Befreiung, d.V.] nicht erkämpft ist, wird die ökonomische Ungleichheit auch Quelle sein für soziale, psychische, sexuelle Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse zwischen den Geschlechtern.« (180/81) Aber: Für Frigga Haug u.a. geht es überhaupt nicht um diese Frage, sondern um eine *andere* Herangehensweise, um *neue* (deshalb aber längst nicht unmarxistische!) Ansätze zur möglichen Lösung der Frauenunterdrückung. Und es ist doch wohl das gute Recht einer Frigga Haug, ihre eigenen Überlegungen zu entwickeln, und zwar *unabhängig* von der Meinung einer Iris Rudolph oder Alma Steinberg!

Für die *Argument*-Frauen ist die Frage des Zusammenhangs zwischen ökonomischer Basis und ideologischem Überbau noch längst nicht geklärt. Sie sind dabei, den Zusammenhang der für sie entscheidenden Relevanzverhältnisse, des ökonomischen und des kulturellen Bereichs, zu diskutieren. Sie versuchen zu bestimmen, in welchem Verhältnis beide zueinander stehen. Dabei haben sie — in Anlehnung an Gramscis Begriff der »società civile« herausgearbeitet, daß es ungleichzeitige Entwicklungsmomente und ungleichzeitige Verflechtungsverhältnisse von Herrschaft gibt, die nicht nur einfach auf Klassenverhältnissen beruhen. So werden Herrschaftsverhältnisse *außerhalb* der Ökonomie vermutet, die sich mit einer *relativ* eigenständigen Dynamik entwickeln und deshalb nicht unmittelbar funktional für die kapitalistische Produktion sind. Offen ist für die Autorinnen der Grad der Abhängigkeit von der Produktionsweise. (s. AS 110, Geschlechterverhältnisse, 1984, 64/65) Hier sehen sie eine Chance für die Frauenbefreiung: »Das Ideologische als materielle Praxis zu fassen, ist dagegen für das Begreifen von Frauenunterdrückung fruchtbar. Eine solche Auffassung erlaubt es, die eigene Aktivität bei der Unterwerfung zu fassen und zu untersuchen und damit eine Verbindung herzustellen zwischen objektiven Strukturen und subjektiver Aneignung.« (73) Aus diesem Zusammenhang heraus kann dann auch die Frauenbefreiung als kulturelle Bewegung begriffen werden.

Keine der Frauen, die von Rudolph und Steinberg ständig entsprechend angegriffen werden, bestreitet, daß kapitalistische und patriarchalische Strukturen eng miteinander verflochten sind, daß das eine nicht unabhängig vom anderen gesehen werden kann, daß Frauenunterdrückung im Kapitalismus ein spezifisches Gesicht hat, dem Kapital nützt usw. Aber die *Argument*-Frauen — und da können und wollen wir ihnen folgen, da stimmen wir mit ihnen überein — halten diese Sichtweise nicht für geeignet, um Frauenunterdrückung *umfassend, ausreichend und überzeugend* erklären zu können. Wir finden es ebenfalls richtig und überzeugend, wenn sie die relative Eigenständigkeit des ideologischen Bereichs betonen, diesen berücksichtigt wissen wollen und deshalb *auch* an unseren verinnerlichten Werten und Normen ansetzen, sie aufdecken, hinterfragen, an ihnen arbeiten. Es erscheint uns zu platt und mechanistisch, ja zu ökonomistisch, wenn Rudolph und Steinberg schreiben: »Ist ihnen [den Werten und Normen, d.V.] die ökonomische Basis entzogen, so werden sie immer weniger als Handlungs- und Handlungsregulative angenommen, wie an der praktischen Lebenstätigkeit von Frauen in den Ländern des realen Sozialismus erkennbar ist. Anders gesagt: Werden diese Werte ihrer kapitalismusstabilisierenden Funktion beraubt, bleibt nichts von ihnen übrig, außer vielleicht der Begriff.« (186) Gerade wenn wir uns die Lebenssituation der Frauen in der DDR ansehen, werden wir stutzig: Bei aller Gleichberechtigung, die für die Frauen in den verschiedensten Bereichen durchgesetzt wurde, und bei all unserer Achtung vor diesen Verbesserungen hat sich doch an einem nichts geändert, nämlich daß es nach wie vor die *Frauen* sind, die weiterhin *die* Reproduktionsarbeit leisten und dafür *zuständig* sind. Darin sehen wir im übrigen ein weiteres Indiz für die relative Unabhängigkeit des Ideologischen im Frauenbefreiungskampf.

Wichtig erscheint es uns noch, abschließend auf das von Rudolph und Steinberg for-

multierte Politikverständnis einzugehen, weil es uns als unzureichend erscheint. »Das Ansetzen an den unmittelbaren Bedürfnissen, Klarheit darüber, welche Ziele mit welcher Strategie und welchen Bündnispartnern erreicht werden sollen und können und daraus abgeleitete Kampfformen ... sind unabdingbare Notwendigkeit sowohl motivierten politischen Handelns auf der Seite der einzelnen als auch erfolgreicher gesellschaftlicher Einflußnahme.« (188) Was sind denn unsere »unmittelbaren Bedürfnisse«? Läßt sich tatsächlich Klarheit darüber erreichen, welche *eine* Strategie es gibt? Wieso sind Rudolph und Steinberg eigentlich so überzeugt, daß unsere Ziele (wie immer die aussehen mögen) nur mit Bündnispartnern zu erreichen sind? Wer sagt uns denn, daß das, was für die Arbeiterbewegung gilt, tatsächlich auch stets und in allen Fragen für die Frauenbewegung zu gelten hat? Warum soll es ausgeschlossen sein, daß wir Frauen ganz andere, neue Wege gehen (müssen), um uns zu befreien?

Das Problem der Frauenunterdrückung ist vielschichtig, vielseitig; mindestens ebenso vielseitig muß der Kampf dagegen sein: RADIKAL, KREATIV, SUBVERSIV, KONSEQUENT ...!

Ein wenig anders wird der Begriff der Ideologie im neuen *Argument*(149) umschrieben. Hella Tiedemann-Bartels, die das Thema aufgreift, beschränkt sich allerdings auf den literarischen Bereich; für sie ist die ideologische Form der Literatur nahezu gleichbedeutend mit dem öffentlichen Ansehen der Literatur. Ihre Ausführungen dürften sich aber nur dem erschließen, der bereit ist, sich den Jargon der Zeitschrift anzueignen. Das gleiche gilt für die übrigen Aufsätze, die hauptsächlich um das Problem einer marxistischen Erziehungstheorie kreisen.

FAZ zu *Argument* 149

Die im siebenundzwanzigsten Jahr erscheinende Zweimonatsschrift fühlt sich einem »pluralen Marxismus« verpflichtet, sie kommt mit der beachtlichen Auflage von sieben-tausend Exemplaren heraus. Zuletzt machte sie über den engeren Kreis ihrer Anhänger hinaus von sich reden, als der Herausgeber Wolfgang Fritz Haug sich nachdrücklich für die »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss einsetzte.

Ironischerweise wird das Heft, dessen Autoren unverdrossen an einer scholastischen Denkweise, an einem umständlichen Doziergehabe festhalten, von einer sprachkritischen Glosse eingeleitet. Darin erklärt der ständige Kolumnist, Günther Anders, man solle die Dinge immer beim rechten Namen nennen; ein Unternehmer sollte zum Beispiel nicht von »freistellen« sprechen, wenn er Arbeiter entlassen will oder es muß. Vom Ton der übrigen Artikel hebt sich auch die Intervention Wolfgang Poppers ab. Er wendet sich gegen eine einseitige politische Vereinnahmung des Dichters Hans Henny Jahnn, er plädiert für eine Deutung, die nicht einzelne Aspekte seines Werkes, seien es ökologische oder pazifistische, isoliert, sondern sein Denken in Zusammenhang untersucht. Vor allem aber beklagt er, daß dieser wichtige Schriftsteller praktisch ganz vom Buchmarkt verschwunden ist ...

(Josef Quack in der FAZ-Rubrik »Aus deutschen Zeitschriften« vom 16.3.1985)

Kongreßberichte

»Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa«

IMSF-Konferenz, Frankfurt a.M., 16. bis 17. März 1985

Es ist kaum fünfzehn Jahre her, daß zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein quantitativ nennenswerter Teil der Kopfarbeiter aus der Erfahrung politischer Grenzen des antiautoritären Spontaneismus wie des sozialdemokratischen Reformismus heraus in die DKP eintrat oder sie doch zumindest als politischen Faktor wichtig nahm. Das Verhältnis der Intelligenz zur gerade neugegründeten DKP war besser als das der Arbeiter zur »Partei der Arbeiterklasse«. Damals hat sich das IMSF zuerst theoretisch für dieses Phänomen zu interessieren begonnen und das veränderte Verhältnis von Teilen der Intelligenz zur kommunistischen Partei im wesentlichen daraus erklärt, daß sich die Lage der Intelligenz als Schicht der Arbeiterklasse annäherte.

Was interessiert das IMSF heute an diesem Thema? Trotz Berufsverboten und trotz »Wende« hat die Linke in der Bundesrepublik ihre kulturelle Hegemonie nicht eingebüßt, hat auch die DKP nicht alle Anziehungskraft auf die Intelligenz verloren. Man sieht, daß die neue Rechte bei uns neue Strategien im Kampf um die Köpfe zu entwerfen beginnt; man sieht beim Blick über die Grenze, daß weit stärkere kommunistische Parteien wie KPI und KPF drastisch an Einfluß auf die Intellektuellen verloren haben; daß angesichts der technologischen Veränderungen die betriebliche Intelligenz wichtiger wird, ohne daß man auf all dies in neuer Weise zu reagieren wüßte. Freilich hat man diese Probleme nicht als präzise Fragen gestellt, und so gaben denn die Referate ganz verschiedene Antworten auf ganz verschiedene Fragen, bezogen sich nicht kritisch aufeinander, vermieden die wunden Stellen und den Austrag von Kontroversen. So entstand ein Potpourri: Rolf Knecht, Betriebsrat bei Honeywell, sieht die betriebliche Intelligenz bereits weitgehend proletarisiert, nur noch durch ihre Illusionen von der Arbeiterklasse getrennt. Heinz Jung, Direktor des IMSF, hob dagegen — ohne zu widersprechen — die eigenständigen Interessen und Bewegungsformen der Intelligenz seit der Studentenbewegung hervor. Während Vic Allen, Professor an der Universität Leeds, den Intellektuellen einschärfte, bloß nicht zuviel Aufhebens von und mit ihren Köpfen zu machen (»über den Kapitalismus wissen wir schon genug, wir brauchen keine weiteren Bücher«), brachte Erich Hahn (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) den Versammelten bei, daß der Sozialismus ohne die Intelligenz nicht zu machen sei usw.

Außer, daß die Intelligenz an der Seite der Arbeiterklasse zu stehen habe und keinesfalls frei schweben solle, gab es kaum wirklichen Konsens. Die Frage, was dort an der Seite der Arbeiterklasse denn real zu tun wäre und wie man verhindern kann, daß man gemeinsam mit ihr stehen bleibt; die Frage nach einer Theorie der Intelligenz, der Intellektuellen, nach einer begründeten Strategie des Kampfes um die Köpfe wurde mehr gestreift als gründlich debattiert, nicht einmal die vorhandenen Theorien gründlich gesichtet (z.B. fehlte Brechts Beitrag ganz, was man von Gramscis Theorie des »organischen Intellektuellen« lernen kann, wurde durch Mazzones Referat nicht deutlicher usw.).

Daß der Nutzen der gebotenen Referate keineswegs immer auf der Hand lag, führte im Verein mit der professoralen Sprechweise bei den zum Zuhören Verurteilten zu einem latenten Intellektuellen(selbst)haß, dem Frank Deppe aus politischer Einsicht wie aus Pietät dem Genius loci gegenüber (Adornos Hörsaal an der Frankfurter Universität) zum Glück entgegentrat.

Während die Auswahl der ausländischen Referenten (z.B. die Vertreter der englischen und italienischen KPs) keineswegs immer repräsentativ für die kommunistischen Intellektuellen ihres Landes waren, hatte man sich bemüht, aus der Bundesrepublik alle einzuladen, die mit Kommunisten über die Intellektuellenproblematik zu reden bereit sind.

Daß der Vertreter der Grünen kurzfristig abgesagt hatte, zeigt an, daß auf vielen Gebieten die Dialogfähigkeit zwischen verschiedenen demokratischen und oppositionellen Gruppierungen noch kaum entwickelt ist. Darüber hinaus ist es dafür charakteristisch, daß auch die Grünen, obgleich sicherlich gegenwärtig in besonderer Weise Kristallisationspunkt politischer Hoffnungen der Intelligenz, keine wirklich hegemoniale Intelligenzpolitik entwickelt haben. Mechthild Janssen war die einzige Dame im Gruppenbild der Referenten des ersten Tages.

Die inner-marxistischen Kontroversen um Intelligenzpolitik wurden am zweiten Tag direkt thematisiert: Wissenschaftliche Kritik richtet sich — wie Klaus Holzkamp (Hrsg. *Forum Kritische Psychologie*) darlegte — nicht nur gegen die bürgerliche Gesellschaft; sie muß auch »im Vollzug der Kritik immer wieder bis an die Grenzen der ideologisch-politischen Grundlagen der demokratischen bzw. Arbeiterbewegung gehen.«

Das Problem: wie ist zu verhindern, daß unter dem konkurrenzbestimmten Individualisierungszwang in der bürgerlichen Gesellschaft Kritik unterderhand zur Standpunktlosigkeit verkommt, zur Verabsolutierung der »kritischen Potenz« — wodurch die Intellektuellen »für die Arbeiterbewegung, damit für sich selbst, verloren« wären? Holzkamp schlägt Formen der Selbstorganisation von Wissenschaftlern vor: mitzuarbeiten in »wissenschaftlichen Entwicklungsrichtungen, die Bewegungen und Möglichkeiten von historischer Größenordnung sind«.

Helga Karl (*Argument*) setzte sich kritisch mit Heinz Jung auseinander, der die »Identität des Marxismus« als Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit sichern wollte durch die Forderung nach Anerkennung verschiedener von ihm aufgelisteter Kriterien. Unterstellt ist dabei Marxismus als geschlossenes System, das es zu bewahren gilt. Im Effekt drohte diese Art, Einheit herzustellen, spaltend zu wirken: die Weiterentwicklung des Marxismus, die Antwortversuche auf neue Probleme werden (vor)schnell zu »Abweichungen« gemacht.

H. Karl schlug vor, davon auszugehen, daß es weltweit und in unserem Land verschiedene Artikulationszentren des Marxismus gebe, Einheit solle man als Einheit von Unterschieden und sogar Gegensätzen auffassen. Einheit sei nur herzustellen durch eine Politik, die Politik und Wissenschaft je eigene Räume garantiert, sie zusammenbringt, ohne sie zusammenfallen zu lassen.

Vielfalt ja, aber ob »pluraler« Marxismus nicht doch zu einem »pluralistischen« (so bezeichnet von H. Jung) werde, das sei als empirische Frage zu stellen und zu untersuchen, betonte Hans Jörg Sandkühler in seiner Replik.

Höhepunkt des Kongresses war eine Abendveranstaltung, in der Wolfgang Abendroth, Josef Schleifstein und Hans Brender, von richtigen Fragen der Diskussionsleitung geleitet, auf zugleich fesselnde, offene und produktive Weise Auskunft über ihr Leben in der Arbeiterbewegung gaben. Da konnten Fehler eingestanden werden, die in der Geschichtsschreibung und der Theorie längst nicht eingestanden sind, da gewann die Tagung jene Offenheit, Solidarität und Lebendigkeit, jene Konzentration auf die wichtigen Fragen, die man ihr insgesamt gewünscht hätte und künftigen Tagungen über dieses Thema, die es hoffentlich geben wird, wünschen mag.

Karl Heinz Goetze (Bremen, Nizza)

Arbeitsgruppe 5: Neue Politisierung? Rolle der Intelligenz in sozialen Kämpfen, Friedensbewegung und Alternativbewegungen

Ich berichte von dieser Arbeitsgruppe, in der es, unter der Leitung von Mechthild Jansen und Hans Jürgen Krysmanski, eine gute Diskussion gab. Wolfgang Gehrke von der DKP Hamburg und ich konnten mit unseren Eingangsreferaten den Diskussionsrahmen aufspannen. Ich schlug ein neues Verständnis von politischen Intellektuellen der Linken vor als »Spezialisten für Zusammenhänge«. Aus der Krise der bloßen »BewegungsinTEL-

lektuellen« und des klassischen Parteifunktionärs in der Arbeiterbewegung schloß ich auf die neue Anforderung an politische Intellektuelle, vom Standpunkt »ihrer« Bewegung an der Verknüpfung unterschiedlicher Bewegungen und der von ihnen artikulierten Probleme zu arbeiten. Gehrke sah als Schwäche der DKP in der Vergangenheit, daß sie die neuen Bewegungen nicht in ihr Politikkonzept aufgenommen hat. Mir gegenüber bestand er darauf, daß sich marxistische Intellektuelle als »Sprachrohr einer Klasse«, der Arbeiterklasse, verstehen müßten. Auch Beate Landefeld (Essen) hatte mich im Sinne einer »freischwebenden Intelligenz« verstanden, deren Züge aus ihrer eigenen Geschichte abzuleiten seien. Ihr Gegenbeispiel schien mir aber gerade ein Beleg für meine These neuer politischer Intellektueller zu sein: Der grüne Wirtschaftspolitiker Stratmann setze sich in Nordrhein-Westfalen deswegen für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie ein, weil ihn die Kämpfe der Arbeiter dazu drängen, die in der grünen Partei ansonsten wenig repräsentiert seien. Zur Frage des Klassenstandpunkts marxistischer Intellektueller führte eine Diskussionsteilnehmerin die fruchtbare Unterscheidung ein zwischen den Standpunkten als »Ausgangspunkten des Denkens« und der davon verschiedenen Frage, wie ein Zusammenhang zwischen den verschiedenen Standpunkten in einem links-alternativen Block gestiftet werden kann. In diesem Sinne könnte man ja Wolfgang Gehrke als gegensinnige Parallele zu Stratmann ansehen: er setzte sich, vom Standpunkt der DKP aus — gar nicht »freischwebend« — für ein Bündnis mit den Alternativen ein und versuchte, die Fragen der Grün-Alternativen denen der Arbeiterbewegung anzulagern. — Gehrke war noch in einem anderen Punkt mit mir nicht einverstanden: darin, daß ich die Verschmelzung von Intellektuellen (»Partei« im Sinne Gramscis) und Staat im Sozialismus problematisierte, sah er die Tendenz, der Machtfrage auszuweichen. Mir schien, daß für die staatssozialistischen Ländern gesellschaftliche Macht und Staat nicht gleichgesetzt werden dürfe und die Eroberung der Staatsmacht — wie in den ersten Jahren der Sowjetmacht — von Anfang an mit ihrer Vergesellschaftung verbunden werden müsse. — Die beiden Diskussionsstränge »Standpunkt der Intellektuellen« und »Intellektuelle und Macht« liefern in der Frage der Pluralität von marxistischen Standpunkten, und wie man damit umgehen soll, zusammen. Wieland Elfferding (Berlin/W.)

Arbeitsgruppe 10: Frauen in Wissenschaft und Intelligenzberufen

Gemäß dem Slogan einer früheren IMSF-Frauentagung: Wir wollen alles: Familie, Beruf, Politik, ordneten sich die Themen in der Frauenarbeitsgruppe. Im ersten Komplex stellten Gisela Notz und eine SOST-Referentin Eingangsthesen zum »weiblichen Lebenszusammenhang« vor. Einigkeit herrschte über die notwendige Veränderung der Hausarbeit, eine bessere Verteilung unter den Geschlechtern. Differenzen bestanden in der Einschätzung der Familie: betonte die erste Referentin den eher einengenden Charakter, begriff die zweite Familie als Individuierungsinstitution par excellence. In den Berichten wurden Themen wie die Privatförmigkeit des Frauendaseins, die ausschließliche Zuständigkeit für die individuelle Reproduktion, die strukturellen Verhinderungen von Erwerbsarbeit nebeneinander gestreift. Im zweiten Teil, der das Thema Methoden und Inhalte von Frauenforschung hatte, erzeugte Annette Kuhn mit ihren — sehr allgemeinen — Thesen große Zustimmung: sie wies auf die Unabdingbarkeit von Marxismus hin und verlangte zugleich eine notwendig autonome Frauenforschung: Marxismus reiche nicht aus, die spezifischen Erfahrungen von Frauen zu begreifen. Das Spezifische faßte sie als Wahrnehmungsweisen, als Verarbeitung von Erfahrungen und als unterschiedene Tätigkeiten von Frauen. Alma Steinberg — die die Sitzung leitete — widersprach, ohne die Probleme selbst aufzugreifen: Marxismus habe alles, was zu Frauen geforscht werden müsse oder könnte, »bei sich«. Iris Rudolph faßte Marxismus als geschlossene Philosophie, die nur noch konkretisiert werden müsse für einzelne Fragen. Ich selber stiftete eine Art negative Unruhe, als ich mich sowohl auf Marx und seine radikale Problemskizze

in der Deutschen Ideologie zur Überlagerung von geschlechtsspezifischen und herrschaftsförmigen Arbeitsteilungen bezog, wie auf Holzkamp, der sich u.a. das Auseinandergerissensein von individueller und gesellschaftlicher Reproduktion zum Problem machte. Ich stellte feministische Leseweisen von marxistischen Theoretikern vor — fehlende Unabhängigkeit von »großen Männern« (Marx und Holzkamp) —, insofern eine dogmatische Haltung zu Frauenfragen, wurde mir vorgeworfen.

Obwohl Marxismus-Feminismus Thema dieser Arbeitsgruppe war, blieben die Beiträge unverbunden polar: Einerseits wurde um die gesellschaftlich notwendige Hausarbeit gestritten, andererseits weigerten sich dieselben Personen, den Vorschlag von A. Kuhn mitzumachen, den Arbeitsbegriff von Marx zu »erweitern«.

Je konkreter an den eigenen Erfahrungen diskutiert wurde, desto »feministischer« wurden viele Frauen; sobald man zu allgemeinen Schlüssen kommen wollte, wurde auf einen vollständigen Marx verwiesen. Was feministische Forschung innerhalb von Marxismus bedeutet oder bedeuten kann, blieb eine ungeklärte Frage, der man sich nur ungerne stellte.

Kornelia Hauser (Hamburg)

Arbeitsgruppe 13: Intelligenz im Betrieb

Um die Umbrüche in der Produktion, die soziale Stellung der technischen Intelligenz und Konzepte einer betrieblichen Intellektuellenpolitik ging es in der von Hellmuth Lange (Bremen) und Stephan Voets (Parteivorstand der DKP) geleiteten Arbeitsgruppe. Spannende Erfahrungsberichte prägten den ersten Teil der Diskussion: eine Mathematikerin machte auf die strategische Stellung der technischen Intelligenz durch Integration von Managementaufgaben (Kalkulation, Kostenkontrolle) in die Ingenieursarbeit aufmerksam; eine Informatikerin bestritt die oft behauptete Tendenz zur Zerstückelung der Ingenieursarbeit — die Tendenz seien Projektgruppen mit verschiedenen Kompetenzen; ein Software-Ingenieur behauptete, das Management versuche, eine »angenehme Arbeitsatmosphäre« zu schaffen: bei Stress sei die Fehlerquote zu hoch (hohe Folgekosten für das Unternehmen). Ein anderer sprach von Belastung: Sich ständig neu auf andere Kollegen einstellen zu müssen bei Projektorganisation sei für ihn das Schwierigste. Die technische Intelligenz organisiere sich, wenn überhaupt, nur berufsständisch, kaum in der Gewerkschaft; das gelte nicht für Programmierer, widersprach ein Sachbearbeiter aus einem Betrieb mit großer EDV-Abteilung. Die EDV-Leute seien die Gruppe mit der größten Produktionsmacht, mit der höchsten Qualifikation und dem höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad; hohes »Berufsethos«, starkes Interesse an der Arbeit sei kennzeichnend für die »alte« (Ingenieure) und »neue« (z.B. Informatiker) technische Intelligenz. Dies wurde z.T. explizit formuliert gegen die These einiger Sozialwissenschaftler, Automation führe zu Dequalifizierung und höherer Belastung, z.T. koexistierten bei ein und derselben Person solche theoretische Annahmen und widersprechende praktische Erfahrungen (unbemerkt oder in der Form: »ja, aber an meinem Arbeitsplatz nicht«). Gemeinsam war vielen, sich in einer Zwickmühle zu befinden: Spaß an ihrer (Automations-)Arbeit zu haben und als Linke ein schlechtes Gewissen haben zu müssen deswegen. Als ich in dieser Situation Ergebnisse aus der Arbeit des PAQ (Projekt Automation und Qualifikation) referierte, hatte es den Effekt einer Ent-Blockierung: Automation als Umbruch in der Produktionsweise mit Chancen für die Arbeitenden, mit neuen Stützpunkten für ein sozialistisches Projekt, die oft zugleich neue Einbruchstellen für Unternehmerherrschaft sein können; als Aufgabe, konkrete Automationspolitiken zu entwickeln, in denen das Interesse an guter und nützlicher Arbeit verbunden ist mit Widerstand und Aufbau von Gegenmacht. Es wurde darüber geredet, wie die vielen Kompetenzen, bisher zusammengefügt nur vom Unternehmer, einzubringen sind in sozialistischer Perspektive: die Erarbeitung von betrieblichen Aktionsprogrammen schlug Niels Beckenbach (Kassel) vor; andere werteten Erfahrungen aus gewerkschaftlichen In-

genieursarbeitskreisen aus. Die Arbeitsgruppenleiter zogen das Resümee: wir brauchen eine Politik, die die Arbeiter als Ausgebeutete schützt und zugleich auf die Arbeiter als Produzenten setzt.

Helga Karl (Berlin/W.)

Neue Informationstechnologien — Arbeit — Qualifikation

2. Fachtagung des DGB-Projekts Kooperation von Hochschulforschung und Gewerkschaften, Kassel, 18. bis 19. Januar 1985

Das »Kooperations-Projekt« ist ein seit zweieinhalb Jahren bestehendes, vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft gefördertes Forschungsvorhaben des DGB-Bundesvorstands, dessen Aufgabe es ist, Kooperation von Hochschulforschung und Gewerkschaften in DGB-Kooperationsstellen an fünf Hochschulorten (Dortmund, Hamburg, Kassel, Oldenburg und Tübingen) zu erproben. So hat beispielsweise die DGB-Kooperationsstelle Kassel zusammen mit Arbeitswissenschaftlern der Gesamthochschule Kassel und der IG Metall eine Untersuchung aller auf dem bundesdeutschen Markt angebotenen CNC-Steuerungssysteme organisiert. Beabsichtigt ist, Betriebsräte in die Lage zu versetzen, bei der Einführung von CNC-Maschinen eigene Konzepte und Forderungen der Arbeitsgestaltung zu entwickeln und durchzusetzen, um schließlich auch auf CNC-Herstellerfirmen Druck auszuüben (»Marktmacht der Betriebsräte«).

Die Eröffnungsveranstaltung brachte Einführungsreferate von Eberhard Fehrmann, Abteilung Technologie beim DGB-Bundesvorstand (»Technologiegestaltung als neue gewerkschaftliche Aufgabe«), Herbert Kubicek, Universität Trier (»Verantwortung der Wissenschaft bei der Erforschung und Anwendung neuer Informationstechniken«) und Karl-Heinz Homburg vom Betriebsrat VW Baunatal (»Erfahrungen mit der Anwendung von Informationstechnik in der Automobilindustrie«). In sechs Arbeitsgruppen wurden Ergebnisse der Arbeit der fünf DGB-Kooperationsstellen — gemeinsame Forschungsprojekte zu Fragen der Entwicklung und Anwendung der Informationstechnologie — vorgestellt und Perspektiven der Forschungsk Kooperation im Rahmen einer gewerkschaftlichen Strategie humaner Arbeits- und Technikgestaltung diskutiert. Die Ergebnisse des Erfahrungsaustauschs und der Diskussionen lassen sich so zusammenfassen:

1. Arbeitnehmerorientierte Forschungsansätze und -aktivitäten führen nach wie vor in den Hochschulen ein Nischendasein. Die bisherigen Projekte der Kooperationsstellen sind meist kleinere, anwendungsbezogene Projekte.

2. Die gerade im Zusammenhang einer gewerkschaftlichen Strategie der Arbeits- und Technikgestaltung sehr wichtigen Natur- und Ingenieurwissenschaften sind den Gewerkschaften nach wie vor überwiegend verschlossen. Die disziplinären Strukturen sind — trotz sich entwickelnder positiver Ansätze, wie z.B. das geplante Wissenschaftszentrum Angepaßte Technologie in Kassel — immer noch sehr starr.

3. Die Gewerkschaften sind kein relevanter Drittmittelgeber und können es auch gar nicht sein. Die gewerkschaftliche Beteiligung in den Institutionen der Forschungsförderung ist minimal. Das zentrale Instrument der Lenkung von Forschung, die Drittmittel, kann also von den Gewerkschaften kaum genutzt werden.

4. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen, ihr praktischer Nutzen in der gewerkschaftlichen Interessendurchsetzung, ist ein erst in Ansätzen sich entwickelnder Prozeß — trotz großer Nachfrage. Weiterbildung bekommt in diesem Zusammenhang zunehmende Bedeutung. Gewerkschaftliche Technologieberatung ist ebenfalls ein zentrales Element von Kooperation. Beide Arbeitsformen: Weiterbildung und Technologieberatung, sind freilich nicht nur »Forschungstransferinstrumente«, sondern wesentlich zugleich auch Medien der Entwicklung und Artikulation von Forschungsbedarf der abhängigen Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

5. Es geht nicht nur um wechselseitigen Transfer zwischen Gewerkschaften und

Hochschulforschung, sondern um Veränderungen innerhalb der Systeme selbst: Pluralismus der Inhalte, Methoden und wissenschaftstheoretischen Ansätze in der Hochschulforschung einerseits, Forschungspolitik der Gewerkschaften andererseits sind die zentralen Stichworte. Es müssen mehr Forschungsprojekte stattfinden, die nicht nur für die Gewerkschaften relevante und handhabbare Ergebnisse produzieren, sondern auch im Forschungsprozeß selber Kooperation praktizieren. Die Arbeit der Kooperationsstellen bietet hierfür Beispiele, obwohl strukturelle Veränderungen noch in weiter Ferne liegen.

6. Kooperation von Gewerkschaften und Hochschulforschung ist also eine langfristige Aufgabe. Wenn die Kooperation von Unternehmern und (insbesondere) Technikforschung in den Hochschulen in der Tendenz flächendeckend institutionalisiert wird (obwohl hier traditionell enge Zusammenarbeit in nicht-institutionalisierter Form besteht), um wieviel mehr bedarf die Kooperation von Gewerkschaften und Hochschulforschung dauerhaft institutionalisierter Formen!

Hin und wieder findet sich noch die Illusion, Technologietransferstellen könnten sowohl für die Unternehmens- als auch für die Gewerkschaftsseite arbeiten, obwohl die bisher vorliegenden Erfahrungen eindeutig die Notwendigkeit und den Anspruch der Gewerkschaften auf eigene regionale Kooperationsinstitutionen begründen. Technologietransferstellen können nicht für beide Seiten arbeiten, da sie sonst ihre wesentliche Arbeitsgrundlage, die »Akzeptanz« durch die Unternehmer, verlieren. Beiträge und Diskussionen der Tagung werden von der DGB-Kooperationsstelle Gewerkschaften — Hochschule in Kassel in Kürze publiziert.

Thomas Hoffmann (Kassel)

5. Hamburger Frauenwoche

11. bis 16. März 1985

Die Frauenwoche, getragen vom Verein »Frauen lernen gemeinsam«, ist in Hamburg mittlerweile zu einer Institution geworden, von der Impulse ausgehen. Vor ca. zwei Jahren wurde in Anlehnung daran das Autonome Frauenbildungszentrum gegründet; in vielen Gruppen wird auf die Frauenwoche hingearbeitet, um dort eigene Arbeitsschwerpunkte vorzustellen und Fragen zu diskutieren.

Diesmal ein Jubiläumsdatum! Daß dies nicht in einer Art historischem Rückblick »kritisch gewürdigt« wurde, liegt unter anderem an der Weise, wie die Woche jeweils zustande kommt: eine personale Kontinuität gibt es nicht, jedes Jahr bilden neue Frauen die Organisationsgruppe, die Arbeit ist aufwendig und muß unbezahlt geleistet werden.

Anders als im letzten Jahr (vgl. *Das Argument* 145, 444) fehlte diesmal ein programmatisches Motto, was die TAZ zum Anlaß für vernichtende Kritik nahm: dem Programm fehle die politische Ausrichtung, es stelle lediglich eine Art feministischen Volkshochschulangebots dar. Die Bestimmung dessen, was politisch gewesen wäre, lieferte die Kritik leider nicht mit. — Die Frauenwoche bietet einen kulturellen Rahmen ohne politisch-inhaltliche Ausgrenzungen. Einfluß hatten die Organisatorinnen dieses Mal auf die strukturelle Anordnung genommen: die Vormittage waren reserviert für Blockseminare zu den Themen Politik, Polygamie, Lesben, Technologie, Sucht, Ökonomie. Diese neue Form ermöglichte eine intensive Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themen, was von vielen Frauen genutzt wurde. Zugleich wurde damit das unverbindliche Hereinschnuppern verhindert und den Frauen eine thematische Spezialisierung abverlangt. Die Nachmittage boten die übliche Vielfalt von über 300 Einzelveranstaltungen. An einem Punkt stimmt die TAZ-Kritik: es fehlte an vernetzenden Veranstaltungen. Da sich ein Zusammenhang nicht von selbst »einstellt«, braucht es dessen Planung. So hätten die Einführungsveranstaltungen zu den Blockseminaren genutzt werden können für übergreifende, orientierende und fragende Referate.

Aufgrund der Heterogenität der Woche ist es unmöglich, einen Gesamtüberblick zu geben. Die folgenden Einzelberichte dokumentieren die Vielfalt.

In einem Blockseminar zur »Gentechnologie« arbeiteten kontinuierlich 45 Frauen; groß war der Bedarf nach Informationen über die Technik, die Interessen der Betreiber, die besondere Betroffenheit von Frauen und mögliche Gegenstrategien. Vorherrschend war eine Technik ablehnende Haltung bei gleichzeitiger Unsicherheit, ob Frauen sich auf eine herrschaftsfreie Natürlichkeit berufen könnten bzw. wie perspektivische feministische Gesellschaftsentwürfe die Technik-Herrschaftsfrage lösen sollten. Das thematische Interesse war so groß, daß sich einige Frauen zu einer Arbeitsgruppe zusammenschlossen.

Seit drei Jahren bieten feministische Theologinnen der »Initiative Frauenwerkstatt« auf der Hamburger Frauenwoche religiöse Themen an auf der Suche nach einer weiblichen Spiritualität. Dieses Jahr standen ihre Beiträge unter dem Motto: Rundheit, Ganzheit. Die erstaunlich gut besuchten Veranstaltungen begannen mit gemeinsamem Atmen, Summen, rhythmischem Wiegen und gegenseitigem Berühren. In der anschließenden Diskussion von Bibelstellen fragten die Theologinnen nach Identifikationsmöglichkeiten: »Welches ist Euer verllorener Groschen? — Ich habe mal einen Ring verloren, die Geduld verloren, ein Stück von mir selbst verloren ...« Es gab nur wenig Kritik an dem Vorgehen, Identifikation als Erkenntnismittel zur Entwicklung einer feministischen Theologie einzusetzen. Sie wurde zurückgewiesen mit der Aufforderung, sich zu öffnen, sich nicht ständig mit dem Verstand zu blockieren.

Trotz des Mangels eines politischen Mottos fehlte es nicht an Politikveranstaltungen. Während frau sich in einer Veranstaltung mit der Analyse begnügte, daß es an feministischen Gesellschaftsutopien mangle, was die einzelnen Frauen das Glück im Privaten suchen ließe, war der Pragmatismus in den Berichten der GAL-Frauen über ihre Arbeit in den Bezirksparlamenten eher belebend. In den einzelnen Schritten, mit denen das Schließen einer städtischen Kindertagesstätte verhindert worden war, hatte die Politik ihre Bedrohlichkeit verloren und war für die Frauen zu einer Chance geworden, sich »schlau zu machen« im Umgang mit Gremien und Institutionen. Auf die Frage, ob es denn gelungen sei, feministische Positionen einzubringen, entstand eine Kontroverse. Eine Mehrheit fand schon den Anspruch auf »feministische Politik« unzulässig, da Frauen doch »bessere Politik für alle Menschen« machen sollten. Das Formulieren dieser bekannten und wichtigen Fragen machte uns zugleich deutlich, wie wenig Frauen bisher von der Frauenpolitikdebatte erreicht wurden.

Frauen, macht feministische Betriebspolitik! Das war die implizierte Handlungsaufforderung von neun erwerbstätigen und in unterschiedlichen Einzelgewerkschaften organisierten Frauen, die sich überbetrieblich und quer zu allen Gewerkschaften zusammengeschlossen haben. Ihre Erfahrungen verallgemeinernd arbeiteten sie heraus, daß es nur wenige »Männer-mehrheitsfähige« Frauenforderungen gibt, daß somit Fauengewerkschaftsarbeit immer auch ein Kampf gegen die Handlungs- und Entscheidungsstrukturen dieser traditionell männlichen Organisation sein muß.

Die Arbeitslosigkeit steigt, und zunehmend sind Frauen davon betroffen. Diesem Problem will das neugegründete, über ABM-Gelder finanzierte Projekt »Frau und Arbeit« begegnen. Vermitteln wollen sie, welche (staatlichen) Finanzierungsmöglichkeiten es für autonome Frauenprojekte gibt: Informationen über ABM, Weiterqualifikationsangebote (Buchführung etc.) für laufende Projektarbeit und Unterstützung bei Neuplanungen. Die Diskussion zeigte die Größe des Bedarfs an solchen Hilfeleistungen, zugleich jedoch auch eine Paradoxie: materiell abgesichert bzw. abhängig von Ehemännern oder Eltern kommt ein großer Teil von Frauen nie in die Berechtigung zu einer solchen Stelle. Das Problem der Entstehung eines »2. Arbeitsmarktes über ABM« mit erheblich schlechteren als den tariflich ausgehandelten Bedingungen wurde immer wieder kritisch bemerkt, auch daß mit diesen Maßnahmen die strukturelle Arbeitslosigkeit nicht behoben werden kann. Zugleich fehlt es an umfassenderen Strategien, und die einzelnen

klammern sich an den Strohalm ABM. — Die geplante Novellierung des Scheidungsrechtes berücksichtigt wieder stärker als bisher das eheliche (und nacheheliche) Verhalten bei der Bemessung des Unterhaltes nach einer Scheidung, stellt also eine Abkehr vom Zerrüttungsprinzip der 77er Reform und eine Rückkehr zum Schuldprinzip dar. In drei Veranstaltungen wurden kurz die Vor- und Nachteile für Frauen dargestellt. In den meisten Fällen sind sie die Unterhaltsbedürftigen. Die Referentinnen der ersten zwei Veranstaltungen waren Anwältinnen, so daß die anwesenden Frauen die Gelegenheit nutzten, um allgemeine Tips für das Verhalten während einer Scheidung zu bekommen. Neben dieser Art Erfahrungsaustausch wurde auch allgemeiner das Problem der finanziellen Abhängigkeit von Frauen diskutiert. Gestritten wurde darum, ob es günstiger sei, auf jeden Fall unabhängig zu sein, wenn auch über einen monotonen Job, oder ob eher die Bedingungen für die Haus- und Familienarbeit verbessert werden sollten. Insgesamt war Resignation zu spüren; während die Frauen in den Jahren zuvor noch Alternativen zur Familie diskutierten, wie Wohngemeinschaften, wollten sie nun die stärkere Beteiligung der Männer. Ein Projekt zum Zusammenleben, das nicht annähernd »lebenslang« hält, war ihnen für die Kindererziehung zu unsicher. In einer anderen Veranstaltung wurde über die materielle und soziale Situation alleinstehender — im juristischen Sinne zu verstehen, d.h. lediger, verwitweter und geschiedener — Frauen informiert. In der BRD sind dies gegenwärtig über 9,3 Mio (= 38,6%). Die anschließende lebhafteste Diskussion unter 65 Frauen zeigte, daß für die meisten, anders als vielleicht erwartet, das »Alleinstehen« ein selbstbestimmteres Leben ermöglicht.

Für ältere Frauen gab es nur wenige Angebote auf der Frauenwoche. Daß der Bedarf groß ist, zeigte sich bei der Veranstaltung »Universität des 3. Lebensalters, Studium für Senioren in Hamburg?«. Der Raum platzte aus den Nähten. Gefordert wurden mehr intellektuelle Angebote, die Möglichkeit wissenschaftlichen Lernens auch mit qualifizierten Abschlüssen, um der gesellschaftlich erzeugten Abhängigkeit zu entkommen, die die Lebenssituation vieler Älterer bestimmt. Beispiele von Seniorenstudien aus Marburg und Frankfurt zeigen auch für Hamburg Perspektiven auf: Die Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung ist an Kontakten interessiert, um das Projekt (nicht nur für Frauen) voranzutreiben, Schwellenängste abzubauen und den im Hochschulrahmengesetz festgelegten Weiterbildungsauftrag auf diese Weise zu nutzen.

Die Frauen der britischen Bergarbeiter haben wesentlich zum Überleben im Streik beigetragen. Sie haben Gemeinschaftsküchen und Spendenverteilungsstellen eingerichtet, Streikposten gestanden trotz des Widerstands der eigenen Männer, Rundreisen für internationale Solidarität organisiert. Wie wird es weitergehen, nachdem der einjährige Streik nun beendet ist? Dies war die Frage vieler Frauen, die sich trotz des späten Termins am Abschlußtag noch im Hörsaal trafen, um mit Leslie Boulton aus Sheffield, die in Greenham Common und in einem der zahlreichen Streikunterstützungskomitees aktiv ist, zu diskutieren. Beeindruckend schilderte sie, wie es gelang, Berührungängste und Vorurteile abzubauen und im Zuge des Streiks eine nationale Frauenorganisation zu gründen. Das Ende des Streiks treibt sie nicht auseinander; weiter wollen sie zusammen kämpfen, für Frieden, für Gesundheit. Was sie brauchen, ist auch unsere praktische Solidarität. Dies war eine der wenigen internationalisierenden Veranstaltungen. Wir sollten auf künftigen Frauenwochen viele solche haben, wenn es stimmt, daß die Frauenbefreiung nur als weltweites Projekt gelingen wird.

Sünne Andresen, Gerlinde Reiters, Angelika Nette, Sieglinde v. Wasielewski,
Gabriele Runge, Barbara Ketelhut, Sigrid Meier, Ursula Czock (Hamburg)

Besprechungen

Philosophie

Forget, Philippe (Hrsg.): Text und Interpretation. Deutsch-französische Debatte mit Beiträgen von J. Derrida, Ph. Forget, M. Frank, H.-G. Gadamer, J. Greisch und F. Laruelle, Wilhelm Fink Verlag, München 1984 (225 S., br., 27,80 DM)

Das Gespräch zwischen Neostrukturalismus und Hermeneutik, von Manfred Frank unermüdlich in zahlreichen Publikationen gefordert, erweist sich im vorliegenden Sammelband, zumindest soweit die Hauptkontrahenten Derrida und Gadamer betroffen sind, als »Unwahrscheinliche Debatte« (Forget, 7). In Frage steht der Universalitätsanspruch der Hermeneutik, die Behauptung der Möglichkeit der Konstitution von Sinn. Gadamer vertritt sie nach wie vor — mit starkem Akzent auf dem »guten Willen« (38) der Sprecher, auf der »Spannung von Selbstaufgabe und Selbstbezug« (30). Insofern bleibt der hermeneutische Zirkel Modell allen Verstehens, »die Zirkularität, die zwischen Verstehendem und dem, was er versteht, kreist, echte Universalität« (29), und es wäre eine »wahrhaft sinnwidrige Forderung«, diesen Zirkel aufbrechen zu wollen. Der neostrukturalistische Textbegriff kann in dieser Perspektive keine Herausforderung darstellen: das in wechselseitiger Annäherung erreichte Verständnis des Gesagten ist prinzipiell erreichbar. Vorausgesetzt wird nur, daß »eine Äußerung akustisch verständlich ist oder daß eine schriftliche Fixierung sich entziffern läßt. (...) Der Text muß lesbar sein.« (35) Bereits diese Prämisse hat sich Derrida in seiner Kritik am abendländischen Logo- und Phonozentrismus zum Problem gemacht: Verständnis, Entzifferung, Lesbarkeit erschienen ihm als Kategorien des Bruchs, der Diskontinuität, der ständigen Umstrukturierung des Signifikantenmaterials, so daß zweifelhaft wird, ob wir überhaupt die Erfahrung machen, »daß im Dialog 'Einvernehmen' oder erfolgsbestätigende Zustimmung zustandekommt« (58). Zwar mag der an Gadamer gerichtete Vorwurf, seine Redeweise gehöre »einer vergangenen Epoche an, nämlich jener der Metaphysik des Willens« (57), seinerseits von nicht minder fragwürdigen Universalitätsansprüchen und Ausschließungsgebärden zeugen, doch fällt es tatsächlich schwer, Gadamers Äußerungen zu »textwidrigen Texten« (43) zu folgen, etwa denen der »öffentlichen Meinungsbildung«, die »ideologischen Einschlag« zeigen. Ideologie meint hier, daß nicht »eine wirkliche Meinung verbreitet wird, sondern ein dahinterstehendes Interesse, dem sie als Vorwand dient« (43). Eine ideologiekritische Haltung ist für Gadamer folglich selbst auch ideologisch, da sie im Insistieren auf der eigenen Interesselosigkeit ihre »Vorwandhaftigkeit maskiert« (44). Einem ähnlich rationalistischen Vorurteil verfällt bei Gadamer die Traumdeutung, die »hinter den Fragmenten der Traumerinnerung einen wahren Sinn zu enthüllen sucht, der sich in den Traumphantasien nur maskiert und der Entschlüsselung fähig ist« (44). Derridas Replik »Was bedeutet der gute Wille in der Psychoanalyse?« (57) macht die Inadäquanz der beiden Positionen am einleuchtendsten. Forget charakterisiert Gadamers Hermeneutik in der Einleitung so, daß sie sich »auf eine Gebärde des Ausschlusses gründet und sich damit nur aus sich selbst erneuern kann, eine regionale, im Systemdenken verharrende Universalität bleiben muß« (12).

Der hermeneutischen Universalität und ihren Ausschließungen spüren Jean Greisch in »Der Streit der Universalitäten« und François Laruelle in »Anti-Hermes« nach. Greisch setzt sich einerseits von der Praxis des dogmatischen Denkens im französischen Poststrukturalismus ab, die »ihre Unfähigkeit zur Kritik nur mühselig hinter komplizierten und unerhörten Begriffsschöpfungen verbirgt« (116) und betont andererseits eine mögliche Brücke zwischen Hermeneutik und Neostrukturalismus: die Vorgegebenheit der Sprache, die einen »Resonanzraum« schafft, in dem »alle Stimmen der Vergangenheit und der Gegenwart vernehmbar sind« (119). Die Effekte dieser Vieldimensionalität der

Sprache für die literarische Interpretation und für die Konstitution des Subjekts entziehen sich allerdings dem eher rationalistischen Zugriff von Greisch, der Sprache primär mit Logos identifiziert. François Laruelle, dessen Texte hier zum ersten Mal in deutscher Sprache erscheinen, versucht in die Hermeneutik eben diese Logik des *Nicht*-Interpretierbaren einzuführen, deren »erste Aufgabe in der Anerkennung eines gewissen Unvermögens-zu-interpretieren, im Verzicht auf einen Willen zur Vergegenständlichung und zur Wirksamkeit liegt« (93). Derridas Pathos des Einschnitts und der Differenz erscheint Laruelle als die »im Kern jüdische Inversion des griechisch-abendländischen Primats der Synthesis gegenüber dem Einschnitt« (95). Zeigt die gegen eindimensionale Deutungen von beiden Seiten protestierende »Logik des Anti-Hermes« (108) auch zum Teil existenzialistische Züge (»positive Absurdität« [114]), so scheint sie doch die inzwischen fixierten Fronten zwischen Hermeneutik und Strukturalismus in Bewegung versetzen zu können. Eben dies versucht auch Manfred Frank in seinem Beitrag »Die Grenzen der Beherrschbarkeit der Sprache«, der in der Tradition von Schleiermachers Hermeneutik auf dem Gespräch als einer Leistung des Subjekts insistiert und die These vom Entwurfscharakter jeder Rede bei Saussure, Sartre und Derrida rekonstruiert.

Anzuzeigen ist schließlich ein Aufsatz des Herausgebers selbst, »Aus der Seele geschrie(b)en. Zur Problematik des 'Schreibens' (écriture) in Goethes 'Werther'«, der eine souveräne Re-Lektüre dies viel interpretierten Romans unternimmt und dabei die Untersuchung des Signifikantenmaterials mit psychoanalytischen und sozialgeschichtlichen Ansätzen verknüpft. Forget setzt sich zudem dezidiert mit der neueren Werther-Forschung auseinander und markiert so in der praktischen Anwendung sehr viel plausibler die Reibungs- und Kontaktflächen zwischen Neostrukturalismus und Hermeneutik als es zahlreiche seiner Vorgänger bisher vermochten. — Die Lektüre des Bandes wird durch zahlreiche Satzfehler und Ungeschicklichkeiten in der Übersetzung (Laruelle »hat schon eine beachtliche Buchproduktion hinter sich« [13]) unnötig erschwert.

Claudia Albert (Berlin/West)

Henrich, Dieter, und Wolfgang Iser (Hrsg.): Funktionen des Fiktiven. Poetik und Hermeneutik X. Wilhelm Fink Verlag, München 1983 (567 S, br., 58,- DM)

Die Herausgeber problematisieren einleitend den Fiktionsbegriff, den sie von Kategorien wie »Imagination, Illusion, Traum« abzugrenzen und in Opposition zum Realitätsbegriff zu definieren versuchen. Sie heben Gebrauchszusammenhang und Selbstreferentialität des Fiktiven als dessen unabdingbare Voraussetzung hervor und sehen in der Fiktion die »Vergegenwärtigung einer zwecksetzenden Aktivität, ein gegen alle Ausdeutung widerständiges, grundlegendes Faktum des bewußten Lebens« (10). Als fächerübergreifende Fragestellung ergibt sich daraus die Erörterung der Funktionen des Irrealen sowie der Formen des Imaginären und des Fiktiven in der Weltorientierung und im psychischen Haushalt des Menschen. Daran schließt sich die Frage an nach einer möglichen Definition von Realität und nach den Dimensionen, in denen eine Unterscheidung zwischen Realem und Imaginärem überhaupt möglich ist. In diesem Zusammenhang wird das Problem der Wissenschaftstheorie erörtert, ob sich die Wissenschaft mit ihren theoretischen Begriffen letztlich nur auf fiktive Konstrukte stützt.

Odo Marquard konstatiert eine Durchfiktionalisierung der Realität in der Gegenwart, deren Genese er im christlich tradierten Trauma eschatologischer Weltvernichtung begründet sieht. Zu der Fiktionalisierung des Gottesbegriffs habe sich dann Kants Aufwertung der Zweckillusionen gesellt, die schließlich in der für die vorliegende Diskussion zentralen »Philosophie des Als-Ob« Hans Vaihingers im Geiste des Pragmatismus eine lebensphilosophische Radikalisierung erfahren habe. Die zunehmende Reduktion des Eigenerfahrungsbereichs auf einen modernen Zustand des Halbbewußten habe sowohl einer Konjunktur der Erwartung als auch einer Dauerfahndung nach »falschem Be-

wußtsein« den Weg bereitet, die schließlich in ein Fiktionsmonopol der Marxismen gemündet sei (48/49). Angesichts einer Realität, die zum Ensemble des Fiktiven geworden sei, habe sich die Kunst notwendigerweise zur Antifiktion wandeln müssen. *Richard Kuhns* bietet eine von D.W. Winnicotts entwicklungspsychologischem Modell der im Maturationsprozeß wertbesetzten »transitional objects« (59/60) abgeleitete kulturpsychologische Erklärung der Konfliktobjektivierung durch die fiktionale Schöpfung als Ausdruck des menschlichen Gattungsnarzismus. *Elisabeth Ströker* stellt in ihrer Untersuchung zur Theoretizität und Fiktionalität metrischer Begriffe fest, daß die naturwissenschaftlichen Gesetzeshypothesen als Observable stets doppelt operationell der empirischen Kontrolle im experimentellen Meßverfahren und dem Zwang zur Eliminierung von Scheinrealitäten unterworfen sind, so daß auch der Prozeß der Mathematisierung der Realität nicht deren Fiktionalisierung bedeutet. Ein immer tieferes Eindringen in Naturzusammenhänge auch über empirisch verifizierbare Grenzen hinaus mache theoretische Konstrukte notwendig, welche die heuristische Funktion der fiktiven Idealisierung realer Größen erfüllten, dabei jedoch kein frei verfügbares Jenseitiges gegenüber der Realität konstituierten, sondern lediglich eine von vielen möglichen Weisen ihrer Bestimmung verkörperten (117).

Im Bereich der literaturwissenschaftlichen Theorie definiert *Iser* den Akt des Fingierens als ein Ensemble intentionaler, selektiv, kombinierend und relationierend wirksamer, semantische Räume verletzender Entgrenzungsvorgänge. Marquard kritisiert, daß Iser Vorgehen die spezifische Differenz des Ästhetischen zur Realität des Religiösen aufhebe, was Iser's Fiktionstheorie in die Nähe der Kategorien der Verzweiflungsanalyse Kierkegaards und der Postulatenlehre Kants bringe (494). Iser seinerseits verweist Marquards Position in die Tradition des Logozentrismus, der unter erkenntnistheoretischen Prämissen einen grundlegenden Gegensatz von Fiktion und Realität geschaffen habe. Iser hebt in seiner Fiktionstheorie die Kategorie der Doppelung hervor, wobei die Als-Ob-Klammer die dargestellte Welt zum Medium mache, welches in der empirischen Welt Verborgenes aufdecken soll. Der Rezipient inszeniere sich analog der Rolle des Schauspielers als das, was er selbst nicht ist, wobei die Notwendigkeit der Inszenierung aus der exzentrischen Position des Menschen (Plessner) resultiere (507, 509).

Hans Robert Jauss verfolgt die historische Genese der Scheidung von Fiktion und Realität und leitet das Faszinosum des Imaginären aus dem anthropologischen Bedürfnis nach Vollkommenheit ab. *Henrich* führt die Entstehung des Fiktionsbegriffs auf die Entwicklung eines distanzierten Wissens von Absichten und Verlaufsformen mentaler Akte zurück. Differenz und Asymmetrie zwischen Fiktion und Realität könnten zu extremer Distanz ausgeweitet und Fiktionspositionen als ein besonders wirksames Instrument der ausgreifenden Selbsterhaltung oder der Verdeckung von artgefährdenden Beschädigungen bezeichnet werden. Nicht die Begegnung mit unmittelbar Wirklichem mache den Wahrheitsbezug des bewußten Lebens aus, sondern das Begreifen des Zusammenhangs zwischen den eigenen Lebensvollzügen und der Synthese aller zu vollenden den Lebenstendenzen (518). *Henrich* untersucht weiterhin die Rahmenbedingungen der Rationalität und stellt fest, es sei unzulässig, Wissensformen diesseits der Erfahrungskontrolle (Visionen, kontemplatives Aufgehen im Kosmosgeschehen) als widervernünftige Prozesse zu brandmarken. Verschiedene Kulturen hätten die Entfaltungsbedingungen und die Selbstbegrenzung der Rationalität auf unterschiedliche Weise normiert. Iser betont zusammenfassend den explorativen Charakter der Diskussion angesichts eines kaum etablierten Forschungsstandes. Das Fiktive, das am ehesten in anthropologischen Kategorien erfaßt werden könne, sei in nahezu allen Wissenschaftsdisziplinen als Phänomen des Bewirkens in seiner grenzüberschreitenden Oszillationsbewegung zwischen Thema und Horizont virulent (552) und erweise sich als Form der Übersetzbarkeit von auf andere Weise nicht erfaßbaren Aspekten der Realität.

Neben der Grundsatzdiskussion finden sich in dem Band zahlreiche Beiträge aus der Werkstatt der traditionell hermeneutisch arbeitenden Fachdisziplinen: u.a. analysiert Manfred Fuhrmann die Rolle der Fiktion im römischen Recht, Michael Podro die Relation von Fiktion und Realität in der Malerei, Jurij Striedter Probleme des utopischen Romans im nachrevolutionären Rußland, Johannes Anderegk das Thema der Alltagsfiktion und Hans Ulrich Gumbrecht die Funktionen des realistischen Romans in Frankreich und Spanien. Dem Band ist ein Personen- und Sachregister beigelegt.

Eine Auseinandersetzung mit der Widerspiegelungstheorie erfolgt nicht, da sie offensichtlich als abgeschlossen und durch Iasers Verklammerungsthese von Fiktion und Realität als überwunden betrachtet wird. Die geschichtliche Dimension wird durch das Übergewicht der Vertreter einer geistesgeschichtlichen Hermeneutik auf einen Abriss von Denkfiguren, Diskurs- und Bewußtseinsformen eingeengt, was trotz Einzelerkenntnissen für die Ideologieggeschichte im Zusammenhang mit der Zielsetzung des Bandes auch als Versuch gewertet werden kann, die Leistungen der kritischen Sozialwissenschaften — siehe Marquards Kritik am »Fiktionsmonopol« der Marxisten — dem Vergessen anheimfallen zu lassen und der geistesgeschichtlich festgelegten Hermeneutik in ihren ureigensten Gefilden endlich wieder das angestammte »Fiktionsmonopol« zurückzuerobern.

Wolf Kindermann (Köln)

Böhme, Hartmut, und Gernot Böhme: Das Andere der Vernunft. Zur Entwicklung von Rationalitätsstrukturen am Beispiel Kants. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1983 (516 S., Ln., 58,- DM; br., 28,- DM)

Jedem, der sich nur etwas mit den neuesten philosophischen Modeströmungen auskennt, dürfte schon allein aus dem Titel des Buches klar sein, was mit dem »Anderen der Vernunft« gemeint ist: der menschliche Leib. Und so heißt es denn auch konsequent schon in der Einleitung — programmatisch unter dem Titel »Philosophie nach Freud«: »Das Andere der Vernunft: von der Vernunft her gesehen ist es das Irrationale, ontologisch das Irreale, moralisch das Unschickliche, logisch das Alogische. Das Andere der Vernunft, das ist inhaltlich die Natur, der menschliche Leib, die Phantasie, das Begehren, die Gefühle — oder besser: all dieses, insoweit es sich die Vernunft nicht hat aneignen können.« (13)

Und »Philosophie nach Freud« heißt dann: Rekonstruiert werden soll nicht die Genese der Vernunft als Moment der Vollendung des Projektes Vernunft selbst, vielmehr meint hier Vernunftkritik den Versuch, die Geschichte der Verdrängungen, Ausblendungen und Ausgrenzungen nachzuzeichnen, über die sich erst Vernunft umfassend und beherrschend hat konstituieren können. Für die Durchführung einer solchen Untersuchung drängt sich das Werk von Kant geradezu auf, hat doch dessen Theorie der Vernunft auch heute noch weitgehend paradigmatische Bedeutung. So konzentrieren sich die meisten Kapitel des Buches um die drei Hauptthemen Kants: die frühe Kosmologie (Kap. II und III), an der noch ablesbar ist, wie das leiblich-anthropologische Fundament physikalischer Begriffe zunehmend aus der Theorie hinaus eskamotiert wird; die Erkenntniskritik (Kap. IV und V) als dem Versuch, alle Bereiche des Denkens dem Anspruch der Vernunft zu unterwerfen; und die Moral bzw. praktische Philosophie (Kap. VI) als der Vollendung des Verdrängungsprozesses, indem nämlich das Leben selbst nach den Ansprüchen der Vernunft gemodelt werden soll. Ergänzt werden diese Rekonstruktionen durch Untersuchungen zur Genese des Fremdwerdens der Natur, der immer wieder aufscheinenden Widerständigkeit des Leibes gegen seine Ausgrenzung auch und gerade in der philosophischen Reflexion (Swedenborg), der Weiterführung und Kritik der Kantischen Philosophie, die bei Schelling fast wieder zu einer Leib-zentrierten Fundierung der Naturphilosophie führte (und ineins damit zur Anerkennung der Natur als Subjekt).

Wie nun dieser Prozeß der Verdrängung funktioniert, läßt sich in aller Kürze verdeutlichen an Kants Kosmologie bzw. der Art und Weise, wie die die Welt physikalischer Gegenstände konstituierenden Grundkräfte eingeführt werden. So bestimmt Kant die Repulsion im Zusammenhang von Ausdünstungen und Gerüchen, was von den beiden Autoren interpretiert wird als Aufgreifen sozialhygienischer Vorstellungen über Ausdünstungen und Ansteckung, weil eine physikalische Kategorie analogisch verdeutlicht wird durch einen ihr an sich völlig fremden Erfahrungszusammenhang. »Die Theorie der Körper scheint also — unbewußt — ihre Struktur dem fluktuierend abgegrenzten eigenen Leib zu entleihen. Dessen dynamischer Verband von Repulsion und Attraktion wird projiziert auf die Körperwelt und das Universum. Auf diese Weise geht der gespürte eigene Leib in die philosophische Grundlegung der Physik ein.« (101) Statt nun den (allerdings unbewußten) Zusammenhang von eigener leiblicher Erfahrung und Wahrnehmung einerseits und den Vorgang physikalischer Theorienbildung andererseits zum Anlaß weiterführender Reflexionen zu nehmen, wird gerade dieser Bezug in der weiteren Ausführung immer stärker reduziert, so daß schließlich der Körper nur noch als Datensammelndes Instrument in Experimentiersituationen Eingang in die Reflexion findet, sich somit kaum noch von einem technischen Apparat unterscheiden läßt.

Den Sachverhalt, daß der Körper so zum bloßen Instrument der Vernunft degradiert und diszipliniert wird, interpretieren die Autoren als systematische Verkehrung des Verhältnisses von Lebenswelt und lebensweltlicher Erfahrung und philosophischer, vernünftiger Theorie. Als wirksam wird diese Verkehrung nachgewiesen in Kants eigener Biographie (den »pathologischen Strukturen in Kants Lebensweise«): daß Leben selbst nur als Philosophie bzw. als Produkt einer vernünftigen Theorie verstanden werden kann. Dabei sollen gerade die pathologischen Strukturen der individuellen Lebenspraxis diejenigen Bereiche anzeigen, die als von der Vernunft nicht beherrschbar oder diese immer wieder bedrohend erlebt werden, so daß der in der Theorie erhobene Anspruch der Vernunft auf Freiheit sich in der Praxis des wirklichen Lebens nur als Vernichtung der Freiheit realisieren kann insofern, als die fundamental zur Lebenspraxis gehörenden Wünsche, Bedürfnisse und Phantasien von der Macht der Vernunft diszipliniert oder gar vollständig negiert werden.

So unbestreitbar richtig und wichtig auch die kritische Auseinandersetzung mit dem klassischen und heute noch dominierenden Vernunftbegriff ist, so fragwürdig ist aber auch das von den Autoren angewandte Verfahren einer psychoanalytischen Erkenntnis-kritik. Es mag ja z.B. durchaus sein, daß der Begriff der Repulsion in der Kantschen Kosmologie in Analogie zu körperlichen Ausdünstungen konzipiert wurde und dieser Begründungszusammenhang von Kant später aufgegeben wurde. Können dafür aber nicht auch Gründe eine Rolle gespielt haben, die mit dem Begründungs(un)wert von Analogien zusammenhängen, oder kann dies wirklich nur psychoanalytisch als Verdrängung beschrieben werden? Und wenn man schon auf eine anthropologische oder lebensweltliche Fundierung von Theorien abzielt, warum wird dann gerade die mit Schopenhauer, Nietzsche und Freud beginnende und bei Foucault und anderen »Körperphilosophen« endende Richtung des Philosophierens aufgegriffen, nicht aber z.B. die mit Feuerbach beginnende? Man kann fast den Eindruck gewinnen, als gäbe es außer dem Kantschen Vernunftbegriff und der damit verbundenen Theorietradition keine anderen, was aber wohl im Ernst niemand behaupten möchte. Durch eine Auseinandersetzung mit solchen Theorietraditionen wäre es den Autoren vielleicht eher gelungen, zentrale Kategorien ihrer Vorgehensweise methodisch exakt einzuführen. So aber dominiert ein Gefühl des Unbestimmten bzw. Unbestimmbaren; es ist m.E. höchst problematisch, das »Andere der Vernunft« einfach als pure Negation der Vernunft einzuführen. Denn zum einen ist dadurch »das Andere« gerade nicht bestimmt, zum anderen gehört aber zum Menschen auch die Vernunft. Aber wie ist die Beziehung bzw. Vermittlung zwi-

schen »Körper« und »Vernunft« zu denken und zu leben? — Vor allem diese Frage scheint mir wichtig, deuten die Autoren doch selbst eine Rekonstruktion der Genese des Verständnisses und der Arbeitsweise der Naturwissenschaften an, die zu gänzlich anderen systematischen Konsequenzen führt: »Neuzeitliche Naturwissenschaft ist wesentlich idealistisch. *Wie sehr auch ihre Repräsentationen von Natur gesellschaftlich vermittelt sein mögen, sie leugnet ihren materiellen Zug zur Natur.* Der konkrete Bezug durch Experiment und Messung wird *nicht als Bearbeitung* von Natur verstanden. Natur ist, was uns erscheint. Erkenntnis in der Arbeit und durch Arbeit wäre anders. Sie würde Mensch und Natur in der Einheit ihrer Stoffwechselbeziehung zum Thema haben. Naturwissenschaft ist von materieller Arbeit freigesetzte, uninteressierte Erkenntnis der Natur.« (316f.) Aber letzteres gilt doch nur in der ideologischen Reflexion auf die Naturwissenschaften, nicht aber »in Wirklichkeit«. Hierüber hätte eine systematische Reflexion auf die Art und Weise und besonders auf die Mittel der Stoffwechselbeziehung Aufschluß geben können, nicht aber das von den Autoren vorgeschlagene und verfolgte Mittel einer psychoanalytischen Interpretation. Michael Weingarten (Bodenheim)

Pohl, Friedrich Wilhelm, und Christoph Türcke: Heilige Hure Vernunft. Luthers nachhaltiger Zauber. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin/West 1983 (142 S., 10 Abb., br., 12,-DM)

In Opposition zur nationalen und religiösen Traditionspflege des Lutherjahres 1983 unternehmen die Autoren den Versuch einer kritischen Aktualisierung. Der 1. Teil will an Luthers Stellung zu den Hexenverfolgungen zeigen, wie sich Irrationalität von Anfang an mit der Rationalisierung verknüpfte, welche die Reformation gefördert hat. Der 2. Teil soll die These belegen, daß die Luthersche Strenge der Trennung zweier Reiche — des göttlichen: der spirituellen Gemeinschaft der wahrhaft Frommen und des weltlichen: Staat und Gesellschaft — in säkularisierter Form von prominenten Gesellschaftstheorien fortgeschrieben wurde.

Im 1. Teil erläutert C. Türcke zunächst die geistige Situation, die der Reformator vorfand. Auf der Basis des Verfalls der mittelalterlichen Ständeordnung löst sich das Weltbild auf, dem zufolge das Seiende als Stufenbau, hingeordnet auf das höchste Sein, zu erkennen sei. An seine Stelle tritt die als Nominalismus bezeichnete Überzeugung, nichts existiere wirklich außer dem Einzelnen, und einen an sich vernünftigen, durch reale Allgemeinheiten gestifteten Zusammenhang könne es nicht geben. Mußten nach den bisherigen Vorstellungen Dämonen oder Teufel (von Gott abgefallene Engel, die seine gute Schöpfung und die Menschen in ihr verwirren wollen) wider Willen den vernünftigen Zwecken Gottes dienen, so gelten sie nunmehr buchstäblich als losgelassen. Frauen können als bevorzugte Medien ihres Wirkens angesehen werden, weil sie in der naturbeherrschenden Zivilisation der Natur, dem Reich der altüberlieferten Geister, noch näher standen als die dominierenden Männer. Türcke zufolge hat Luther, der den seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts epidemischen Dämonenwahn teilte, mit seiner Theologie einen Beitrag zur Effektivierung der Hexenverfolgungen geleistet, obwohl sein Ausgangspunkt eine durchgreifende Kritik am kirchlichen Zauber war. Magisch nämlich sind Praktiken wie Ablass und Kasteiung, zu denen sich die in ihrer Heilerwartung zunehmend verunsicherten Menschen veranlaßt sahen, um Gott günstig zu stimmen. Demgegenüber nivelliert Luthers Lehre, nach der das Heil allein durch Gnade und kraft des Glaubens zuteil wird, die Unterschiede von religiöser und profaner Tätigkeit und setzt die Vernunft, die in theologischen Fragen nichts mehr zu vermelden hat, frei für die zweckmäßige Organisation des Weltlichen. An deren Prinzip, der Herrschaft, zeigt sich die Irrationalität solcher Rationalisierung: sie soll Wall gegen das Chaos sein, welches die Dämonen mit Aufruhr und Hexerei zu entfesseln suchen — ihre größtmögliche Funktionalität ist ein umfassender Abwehrzauber. Vernunft, die nach Luther die

letzten Zwecke nicht begründen, folglich beliebigen dienen und als Hure bezeichnet werden kann, ist heilig nur, wenn sie im Dienste der Herrschaft steht.

Die insgesamt weitgespannten Zusammenhänge und bisweilen schwierigen Materien sind sehr gedrängt, aber mit großer Verständlichkeit dargestellt. Manchmal scheint freilich eine detailliertere Auseinandersetzung wünschenswert wie im Fall der These, Luthers Absage an die Werkgerechtigkeit bedeute den Verzicht selbst auf die Sehnsucht nach Erlösung; da keine Theologie dies durchhalten könne, sei die Luthersche als Rationalisierung auch in dem Sinn zu bezeichnen, daß sie eine Selbsttäuschung über ihre Motive enthält. Gegen Ende des Buches gibt die Knappheit der Darstellung zu dem Mißverständnis Anlaß, der konsenstheoretische Begriff von Wahrheit bei Habermas reduziere sie auf Wahrhaftigkeit. Die Kommunikationstheorie, vor allem ihre Trennung von Lebenswelt und System ist das letzte der Beispiele, an denen F.W. Pohl den Dualismus in der Sozialphilosophie skizziert. Behandelt werden Hobbes' Entgegensetzung von willkürlicher Souveränität und zweckrationaler Bürgerlichkeit, Mandevilles Theorie des öffentlichen Wohls durch private Laster, Carl Schmitts Dezisionismus und Grundbegriffe der Weberschen Soziologie. Der Nachweis des Ineinander von Rationalisierung und Unvernunft gelingt bei den verschiedenen Theorien nicht gleich überzeugend, und die Analogie zwischen ihren Dualismen und der Lutherschen Theologie ist mitunter, so im Falle Mandevilles, erläuterungsbedürftig. Die Analogie verweise auf die gemeinsame gesellschaftliche Substanz, der die wissenschaftliche wie die theologische Legitimation gilt; sie könnte verstehen helfen, warum Religion im Sinne der persönlichen Beziehung zu imaginierten absoluten Macht als erneuerungsfähig sich erweist, wenn die weltlichen Illusionen an Überzeugungskraft verlieren. Luthers Glaubensunterschiede übergreifende Popularität aber erscheint in ungewohntem Licht: im Bild des sprachgewaltigen Mannes, der Aggressivität und Unterwürfigkeit vereint, genießt sich eine Vernunft, die aus Angst vor dem Chaos in Natur und Gesellschaft zum Instrument sich erniedrigt und vor der Irrationalität der herrschaftlichen Institutionen resigniert.

Hans-Ernst Schiller (Frankfurt/M.)

Schuffenhauer, Werner, und Klaus Steiner (Hrsg.): Martin Luther in der deutschen bürgerlichen Philosophie 1517-1845. Eine Textsammlung, Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1983 (575 S., Ln., 68,- M)

Die Textsammlung dokumentiert »das Wirken und die Entwicklung des lutherisch-reformatorischen Denkens auf die deutsche Philosophie während dreier Jahrhunderte, von Ulrich von Hutten bis Ludwig Feuerbach«. Es ist die »zweifellos umfassendste« und »unter dem besonderen Aspekt philosophiegeschichtlicher Bezüge ... die erste Ausgabe ihrer Art überhaupt« (VIII). Was sagt die Schrift den DDR-Bürgern über Luther? Seine Reformation leitete als »theoretische Emanzipation« den revolutionären Prozeß ein und bedeutet, auch wenn Thomas Müntzers volksrevolutionäre Radikalität schon einen Schritt weiter war, immerhin »die wahre Stellung der Aufgabe«, nämlich »jede Art der Knechtschaft zu brechen« (K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, MEW 1, Berlin/DDR 1958, 385f.) Wenn schon die Patristik so freundlich gesonnen ist, wird es am Segen des weltlichen Arms auch nicht fehlen: Worte des Vorsitzenden des Martin-Luther-Komitees der DDR, der in Personalunion die gleiche Funktion im Staatsrat innehat, fügen sich harmonisch ins Gesamtbild (XVII) und befördern das herausgeberische Unternehmen.

Ziel der Dokumentation ist nicht, quasi alternativ zu der berüchtigten Folge Luther-Friedrich II-Bismarck-Hitler, nun im Gegenzug eine geradlinige Interpretation »von Luther über Schiller bis Marx« zu rekonstruieren. Es sollen vielmehr die vielfältigen und durchaus widersprüchlichen Beanspruchungen und Instrumentalisierungen der Reformation für je wechselnde eigene Zielsetzungen dargestellt werden. Besonderes Augen-

merk wird dabei auf den volksrevolutionären, antikirchlichen, aufklärerischen Rezeptionsstrang einerseits und den staatstragenden, bürgerlichen Rezeptionsstrang andererseits gelegt. Auf die Rekonstruktion eines vermeintlich »echten« Lutherbildes der Rezeptionsgeschichte wird bewußt verzichtet. Der Leser wird mit den Textauszügen nicht allein gelassen: im zweiten Teil des Vorworts gehen die Herausgeber auf die Hauptgedanken der wesentlichen Autoren jeder Epoche ein, insofern sie in Bezug zu Luther stehen, und versuchen, sie in rezeptionsgeschichtliche Zusammenhänge einzuordnen. Nach einer detaillierten »Zeittafel« (475-492), in der die wichtigsten Ereignisse zwischen Luthers Geburts- und Sterbedatum schematisch knapp in Erinnerung gerufen werden, folgt dann als weitere Hilfestellung in den »Anmerkungen« (493-529) eine sorgfältige philologisch-historische Kommentierung der Textauszüge, nach den einzelnen Autoren in Kapitel geordnet.

Die im Vorwort in offiziöser Diktion vorgetragene Interpretation der Bedeutung Luthers finde ich *cum grano salis* akzeptabel. Was mich bekümmert und was dem, der häufig offiziöse Wissenschaftsdokumente aus DDR-Produktion liest, vermutlich nicht wenig auf die Nerven geht, ist die unsichere Kleinkariertheit, mit der rituell der Segen der Oberen (sprich hier: MEW und SED) herbeizitiert wird (werden muß), um dem Gesagten oder zu Sagenden die vermeintlich höheren Weihen zu verleihen. — Übrigens nicht gerade ein besonders lutherisches Verfahren, scheint mir.

Reinhard Hesse (Ludwigsburg)

Anders, Günther: Ketzerereien. C.H. Beck Verlag, München 1982
(348 S., Ln., 39,80 DM)

Anders ist zwar von Haus aus akademischer Philosoph (Promotion 1923 bei Husserl), und auch heute noch beschäftigt ihn die Metaphysik Heideggers, des »pausenlos Tierischernsten« (293); die Hauptthemen seines Nachdenkens aber sind nicht in der dünnen Luft der Transzendenz angesiedelt, sondern nehmen die gesamten Erscheinungen der aktuellen Politik, Ökonomie und Kultur zum Anlaß, Fragen zu stellen. Insofern ist er mit dem ebenfalls quer zu den Fachrichtungen stehenden Georg Simmel verwandt.

Die Vielfalt alltäglicher Erscheinungen, Gespräche, Lektüren etc., die Anders zu seinen »Ketzerereien« veranlassen, verbieten eine Inhaltsangabe. Gemeinsames Kennzeichen ist der Versuch, beim Leser — auch beim philosophisch nicht vorgebildeten — Verstörung hervorzurufen, neue Sichtweisen anzuregen, auf daß Selbstverständlichkeiten ihre beruhigende Wirkung verlieren und der Leser zu erneutem Nachdenken gezwungen werde. Viele Texte sind in Dialogform abgefaßt, wodurch das Undurchdachte des gewöhnlichen Sprechens blitzartig aufscheint: »A.: 'Und wie war der Vortrag von S.?' — D.: 'Ungemein anregend.' — A.: 'Wozu hat er Sie denn angeregt?' — D.: 'Bitte?« (250)

Häufig wiederkehrender Gegenstand der Kritik ist die Religion. Seit frühester Kindheit beschäftigen Anders »diejenigen Grundfakten und Rätsel, die zur Entstehung und zum Weiterbestehen von Religionen geführt haben.« (35) Für ihn als Atheisten ist es unverständlich, wie nach Auschwitz und Hiroshima ein Gottglauben fortbestehen kann, wo doch nach dem »Zulassen« solcher Barbarei Barmherzigkeit und Gerechtigkeit nicht mehr als Attribute eines Gottesbildes verfügbar sein dürften. — Zum andern ist das Bedürfnis nach Glauben, als Trost, Rückzug, Hoffnung (Stichwort »Sinndefizit«), momentan weit verbreitet und findet auf der einen Seite seinen Ausdruck im Zulauf zu Sekten. Daneben aber wirkt es politisch durch die beträchtliche Anzahl von Mitgliedern der katholischen und evangelischen Kirche in der Friedensbewegung; deren Einsatz gegen Aufrüstung und Atomwaffen wurzelt im christlichen Friedensgebot und hat letztlich religiöse Ursprünge. Wie gegensätzlich muß da jemand wie Anders wirken, für den nicht nur der Glaube an Gott unmöglich ist, sondern der sogar bezweifelt, »daß dem Wort 'Glaube' irgend etwas in der Wirklichkeit jemals entsprochen habe« (282f.)? (In einem

privaten Gespräch zwischen Franz Alt und Anders im März sind diese Differenzen deutlich hervorgetreten.) Hier ist der Tatbestand der Ketzerei in Reinform erfüllt, und wenn Anders sich als »philosophischer Brandstifter« kennzeichnet (im Gegensatz zum philosophischen Feuerwehrmann), dann trifft das hier am genauesten.

Zwar scheint die radikale Denkart, mit der Anders die Illusionsschleier beiseiteschiebt, unweigerlich zur Misanthropie zu führen, zumal wenn man an seine vielen Äußerungen zum »Leben mit der Bombe« denkt; gleichwohl heißt es am Schluß des Buches: »Dazu sein ist quite an adventure gewesen. Und Welt und Leben sind schon erstaunliche Erfindungen, unvorhersehbare, unverdiente. Wenn der Erfinder wohl auch ein génie malice gewesen ist. Gleichviel: gelohnt hat es sich.« (340) Dieses Buch sollten viele lesen, zwischendurch, wie eine Aphorismensammlung. Deshalb sollte es auch billiger sein.

Reinhard Körner (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Gerlach, Rainer (Hrsg.): Peter Weiss. Materialien. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1984 (350 S., br., 18,- DM)

Der Leser, der von diesem Buch — erschienen zwei Jahre nach dem Tode von Peter Weiss — eine sichere und wie mit einer Stimme sprechende Gesamtwürdigung und/oder -kritik erwartet, der aus ist auf Gesichertes und Abgeklärtes, ja auch nur auf einheitliche »Konzeption«, wird enttäuscht werden. Der Nachruf von Marcel Reich-Ranicki auf Peter Weiss an Stelle des bei ähnlichen Sammelbänden sonst üblichen Vorworts des Herausgebers signalisiert schon die Konzeption des Nicht-Konzeptionellen dieses Bandes. Es wird hier keine Kanonisierung geboten, sondern ein Arbeitsbuch für alle an weiterer Auseinandersetzung mit Peter Weiss Interessierten vorgelegt. (Mit dieser Feststellung sollte keine Wertung der Herausgebertätigkeit verbunden werden. Weder liberale »Tugend der Offenheit«, noch Angst vor Stellungnahme sind zu diagnostizieren. Einfach die aus geringer Distanz noch schwer faßbare Heterogenität des Autors [Weiss] selbst, wie auch die noch in ihren Anfängen steckende Bestandsaufnahme der Forschung finden im Profil des Bandes ihren redlichen Ausdruck.)

Bei den für den Band verfaßten sieben Originalbeiträgen (gegenüber neun Neuabdrucken) handelt es sich (mit einer Ausnahme) um Bestandsaufnahmen zu Biographie und Schaffensperioden des bisher wenig bekannten »frühen« Peter Weiss: »Drei (frühe) Briefe von Peter Weiss«, »Peter Weiss und Hermann Hesse«, »Peter Weiss in Schweden«, »Der Maler Peter Weiss«, »Der Filmemacher Peter Weiss«, »Zum literarischen Frühwerk von Peter Weiss«.

Die prägende Bedeutung des biographischen Elements — vor allem der Kindheits- und Exilertfahrungen — für das literarische Gesamtwerk von Peter Weiss ist bekannt. Bekannt allerdings »nur« aus der rückschauenden und sich von »Vorgeschichte« befreienden Perspektive des renommierten deutschsprachigen Schriftstellers Peter Weiss. Subjektiv überwunden und in der spät einsetzenden literarischen Karriere aufgehoben schien diese Vorgeschichte dem allgemeinen Interesse bisher bloß als zu vernachlässigende Randzone und die Beschäftigung mit ihr als bestenfalls einer Dissertation würdigen Spezialistenarbeit. Dieses Verständnis zu problematisieren scheint mir das Hauptverdienst des vorliegenden Bandes zu sein. Auch wenn diese Beiträge — wie schon gesagt — Bestandsaufnahmen sind, Einzelheiten mitteilen und keine »großen Linien« entwerfen, so repräsentieren sie doch Schritte zur Distanzvergrößerung gegenüber der saugenden Subjektivität dieses Autors, die noch das Objektivste amalgamiert und das Subjektivste zur scheinbaren Objektivität werden läßt.

Nicht ganz in Übereinstimmung mit diesem Ansatz befindet sich der größere Teil der

wieder abgedruckten Beiträge (aus den 70er und auch vom Ende der 60er Jahre stammend). Hier werden endgültige Urteile abgegeben und jeder Autor kennt *seinen* Peter Weiss. So genügt Karl-Heinz Bohrer der Hinweis auf die Kontinuität von Tortur-Motiv und Welttheaterkonzeption im Werk von Weiss, um diesem (auch den Dokumentarstücken der 60er Jahre) entschieden politische Wirksamkeit abzusprechen (205). Manfred Karnick führt die Struktur auch des »Viet Nam-Diskurs« auf die dramatisierte subjektive Innenschau früher Weiss'scher Arbeiten (»Der Turm«) zurück und sieht die wesentliche Voraussetzung der »epischen« Behandlung der auftretenden Figuren in dem späten Dokumentarstück in der Brechung und Auflösung eines unversehrten »Ich« in dem frühen Drama begründet (231). Nur zwei Beispiele für das Verfahren, die »beunruhigende« Diskontinuität in der Entwicklung von Weiss in der quasi-klinischen Herauspräparierung *eines* Aspektes — der so oder »ähnlich« sich wiederfinden läßt — zu bannen und nach diesem Kriterium *seinen* Weiss über seinen Leisten zu schlagen.

Bedauerlich ist auch die Vernachlässigung der von Weiss selbst immerhin als sein Hauptwerk bezeichneten »Ästhetik des Widerstands«. Der Neuabdruck des Beitrages von Manfred Haiduck (Erstveröffentlichung im Argument-Sonderband 75, 1981) bemüht sich um eine Einordnung des Romans ins Gesamtwerk. Über die Feststellung einiger Parallelen zu Aspekten des Letzteren (Selbstverständigung, Autobiographisches, »Arbeit mit dem Dokument«, 318) geht Haiduck nicht wesentlich hinaus. Ein Buch über Peter Weiss, erschienen drei Jahre nach der Herausgabe des 3. Bandes der »Ästhetik«, sollte eine eingehendere Beschäftigung mit diesem Romanwerk bieten.

Sehr nützlich und den eingangs erwähnten Charakter des Bandes als Arbeitsbuch unterstreichend sind die in den entsprechenden Aufsätzen gebotenen Auflistungen zum Filmschaffen und zum malerischen Werk von Weiss sowie das abschließende Werkverzeichnis und die Auswahlbibliographie der Sekundärliteratur. Gerhard Friedrich (Turin)

Krause, Rolf D.: Faschismus als Theorie und Erfahrung. »Die Ermittlung« und ihr Autor Peter Weiss. Verlag Peter D. Lang, Frankfurt/M. und Bern 1982 (771 S., br., 128,- Sfr)

In seiner Dissertation versucht Krause, die für Weiss' künstlerisches Schaffen konstitutive Bedeutung des Faschismus als eigene Lebenserfahrung und Material der künstlerischen Auseinandersetzung unter kritisch-hermeneutischen Gesichtspunkten zu analysieren. Seine Analyse gliedert sich in drei Teile: 1) in einem Abriss der Entstehungsgeschichte der »Ermittlung« aus dem Divina-Comedia-Projekt wird Weiss' prinzipielles Muster der Verarbeitung von Geschichte dargestellt; 2) Weiss' Geschichtsrezeption unterliegt der Motivation, Faschismus als lebensgeschichtliche Problematik kollektiv erfahren und individuell verarbeitet zu haben; Spuren dieser Motivation sind in Weiss' früheren Werken bis zur »Ermittlung« rekonstruierbar; 3) in diesem Bezugsrahmen analysiert Krause »Die Ermittlung« als »Verarbeitung historischer Quellen, vermittelt durch eine lebensgeschichtliche Problematik, gewendet auf die Gegenwart, zielend auf den Dialog mit der Öffentlichkeit« (26).

Parallel zu Weiss' künstlerischer Entwicklung als Maler, Filmemacher und Schriftsteller läuft sein Versuch, Dantes »Göttliche Komödie« zu aktualisieren. Es entstehen in bezug auf Dante die Dramen »Der Gesang vom Lusitanischen Popanz«, »Die Ermittlung« und der »Viet Nam-Diskurs«, ohne daß es zu einer eigenständigen Bühnenfassung des Dantestoffes kommt. Weiss' Danterezption steht im Zusammenhang mit seinem politischen Klärungsprozeß (seinem Bekenntnis zum Sozialismus) in den frühen 60er Jahren. Sein Interesse ist nicht am religiösen Überbau Dantes orientiert, sondern an den »irdischen Einzelheiten«, wo Weiss eine Welt erkennt, die der eigenen gleicht. »Weiss sieht bei Dante eine Welt geschildert, die wie die eigene Gegenwart durch Ausbeutung und Unterdrückung bestimmt wird, deren Auswirkungen mit ihrer zerstörerischen Kraft bis

in die zwischenmenschlichen Beziehungen reichen.« Für Weiss ist der realistische Dante der zweifelnde Dante, dessen Text *analog* zur Gegenwart illustrativ und konkretisierend wirkt und *different* wird als Anreiz, die eigene Position zu klären. Krauses kritische Betrachtung von Weiss' Geschichts- und Danterezption ist in der Aussage zentriert, daß sein Lernprozeß nicht »Erkenntnis *der* Geschichte, sondern Erkenntnis *in* der Geschichte« (70) ist. Andeutungsweise stellt Krause Dantes Bedeutung für die »Ästhetik des Widerstands« heraus als Vermittlung, die nur um den Preis der Selbstaufgabe von Geschichte gelingt, wo Weiss die historische Differenz »gewaltsam« negiert (96). Gegen die bequeme Ansicht in der Weiss-Forschung, die Weiss' Bekenntnis zum Sozialismus als unvermittelte Wende von subjektivistischer Ich-Befangenheit zu entschiedener Identifikation mit dem Sozialismus begreift, analysiert Krause in nicht fiktionalen Texten und in dem nur in schwedischer Sprache vorhandenen Prosaband »De Besegradex« Weiss' *Doppelaspekt der Wirklichkeit*: äußerer und innere Welt entsprechen die künstlerischen Modi Dokumentarismus und dichterische Vision. Krauses Fazit aus der Analyse: »Weiss' Empfindung der Diskrepanz zur Gesellschaft erscheint in seinen dominierenden Werken nicht als autistischer Eskapismus, sondern bereits auf dieser frühen Stufe wird das eigene Leiden als universales in Bilder umgesetzt, die zwar das gesellschaftliche Geschehen nur in Brechungen durch bestimmte Traditionen artikulieren, es aber keineswegs bloß verdrängen.« (108/109)

Die Beziehung zwischen Leiden als lebensgeschichtlicher Problematik (s. »Das Duell«, »Abschied von den Eltern«) und die Aufarbeitung von faschismustheoretischen Ansätzen rekonstruiert Krause in Weiss' journalistischen Arbeiten und künstlerischen Verarbeitungen. Weiss' quälende Bewältigungsversuche von Schuldgefühlen (»Ich hätte umkommen müssen, ich hätte mich opfern müssen ...«) haben ihren Ursprung darin, »daß der Ich-Erzähler vom Typ der bürgerlichen Sozialisation her mit einer psychischen Disposition ausgestattet ist, die mit ihrer Autoritätsfixiertheit zumindest unterschwellig für den Nationalsozialismus prädestiniert« (161). Krause entwickelt damit das Opfer/Henker-Problem, das sich bis in die »Ästhetik des Widerstands« hinein verfolgen läßt. (Es ist notwendig, daß sich eine psychologische Analyse einmal eingehend damit beschäftigt). Weiss' Identitätsentwicklung erarbeitet sich künstlerische Dimensionen in der Kluft zwischen einem Absurdismus der Wirklichkeit und einer verzweifelten Suche nach Sinn und Hoffnung. Als Wahrnehmungsmodus bestimmt Krause diese Identitätsproblematik in »De Besegradex: »Denn die Aussagen zielen bei Weiss immer auf das Bewußtsein der einzelnen Menschen, ohne dessen konstruierte umweltlich-lebenspraktische Erfahrung konkret mit dem sozialen Hintergrund zu integrieren, ohne also die Verkopplung von entworfenen Individualität mit ihrem Charakter als Rolle in einem System sozialer Interaktionen zu leisten« (288).

Auf diesem ausführlich analysierten Hintergrund der Entwicklung von Weiss bis zur »Ermittlung« entfaltet Krause zwei Thesen zur Dramatisierung des Auschwitz-Prozesses: 1) Die Ich-Orientiertheit der Weiss'schen Geschichtsrezeption wird nicht ohne Einfluß auf die Entstehung der »Ermittlung« geblieben sein, »Die Ermittlung« als Problemlösungsversuch, »Als experimentell-phantasierende Annäherung des Individuums an ein Kollektivschicksal, das der Juden zu verstehen« (314). 2) Die sich aus dem Verhalten in der Vergangenheit ergebende Problematik kann nicht nur mimetisch gelöst werden, sondern nur durch die Möglichkeit, das Fortdauernde eingreifend zu verändern. Krause weist nach, daß »Die Ermittlung« keine objektivistische Reproduktion ist, deren Brechung allein im Medium des Dramas zur Geltung kommt, sondern daß — im Gegensatz zur Danterezption — Geschichte niemals vom Autor abgespalten betrachtet wird. Für Weiss ist der Auschwitz-Stoff bedeutend im Nachweis gegenwartsbezogener Momente. Die Dramatisierung unterliegt einer doppelten Strukturierung: 1) in der extremen Reduzierung des Lagers auf eine umweltlich-unmittelbare Beziehung von kollektivem Häft-

lingssubjekt und seinen Todesarten bzw. Todesvollstreckern; 2) in einer sich von den »Frankfurter Auszügen« zu den letzten Textfassungen zusehends entwickelnden Interpretation des Faschismus, die als Kapitalismuskritik das Konzentrationslager explizit mit der Gegenwart verbindet (vgl. 442).

Für eine weiterführende Analyse des Faschismusproblems bei Weiss (besonders in der »Ästhetik des Widerstands«) bilden Krauses Thesen und Analysen interessantes Forschungsmaterial; besonders seine Feststellung, daß Weiss in der »Ermittlung« sozialpsychologische Momente ausblendet sowohl in ihrem »objektiven gesamtgesellschaftlichen Funktionszusammenhang ... als auch nach der subjektiven, individuellen Seite (Konstruktion einer zwar authentischen, aber partikularen, Bildungsprozesse entdynamisierenden Häftlingsperspektive ...)« (443). Verdienstvoll ist vor allem die Einbeziehung der frühen schwedischen Texte von Peter Weiss. Erhard Mindermann (Berlin/West)

Naumann, Uwe: Zwischen Tränen und Gelächter. Satirische Faschismuskritik 1933 bis 1945. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983 (416 S., br., 50,- DM)

Uwe Naumanns für germanistische Verhältnisse bemerkenswert locker und gut lesbar geschriebene und dennoch stets präzise argumentierende Untersuchung nennt schon im Titel den Stein des Anstoßes. Immer wieder ist satirischer Faschismudarstellung der Vorwurf der Unangemessenheit oder gar der Verharmlosung gemacht worden. Nicht zuletzt Theodor W. Adorno wies im Namen der Opfer das Lachen über die Täter zurück; als jüngstes Beispiel zitiert Naumann Georg Hensels Einspruch gegen die Fallada-Inszenierung Peter Zadeks. Naumann rechtfertigt die satirische Darstellung des Faschismus gegen gängige Unter- wie auch Überschätzungen (292, 297/298), indem er auf einer differenzierten Analyse satirischer Wirkungsmöglichkeiten besteht.

Naumanns Arbeit führt an fünf Beispielen den Zusammenhang von Produktion, Distribution und Rezeption antifaschistischer Satire vor. Die »Nahaufnahmen« genannten »Fallstudien« zu Walter Mehrings »Müller — Chronik einer deutschen Sippe«, Heinrich Manns »Lidice«, Robert Lucas »Teure Amalia. Vielgeliebtes Weib! Die Briefe des Gefreiten Adolf Hirschal an seine Frau in Zwieselsdorf«, der Londoner Kulturbund-Revue »Mr. Gulliver Goes to School« und Chaplins »Der große Diktator« befassen sich deshalb jeweils einläßlich mit den Schreibanlässen und -absichten der Künstler, den satirischen Techniken und der Rezeptionsgeschichte der Werke. Überzeugend begründet Naumann die Beschränkung der Untersuchung auf die »großen Formen der antifaschistischen Satire ...: Romane, Theaterstücke und -revuen, Spielfilme, Hörspiele ..., die als Serie produziert wurden«, mit der im Forschungsstand liegenden Unmöglichkeit, die Entstehungs- und Wirkungsbedingungen der kleinen operativen Formen der in und außerhalb Deutschlands benutzten Satire schon zu erfassen. Neben der Repräsentativität der Gattungen geht es ihm um die der ideologischen und ästhetischen Positionen.

In dem den Fallstudien vorangestellten Kapitel entwickelt Naumann — im Anschluß an die Forschungen vor allem Jürgen Brummacks — seinen Arbeitsbegriff von Satire als einer künstlerischen Methode (28). Ihr Kommunikationsmodell wird gekennzeichnet durch den einer positiven Norm ex- oder implizit verpflichteten Angriff auf einen Gegenstand, dessen Widersprüche (zwischen Sein und Schein oder Anspruch und Realität) aufgedeckt werden, um aufgrund der Lächerlichkeit dem Rezipienten ein Bewußtsein der Überlegenheit zu vermitteln. Die Techniken der Satire sind — auf der Grundlage des Impliziten der Kritik — das Übertreiben, das Isolieren, das Beim-Wort-Nehmen und die Montage. Hinsichtlich des Gegenstands der Satire sind zwei Erweiterungen wichtig: Die Einbeziehung des Grauenhaften und der Verzicht auf Wahrscheinlichkeit lassen die Satire ins Groteske übergehen. Jenseits ihrer Grenzen liegt die Darstellung des Widerstandskampfes. Gegen illusionäre Konzepte betont Naumann die Legitimität einer Adressatenbeziehung, der es um Selbstverständnis unter im Prinzip Einverstandenen geht (26).

Die Einzelanalysen benutzen die Hypothesen zur Satire als Handwerkszeug; Naumanns Begriffe bewähren sich nicht nur in den sehr textnahen Analysen, sondern auch in der Erschließung des mit immensem Fleiß in einer Vielzahl von Archiven erschlossenen Materials zur Rezeption der Satiren.

Naumanns vorsichtige Kritik an Mehrings »Müller«, in dem der faschistische Germanenkult zu einer der Form nach kaum weniger nationalistischen Kritik ewiger deutscher Untertanenmentalität umgedreht wird, schließt den Hinweis ein, daß die Austrofaschisten die Mehringsche Satire als antipreußisch goutierten (62). Gegenüber Heinrich Manns geschichtsphilosophisch begründeter Kritik am Faschismus als nachahmendes Wesen (93), die durch die Einbeziehung des Grauens zur Groteske führt (80) und durch die des Widerstands tragische Momente einmischt, verhält sich Naumann deutlich verständnisvoller, obwohl die Unerschütterlichkeit des Überlegenheitsbewußtseins, dem der kommende Sieg nie zweifelhaft war, doch zumindest kommentierungsbedürftig ist (91f., 118).

Am Maßstab der Zukunftsgewißheit (163, 164, 168) werden gelegentlich auch Lucas' »Hirschal«-Briefe gemessen, obwohl Naumanns sehr präzise Bestimmung der begrenzten Wirkungsabsicht, gegen NS-Propaganda zu immunisieren (142), skeptisch bis resistent zu machen (138/139), den Widerstand gerade nicht zur Norm erhebt. Das Verfahren, die profaschistische Position, vor allem die »neuesten Prägnungen des Nazi-Jargons« (138), durch erzählte Handlung ad absurdum zu führen (132), zielt eben auf einen deutlich eingeschränkten »Klartext« (131): Die schlechte militärische Lage, die lügenhafte NS-Propaganda, die Rettungsversuche der Bonzen sollten durchschaut werden (131f.). Mit dem Vorwurf der Abstraktheit und des Fehlens einer handlungsmäßigen Alternative scheint Naumann hier manchmal ins Lager der Satirefeinde abzuschwenken.

Im »Weitwinkel« des Schlußkapitels wird dieser Eindruck jedoch gründlich behoben. Naumann stellt seine Interpretationsergebnisse in den literaturgeschichtlichen Kontext. 1933 bedeutete für die Satire durchaus einen Bruch: Verstummen oder Radikalisierung setzt Naumann als Alternative. Dabei ist es schade, daß er auf Karl Kraus' Nebeneinander von Verstummen und großer Form (»Die Dritte Walpurgisnacht«) nicht eingeht. Gerade weil Naumann in der Systematisierung seiner Ergebnisse die medienspezifische Ausformung der Montage als Technik (300) und die Auffassung des NS entweder als Demagogie oder als Theatralik hinsichtlich des Gegenstands der Satire in den Mittelpunkt rückt, hätte die monumentale Zitat-Montage durchaus ihren Platz in Naumanns hoffentlich der breiteren Anerkennung der Satire Bahn brechenden Arbeit gehabt.

Helmut Peitsch (Berlin/West)

Klotz, Volker: Bürgerliches Lachtheater. Komödie. Posse. Schwank. Operette. Carl Hanser Verlag, München 1984 (272 S., 34 Abb., br., 26,- DM)

Klotz prägt den Begriff »Lachtheater«, da es ihm primär um handfeste, bühnennahe und vor allem publikumswirksame Komödien geht, Stücke also, die nachweislich und zum Teil über viele Jahrzehnte ihre Zuschauer zum Lachen gebracht haben. Unberücksichtigt bleiben deshalb jene kanonisierten Lustspiele, die zwar ein unbestreitbares literarisches Niveau aufweisen, selten aber auch nur ein verhaltenes »öffentliches Gelächter« entfachen konnten. Selbst Grillparzer und Kleist bleiben unerwähnt, da ihre Komödien inzwischen »dicker germanistischer Firnis« überzieht. Klotz verspricht sich gerade von den zumeist unterschätzten Bühnenreißern der bürgerlichen Epoche (Klotz markiert als Eckdaten 1789 und etwa 1930) Aufschluß über die politische und sozialpsychologische Verfassung bürgerlicher Schichten. Der massive Lacherfolg dieser Stücke gilt Klotz als Indiz dafür, daß hier beim Publikum wirkliche Interessen, aktuelle Erfahrungen und Probleme getroffen wurden, was für die kanonisierte Komödie oder die Tragödie dieses Zeitraums kaum zutreffe.

Im ersten Untersuchungsschritt, einem historischen Längsschnitt, arbeitet Klotz anhand exemplarischer Analysen typische Komödienkonstellationen heraus. Dabei wird gezeigt, wie sich das charakteristische Kontrastverhältnis zwischen »Kollektiv« und »Störenfried« von Kotzebue über Gogol und Nestroy bis zu Synge verändert. Stets wird eine soziale Gruppe durch einen Außenseiter aufgestört, Widersprüche und Probleme des Kollektivs werden enthüllt, wobei freilich der Schluß, der Komödientradition entsprechend, versöhnlich ausfällt. Feststellbar ist aber die Tendenz, daß der Störenfried immer weniger integrierbar, das Kollektiv immer korrupter, die geschilderten Zustände immer irreparabler erscheinen. Daß ein solches Kontrastverhältnis von sozialem Kollektiv und Außenseiter gerade für das bürgerliche Lachtheater symptomatisch ist, kann Klotz durch vergleichende Analysen vorbürgerlicher Stücke (Shakespeares *Merry Wives*; Molières *Misanthrope*) sowie antibürgerlicher Komödien nachweisen; die Kurzanalyse von Dario Fos *Zufälliger Tod eines Anarchisten* in diesem Zusammenhang fällt dabei besonders überzeugend und brillant aus.

Nach dem historischen Längsschnitt, einer ersten, noch skizzenhaften Korrelierung von typischer Komödienkonstellation und historisch-ideologischem Prozeß, präsentiert Klotz exemplarische Gattungs-Querschnitte. So erweist sich die Lokalposse, wie sie vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts populär war (mit Schwerpunkten in Wien, Berlin, Frankfurt, Darmstadt), als im kleinbürgerlichen Milieu angesiedeltes Bühnenstück, das sich meist kritisch absetzt gegenüber der bedrohlichen Industrialisierung, die eigenen Kleinbürgerwerte in der Regel verklärt und letztlich auf eine Versöhnung der aufbrechenden sozialen Widersprüche abzielt. Der seit etwa 1850 populäre Schwank — anders als die Lokalposse ein europäisches Genre (Labiche, Feydeau) — thematisiert, bei weitgehend stereotypisiertem Personal und ebenso stereotypisiertem Handlungsverlauf, Geld- und Ehemoral des mittleren Bürgertums, wobei jeglicher Ausbruchversuch letztlich zum Scheitern verurteilt ist. Unterdrückte Sexualität und Angst vor sozialer Bloßstellung entwickeln sich zu (einander ergänzenden) Hauptmotiven dieses bald serienmäßig produzierten Genres. Zahlreiche Ähnlichkeiten zum Schwank weist auch die ebenfalls seit 1850 aufkommende Operette auf, doch Klotz billigt ihr grundsätzlich emanzipative Qualitäten zu. Sie finde sich (anders als Posse oder Schwank) nicht mit den gesellschaftlichen Beschränkungen ab, sondern artikuliere, »teils satirisch, teils ironisch, teils anarchistisch«, individuelles und soziales Glücksbedürfnis, ohne dabei auf das Niveau trivialer Surrogate herabzusinken. Als Musterbeispiel gilt hier vor allem Offenbachs *La vie parisienne*.

Auch im Genre-Abschnitt seiner Untersuchung beschränkt sich Klotz auf Exemplarisches, Vollständigkeit oder eine abgerundete Geschichte komischer Gattungen wird nicht angestrebt. Verwandte Formen oder Subgenres wie etwa der Militärschwank, das Vaudeville oder auch das populäre Volkstheater bleiben unberücksichtigt. Klotz kommt es statt dessen auf das Gemeinsame des paradigmatisch vorgeführten bürgerlichen Lachtheaters an. Die epochale Grunderfahrung, die er als geheimen Bezugspunkt diagnostiziert (»Einebnung des Individuellen«, allgemeine »Nivellierung«), fällt dabei notgedrungen etwas pauschalisierend aus, doch wird hier eine Kernthese vorgestellt, die vielleicht zum Ausgangspunkt weiterer, vor allem historisch genauer differenzierender Studien werden könnte.

Jürgen Pelzer (Marburg und Nashville)

Bernhardt, Rüdiger: Odysseus' Tod — Prometheus' Leben. Antike Mythen in der Literatur der DDR. Mitteldeutscher Verlag, Halle und Leipzig 1983 (160 S., br., 5,90 DM) Die jüngsten Erfolge Irmtraud Morgners und Christa Wolfs haben hierzulande auf das vielfältige Interesse an der Antike in der DDR-Literatur aufmerksam gemacht. Bernhardt, Mitautor der »Geschichte der deutschen Literatur«, verfolgt, wie die mit Odysseus, Prometheus, Herakles und Sysiphus beliebtesten mythischen Gestalten in Lyrik

und Prosa Verwendung gefunden haben. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Autoren Arendt, Braun, Czechowski, Fühmann, Fürnberg, Hacks, Maurer, Mickel und Müller, die sich fortgesetzt mit den antiken Helden beschäftigten. Als meistgenannte Bezugspunkte dieser Autoren ruft Bernhardt Homer, Aischylos, Sophokles, Dante und Goethe jeweils knapp in Erinnerung, deren mehrdeutige und zum Teil widersprüchliche Auslegungen des Mythos veränderbare Aktualisierungen ermöglichen.

Viel Material für 150 Seiten — selbst vierzeilige Gedichte werden dafür auf »das Wesentliche« zurechtgekürzt. Die 1940-60 meistzitierte Figur ist Odysseus, in dessen Irrfahrt und Heimatsehnsucht sich die Exilschriftsteller wiedererkannten. Jüngere Autoren wie Arendt und Müller sehen im Rückgriff auf Dante (dessen Ulysses nach seiner Rückkehr aufs Neue ins Unbekannte aufbricht) einen unerschrockenen, selbstbewußten Odysseus, der »die große Fahrt vollendet« bzw. zum Sinnbild ständiger Bewegung wird. Müller und Arendt stehen aber auch für eine zunehmend kritische Odysseus-Adaption. Müllers Stück »Philoktet« (1964) gestaltet die weitestgehende Umwertung: Odysseus als Lügner, als verschlagener Krieger — vergleichbar den Deutungen Horkheimers und Adornos in der »Dialektik der Aufklärung«, deren Kritik der instrumentellen, skrupellosen Vernunft Bernhardt unerwähnt läßt.

Mit der Absage an Odysseus sieht er »den Weg frei für die Orientierung auf andere, dem Zeitgefühl entsprechende Gestalten, auf Prometheus« (11) insbesondere. Der Titan »als Vorläufer der Waffenproduktion« (73), der den Menschen mit dem Feuer ungekannte Nöte brachte — oder der Mitstreiter der Menschen gegen die Götter; als zaudernder Intellektueller oder als Opportunist: Die anfänglich nicht hinterfragte Prometheus-Auslegung Goethes, dem er Symbolfigur des Aufbruchs war, wurde schon bald problematisiert. Befreier des Prometheus ist Herakles, der Tätige, Kämpfende, der sich durch Arbeit befreit und verwirklicht. In ihren Darstellungen vermeiden Hacks, Müller und Mickel die heroischen Züge. Herakles steht als Vorbild eines weltverändernden produktiven Menschen. Als ihm verwandte Gestalt wird zuletzt auch Sisyphus aufgenommen, nach Bernhardt solange uninteressant, solange nur Sinnbild ewig auswegloser Anstrengungen: Als einer, der der scheinbar sinnlosen Tätigkeit ihren Sinn abzugewinnen sucht, der sich um die Aufhebung von Erscheinungsformen der Entfremdung müht, gewinnt er in den siebziger Jahren Bedeutung.

Mit Sisyphus oder auch Cassandra sind in der jüngeren DDR-Literatur problematische Mythosfiguren und -interpretationen hervorgetreten. Aber Bernhardt weist prinzipiell Deutungen, die auf eine kritische Auseinandersetzung mit der Gegenwart zielen, von sich. Die Erinnerung an die Anfänge soll allein der Versicherung des Fortschritts dienen. »Uwe Kolbe z.B. sieht sich mit dem Sisyphus verwandt um des ständigen Anfanges willen. Aber indem er den Anfang immer auf den Nullpunkt zurückführt, wird keine sozial-gesellschaftliche Einbindung des Subjekts geboten, und seine Gedichte zum Sisyphus können das Interesse, das einer sozialistischen Literatur gilt, nicht finden.« (142) So entsteht in dieser oft hölzernen Sprache ein dröges, überfrachtetes Buch, das zwar einen kenntnisreichen Überblick vermittelt, aber einer spannenden Auseinandersetzung ausweicht.

Im Westen gibt es gegenwärtig eine Mythos-Mode und Mythos-Diskussion, weil der Glaube an den Fortschritt im allgemeinen und der an die Technik insbesondere geschwunden ist. Die Frage nach vergleichbaren Elementen in der DDR — auch hier die Verabschiedung der Geschichte zugunsten der Wiederkehr des Gleichen? Kritik der technischen, kriegerischen Vernunft? Gefühl der Absurdität beim Versuch, Verhältnisse zu ändern? — vermeidet Bernhardt beflissen, weil sie ihm nicht ins Bild des sozialistischen Musterländle DDR zu gehören scheint. Im Vorwort wünscht sich Bernhardt eine Belebung der Diskussion zum »beliebten Thema« Mythos. Anschließend gewöhnt er dem Leser das Interesse daran ab.

Christian Bommert (Bremen)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Bastian, Hagen: Mummenschanz. Sinneslust und Gefühlsbeherrschung im Fastnachtspiel des 15. Jahrhunderts. Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft, Frankfurt/M. 1983 (190 S., br., 29,80 DM)

Das Wort Mummenschanz, seit dem Spätmittelalter bezeugt, bezeichnet das närrische Treiben, die Lustbarkeiten zur Fastnachtzeit. Mumme, ein Lallwort wohl aus der Kindersprache, das ist die Maskerade, die spielerische Vermummung, hinter der sich provozierend verschanz, wer etwas zu verbergen hat und davon doch nicht lassen will.

So ist denn auch im Untertitel des Buches, das von den Nürnberger Fastnachtspielen des 15. Jahrhunderts handelt, die Rede von einem Widerstreit, vom Gegeneinander von »Sinneslust und Gefühlsbeherrschung«. Es geht also nicht um selbstgenügsame Fachwissenschaft im üblichen Sinn. Die Untersuchung versteht sich vielmehr als übergreifender Beitrag zur Kultur- und Sozialgeschichte der frühen Neuzeit. Wie schlägt sich der konfliktreiche Prozeß der bürgerlichen Vergesellschaftung in den Köpfen und der Kultur der Betroffenen, des Volkes, nieder? — Bastians zentrales Erkenntnisinteresse gilt mithin der Rekonstruktion der kollektiven Bedürfnisse, Ängste und Wertsetzungen, dem, was strikt historische Quellen oder abstrakt philosophische Lehrgebäude verheimlichen, dem, was sich am ehesten noch dem absichtsvoll absichtslosen Spiel ablauschen läßt.

Das ausführlichste Kapitel widmet Bastian einer Mikrostudie des Wirtschafts- und Alltagslebens der aufstrebenden Handelsmetropole Nürnberg, die nicht zufällig auch Metropole des deutschen Fastnachtspiels ist. Sozialer Träger und Adressat der Spiele ist die — in sich freilich höchst differenzierte — städtische Handwerkerschaft. Sie hat sich, wie Bastian detailliert belegt, im Konflikt zwischen traditionellen Lebens- und Arbeitsgewohnheiten und den bürgerlichen Normen von Arbeitsdisziplin und Askese erst provisorisch eingerichtet, schwankt noch unentschieden zwischen oft ruinöser Verschwendung und Vergeudung und den rabiatesten Formen von Konkurrenz und Kommerz. Gegen alle ökonomische Rason und obrigkeitliche Repression halten die politisch machtlosen Handwerker in seltener Einmütigkeit fest an den zahlreichen religiösen wie profanen Festen, an den Tänzen und Gelagen, Bräuchen und Traditionen.

Daher, so Bastian, ist Fastnachtzeit nicht eine Zeit der einmaligen und totalen Ausnahme, sondern eine Zeit, in der das ohnehin Praktizierte und (vom Rat der Stadt nur widerwillig) Tolerierte grotesk überboten und auf die Spitze getrieben wird. Darsteller und Publikum der Fastnachtspiele verstehen, jedenfalls in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, auch sonst ihre Leidenschaften zu befriedigen. Dieses Argument richtet Bastian gegen die Behauptung einer Entlastungs- oder Ventilfunktion, die nur die Verhältnisse stabilisiere, und betont, daß das Fastnachtspiel vielmehr als eindrucksvoller Beleg des Beharrens auf sozialer und kultureller Selbstbehauptung zu werten ist. Der zeitgenössische Sprengsatz liegt, bei allem Verzicht auf Verbindlichkeit, in der spielerisch burlesken Aufarbeitung und Abwehr von Verhaltenszumutungen und Vorschriften.

Die frühen Fastnachtspieler, die ihr Publikum durch Komik und Kunstgriffe zu Mitwissenden und Mitwirkenden machen, setzen die gemeinsame Lebenswelt in Szene. Die Themen sind dabei keineswegs, wie Bastian gegen das verbreitete Cliché einwendet, bloß auf Sexualwünsche beschränkt. Sie beziehen sich auf die Macht der Sexualität ebenso wie auf die Macht des Geldes, die Zugriffe des Rates oder die Feudalanarchie des Landes. Gemeinsamer Nenner ist, im Spannungsfeld von Sinneslust und Gefühlsbeherrschung, der Entwurf einer Wunschwirklichkeit, die der sich durchsetzenden neuen Moral in ironischer Verkehrung den Prozeß macht.

Auch wenn Bastian seine starke Affinität zum Gegenstand nicht verhehlt, so erliegt er doch nicht der Versuchung, das Fastnachtspiel schlicht einer Widerstandstradition zuzuschlagen. Die Spieler nämlich haben teil an den Verhältnissen, die sie attackieren, indem

sie die verlachen, die noch weniger zu lachen haben, Frauen etwa. Die Spiele werden nicht nur von Männern verfaßt, sondern auch ausschließlich von Männern aufgeführt. Kein Wunder, daß die Sinneslust als männliche Domäne reserviert und zotig gegen aufbegehrende Frauen gekehrt wird.

Vollends auf verlorenem Posten stehen die Frauen im Fastnachtspiel der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, das Bastian allzu eindeutig von der frühen Tradition abgrenzt. Wirtschaft und Technik und die Mechanismen der sozialen Überwachung haben gewaltige Fortschritte gemacht, die auch vor der Volkskultur nicht haltmachen. Die Fastnachtspiele beugen sich den Spielregeln der Konkurrenz und treten, nunmehr lehrhaft aufgerüstet, in den Dienst der individualistischen Selbstbehauptung und -beherrschung: Die Häme gilt — im Spiel wie in der Wirklichkeit — den Verlierern und Hereingelegten, den Außenseitern und schlecht Angepaßten. Manfred Richter (Oldenburg)

Mai, Ekkehard, Stephan Waetzold und Gerd Wolandt (Hrsg.): Ideengeschichte und Kunstwissenschaft. Philosophie und bildende Kunst im Kaiserreich. Gebr. Mann Verlag, Berlin/West 1983 (459 S., br., 142,- DM)

Bei diesen zwanzig Einzelstudien handelt es sich um den dritten Band von interdisziplinär angelegten Forschungen zur Kunst und Ästhetik sowie zur Kunst- und Kulturpolitik der wilhelminischen Epoche, die von der Thyssen-Stiftung gefördert wurden. Der institutionellen Rolle der Kunst innerhalb des politischen, ökonomischen und sozialen Systems wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Darüber hinaus verbindet die meisten Beiträge ein Interesse an der Aufdeckung von Interdependenzen zwischen der ästhetischen Produktion und damals dominierenden ideologischen Systemen.

Kurt Düwell behandelt in seinem Beitrag »Geistesleben und Kulturpolitik des Deutschen Kaiserreichs« die mit dem rapiden technologischen Fortschritt möglich gewordene kulturelle Emanzipation des Bürgertums, verdeutlicht aber, daß sich auch im Bildungsbereich der dirigistische Einfluß des Herrscherhauses bemerkbar machte, was sich v.a. in der Wissenschaftsförderung zeigt; hingegen sei es der Obrigkeit nicht gelungen, maßgeblichen Einfluß auf die Kunstpolitik zu nehmen (vgl. 26; eine These, die in anderen Beiträgen teilweise relativiert wird), was sich einmal im Sezessionismus, zum andern in der Fülle kunstkritischer Publikationsorgane und Kunstzeitschriften dokumentiere. — Mit der Krise des Historismus befaßt sich *Herbert Schnädelbach*. Nietzsches zweite »Unzeitgemäße Betrachtung« »Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben« (1876) leite als radikale Kritik am Paradigma des Historismus die Ideologie des Posthistoire ein, die Enthistorisierung der Geschichte. In dem Maße, wie durch Darwins Entdeckung Natur historisiert worden sei, sei Geschichte zunehmend einer Naturalisierung anheimgefallen. Die Humboldtschen Vorstellungen von der Macht der Ideen habe, so Schnädelbachs zu chiasmatischen Aphorismen neigende Pointierung, der Idee der Macht weichen müssen. Die radikale antihistoristische Attacke Nietzsches habe in der Folgezeit subtilere Variationen im Neidealismus eines Rudolf Eucken oder in der kulturwissenschaftlichen Werttheorie Heinrich Rickerts erfahren. Folgerichtig sei die Historismuskritik in eine Wiedergeburt der Metaphysik eingemündet, die ihre Kulmination in der phänomenologischen Wesensschau Husserls und in Heideggers Existentialontologie erfuhr. — *Gabriele von Heesen-Cremer* untersucht den Einfluß des Schopenhauerschen Kulturpessimismus auf die künstlerische und literarische Produktion der wilhelminischen Ära, besonders bei Max Klinger, Wilhelm Busch, Pfitzner, Th. Mann u.a. Nietzsche gilt ihr — aufgrund der massenhaften Verbreitung seiner Schriften gegen Ende des Jahrhunderts — als einer der Hauptvermittler dieses Pantragismus, von dem nur das Quietiv der Kunst Befreiung zu bringen versprach. — *Hermann Drües* Aufsatz zur psychologischen Ästhetik im Deutschen Kaiserreich behandelt ein in Philosophie- und Ästhetikgeschichten nur unzureichend dargestelltes Thema; in additiver Aneinanderreihung stellt er wichtige Po-

sitionen vor, beginnend bei der empirisch-experimentellen Ästhetik Fechners, die einen radikalen Bruch mit dem idealistischen System Hegels und der Hegelianer bedeutet, bis hin zu Johannes Volkelt's »System der Ästhetik«. Die Auswirkungen der psychologischen Ästhetik (bei der die biologisch-evolutionistischen Theorien von den mehr idealistischen hätten gründlicher unterschieden werden müssen) auf die Kunsttheorie der Avantgarde, besonders des Expressionismus, werden leider nicht untersucht. Dies bleibt weiterhin ein Forschungsdesiderat.

Mit ästhetischen und kunsttheoretischen Problemen befassen sich eingehender die Beiträge von *Götz Pochat* (zu F.Th. Vischer, dessen politische Resignation angesichts der gescheiterten 48er Revolution zu Recht für die Revision seiner frühen Ästhetik-Entwürfe verantwortlich gemacht wird), *Brigitte Scheer* (zu Conrad Fiedler und seinem formalistischen Postulat der Autonomie bildnerischer Prozesse; die Autorin glaubt, das Dilemma dieser ästhetizistischen Theorie durch vertiefende Nachforschungen zur Analogie von Kunst und Sprache lösen zu können, wo es doch notwendig wäre, die im Ansatz verfehlte — und nur historisch zu erklärende — erkenntnistheoretische Fundierung der Fiedlerschen Kunsttheorie einer Kritik zu unterziehen), *Gerd Wolandt*, der sich mit der neukantianischen Ästhetik Hermann Cohens auseinandersetzt, und *Stephan Nachtsheim*, der die wertphilosophische Ästhetik Jonas Cohns darstellt, die sich, da auch sie die neukantianische Erkenntnistheorie zugrundelegt (unter Einbeziehung psychologischer Erkenntnisse), nicht wesentlich von den Prämissen und Zielsetzungen der zuvor diskutierten Ästhetiker unterscheidet. *Burkhard Bittrich* verfolgt Referenzen auf zeitgenössische Kunstwerke (z.B. von Böcklin, Menzel, Gabriel Max, Otto Lessing, Stuck u.a.) in den Romanen und Briefen Theodor Fontanes und rekonstruiert so die zur herrschenden Kunstkritik Distanz suchende Kunstauffassung dieses Autors. — »Leben wie ein Dichter — Richard Dehmel und die bildenden Künste« heißt der materialreiche Aufsatz von *Peter-Klaus Schuster*, der die zwischen den zahlreichen, einander sich rasant ablösenden Ismen vermittelnde Position dieses heute kaum mehr sonderlich geschätzten, damals aber allgemein verehrten Literaten beschreibt und zeigt, daß Dehmel nicht nur die Kunstreformbewegungen unterstützte, sondern sich auch — das ästhetische Prinzip des Dilettantismus zum kunstpolitischen Programm erhebend — als entwerfender Künstler zu exponieren suchte. — Welche Spuren die Lektüre der Gemäldebeschreibungen des Kunsthistorikers Richard Muther im lyrischen Werk Rilkes hinterließ (der, wie wir hier erfahren, bei jenem zeitweise zu promovieren gedachte), zeichnet der Beitrag von *August Stahl* nach.

Michael Bringmann untersucht den Einfluß der Kunstkritik des späten 19. Jahrhunderts auf die Kunstgeschichtsschreibung, wobei ihm Friedrich Pecht, Herausgeber der Zeitschrift »Kunst für Alle« (München 1885ff.), als Beispiel dient. — Den Umschwung in der Bewertung des lange Zeit begeistert gefeierten Malers Arnold Böcklin, etwa bei dem den Impressionismus als »rein malerische« Bewegung favorisierenden Kunstkritiker Julius Meier-Gräfe, versucht *Ingrid Koszinowski* unter Hinweis auf gewandelte Bildungsideale des deutschen Bürgertums zu erklären. — Mit Richard Hamanns Impressionismusbuch von 1907, das »schon den ganzen Hamann enthält« (310), befaßt sich *Rüdiger Zeitler*, 1931-33 selbst Schüler dieses Marburger Kunsthistorikers. Zeitler sieht in diesem Werk eine Gegenposition zu Diltheys »Erlebnis und die Dichtung« und glaubt, einen Einfluß der Geschichtstheorie Karl Lamprechts (Die kulturwissenschaftliche Methode, Berlin 1900) auf Hamann nachweisen zu können. — *Rüdiger vom Bruch* analysiert die »Kunst- und Kulturkritik in Zeitschriften des Kaiserreichs« am Beispiel des der Bismarckschen Politik nahestehenden »Grenzboten« (mit Gustav Freytag als anfänglichem Hauptbeiträger und Moritz Busch als späterem Protagonisten der obrigkeitstreuen Kunstkritik), der gemäßigt-konservativen »Deutschen Rundschau« und der die neueren Kunstströmungen, besonders die Sezessionen, mit Interesse, ja teilweise mit Zustim-

mung verfolgenden »Neuen Rundschau«. Diesen »Rundschau«-Zeitschriften ist auch der Aufsatz von *Karl-Ulrich Syndram* gewidmet, der die populärwissenschaftliche Kunstliteratur (z.B. Westermanns Monatshefte) aufarbeitet, innerhalb derer bekanntlich der »Kunstwart« von Ferdinand Avenarius geradezu ideologiebegründende Wirkung ausübte. Deren »Gemeinde«, also das Leserpotential und seine in mancher Hinsicht präfaschistische politische Einstellung rekonstruiert die bildungssoziologische Studie von *Gerhard Kratzsch*.

Die kirchliche Kulturpolitik im Bistum Regensburg unter Bischof Ignatius von Senestréy, der eine ultramontanistische Position vertrat, ist das Thema des Beitrags von *Paul Mai*. — Die von der Kunstgeschichte bisher kaum beachtete Kunstrichtung der Beuerner Schule, die unter Pater Desiderius Lenz im Zeichen des Kulturkampfes eine Erneuerung der katholischen Kirchenkunst anstrebte, was paradoxerweise in der Spätphase eine sogar direkte Beteiligung Kaiser Wilhelms II. an der Stilkonzeption und an Ausstattungsprogrammen (Beispiel: Maria Laach, 1893ff.) nicht ausschloß, wird von *Harald Siebenmorgen* vorgestellt. Seine Analysen sind schon allein wegen ihres Nachweises wichtig, daß sich die Formabstraktion der Moderne, aber auch bestimmte ikonographische Themen (z.B. die Tiermotive bei Franz Marc), unter anderem auf Impulse dieser das Nachahmungsprinzip aus antimaterialistischer Haltung heraus ablehnenden religiösen Kunstrichtung zurückführen lassen. — Das protestantische Gegenstück einer Respiritualisierung der Kunst, wie sie programmatisch in Werken Uhdes, Pfannschmidts, Steinhausens, von Gebhardts u.a. zum Ausdruck kommt, untersucht *Ekkehard Mai*. Ihn interessiert die spezifische Ikonographie dieser zur Monumentalisierung tendierenden Kunst und ihre Funktion im Zusammenhang des Kulturkampfes und der Sozialen Frage, die mit der »Arme-Leute«-Malerei Konzessionen an die proletarischen Massen zu machen suchte, um sie in die nationale Einigungsbewegung von oben zu integrieren.

Norbert Schneider (Osnabrück)

Pehnt, Wolfgang: Der Anfang der Bescheidenheit. Kritische Aufsätze zur Architektur des 20. Jahrhunderts. Prestel-Verlag, München 1983

(265 S., 221 Abb., br., 34,- DM)

(zit.: I)

Pehnt, Wolfgang: Das Ende der Zuversicht. Architektur in diesem Jahrhundert. Ideen — Bauten — Dokumente. Siedler Verlag, Berlin/West 1983

(416 S., 500 Abb., Ln. 128,-DM)

(zit.: II)

Das Ende der Zuversicht hat den Anfang der Bescheidenheit nicht zwangsläufig zur Konsequenz, dennoch wäre er notwendig. So sind die beiden Titel aufeinander bezogen, zwei fast unspektakuläre, nüchterne Einsichten, die miteinander zu verbinden, die Anstrengung des Autors ausmacht. Bescheidenheit versteht Wolfgang Pehnt, Kunst-Redakteur des Kölner Deutschlandfunks und »Kluger Kopf« der FAZ-Baukritik, nicht als PR-Formel für Schichtbauweisen einer noch zu kreierenden »architettura povera«, sondern als regulatives »Verhaltensmuster, das sich bei der Annäherung an das Notwendige ergibt« (I,257). »Bescheidenheit wäre dann der Zustand des Beschiedenen-seins, eine Verfassung, unter der das Wirkliche unverstellt von Präntionen und Renditen, seine Form erreichte, eine Utopie, meine Utopie.« (I,258) Das Schöne der Erde als Sinn des Bauens, eine Formulierung Heideggers, ist Perspektive für eine Architektur mit Zukunft, die sich der Ressourcenknappheit und den Alarm-Signalen des »Report Global 2000« stellt. »Der Widerstand gegen die Null-Lösungen im Bauen, gegen die Architektur der permanenten Kapitulation, die sich nur noch zum Vollzug der sogenannten Sachzwänge macht, kann nicht in dem angestregten Versuch liegen, Straßen und Plätze unserer Städte einer durchtrainierten Artistik zu unterwerfen. Die Kunst des Selbstverständlichen ist dringender vonnöten als die Kunst des Ungewöhnlichen, in der sich die fliegenden Einsatztruppen des internationalen Architekturdesigns üben« (I,253), formuliert

Pehnt seine Reserven gegenüber der Postmoderne, die derzeit en vogue und im Deutschen Architekturmuseum/Frankfurt (Heinrich Klotz, Revision der Moderne) abgefeiert worden ist.

Zuversicht, deren Ende Pehnt konstatiert, bezeichnet die Haltung der Moderne, ein — von heute aus gesehen — naiver Problemlösungs-Optimismus. An ihrem Anfang stand aber auch schon der Verzicht. Zum polemischen Credo der Moderne gehörte es, den künftigen Benutzer von Architektur nicht mit dem Ausdrucksdrang ihres Urhebers zu belästigen (Adolf Loos/Nieder mit dem Ornament!). Das Opfer des Künstler-Individuums auf dem Altar der industriell zu fertigenden, deshalb anonymen Massenform wurde kompensiert durch visionäre Entwürfe künftiger Gesellschaften, die weit über den Bereich der Architektur hinausgriffen und ihrerseits Total-Sanierungs-Konzepte implizierten, auf dem Umweg über die geformte Umwelt doch den neuen Menschen zu formen. »Ästhetische und moralische Heilsbotschaften gehörten bis vor kurzem zum Berufsbild der Architekten und Designer.« (I,103) Pehnt untersucht sie in seinem Aufsatz-Band: die Gesamtkunstwerk-Phantasmagorien des Deutschen Werkbundes, die Bauhütten-Ideale eines Bruno Taut, in denen sich eine auf die Gotik retardierende Romantik mit sozialistischen Utopien mischen, den Funktionalismus wie die technologischen Utopien der 60er Jahre. Die Aufsätze sind für eine Theorie des Intellektuellen wahre Fundgruben. Am Ende des großen Essays vom Ende der Zuversicht resümiert er: »Angelegt war die Moderne als ein Entwicklungsroman, der seine Helden und sein Publikum allmählich zu höherer Einsicht läutert. Aber in ihrem Verlauf ähnelt sie immer mehr einer Tragödie, deren Protagonisten das Gute wollten und das Böse — zumindest nicht verhinderten. Wenn ihr einigende Wirkung zuzutrauen ist, dann liegt sie allein in der Katharsis, die Furcht und Mitleid erzeugt.« (II,92).

Pehnt arbeitet die Geschichte der Architektur dieses Jahrhunderts als Historiker chronologisch durch, bezieht nicht den ahistorischen Standpunkt des immer klügeren Nachgeborenen und nicht den des Staatsanwaltes, der ausschließlich nach belastendem Material fahndet. Deshalb folgt seine Kritik der Leistungen des Bauhauses nicht gängigen Klischees: »Um ihre Leistung abzuschätzen, muß jeweils diejenige Position mitgedacht werden, zu deren Gegenposition sie bestimmt waren.« (I,120) Von der Geschichte gibt es keinen Dispens. Im Aufsatz über »Rasterpraxis und Proportionslehre« zeichnet er die Geometrisierung des Lebens nach, beginnend bei den napoleonischen Vermessungsprojekten, die imperialistisch motiviert waren, der Festlegung des Ur-Meters, das die alten anthropometrischen Maße ablöst, über die Raster-Grundrisse von Washington oder New York, die dem demokratischen Gleichheitsprinzip städteplanerischen Ausdruck verleihen sollten, bis zur Rasterung der Dritten Dimension in Fassade, DIN-Norm oder Le Corbusiers Modulor. Inzwischen hat der »Traum von der Einheit alles Gestalteten seine Attraktion verloren« (I,39), eben weil er so weitgehend, aber anders als intendiert, in Erfüllung gegangen ist. Dennoch schließt sich Pehnt nicht einem Total-Verriß an, wie ihn Tom Wolfe mit seiner brillanten Polemik »Die Diktatur des Rechtecks« vorgelegt hat, sondern plädiert mit den Worten des niederländischen Architekten Berlage: »Es [das Raster] ist wie eine Waffe in den Händen von Kindern und Erwachsenen; im ersten Fall ist es eine Gefahr; im zweiten eine höhere Leistungsfähigkeit.« (I,39)

An den Anfang der Aufsatz-Sammlung hat Pehnt einen Beitrag über das gestörte Verhältnis zu Straße und Platz gesetzt, an ihr Ende »In Bäumen leben« und sein Plädoyer für einen Anfang der Bescheidenheit. »Entmischungs«-Strategien sollten Ordnung in das Chaos der Städte des 19. Jahrhunderts bringen — Le Corbusier etwa »hat die Straße beschrieben wie Dante den Gang durchs Inferno« (I,9) — heute sehnen sich die Stadtbewohner wieder nach der Mischung, nach der Straße als »Schule des Lebens«. Die »Möblierung der Innenstädte« und deren Touristifizierungen sind zu oft illusionäre Wiederbelebungsversuche. Seinerzeit faszinierte die Rationalität der Maschine, Ozean-

dampfer und Verkehr fungierten als legitimatorische Leitbilder und Metaphern des Bauens. Bezeichnenderweise wurde die CIAM-Charta von Athen, die die Strategie der Entmischung städtischer Funktionen kodifizierte, nicht in Athen, sondern auf dem Mittelmeer-Dampfer *Patris II* erarbeitet. Noch heute ist der ADAC die wichtigste Instanz der Landschafts- und Städteplanung. Die gesamte Tragweite dieser Entwicklung wird erst heute sichtbar, wie auch Dieter Hoffmann-Axthelm (*Das abreißbare Klassenbewußtsein*) oder Richard Sennett (*Verfall und Ende des öffentlichen Lebens*) gezeigt haben.

In seiner Kritik des Funktionalismus arbeitet Peht die inneren Widersprüche heraus, wenn es dort heißt: »Je konsequenter Funktionalismus auftritt, desto weniger funktioniert er. Walter Pichler, der österreichische Objektmacher, hat diesen Satz auf seine Weise illustriert, als er für den Schriftsteller Oswald Wiener einen Frühstückstisch entwarf: eine Polyesterplatte mit Höhlungen für Teller, Gläser und Bestecke, daneben die Namen Oswald und Ingrid. Ein genau definiertes Programm wird exakt erfüllt, aber alle anderen möglichen Bedürfnisse sind ausgeschlossen. Ein zweites Trinkglas, ein Gast am Tisch — unmöglich.« (I,110)

Furchterregend im Sinne der kathartischen Wirkung ist ein Portrait von Buckminster Fuller und seinen planetarischen Projekten vom Raumschiff *Erde*. Fuller erfand die geodätische Kuppel, die die *US-Air-Force* wie die »domes« bauende *Comune* der kalifornischen Hippies gleichermaßen inspirierte. Stadtteile sollten, mit einer Kunststoffhaut überzogen, als autarke Öko-Systeme funktionieren. Peht analysiert diese typisch amerikanische Melange aus technologischem Optimismus und ökologischem Pessimismus, die letztendlich eine polare Struktur zur Folge hat, die die einen draußen stehen läßt, während die anderen drinnen in einer Variante der Arche Noah überleben. Insoweit stehen Fullers Öko-Wagenburgen in einer Reihe mit John Portmans Binnenwelten des Konsums. Peht beschreibt dessen gigantische Geschäftszentren als die »neuen Karawansereien in den Stadtwüsten« (I,183). Wie schon die kosmologisch argumentierenden Bauten Le Corbusiers stößt sich diese Architektur von der Erde ab, es sind Raumschiffe, die nur noch nicht gestartet sind — Architektur jenseits der Schonung der Erde als Sinn des Bauens.

Hat Buckminster Fuller für Stanislaw Lems *Wissenschaft des »Futurologischen Kongresses«* Modell gestanden, so Robert Venturis postmoderne *Simulations-Architektur* für Lems *Story*. Von Venturi stammt die Parole »Von Las Vegas lernen!« — die Theorie des dekorierten Schuppens. Gemeint ist damit die Ablösung des Gebäudes von seiner Bedeutung. In den Begriffen der Warenästhetik gesprochen, treten Gebrauchswert und Gebrauchswertversprechen dieser Architektur auseinander. Wie am »Strip« von Las Vegas versprechen die Fassaden, was die Schuppen dahinter nicht halten können oder nicht zu halten brauchen. In Venturis Architektur fällt das »Bilderverbot« der Moderne, und Paolo Portoghesi konnte 1980 in Venedig »Das Ende der Prohibition« (II,364) proklamieren. In der Postmoderne gilt das »Everything goes«, die Architekturgeschichte wird zum Steinbruch für Bauideen. »Wenn die Geschichte zum großen Selbstbedienungsladen wird, wenn alles und jedes zitierbar wird, geht das Charakteristische jeder geschichtlichen Erfahrung, geht die Geschichtlichkeit der Geschichte verloren« (I,231). »Die Flucht in die Geschichte, die wir derzeit beobachten, (ist) in Wirklichkeit eine Flucht aus der Geschichte« (I,233), plädiert Peht für einen kritischen Umgang mit Historie. »Wenn ein Bauwerk sofort alles sagt, was es zu sagen hat, ist es ein krankes Bauwerk, wie jemand der einem schon beim ersten Mal alles über sich selbst erzählt« (II,92), argumentiert er mit Giancarlo de Carlo.

Die postmodernen »Glasperlenspieler« sind nur eine Gruppe unter den Quer- und Andersdenkern, die nach Alternativen suchen, wie überhaupt klare Fronten und Parteien fehlen. Nicht um »gut« oder »böse« ist es Peht zu tun, sondern darum, die Variationsbreite von Strategien für die Stadt zu analysieren, zu denen Strukturalisten, Öko-

logen, Regionalisten, Partizipationsarchitekten und Do-it-yourself-Bastler ebenso gehören.

Während der Aufsatz-Band Fallstudien versammelt, arbeitet sich der Band »Das Ende der Zuversicht« in chronologischer Ordnung an der Architekturgeschichte dieses Jahrhunderts ab, leistet Verdichtungen und stellt Zusammenhänge her. Es ist ein Arbeitsbuch, das dem Leser, auch unabhängig von den Einschätzungen des Autors, die Möglichkeit bietet, sich zu orientieren. Denn den Hauptteil macht das Bauten-Verzeichnis aus, jede Abbildung wird detailliert, mit Literaturangaben und Querweisen versehen, kommentiert. Am Anfang dieses Teiles wie der Moderne steht eine Photographie des Place de l'Etoile mit dem Triumphbogen in Paris, am Ende die apokalyptische Stadtlandschaft der New Yorker Bronx. Den dritten Teil bildet eine präzise zusammengestellte Dokumenten-Sammlung, die von Adolf Loos' Polemik gegen die Art Nouveaueröffnet wird, in der ein »armer, reicher Mann« seine Geburtstagsgeschenke nicht annehmen darf, weil sie nach Meinung seines Architekten nicht in das Design seines Hauses hineinpassen, an ihrem Ende ein Aufsatz-Auszug über natürliches Bauen von Frei Ottg. Zeittafel und eine Sammlung von Biographien der besprochenen Architekten auf neuestem Stand mit Literaturverzeichnis runden das Arbeitsbuch ab.

Helmut M. Bien (Berlin/West)

Soziologie

Jürgens, Ulrich, und Frieder Naschold (Hrsg.): Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit. Leviathan-Sonderheft 5/1983. Westdeutscher Verlag, Opladen 1984 (470 S., br., 64,-DM)

Im ersten Teil finden sich sechs Beiträge, die »eine Grundlage zu einer Überwindung der realen Mystifikationen der Separierung von Arbeit und Politik« (F. Naschold, 18) schaffen wollen. Daß die herkömmlichen »Kategorien von gesellschaftlicher Arbeit und Politik« (ebd.) fragwürdig geworden sind, daß »das Spannungsfeld zwischen Staat und Ökonomie, Politik und Produktion« (ebd., 13) von dem *herrschenden liberalen Paradigma* nicht adäquat aufgenommen werden kann, stellt eine Herausforderung für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung dar. Auf der einen Seite sehen die ökonomische Theorie und die Industriesoziologie Politik weitgehend als exogene Größe des eigenen Datenkranzes an. Politik wird dann entweder, wie im Fall der Ökonomie, aus der theoretischen Perspektive ausgegrenzt, oder, wie im Fall der Industriesoziologie während der 70er Jahre, zwar aufgenommen, den traditionellen Forschungsfragen jedoch nur additiv hinzugefügt. Auf der anderen Seite bleibt für die Politikwissenschaft »der Produktionssektor und seine Organisation aus dem Spiel« (W.-D. Narr, 432), wird Politik »auf den formellen öffentlichen Sektor beschränkt« (ebd., 451).

Dem an der Realität gescheiterten liberalen Paradigma wollen die Herausgeber eine »umfassende, arbeitspolitische Perspektive« (U. Jürgens, 60) entgegensetzen. Dabei kann der Sammelband die *neue arbeitspolitische Perspektive* noch nicht systematisch darstellen; es geht vielmehr darum, »Problemfelder im Spannungsfeld von Politik und Produktion aufzudecken und für Forschungsfragen zu öffnen« (U. Jürgens/F. Naschold, 9). Politik wird als »die Konstitution, Regulierung und Transformation der sozialen Beziehungen und Praktiken« (F. Naschold, 18) thematisiert. Und diese Bestimmung von Politik gilt eben nicht nur für den »öffentlichen« Bereich des Staates, sondern auch für die »private« betriebliche Organisation von Arbeit. Im Mittelpunkt der betrieblichen Organisation steht der aus drei Transformationsproblemen bestehende Konversionsprozeß: Geldkapital muß in Sachkapital transformiert werden, »Investitionsent-

scheidungen in reale Produktionsmittel« und das »auf dem Arbeitsmarkt gekaufte Arbeitsvermögen in Arbeit« (ebd., 46). Dieser Konversionsprozeß ist weder ökonomisch noch technologisch eindeutig determiniert. Es verbleiben »Gestaltungsspielräume für arbeitspolitische Regelungen« (N. Beckenbach, 94), die sowohl seitens des Managements wie auch seitens der Belegschaft genutzt werden können. Damit wird »die Politikbestimmtheit ... all dieser Transformationsprozesse und damit des Konversionsproblems insgesamt« (F. Naschold, 46) offenkundig. Gesellschaftliche Arbeit besitzt stets auch eine politische Dimension: Dabei erscheint in Normalzeiten Politik als »implizite, inhärente und integrale Größe im ökonomischen Prozeß« (ebd., 48), in Krisenzeiten »bildet sich Politik in einer gleichsam selbstreflexiven Weise aus als gesellschaftliche Regulierung der Grundstrukturen des ökonomischen Prozesses selber« (ebd.). Politik wird als *endogene* Größe des Arbeitsprozesses gesehen; sie findet ihren Ausdruck in innerbetrieblichen Hierarchie- und Beförderungssystemen ebenso wie in außerbetrieblichen Verhandlungssystemen.

Diese arbeitspolitische Perspektive wird durch die übrigen Beiträge exemplarisch belegt. Im zweiten Teil wird der *Prozeß des betrieblichen Einsatzes neuer Techniken* »als arbeitspolitische Strategie (dargestellt), die die Kontrolle über das betriebliche Gesamtgeschehen und die Arbeitenden kalkuliert« (G. Dörr u.a., 1983). Es wird gezeigt, daß der Prozeß der verstärkten Taylorisierung des Arbeitsprozesses weder technologisch noch ökonomisch vollständig determiniert ist, sondern auch »vielfältige Formen des Eingreifens« (U. Briefs, 230) für die Beschäftigten enthält. Die Einführung neuer Techniken ist nicht nur als technologisches Problem zu sehen, sondern ist auch eingebunden in eine »Konstellation von Partialinteressen, Kompetenzen und tatsächlichen Einflußmöglichkeiten« (F. Weltz/V. Lullies, 156). — Im dritten und vierten Teil verlassen die Beiträge den betrieblichen Rahmen. »Der Betrieb ist nur zu interpretieren im Netz von Politik.« (W.-D. Narr, 460) Im Zusammenhang hiermit wird auf »die Tendenz der Verstaatlichung der Arbeitsmarktverhältnisse« (G. Lenhardt, 313) hingewiesen sowie auf die damit verbundene Notwendigkeit der Unterstützung *staatlicher Arbeitspolitik* durch innerbetriebliche Funktionsträger. Der Versuch, Betriebe in die staatliche Arbeitspolitik zu integrieren, wird einerseits durch »eine Beteiligung der Betriebsräte« (G. Bosch/B.-G. Spies, 327) vorangetrieben, muß andererseits jedoch vor der »privat-dezentrale(n) Reproduktionsstruktur« (J. Hoffmann, 425) haltmachen. Betriebliche Arbeitspolitik wird tendenziell zur öffentlichen Angelegenheit — wie z.B. im Fall der Arbeitszeitpolitik —, muß dies jedoch dementieren, um die Systemgrenze des Kapitalismus, die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, nicht zu verletzen. Es gibt hierfür »eine gemeinsame Strategie der Unternehmen und des Staates zur Depolitisierung der Ökonomie und damit auch der Betriebsarbeit« (W.-D. Narr, 431). Arbeitspolitik wird auf die Betriebs-ebene verwiesen, wo sie als »Nicht-Politik« (ebd.) erscheint. Dieser »Politik der Depolitisierung« (ebd., 438) wird von W.-D. Narr in seiner »Nachlese zum Politikbegriff« »die Forderung: 'Politisiert die Arbeit'« (ebd., 429) entgegengehalten. Damit »soll die Wahrnehmung des politischen Charakters sozialer, in unserem Fall betrieblicher Wirklichkeit befördert werden« (ebd., 431).

Der Sammelband stellt für alle, die am Anspruch einer Politischen Ökonomie in theoretischer wie praktischer Hinsicht festhalten, eine Herausforderung dar, da hier der Versuch unternommen wird, Arbeit und Politik als zentrale Kategorien sozialwissenschaftlicher Theoriebildung neu zu formulieren. Gerd-Uwe Watzlawczik (München)

Armanski, Gerhard, Christine Dörner, Jürgen H. Mendner, Wolfgang Oppelt und Wolfgang Roos: Rationalisierung in der öffentlichen Verwaltung. Ursachen, Auswirkungen, Widerstand. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1983 (330 S., br., 55,-DM)

Obwohl die Untersuchung im Rahmen des Forschungsprogramms »Humanisierung des Arbeitslebens« des Bundesministers für Forschung und Technologie durchgeführt wurde, kam ihre Veröffentlichung im Rahmen der HdA-Schriftenreihe nicht zustande, da angeblich Befragungsergebnisse, die bei den Betroffenen von Rationalisierungsmaßnahmen direkt erhoben werden, »keine Rückschlüsse auf 'harte' Daten« zulassen. Die Unterstützung, mit der die Untersuchung dennoch veröffentlicht werden konnte, erfolgte durch die Freie Universität Berlin und die Gewerkschaft ÖTV.

Die Untersuchung gliedert sich nach einem einleitenden Abschnitt zu Zielsetzung, Methode und Ablauf des Forschungsprojektes in drei Teile: 1. die Beschreibung der untersuchten Rationalisierungsmaßnahmen in zehn Ämtern in vier Großstädten (Einführung und Weiterentwicklung der EDV, Ämterneuordnung, Zentralisierung, Einführung von Datenfernverarbeitung und Datensichtgeräten) sowie die Stellungnahmen der beteiligten Verwaltungsinstanzen und der Personalvertretungen; 2. die Befragungsergebnisse zur aktuellen Arbeitssituation (Qualifikation, Arbeitsanfall und Belastung, Arbeitsqualität, Betriebsklima, Arbeitszufriedenheit, äußere Arbeitsplatzbedingungen und gesundheitliche Beschwerden) unter besonderer Berücksichtigung der Probleme bei der Tätigkeit an Bildschirmgeräten sowie unter Aufschlüsselung der Gesamtergebnisse nach Ämtergruppen und soziodemographischen Merkmalen; 3. die Resultate der bewußtseinsmäßigen Verarbeitung der Rationalisierung bei den Beschäftigten, ihre Einschätzung der konkreten Umstellungsfolgen und ihre Reaktionen, aufgeschlüsselt nach Ämtergruppen und soziodemographischen Merkmalen der Befragten. Die Untersuchung macht deutlich, daß Rationalisierung auch in der öffentlichen Verwaltung mittlerweile sehr weit fortgeschritten ist, daß auch hier unter Effizienzgesichtspunkten Arbeitsprozesse systematisch durchgeforstet werden und die Beschäftigten die Folgelasten zu tragen haben. Wer allerdings von der Untersuchung aufgrund der Nichtveröffentlichung durch den Auftraggeber umwerfende Entdeckungen erwartet, wird über die vorliegenden Ergebnisse enttäuscht sein. Neuigkeiten im Hinblick auf die zentralen Zusammenhänge zwischen Rationalisierung und Folgelasten wie Handlungsweisen der Betroffenen sind nicht zu erfahren. Was allein an dieser Untersuchung interessant ist, sind die differenzierteren Befragungsergebnisse, die Aufschluß über die widersprüchlichen Einschätzungen und Bewußtseinslagen der Betroffenenengruppen geben. Hierin kommt das Dilemma der fehlenden Handlungsperspektiven der Betroffenen ebenso zum Ausdruck wie das Fehlen von Konzepten der Interessenvertretung, Widerstand zu entwickeln. (Auch diese Ergebnisse sind nicht wirklich neu, zieht man die Untersuchungsergebnisse in der verarbeitenden Industrie heran. Dennoch ist es eine erschreckende Erfahrung, daß anscheinend aus den Erfahrungen mit Rationalisierungsprozessen in der Industrie keine Konsequenzen für die Interessenvertretung im öffentlichen Dienst gezogen wurden.) — Interessant kann die Untersuchung für diejenigen sein, die an konkreten Strategien der Gegenwehr gegen Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst arbeiten. Für sie gibt es wesentliche Ansatzpunkte in den Aussagen Betroffener, wie die Belastungen durch die Umstellungsprozesse empfunden werden und wo — inmitten der teilweise orientierungslosen und hilflosen, aber dennoch widersprüchlichen Bewußtseinslagen — Ansatzpunkte für die Entwicklung von Handlungsperspektiven stecken. Diese Anregungen müssen jedoch in Eigenarbeit weiterentwickelt werden, da die Autoren das empirische Material nicht genutzt haben, um zu derartigen weiterführenden Schlußfolgerungen zu kommen. — Trotz ihrer Trockenheit ist die Arbeit sprachlich einfach abgefaßt, so daß Arbeitnehmer sie auch lesen können.

Armin Wöhrle (Eßlingen)

Krebsbach-Gnath, Camilla, Eike Ballerstedt, Udo Frenzel, Harald Bielinski, Christoph F. Buchtemann und Dietmut Bengelmann: Frauenbeschäftigung und neue Technologien. Oldenbourg Verlag, München, Wien 1983 (327 S., br., 68,- DM)

Die vorliegende Untersuchung wurde vom Battelle-Institut in Zusammenarbeit mit Infratest und im Auftrag des BMFT durchgeführt. Sie versteht sich als Vorstudie und enthält Analysen der internationalen Literatur zum Thema und Statistikauswertungen.

Der Leser wird zunächst mit umfangreichem empirischem Material »auf den Stand des Wissens« über die wichtigsten Strukturdaten zur Frauenerwerbstätigkeit — einschließlich ihrer »historischen Dynamik« — gebracht: Erwerbsbeteiligung — differenziert nach Branchen und Berufen —, Qualifikation, Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, typische Merkmale von Frauenarbeitsplätzen. Zur Interpretation der durchgängigen Benachteiligungen weiblicher Erwerbsarbeit werden die verschiedenen theoretischen Erklärungsansätze zum »geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt« herangezogen: die angebotsorientierten Erklärungskonzepte, die »auf besondere Eigenschaften des weiblichen Arbeitskräfteangebots hinweisen« (z.B. Bildung und Ausbildung, zeitliche Verfügbarkeit [124f.]) gegenüber den nachfrageorientierten Ansätzen, die die Ursachen von Benachteiligungen der Frauen »eher in Strukturen und Strategien der Arbeitskräftenachfrage lokalisieren« (127). Das Theorem »weibliches Arbeitsvermögen« liege quer zu diesen Ansätzen und greife umfassender auf allgemeine Unterschiede zwischen Männern und Frauen und — in der historisch-soziologischen Richtung — auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zurück (Beck-Gernsheim, Ostner).

Im weiteren werden die hauptsächlichen Entwicklungslinien neuer Technologien im Bürobereich (Miniaturisierung der Mikroelektronik, Digitalisierung, Telekommunikation) und in der Produktion (Computerisierung und Integration von Systemen) zusammen mit der allgemeinen Problematik der Quantifizierung von technisch bedingten Beschäftigungswirkungen sowie den Folgen für die Beschäftigung in verschiedenen Wirtschaftssektoren und Berufen diskutiert.

Aus der Vielzahl der referierten Einzelergebnisse seien die wichtigsten herausgegriffen: Im tertiären Bereich sind vom Einsatz neuer Technologien besonders Sektoren mit hohem Frauenanteil betroffen, wie z.B. Versicherungen, Kreditinstitute, Bundespost und Handel. In diesen Sektoren haben Frauen »zu über 70% automatisierbare und routinierbare Funktionen inne, in den weniger routinisiert- und automatisierbaren Funktionen dagegen beträgt das Verhältnis von Männern zu Frauen 4:1« (237). Schlüsselte man die Beschäftigungswirkungen nach Berufen auf, so gilt, daß u.a. für Bank-, Versicherungs-, Groß- und Einzelhandelskaufleute — Berufe, in denen insgesamt 1,4 Mio. Frauen beschäftigt sind — negative Auswirkungen zu erwarten sind. Demgegenüber werden die Auswirkungen auf typische Frauenberufe wie Sekretärinnen Steno-, Phono- und Datentypistinnen z.B. infolge der automatischen Textverarbeitung nicht nur negativ, sondern auch positiv eingeschätzt. Es sei jedoch zu befürchten, daß Frauen nicht zwangsläufig ihrer quantitativen Dominanz entsprechend in den Genuß dieser positiven Auswirkungen kommen.

Auch im produzierenden Bereich sind die »Problem«-Sektoren, d.h. Sektoren, in denen negative Beschäftigungswirkungen zu erwarten sind, entweder typische Frauensektoren (z.B. Textil- und Bekleidungsindustrie) oder Sektoren mit durchschnittlicher Geschlechterverteilung (z.B. Druckerei und Vervielfältigung). »Bei den gegebenen sozialen Entscheidungsmustern heißt aber eine Gleichverteilung von Frauen und Männern in den Sektoren nicht, daß ihre Chancen, einen Arbeitsplatz zu verlieren oder zu behalten, gleich sind.« (237) Schließlich gilt trotz vielfältiger Förderungsprogramme und Modellversuche zur Öffnung neuer Berufsbereiche für Frauen, daß die wenigen Berufe, in denen positive Auswirkungen des Einsatzes neuer Technologien zu erwarten sind, (wie z.B. Montage- und Wartungsberufe, Ingenieure, Techniker, Datenverarbeitungsfachleute)

immer noch einen verschwindend geringen Frauenanteil aufweisen. Als Hauptergebnis halten die Autor(inn)en fest, »daß Frauen an den Chancen der technischen Entwicklung kaum oder gar nicht partizipieren werden, da sie für diese neuen Berufe und Tätigkeitsfelder nur in den seltensten Fällen ausgebildet sind oder wegen sozialer Vorurteils- und Entscheidungsmuster nicht daraufhin weitergebildet oder umgesetzt werden« (236). Wie werden diese wenig optimistischen Ergebnisse zur Zukunft der Frauenarbeit interpretiert und und welche positiven Eingriffsmöglichkeiten bieten sich überhaupt noch?

Nach Meinung der Autor(inn)en ergeben sich die »Auswirkungen der Technik nicht zwangsläufig durch die technischen Entwicklungslinien selbst. Die Folgen werden vielmehr entscheidend durch gesellschaftliche und betriebliche Organisationsmuster bestimmt.« (234) So seien neben den technikbedingten Ursachen für die Benachteiligung der Frauen im Erwerbsbereich weitere soziale Erklärungsfaktoren mit zu berücksichtigen, wie schulische und berufliche Ausbildung, regionale Mobilität und die z.T. diskriminierenden Arbeitsschutzvorschriften. Leider stellen die Autor(inn)en hier additiv nebeneinander, was sie zuvor bei der Darstellung theoretischer Erklärungsansätze zum geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt schärfer als Kontroverse herausgearbeitet hatten. So knüpfen auch die abschließend nur skizzenhaft angerissenen »politischen Eingriffe zur Sicherung und Öffnung von Arbeitsplätzen für Frauen« nicht an diesen theoretisch zugespitzten Erklärungsansätzen an. Vielleicht liegt es daran, daß sie relativ beliebig und angesichts des vorher detailliert ausbreiteten empirischen Materials zu allgemein geraten sind. Abgesehen von wirtschaftspolitischen Eingriffen werden Maßnahmen vorgeschlagen, die durch eine räumliche und/oder zeitliche Flexibilisierung eine konfliktfreie Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen sollen; weiterhin »Steuerungen« auf betrieblicher und staatlicher Ebene durch Antidiskriminierungsvorschriften, wettbewerbsneutrale Gestaltung des Arbeitsschutzes, Vermehrung der Einrichtungen zur Kinderbetreuung. Es verwundert, daß »Heimarbeit durch Telekommunikation« und Einkaufsmöglichkeiten außerhalb der Geschäftszeit durch Btx auch als Lösungsmöglichkeiten zur Reduktion der Doppelbelastung einbezogen werden. Zwar werden die belastenden und »ungeschützten« Heimarbeitsverhältnisse noch problematisiert, das Btx-System jedoch nur in seiner einkaufserleichternden, nicht aber hinsichtlich seiner arbeitsplatzvernichtenden und desozialisierenden Wirkungen kritisiert. Zu hoffen bleibt, daß in der geplanten Hauptstudie gerade solche Wechselwirkungen bei der Einführung neuer Technologien bzw. Medien im Erwerbs- und Privatbereich in ihrer besonderen Bedeutung für die Frauenarbeit nicht aus dem Blick geraten.

Ilse Schütte (Hannover)

Botz, Gerhard, und Josef Weidenholzer, unter Mitarbeit von Ferdinand Karlsrufer (Hrsg.): Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung. Eine Einführung in Arbeitsweisen und Themenbereiche der Geschichte »geschichtsloser« Sozialgruppen. Böhlau Verlag, Wien und Köln 1984 (438 S., br., 74,- DM)

Die siebzehn Beiträge wurden 1978 bei einer Tagung in Linz vorgetragen und mehrheitlich für den Druck aktualisiert. Die im Untertitel versprochene »Einführung« erfolgt gleichsam exemplarisch, durch Berichte aus laufenden oder über abgeschlossene Untersuchungen, aber auch durch Reflexion über methodische und metatheoretische Fragestellungen. Eine Einführung im Sinn eines Lehrbuches oder eines Handbuches wird nicht geboten, aber vielleicht ist dafür die Entwicklung der »oral history« noch zuwenig weit vorangeschritten. Generell gilt, daß dieser Band streckenweise einen besseren Überblick und eine fundiertere Einführung in die Methode der »oral history« bietet als der vergleichsweise bekanntere Band von Niethammer (jetzt als Taschenbuch bei Suhrkamp).

Die Beiträge sind um sechs Themen gruppiert: Unter »Standortbestimmung« geht Helga Grebing der Frage nach, ob die Geschichte der Arbeiterbewegung eine eigenstän-

dige Disziplin sei — so überflüssig die Frage, so nichtssagend die Ausführungen: die Antwort, wie nicht anders zu erwarten: Ja. Ein Bezug auf die Themenstellung des Bandes fehlt. Gerhard Botz faßt knapp die Probleme und Möglichkeiten der »oral history« — die er im deutschen Sprachraum gerne als »Mündliche Geschichte« institutionalisiert sehen würde — zusammen. Als neuer Quellentypus könne die »oral history« inhaltliche Fragestellungen der Geschichtswissenschaften (besonders für eine Geschichte von unten, die Subjektivität und kollektive Wahrnehmungsweisen offenzulegen imstande sei) befruchten und als kritisch-emanzipatorisches Instrument aufklärend wirken. Josef Weidenholzer fragt, ob die »oral history« möglicherweise nur eine Fluchtdroge sei: »Was dem einen die Südsee, ist dem anderen das Rote Wien.« (49) Dennoch werde man »an der Notwendigkeit der Mündlichen Geschichte ... nicht vorbeizugreifen können« (50). — Zur »Geschichte der Mündlichen Geschichte« wurden eine Übersetzung eines Teils von Paul Thompson's »The Voice of the Past« und ein Originalbeitrag von Sigrid Paul über Arbeiterautobiographien als Vorläufer der Mündlichen Geschichte aufgenommen. — Zur »Neukonstituierung der Arbeitergeschichte« findet man zwei Artikel: Rudolf Kohoutek und Ingo Mörth interpretieren (viel zu ausführlich) eigene »Tiefeninterviews« mit jugendlichen Arbeitern: von und über letztere erfährt man wenig, dafür um so mehr über die Ansichten mancher Modedenker; was damit für eine Geschichte »geschichtsloser« Sozialgruppen gewonnen werden soll, bleibt unklar. Ärgerlich die Übersetzung von Luisa Passerinis Beitrag; die angekündigten »produktiven Indikationen« (180) findet man nicht, vielleicht auch, weil dieser Begriff selbst falsch übersetzt ist? — Besonders hervorzuheben sind die beiden Beiträge zu »Praxis und Theorie der Mündlichen Geschichte«: ein Interview mit Peter Kammerstätter, einem »Laienhistoriker«, der seit Jahren das tut, was jetzt als »oral history« modisch ist, und ein ausgezeichnete Beitrag von Reinhard Sieder, der erkenntnistheoretische Grundfragen, Quellenkritik, Interpretationsverfahren und Darstellungsprobleme der »oral history« bespricht. — Vier Studien über »geschichtslose« Sozialgruppen vermitteln einen guten Einblick in die Arbeitsweise und die Resultate der »oral history«. — Von den vier Beiträgen des Abschnitts über »Auswege aus dem Methodendilemma« sei besonders auf Reinhard Manns »Validitätsprobleme retrospektiver Interviews« und Hermann Denz' »Von der Gruppenbefragung zur Gruppendiskussion« aufmerksam gemacht. Der Band ist mit Ausnahme der oben kritisierten Beiträge sehr informativ. Unklar bleibt, welcher Zusammenhang zwischen Arbeiterbewegung und den sogenannten »geschichtslosen Sozialgruppen« besteht: die Vermutung, auch die Arbeiterbewegung werde zu den geschichtslosen Sozialgruppen gezählt, wird jedenfalls nicht ausgeräumt. Christian Fleck (Graz)

Büschges, Günter: Einführung in die Organisationssoziologie. Teubner Verlag, Stuttgart 1983 (214 S., br., 16,80 DM)

Die »Organizational Society«, wie Presthus die »'Allgegenwart' und Bedeutung von Organisationen« griffig beschrieb, machte die Analyse von Organisationen zu einer zentralen Aufgabe für die Soziologie. Und da die besten der bei bekannten Verlagen in deutscher Sprache erschienenen Einführungen in die Soziologie der Organisation/en — die von Etzioni und Mayntz — schon mehr als 20 Jahre auf dem Buckel haben, wird man jeden neuen Versuch zunächst freudig begrüßen.

Werfen wir zunächst einen Blick in die Literaturliste. Wir finden genau zwei englischsprachige Titel, von denen einer zudem nur wenig einschlägig ist. Wir haben es hier mit einer Einführung in die Organisationssoziologie zu tun, in der nicht *einer* der folgenden Autoren auch nur erwähnt wird: Pugh, Woodward, Blau, Olsen, Weick, Vroom, Stogdill, Merton, Katz, Kahn, Hickson, Hall, Aiken, Hage, Aldrich, Corwin, Coleman, Homans, Gouldner, Hirsch, Lawrence, Lorsch, March, Simon. Auch die Namen und damit die Beiträge der meisten der bekannten deutschen Organisationsforscher fehlen. Das

zur Information für die, die glauben, Büschges wolle eine Einführung in die »Deutsche Organisationssoziologie« schreiben.

Was der Blick ins Literaturverzeichnis bereits erahnen ließ, bestätigt sich bei der Lektüre des Textes. Büschges sagt so gut wie nichts zur Geschichte der Organisationssoziologie (hier gibt er immerhin *einen* konstruktiven Literaturhinweis [58ff.]), verwendet gerade vier Seiten für eine entsprechend oberflächliche Darstellung verschiedener theoretischer Orientierungen (50ff.) und schreibt gar nichts über die in empirischen Forschungen überprüften Zusammenhänge zwischen einzelnen Dimensionen oder Variablen der Organisation. Büschges will »ausgehend von der Alltagserfahrung mit dem Phänomen Organisation vertraut« (12) machen. Das klingt zwar sehr modern, ist jedoch allenfalls trivial: »Eine Vielzahl von Organisationen prägt das Bild unserer Gesellschaft. Ein Blick in das örtliche Fernsprechtuch läßt schnell deutlich werden, wie zahlreich diese Organisationen sind.« (22) Dann »wechselt die Perspektive« und es »stehen nunmehr Organisationen als Gegenstand der Sozialwissenschaft, insbesondere der Soziologie, im Mittelpunkt« (45), wobei es Büschges jedoch kaum gelingt, den Unterschied zwischen Alltags- und Wissenschaftsperspektive herauszuarbeiten. — Es folgen die Kapitel »Ziele und Strukturen von Organisationen«, »Organisation und Gesellschaft« und »Individuum und Organisation«. Diese Gliederung klingt plausibel, aber Büschges hält sie nicht durch. So besteht z.B. mehr als die Hälfte des »Umweltkapitels« aus einer Diskussion des Rollenbegriffs. Dabei wehrt Büschges der in der Soziologie beständig kolportierten Fehlinterpretation, wonach Rollen so etwas seien wie soziale Zwangsjacken; zudem ist dieses Kapitel recht gut geeignet, die Realisation eines von Büschges formulierten Lernzieles, nämlich »Kenntnisse zu vermitteln, die zur Aufdeckung, Entwicklung und Nutzung von Gestaltungsspielräumen in Organisationen benötigt werden« (11), zu unterstützen. Was mich allerdings ärgert, ist die Tatsache, daß Büschges sich hier ausschließlich von Boudon führen läßt und sich damit auf »Tertiärliteratur« stützt. Der unerfahrene Student könnte meinen, Boudon sei *der* Rollentheoretiker schlechthin.

Überhaupt ist Büschges dem Herrn Boudon besonders gewogen. Denn fast ausschließlich auf diesen beruft sich Büschges, wenn er seine eigene theoretische Ausrichtung offenbart. Büschges favorisiert den Methodologischen Individualismus, den er mit Boudon dadurch kennzeichnet, daß er »die Individuen ... als die logischen Atome seiner Analyse« (55) betrachtet. Viel mehr erfährt der Leser nicht über dieses Paradigma. Sicher wird er mir nicht sagen können, ob denn nun Personen (41, 54), Handlungen (42) oder Rollen (120ff.) soziale Gebilde konstituieren. Oder ist das unerheblich? Auch wird der Leser, auf den die Einführung abzielt, mir nicht erklären können, weshalb Individuen zwar »logische Atome« sind, jedoch nicht als »Atome handeln« (76) und was es bedeutet, daß Organisationen »nicht ohne ungeklärten Rest auf ... Individuen und deren Handeln zurückgeführt werden können« (70). Und was das Spezifische an einer individualistischen Organisationssoziologie ist, wird er mir auch nicht sagen können. Aber wenn Büschges Erfolg haben sollte, dann wird er dem Leser eine Aversion gegen die Systemtheorie vermittelt haben, verknüpft er doch jede Lobpreisung des Individualismus mit Polemiken gegen eine, meist durch Luhmann personifizierte systemtheoretische Organisationssoziologie (42, 73, 122ff.), die Büschges offensichtlich dadurch charakterisiert sieht, daß sie Organisationen als »den Menschen übersteigende Wesenheiten« (41f.) betrachte oder eine solche Betrachtung doch wenigstens suggeriere. Es verwundert, wenn Büschges dann sagt, daß es durchaus sinnvoll und zweckmäßig ist, bestimmte soziale Gebilde — auf jeden Fall Organisationen — wie individuelle Akteure zu behandeln (42), ein Sachverhalt im übrigen, den der von Büschges unerwähnte Coleman in einem vorzüglichen Buch behandelt. Merkwürdig, daß der Methodologische Individualist Büschges sich selbst völlig unverdächtig ist, wenn er meint, Organisationen seien »Organismen ähnlich« (73).

Wolfgang Böttcher (Bochum)

Erziehungswissenschaft

Roth, Lutz: Die Erfindung des Jugendlichen. Juventa-Verlag, München 1983 (160 S., br., 22,- DM)

Obwohl allerorten von »Jugend« und »den Jugendlichen« die Rede ist, sind die Termini und die in ihnen angesprochenen Tatbestände und Probleme bislang kaum historisch reflektiert worden. Von daher kann eine begriffsgeschichtliche Untersuchung, die nach »im heutigen Jugendbild enthaltenen Traditionen« (11) und den in ihm »verborgenen Vorurteilen« (10) fragt, einiges Interesse für sich beanspruchen. Roth setzt sich in seiner, im Rahmen eines von Ulrich Herrmann geleiteten Projekts »Historische Jugendforschung« (vgl. *Argument* 130) entstandenen Arbeit zunächst mit den Jünglingskonzepten des 18. und 19. Jahrhunderts auseinander und kommt zu dem Ergebnis, daß das »Bild vom 'ewigen Jüngling', das unverändert 150 Jahre überdauert und geglänzt hätte, ... eine literarische Fiktion« (134) darstellt. Gegenüber den Darstellungen von Muchow (*Jugend und Zeitgeist*, 1962) und Hornstein (*Vom »jungen Herrn« zum »hoffnungsvollen Jüngling«*, 1965) macht er nicht nur auf die Differenzen zwischen verschiedenen Jünglingskonzepten und deren soziale Begrenztheit aufmerksam — »den« Jüngling gab es nicht, und »Jünglinge« waren immer nur die Wenigen —, sondern auch auf die Abhängigkeit dieser Konzepte von politisch-sozialen Entwicklungen: »Das Jünglingshafte an den Jünglingen« (47) sei weit mehr an die gesellschaftliche Situation und die Widersprüche der Epoche gebunden als an das Lebensalter. Spätestens mit der politischen Restauration nach den Befreiungskriegen verliere der Ausdruck »Jüngling« daher seine ursprüngliche »durch Widersprüchlichkeit, Vitalität und auseinanderstrebende Vielfalt« (137) gekennzeichnete Bedeutung. An deren Stelle treten die starren Konzepte des »edlen«, des »heldenmütigen deutschen« und schließlich des »christlichen« Jünglings. Der heute geläufige Terminus des Jugendlichen steht dagegen für ein Konzept, das an eine ganz andere Tradition anknüpft als der »Jüngling«. Der Ausdruck kommt in den 1870er Jahren im Bereich der Gefangenen- und Jugendfürsorge auf und bezeichnet ausschließlich »verwahrloste«, »gottlose«, »kriminelle«, also korrekationsbedürftige Heranwachsende aus unteren sozialen Schichten. Erst im Zuge politisch-ideologischer Formierungsversuche kurz vor dem Ersten Weltkrieg »wandelte sich das negativ-repressive Konzept vom Jugendlichen in ... die ins Positive gewendete Konzeption vom jungen Menschen, den es für Staat und Gesellschaft zu gewinnen gilt« (137). Obwohl »der Jugendliche« damit »gesellschaftsfähig« (133) geworden ist, wirken die negativen Konnotationen — wie Roth vermutet — bis heute nach.

Auch wenn die Argumentation im ganzen überzeugt und wichtige Gesichtspunkte in die Diskussion bringt, möchte ich zwei Einwände formulieren: Zum einen empfinde ich es als Mangel, daß Roth mit keinem Wort auf die Jugendbewegung eingeht, wenn er mehrmals darauf hinweist, daß kein »einziges Jugendkonzept ... von jenen geprägt oder entwickelt worden« sei, »die es bezeichnet« (140). Zum anderen droht über den gewiß notwendigen Differenzierungen, die eine Beantwortung der Frage nach der politisch-ideologischen Funktion der verschiedenen Jugendkonzepte überhaupt erst ermöglichen, eine vor allem bei Hornstein anklingende Einsicht verloren zu gehen: daß nämlich, indem seit dem 18. Jahrhundert eine eigene »Jugendwelt« in unserem Sinne entsteht, ein grundlegender Wandel stattgefunden hat, der letztendlich aus veränderten Anforderungen an das erwachsene Individuum resultiert. Auch für diese These hätten sich in den Dokumenten, die Roth zitiert und auswertet, Belege finden lassen. Wohl nur, weil er nicht nach solchen veränderten Anforderungen fragt, kann er in seinem abschließenden Plädoyer für den »Abschied vom 'Jugendlichen'« Freiheit von Pädagogik und administrativer Gängelei als Autonomie mißverstehen: »Ein Jugendkonzept ist das Gegenteil von Jugend. Konzepte fixieren, legen fest, schränken ein, schreiben vor, verbieten, ka-

nalisieren, biegen zurecht. Jugendleben dagegen ist unberechenbar, widersprüchlich, wechselhaft, verunsichernd — eben lebendig.« (141) — Beschreibt dieser letzte Satz nicht schon selbst wieder ein Jugendkonzept, bei dem die Abhängigkeiten vielleicht nur schwerer zu durchschauen sind?
Volker Schubert (Marburg)

Lippitz, Wilfried, und Käthe Meyer-Drawe (Hrsg.): Lernen und seine Horizonte. Phänomenologische Konzeptionen menschlichen Lernens — didaktische Konsequenzen. Scriptor Verlag, Frankfurt/M. 1982 (218 S., br., 29,80 DM)

Der Sammelband enthält sieben Beiträge. In den einleitenden Bemerkungen der Herausgeber »zur Aktualität und Geschichte phänomenologischen Fragens in der Pädagogik« wird vor allem deren kritisches Potential, »der Mensch selbst als Initiator« und nicht nur als »Forschungsgegenstand«, angesprochen. Und es wird gesagt, daß das phänomenologische Thematisieren nicht nur nach dem »Gelingen«, sondern auch nach den »Gefährdungen und Behinderungen des menschlichen Lernens« frage. Das letztere interessierte mich besonders. An Aspekten aus den Beiträgen von Siegfried Kornfeld: »Das Problem der Verschränkung von Wahrnehmung und Lernen«, Wilfried Lippitz: »Tastwahrnehmung in der Grundschule« und Martin Glatfeld/Erich Christian Schröder: »Anfangsunterricht in Geometrie unter phänomenologischer Hinsicht« ließe sich die These formulieren, daß insgesamt die »didaktischen Konsequenzen« die Annahmen der Theorie der Phänomenologie selbst nur zur Hälfte erreichen, weil sie die pädagogische Reflexion des Standpunktes der Nichtbehinderten, der Lehrenden, kaum erfaßt.

Bei Lippitz (120ff.) findet sich z.B. die »Spielsituation: 'Blind-sein'«. Nach seinen grundlegenden Ausführungen, die sich vor allem auf Merleau-Ponty berufen, zur »Stellvertretung der Sinne« (115) und deren subjektiver Bedeutung, wirkt ein solches »Spiel« für mich geradezu oberflächlich, denn es verwischt den Unterschied von nichtbehinderter und behinderter Erfahrung. Wenn Behinderung nur gesellschaftlich definiert werden kann (und darüber besteht inzwischen einigermaßen Konsens), dann besteht ein Gegensatz zwischen dem »Blind-sein« und dem »Augen-verbinden-und-dann-vorübergehend-nichts-mehr-sehen-können«. Und wenn die Didaktik, z.B. weil sie bestimmte Stoffe auf sogenanntes Grundschulniveau reduzieren will, dies nicht reflektiert (ein kleines Indiz der Unsicherheit ist in den dabei auftauchenden Anführungsstrichen beim Begriff »blind« allerdings bemerkbar), dann muß sie sich fragen lassen, ob sie nicht eine implizite Diskriminierung und Abwertung von blinden Menschen in Kauf nimmt, auf deren Erfahrungen sie sich gerade beruft, aber vergißt, daß diese nach dem »Spiel« die »Augenbinde« nicht abnehmen und dann wieder »ganzheitlich Erfassen« (122) können. Wenn dem quantitativen Unterschied auch der qualitative folgt (116f.), dann muß der soziale Kontext und Standpunkt angegeben werden, wovon aus dieser getroffen wird. Diese Wenn-Dann-Kriterien sind m.E. im Rahmen der folgenden Aussage von Glatfeld/Schröder zu sehen: »Die phänomenologische Hinsicht reflektiert also auf die im unreflektierten Verhalten implizierten Gegebenheits- und Erscheinungsweisen von etwas als etwas, und sie versucht, diese konstitutionsanalytisch, d.h. hinsichtlich ihrer Fundierungsverhältnisse aufzuklären.« (143)

Zum Schluß will ich betonen, daß ich nur einen Aspekt selektiv herausgegriffen habe. Das Buch enthält einige wichtige theoretische, aber auch praktische Anregungen und Denkanstöße. Es fördert das, was Käthe Meyer-Drawe unter Lernen (als »Umlernen«) versteht, nämlich den »Prozeß der Konfrontation zwischen unausdrücklich leitendem Vorwissen und neuer Sicht, neuer Erfahrungs- und Handlungsmöglichkeiten« (34) zu beginnen.
Christian Mürner (Hamburg)

Hopf, Dieter: Unterricht in Klassen mit ausländischen Schülern. Ein Konzept zur Individualisierung und Differenzierung in multiethnisch-zusammengesetzten Klassen. Beltz Verlag, Weinheim 1984 (144 S., br., 22,- DM)

Hopf will ein auf die Praxis bezogenes Unterrichtskonzept darstellen, das dazu beitragen soll, die Lernschwierigkeiten der Ausländerkinder im Unterricht aufzuheben. »Ich gehe ... davon aus, daß in dem Augenblick, wo ein Ausländerkind in einer deutschen Klasse auftaucht, alles dafür getan werden muß, um ihm zum Lernerfolg zu verhelfen.« (11) Am Beispiel griechischer Kinder wird aufgezeigt, wie der fremdkulturelle Hintergrund sowie in diesem verankerte schulische Erfahrungen zu Blockaden und Aneignungsschwierigkeiten führen. Da sind griechische Kinder, die erst nach Beginn der Schulpflicht in die BRD kommen (Seiteneinsteiger), Kinder, die zusätzlich zum Unterricht in der deutschen Schule am Muttersprachenunterricht teilnehmen und Kinder, die in der BRD aufgewachsen sind, aber mit von dem heimatlichen Schulsystem tradierten Dispositionen die deutsche Schule besuchen. Diese Kinder treffen auf ein anderes Schulsystem, divergierende Curricula und unterschiedliche Lehrmethoden.

Greift man einen dieser Aspekte, die Inhalte, heraus, dann ergibt sich nach Hopf folgendes Bild: Die griechische Schule hat teilweise andere Fächer, Fächer mit den gleichen Bezeichnungen decken andere Inhalte ab. Aber auch gleiche Inhalte können mit unterschiedlichen Verfahrensweisen vermittelt werden — z.B. die Subtraktion im Bereich der Primarstufe. Dementsprechend haben die Kinder keine Vorkenntnisse oder solche, die in der deutschen Schule bedeutungslos sind, oder sie müssen sich ein doppeltes Pensum aneignen, wenn sie am muttersprachlichen Unterricht teilnehmen. Friktionen sind die Folge. Der aus der Anwesenheit von Ausländerkindern verschiedener Nationalitäten und auch der Verschiedenheit der deutschen Kinder erwachsenden Heterogenität der Zusammensetzung von Schulklassen kann nicht mit Kompromissen, sondern nur durch eine differenzierende und individualisierende Unterrichtsgestaltung begegnet werden. Hopf schlägt deshalb ein Verfahren vor, das er die offene Instruktion nennt. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, in dem die Schüler weitgehend selbst bestimmen, ob sie allein oder mit anderen arbeiten und auch Lerngegenstände, -ziele und -wege für sich oder mit anderen wählen. In diesen offenen Unterricht sind für kurze Zeitspannen und zur Neueinführung von Unterrichtsinhalten computerunterstützte Vorlaufphasen für die ausländischen Kinder integriert, wodurch sich die ausländischen Kinder zuerst die Inhalte in ihrer Muttersprache erarbeiten und anschließend mit dem gleichen Stoff in einer normalen Unterrichtsperiode gemeinsam mit anderen Schülern konfrontiert werden. Für die Praktikabilität dieses Verfahrens ist es notwendig, daß für die ausländischen Kinder curriculare Prioritäten gesetzt werden, die eine solche Unterrichtsorganisation erst ermöglichen. Hopf setzt sich ausführlich mit potentiell auftretenden Schwierigkeiten auseinander und macht auch praktikable Vorschläge für eine stufenweise Einführung seines Konzeptes, die von der Materialentwicklung bis zur Vorbereitung der Lehrer reicht. Eventuelle Aversionen gegen den Einsatz von Computern und Programmen begegnet er mit dem Postulat einer Einbindung dieser technischen Medien in den unumstritten schülerorientierten Ansatz des offenen Unterrichts, womit auch die soziale Dimension des Lernens nicht ausgeschaltet wird. Von daher kommt dem unterrichtstechnologischen Element nur eine begrenzte Funktion zu. Und warum eigentlich nicht, möchte man fragen. Es geht hier um die Nutzbarmachung eines Instrumentariums im Sinne einer Situationsverbesserung, die ausländische Kinder vor Vernachlässigung und Stigmatisierung bewahren kann, weil der Unterricht nicht auf ihre Voraussetzungen und Bedürfnisse zugeschnitten werden kann. Ihre Chancen zur Partizipation am Unterricht werden erhöht, aber auch ihre Teilhabe an sozialen Formen der schulischen Arbeit mit Mitschülern. Anstelle einer Sonderbeschulung oder einer äußeren Differenzierung mit all ihren Problemen setzt Hopf auf gemeinsames Lernen und innere Differenzierung.

Die offene Instruktion erhält die Lerngruppe und stellt sicher, »daß das selbstgesteuerte Lernen mittels Programmen stets in einen interaktions- und kommunikationsintensiven Kontext eingebettet ist« (101).

Computergestütztes Lernen als Hilfsmittel zur besseren Integration ausländischer Schüler — das ist eine bedenkenswerte These im Streit um Schule und neue Technologien.
Hans-Jürgen Lambrich (Wiesbaden)

Greinert, Wolf-Dietrich: Das Berufsgrundbildungsjahr. Weiterentwicklung oder Ablösung des »dualen« Systems der Berufsausbildung? Campus Verlag, Frankfurt/M. und New York 1984 (245 S., br., 44,- DM)

Berufsbildung ist immer noch ein Stiefkind der (bildungs-)politischen Diskussion: darüber kann auch der alljährliche, in den Medien stattfindende Schlagabtausch über Lehrstellen und Bewerberzahlen nicht hinwegtäuschen — nach dem Termin des Abschlusses der Lehrverträge (1. September) ist das Strohfeuer eines öffentlichen Interesses an Berufsbildung schnell erloschen.

Die Einführung eines Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) war eines der letzten größeren Reformvorhaben, das die Strukturen des Berufsbildungssystems betraf. Der Ausbildung in einem speziellen Beruf, die in unserem System der Berufsbildung in privatwirtschaftlicher, d.h. einzelbetrieblicher Verantwortung durchgeführt wird, sollte eine Grundbildung in einem Berufsfeld unter öffentlicher, d.h. schulischer Verantwortung vorgeschaltet werden; die Lehrzeit im Betrieb hätte sich um ein Jahr verringert. Aus berufspädagogischer Sicht sprachen verschiedene Gründe für diese Reform: die Erweiterung der beruflichen Qualifikation, eine Verbesserung der Berufswahlentscheidung und eine stärkere Betonung des »Bildungs«aspektes durch Anbindung an das öffentlich getragene Bildungssystem.

Daß in der praktischen Durchführung solcher Vorhaben ganz andere Interessen und Strategien eine Rolle spielen, zeigt Greinert in seiner Studie über die Einführung des BGJ als Pflichtschule in Niedersachsen. »Wohin sich das BGJ also entwickeln wird, ist weniger von den politischen Strategien abhängig, die seine Einführung bestimmen, als vielmehr von den Entwicklungsperspektiven des gesellschaftlichen Umfeldes, auf das die Einführungsstrategien stoßen.« (16) Wie Greinert diese Entwicklungsstrategien, das gesellschaftliche Umfeld am Beispiel des Aufbaus einer Berufsgrundschule in Salzgitter und der flächendeckenden Einführung des BGJ in Süd-Niedersachsen verdeutlicht, das liest sich wie ein Berufsbildungskrimi und ist geeignet, den im Elfenbeinturm jedweder Postulatspädagogik sitzenden Berufspädagogen das Fürchten — oder besser, die Notwendigkeit der Analyse gesellschaftlich-politischer Prozesse bei (berufs)pädagogischen Überlegungen — zu lehren. Das BGJ wurde — so Greinerts Schluß — von Anfang an als ein Instrument der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Landesstrukturpolitik eingesetzt und eben nicht als berufspädagogische Reformmaßnahme; es stellt aber trotzdem oder gerade deswegen einen massiven Eingriff seitens des Staates in das Berufsbildungssystem dar. Die Arbeitgeber entwickelten deshalb auch umgehend massive Abwehrstrategien gegen diesen Angriff auf ihr Monopol in Sachen Berufsausbildung; akribisch zeichnet Greinert die Interventionen der Arbeitgeber auf verschiedenen Ebenen nach, die auch zu gewissen Teilerfolgen (z.B. in der Frage der Anrechnung des BGJ auf die Zeit der betrieblichen Berufsausbildung) führten.

Greinert entfaltet die Analyse auf dem Hintergrund des Offe'schen Modells, das staatliches Handeln und Interessenauseinandersetzungen an das Auftreten »objektiver Problemlagen« bindet — die im Falle Salzgitter eine durch regionale und wirtschaftsstruktur-spezifische Disparitäten bedingte Konkurrenzsituation industrieller Großbetriebe mit Klein- und Mittelbetrieben auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt war. Diese Problemlage erfordert ein Handeln der Stadt Salzgitter »im Interesse an sich selbst« (Of-

fe) und im Interesse der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens und führte zur Errichtung einer Berufsgrundschule. Bei der Einführung des BGJ in Südniedersachsen (das in *schulicher Form*; also in Verantwortung der beruflichen Schulen und außerhalb des institutionalisierten Einflußbereiches der Betriebe durchgeführt werden soll) bestand die Problemlage in einer verschärften Jugendarbeitslosigkeit in einer Region mit einem hohen Anteil an unter Fünfzehnjährigen.

Interessant bei der Einführung des BGJ ist die bestimmende Rolle der Kultusbürokratie: sie wird die entscheidende Triebkraft bei der Durchsetzung des BGJ (Greinert bezeichnet sie als die einzige wirklich am BGJ interessierte Gruppe); das Verwaltungshandeln der Kultusbürokratie erhält hier eine politische Dimension. Am Handeln der Kultusbürokratie wird ein Paradoxon deutlich: Der Autonomisierung des Bildungsbereiches (mit einem starken Einfluß des Staates auf die Gestaltung des BGJ) entspricht gleichzeitig eine verstärkte gesellschaftliche Funktionalisierung. Die Kultusbürokratie sicherte sich ihren Einfluß auf die örtlichen Schulverwaltungen durch die Schaffung eines Beratungs- und Planungssystems und spielte die anderen beiden Hauptbeteiligten — Gewerkschaften und Arbeitgeber — kräftig gegeneinander aus. Die Folge davon war, daß ein Solidarisierungsprozeß zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften (genauer: der hauptsächlich beteiligten IG Metall) eintrat in der ablehnenden Haltung zum BGJ und der Abwehr des wachsenden staatlichen Einflusses. Ein desillusionierendes Ergebnis für diejenigen, die sich zumindest von den Gewerkschaften eine an Sachinhalten orientierte Berufsbildungspolitik statt reiner Machtpolitik erwartet hatten. Das BGJ war hierbei wieder nur der Aufhänger: »Es geht nur vordergründig um die Demontage des BGJ, es geht im Kern um die Demontage des Staates in der Berufsbildung«, stellt Berufspädagogik-Professor G. Grüner fest (187). Greinert, der bei der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuches BGJ in Südniedersachsen maßgeblich beteiligt war, weist die Geschichte und das programmierte Scheitern des BGJ (der Einföhrungstermin ist in Niedersachsen inzwischen auf 1990 verschoben; in anderen Bundesländern ist das BGJ fast schon ganz gestorben) in vielen Details nach. Er analysiert ein Musterbeispiel für die Funktionalisierung der Berufsbildung für unterschiedliche Interessen und trägt viel zum Verständnis der maroden Situation der Bemühungen um eine Berufsbildungsreform bei — eine Pflichtlektüre für alle an bildungspolitischen Prozessen Interessierte.

Marion Pilnei (München)

Ziefuss, Horst, und Heinrich Lienker: Jugend zwischen Schule und beruflicher Praxis. Verlag Schmidt & Klaunig, Kiel 1983 (301 S., br., 14,50 DM)

Mit dem Beitrag »Jugend zwischen Schule und beruflicher Praxis« sprechen Ziefuss und Lienker einen Themenbereich an, der bisher empirisch kaum untersucht worden ist. Dies überrascht im Hinblick auf die Vielzahl von Veröffentlichungen zu Problemen der Berufswahl, Berufsorientierung etc. Zwar erscheint der Titel angesichts der differenzierten Fragestellungen zu global, aber er ist als Arbeitstitel eines Teilberichts vertretbar.

Ausgehend von der Theorie der Formbestimmtheit der gesellschaftlichen Arbeit als Lohnarbeit untergliedern die Autoren ihre Untersuchung in vier Fragebereiche: 1. Wie bewerten die Auszubildenden selbst die Bedingungen und Kriterien ihrer Ausbildungs- und Berufswegplanung? 2. Wie verändern sich im Laufe der Ausbildungszeit die Arbeitsplatz- und Berufsanforderungen im Urteil der Auszubildenden? 3. Wie stellt sich die Integration von Theorie und Praxis aus der Sicht der Jugendlichen angesichts der unterschiedlichen Lernorte in Betrieb und Schule in der beruflichen Bildung dar? 4. Welche Formen, Fächer, Inhalte, Methoden schulischer Allgemeinbildung halten Auszubildende im Hinblick auf die aktuellen und zukünftigen Qualifikationsanforderungen für wichtig/unwichtig?

Ein wesentliches Ziel der Untersuchung richtet sich auf die Identifizierung der sozia-

len, persönlichkeitsbedingten und sozioökonomischen Faktoren, die für die Ausbildungs- und Berufsfindung sowie für die Berufswegplanung bedeutsam sind, ebenso aber auch die Beurteilung der Effektivität institutionalisierter Bildungsinhalte und -wege. Die Stichprobe (N=1560), die noch um einen »Handwerksteik« (N=1262) ergänzt wird, verteilt sich über alle Bundesländer, wobei die industriellen Großbetriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten den größten Anteil haben; Schwerpunkte bilden Maschinenbau, Elektrotechnik und Chemie. Die Befragung der Zielgruppe, Auszubildende des 1. bis 4. Ausbildungsjahres, erfolgt mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens. Einzel- und Gruppeninterviews sowie Expertenbefragungen kamen hinzu.

Nachfolgend einige wichtige Teilergebnisse der Studie: Die Zeitanteile des Lernens in der Produktion, in der Lehrwerkstatt, im Werkunterricht und der Berufsschule folgen offensichtlich keinem starren Schema. Der organisatorische Wandel interner Strukturen des dualen Systems variiert mit gewähltem Beruf, Betriebsgröße und Branche. Die Untersuchung bestätigt die Vermutung, daß die Ausbildungszeiten in der nicht direkt produktionsgebundenen Ausbildung (Lehrwerkstatt) zunehmen. Andererseits kritisiert die Hälfte der Auszubildenden die mangelhafte technische Ausstattung der Lehrwerkstätten, in diesen sei eine zukunftsorientierte Ausbildung kaum möglich. Inhaltlich lassen sich die durch neue Technologien vermuteten Trendbrüche nicht ausmachen. Es gibt aber Ängste und Sorgen der Jugendlichen, den neuen Anforderungen nicht gewachsen zu sein. Ein anderer Aspekt betrifft die Arbeits- und Sozialform des Lernens in der allgemeinbildenden Schule; sie hinterlassen einen nachhaltig positiven Eindruck. Der frühere Unterricht in der allgemeinbildenden Schule schneidet deutlich besser ab als der innerbetriebliche Werkunterricht und der Berufsschulunterricht. Die in der allgemeinbildenden Schule vermittelte mathematisch-naturwissenschaftliche Grundbildung wird als hinreichend akzeptiert, jedoch sollten Themenbereiche aus der Wirtschafts- und Arbeitswelt stärker als bisher berücksichtigt werden.

Die Untersuchungsergebnisse bieten sicherlich für alle, die sich mit Fragen der Bildung und Ausbildung beschäftigen, wertvolle Hinweise. Der Text ist stilistisch ansprechend und flott formuliert; jedes Kapitel enthält eine Zusammenfassung. Da die Ergebnisse auch zur derzeit aktuellen Diskussion über eine Reform der vorberuflichen Bildung in einem Konzept der verstärkten Integration allgemeiner und beruflicher Bildung einen Beitrag leisten, kann der letzte Teil der Studie, die Empfehlungen, dazu wichtige Anregungen geben.

Peter Dohse (Kiel)

Hübler, Ulfert (Hrsg.): Als Pädagoge arbeitslos — was tun? Kösel-Verlag, München 1984 (206 S., br., 19,80 DM)

Die katastrophale Arbeitsmarktlage für junge ausgebildete Lehrer, die zu einer Zahl von 30000 jungen Arbeitslosen in dieser Berufssparte geführt hat, nehmen die Autoren zum Anlaß, den Betroffenen Hilfestellungen, Tips und Informationen zu geben, um einen neuen Start ins Berufsleben mit Aussicht auf Erfolg versuchen zu können.

Die Autoren wollen auf Tätigkeiten in der Privatwirtschaft, sei es als Freiberufler, Gewerbetreibender, Zeit- oder Dauerarbeitskraft, hinweisen, für die die Lehrer der verschiedenen Sparten Grundqualifikationen entweder mitbringen oder leicht erwerben können. Diese können fachlicher, aber auch sozialkommunikativer Art sein. Persönliche Beziehungen und Kontakte sollten intensiv aufgebaut und genutzt werden, um einen neuen Einstieg ins Berufsleben zu finden. Die nötigen arbeits-, steuer- und unternehmensrechtlichen Grundlagen für freiberufliche Tätigkeiten werden ausführlich dargestellt, eine Reihe von weiteren Informationen und Kontaktadressen wird genannt. Ebenso wird eine brauchbare erste Anleitung für die betriebliche Planung und Geschäftsstrategie gegeben. Interessant sind vor allem die vorgeschlagenen Entscheidungshilfen und -strategien.

Die Autoren verlangen von den arbeitslosen Lehrern den Verzicht auf verwurzelte Vorlieben und Antipathien — z.B. gegen das Profitdenken und die Konkurrenzwirtschaft — und den Abschied von Vorstellungen über Gehalt und soziale Sicherheit; wenigstens sollten sie erhebliche Abstriche daran machen. Schon im Studium allgemein verwertbare Kenntnisse wie Sprachen, EDV und technische Fähigkeiten erworben werden und z.B. in Ferienjobs ein erstes Kennenlernen der Berufswelt erfolgen. Bei der Stellungsuche sollten die Bewerber in die Offensive gehen und von sich aus auf die spezifischen Interessen der möglichen Arbeitgeber zugeschnittene Angebote machen. Dies setze eine genaue Kenntnis des Arbeitsmarktes und der Interessenlage der ins Auge gefaßten Arbeitgeber voraus. Hier müsse sich der Bewerber kontinuierlich und systematisch informieren.

Nach der Lektüre dieses Buches tauchte vor dem geistigen Auge des Rezensenten der Homunculus des auf dem Arbeitsmarkt schließlich erfolgreichen arbeitslosen Junglehrers auf: Er hat im Alter von 24 Jahren nach nur sieben Semestern, freilich intensivsten Studiums, trotz Wehr- oder Ersatzdienst — ersterer ist vorzuziehen —, das erste Examen mit »Sehr gut« abgelegt, desgleichen das zweite. Bei gutbezahlten Ferienjobs in der Privatwirtschaft hat er umfangreiche praktische Erfahrungen mit EDV und Punktschweißen gemacht. Er beherrscht drei Programmiersprachen und kennt sechs führende Männer der Privatwirtschaft persönlich. Englisch, Spanisch und Französisch spricht er ohne Akzent und fließend. Seine Kenntnisse des Suaheli und Japanischen sind beachtlich. Im persönlichen Umgang ist er zuvorkommend, aber stahlhart in der Sache, bienenhaft fleißig, aber nie verbissen. Er bejaht leidenschaftlich in Wort und Tat die freie Marktwirtschaft und das Leistungsprinzip. Er ist genügsam wie ein Beduine und würde für einen Arbeitsplatz zu Fuß bis in die Wüste Gobi gehen. Untätigkeit, und sei es nur für zwei Wochen, ist ihm ein Greuel. Er hat die Gesundheit eines Zehnkämpfers, den Charme eines Entertainers und die Wendigkeit eines Berufspolitikers.

Doch im Ernst: Es ist möglich, daß auf die von den Autoren geschilderte Weise einige Tausend arbeitsloser Junglehrer zu ihrem Recht auf Arbeit kommen können. Doch zur Lösung dieser besonderen Form »struktureller Gewalt« reichen individuelle Lösungsversuche nicht aus. Nur der politische Druck auf die Politiker und die im Vergleich zu dieser betrogenen Akademikergeneration denkbar privilegierten älteren Lehrer (darunter viele Ex-68er!) kann die 30000 arbeitslosen Junglehrer »von der Straße bringen«!

Lutz Meyer (Frankfurt/M.)

Soziale Bewegungen und Politik

Kalffleiter, Werner: Parteien im Umbruch. Ein Beitrag zur politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Econ Verlag, Düsseldorf und Wien 1984 (219 S., Ln., 36,-DM)

Kalffleiter, Politikprofessor in Kiel, ist vielen als Fernsehkommentator von Wahlen bekannt. Sein neues Buch greift nicht in eine wissenschaftliche Kontroverse ein, sondern in die politische Diskussion um die Frage, ob Konzentration und Stabilität des Parteiensystems jetzt einer Zersplitterung und Destabilisierung weicht, ob Bonn doch Weimar ist. Er beantwortet die Frage mit »Nein«, versäumt aber nicht zu warnen, eine dauerhafte Destabilisierung sei nur durch institutionelle Abhilfe zu vermeiden: Einführung des Mehrheitswahlrechts und Erleichterung des Regierungswechsels über eine Parlamentsauflösung durch den Bundespräsidenten auf Antrag des Kanzlers (201). »Das zentrale Strukturproblem der deutschen Demokratie ist die zu lange Regierungszeit einer Partei.« (199) Daß ein reines Mehrheitswahlrecht der parlamentarischen Vertretung der grünen Partei ein Ende bereiten würde, reimt sich der Leser selbst zusammen.

Kaltesleiter zeichnet die Geschichte des Parteiensystems unter wahlanalytischen Gesichtspunkten nach. Der Schwerpunkt liegt, mit unverhohlenem Interesse für die Fehlschläge und den schließlichen Erfolg eines konservativen *come-back*, auf der Entwicklung seit 1976. Durch alle Verästelungen des breit präsentierten Zahlenmaterials hindurch ist der begriffliche Rahmen einfach: Nach der Reproduktion des Weimarer Vielparteiensystems zu Beginn der Bundesrepublik hat sich, unter der Wirkung des »Wirtschaftswunders« und der Fünfprozentklausel in den Wahlen 1953 und 1957 ein »dichotomisches Parteiensystem« (17) herausgebildet, das sich bis 1961 praktisch zu einem alternierenden System nach angelsächsischem Muster weiterentwickelte. Zwei Parteien, eine »Bewahrungs-« und eine »Veränderungspartei«, stehen sich gegenüber. Sie sind allerdings von Anfang an asymmetrisch angeordnet: die SPD verfügte über 30 bis 35, die CDU/CSU über 40 bis 45 Prozent der Wählerstimmen. Diese Asymmetrie setzte einen Prozeß der politischen Angleichung der beiden großen Parteien in Gang (Stichwort »Godesberg«), der die Polarisierung des Parteiensystems relativierte, zugleich aber die inneren Spaltungsgefahren für die SPD verstärkte. Sie führten, nach Kaltesleiter, 1980 erneut zu einer Polarisierung, die erst mit der Wahl von 1983 sichtbar zurückgeht. Das Parteiensystem der Bundesrepublik hat bisher zwei Krisen durchlebt: die eine durch das Auftauchen der NPD, die zweite jetzt durch die Grün-Alternativen. Ihnen sagt er allerdings eine baldige Reintegration in die SPD voraus (203). Er sieht die Grünen hauptsächlich als Quittung für mangelnde innerparteiliche Demokratie der großen Parteien. Sie sollten neue Partizipationsmöglichkeiten für ihre Mitglieder eröffnen, z.B. in Arbeitskreisen, die den Ortsvereinen gleichgestellt werden (205).

Die Kategorien der Wahlanalyse sind das silberne Tablett, auf dem der Wahlforscher den Parteistrategen die Wähler serviert: je ein Drittel sind sowieso fest von der SPD und von der CDU/CSU gebucht, ein weiteres Drittel ist zum Wechselwählen »prädisponiert«, die Zahl der tatsächlichen Wechselwähler liegt bei 14 Prozent (114). Für die Entscheidung der Wechselwähler fällt der Spitzenkandidat (nach Sympathie und Leistungserwartung) zu 50 Prozent ins Gewicht, wirtschaftliche Zukunftsaussichten und wahl-spezifische aktuelle Themen zu je 25 Prozent (55f., 116). Darüber hinaus vermißt Kaltesleiter das Parteiensystem auf einer Rechts-Links-Skala, auf der die Wähler sich selbst, Parteien und Spitzenpolitiker einordnen sollten. Aus den Ergebnissen soll ersichtlich werden, welche Wähler für welche Partei bzw. für welchen Spitzenpolitiker »erreichbar« waren (Nähe/Distanz). Seine Analysen laufen darauf hinaus, daß die CDU letztlich das größere Wählerreservoir hat — nämlich über 50 Prozent —, daß sie es nur durch die Dummheit der Strauss-Kandidatur von 1980 vorübergehend nicht ausschöpfte und nun mit Kohl wieder zur Vernunft zurückgekehrt ist.

Tatsächlich ist an den Zahlen abzulesen, daß sich die Rückkehr der Konservativen lange vorbereitete. Ob das relativ hohe Wahlergebnis für Strauss 1980 der CDU allgemein oder der besonderen Politik von Strauss, seiner Variante des rechten Populismus, geschuldet war, kann mit Kaltesleiters Analyseinstrumentarium nicht entschieden werden. Politische Strategien, das Ringen um Hegemonie im Feld politischer Diskurse liegt jenseits seiner Untersuchung. Zur Betriebsblindheit des Wahlforschers kommt mitunter die Parteibindigkeit hinzu: für die Reintegration der NPD-Wähler in die CDU/CSU Anfang der 70er Jahre macht Kaltesleiter allein ihre Oppositionsrolle verantwortlich, politische Verwandtschaften will er ausgeschlossen wissen (30). Im Fall der prognostizierten Reintegration der Grünen in die SPD — hier ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens — argumentiert der Autor auffallend anders (vgl. 191).

Das Zwei-Blöcke-System (Michael Jäger) und das um eine bevorzugte »Mitte« zentrierte Rechts-Links-Schema (»Konzentration« und »Polarisierung« als Entwicklungsbegriffe) sind undiskutiert unterstellt. Die Dilemmata der großen Parteien ergeben sich mehr oder weniger parallel aus dieser Begriffsanordnung. Die CDU konnte nach 1976

aus ihrer Minderheitenposition nur herauskommen, wenn sie sich nach links oder nach rechts profilierte — in beiden Fällen mußte sie aber Wähler der »Mitte« verlieren. Die SPD könnte nun auf eine Integration der grünen Wähler verzichten und damit ihre Minderheitenposition auf Dauer stellen oder integrieren und damit die »Mitte« verlieren. Kaltefleiter bevorzugt eine ökologisch radikalisierte SPD. Andere Politologen haben inzwischen dafür plädiert, den Preis »extremer« Parteien zu zahlen, um die Stabilität des Parteiensystems insgesamt zu retten (vgl. meine Besprechung des Buches von *von Krockow* in *Argument* 142, 929). Sich gar die Umgruppierung des gesamten Parteiensystems durch neue Koalitionen der in den etablierten Parteien gebundenen sozialen Bewegungen vorzustellen, liegt jenseits des Horizonts dieses Buches.

Wieland Elfferding (Berlin/West)

Kaase, Max, und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Westdeutscher Verlag, Opladen 1983 (651 S., br., 78,- DM)

Das Buch gibt aus Anlaß der Bundestagswahl 1980 einen Überblick über den Forschungsstand und die Methodendiskussion zum Thema. Im ersten Themenbereich »Wahlen und politisches System« bieten *Berger u.a.* eine übersichtliche Zusammenstellung der üblichen Wahlanalysen zu Wechselwähler, Sozialstruktur der Wähler, Einfluß ihrer politischen Einstellungen auf die Wahlentscheidung, Bedeutung der Spitzenkandidaten Schmidt und Strauß sowie Analysen zur Wählerschaft der Grünen. *Dalton/Hildebrandt* beschäftigen sich »mit der Schärfe politischer Konflikte in den letzten 20 Jahren, soweit sie sich bei den Wählern in Ansichten und Bewertungen von Parteien und Parteiensystem niedergeschlagen haben« (59). Sie stellen einen Trend zur Polarisierung des Parteienkonflikts fest. Die Ursache hierfür ermitteln sie bei der SPD/FDP-Wählerschaft, in der die CDU/CSU insgesamt stärker als früher negativ gesehen wird, weil die »Protestgeneration« (75) in ihr stärker vertreten ist. *Feist/Liepelt* konstatieren eine tiefe Krise, in der sich das Parteiensystem seit der Existenz der neuen sozialen Bewegungen, der Alternativen und Grünen befindet. Die Erklärung, die sie für das Erstarken dieser Bewegung/Partei in Anlehnung an Gouldner anbieten: Inhalt und Ausmaß der Bildungsreform haben eine Generation von Schülern politisiert, was zur Entstehung einer neuen Klasse führt, die Verwertungsmöglichkeiten für ihr Bildungskapital sucht. Eine neue Konfliktlinie bricht in der politischen Gesellschaft auf, die das von den traditionellen Konflikten geformte Parteiensystem umprägt. Innerhalb jeder der etablierten Parteien bilden sich Gegeneliten, die auf Polarisierung drängen, indem sie nicht-materielle Werte betonen. Die Führungsrolle in dieser neuen Klasse wird jedoch von denjenigen politischen Kräften eingenommen, die sich dem traditionellen Parteiensystem insgesamt verweigern.

Herzog geht der Frage nach, wie stark das politische Personal ausgetauscht wurde und wie die »Repräsentanz soziopolitischer Gruppen« (102) in der Kandidatenschaft im Bundestag und in der Regierung sich bei der Wahl 1980 verändert hat. Zwei interessante Ergebnisse seien herausgeriffen: Nach seinen Untersuchungen ist die »neue Bildungs-klassen« vor allem in der SPD stark vertreten (was nach seiner Erwartung zur Abwendung von Pragmatismus und stärkerer Bindung an innerparteiliche Fraktionen und außerparteiliche Bewegungen führen wird [108]). Außerdem stellt *Herzog* auf Kabinetts-ebene bei den SPD/FDP-Regierungen eine Abschwächung der Verknüpfung mit den Gewerkschaften fest, während gleichzeitig mehr Verwaltungsspezialisten rekrutiert werden (114).

Fuchs verknüpft verschiedene theoretische und empirische Ansätze auf interessante Weise miteinander. Er stellt sich — ausgehend vom funktionalistischen Modell des politischen Systems — die Frage, ob die politischen Strukturen durch die Grünen gefährdet

sind oder ob sie nur Änderungen des politischen Prozesses, d.h. eine Erweiterung des Parteiensystems, bewirken werden, also gerade zur Dauerhaftigkeit des politischen Systems beitragen, indem sie Anstöße zu seiner Anpassung geben. Zunächst stellt er fest, daß es zumindest latent ein anti-systemisches Potential gibt. Dabei kritisiert er Theorien der nachindustriellen Gesellschaft wie die Ingleharts (Wandel zu postmaterialistischen Werten) als zu wenig komplex und tiefgreifend. Er referiert zustimmend Habermas' Theorie der Kolonialisierung der Lebenswelt als Alternative, in der sozialstrukturelle Prozesse als Ursache der Erscheinungen des »Postmaterialismus« genannt werden. Fuchs verknüpft diese Überlegungen im Makromodell nun mit einer empirischen Untersuchung im Mikromodell, da »das Substrat jedes gesellschaftlichen Wandels letztlich immer intentional handelnde Individuen sind« (131f.). Nach den Ergebnissen dieser Erhebungen artikuliert sich in Protestbewegung und grüner Partei die Neue Politik (»postmaterialistische Werte«), jedoch keine tiefgreifende Legitimitätskrise des politischen Systems insgesamt. Der scheinbare Widerspruch der letzten Aussage zur Annahme eines systemkritischen Potentials läßt sich nach Fuchs leicht klären: die grüne politische Elite konzeptualisiert die Probleme nicht als Probleme der politischen und wirtschaftlichen Ordnung und sie bietet keine grundsätzlichen Alternativen an.

Auch der Artikel von *Kaase* (144ff.) zum Konzept der »politischen Kultur« enthält in einer anderen Begrifflichkeit und in anderem theoretischen Rahmen indirekt Beiträge zur Diskussion über Hegemonie. Er fordert, politische Kultur als einen komplexen Prozeß zu analysieren: die individuell verfügbaren Verhaltensalternativen entstehen — vermittelt über die Eliten als Sinnproduzenten — in der Interaktion von tradierten Wert- und Überzeugungssystemen mit der strukturell-organisatorischen Einbindung der Individuen sowie der institutionellen Ausgestaltung der Gesellschaft.

Im zweiten Abschnitt des Bandes setzen die Autoren sich mit dem Zusammenhang von Wahlen und Ökonomie auseinander. Grundtenor ist die Ablehnung der ursprünglichen These der ökonomischen Theorie der Politik, wonach wirtschaftliche Krisen zur Wahl der jeweiligen Oppositionspartei in die Regierung führen, beziehungsweise zum Versuch der Regierung, wirtschaftliche Krisen bis nach der Wahl zu verschieben.

H. Rattinger greift die Frage auf, ob Arbeitslosigkeit politisch zu Apathie oder zu Protest führt. Es zeigt sich, daß Arbeitslosigkeit in Stadt und Land gleichmäßig zu verstärkter Wahl der Grünen führt, bei den jungen Arbeitslosen stärker als bei den älteren und bei den höher qualifizierten wesentlich ausgeprägter als bei den weniger qualifizierten. Die SPD wird deutlich weniger, als nach sozialem Milieu zu erwarten wäre, gewählt und dies vor allem von den jüngeren Arbeitslosen und in den Großstädten. Dagegen schneidet die CDU/CSU relativ gut ab, in Großstädten wählten sie mehr Arbeitslose, als von der sozialen Struktur her zu erwarten war.

In diesen Ergebnissen, wie auch an anderen Stellen des Bandes, wird eine mangelhafte politische Artikulation der weniger qualifizierten Arbeitnehmer deutlich. Sie werden zur Zeit weder von der SPD noch von den Grünen politisch artikuliert. Hier zeigt sich eine vielleicht gefährliche Schwäche »linker« Politik (im weiten Sinn).

Der dritten Abschnitt greift das Kernproblem der Wahlsoziologie auf, die Prognose der Wahlergebnisse, jedoch werden auch hier Wahlen in den politischen Prozeß eingebettet gesehen. *Gluchowski* z.B. überprüft das in den USA entwickelte Konzept der Parteiidentifikation für die Bundesrepublik. Er greift ein Modell von P.E. Converse auf, in dem die Stabilität eines politischen Systems wesentlich auf die Stabilität der Identifikation mit konkurrierenden Parteien zurückgeführt wird. Je häufiger sich Wähler an Wahlen beteiligen, desto höher ist nach diesem Modell die Parteiloyalität. Auch das Alter eines Parteiensystems wirkt sich deshalb — vermittelt über die politische Sozialisation in der Familie — positiv auf die Stabilität der Parteiidentifikation aus. An den Daten aus mehreren Befragungen zur Parteiidentifikation in der Bundesrepublik zeigt *Gluchowski*,

daß die Stärke der Parteidentifikation der unterschiedlichen Wählerjahrgänge gut zu diesem Modell paßt. Er geht davon aus, daß die Wähler progressiv in das Parteiensystem der Bundesrepublik eingebunden worden sind, wenn man die Brüche in seiner Entwicklung beachtet.

Die Vorstellung eines gleichmäßigen Wachstums der Identifikation in einem gegebenen Parteiensystem halte ich für zu einfach. Die Erfolge der Grünen zum Beispiel können, wie Gluchowski selbst bemerkt, schlecht damit in Einklang gebracht werden. Da hier jedoch ein wichtiges Element politischer Stabilität auf den Begriff gebracht wird, lohnt sich meiner Meinung nach dessen weitere Entfaltung. — Der vierte Abschnitt hat »Wahlen und Massenkommunikation«, der fünfte Methodenprobleme zum Thema.

Interessant am Gesamtansatz des Bandes ist, daß eindeutig die Wahlforschung im engen Sinne verlassen wird, daß die Wahlen sogar überwiegend in ihrer Funktion für das politische System analysiert werden. Implizit oder explizit das Hauptthema dieser Überlegungen ist die Stabilität des politischen Systems, gefährdet durch Grüne und wirtschaftliche Krise. Beide Gefährdungsmomente werden im Band kontrovers beurteilt. Allgemein werden jedoch die Grünen als Partei der »Gebildeteren« gesehen, nicht als Partei, die neue Spaltungslinien quer zu allen traditionellen aufreißt. Die wirtschaftliche Krise wird zwar als Gefährdungsmoment gesehen, eine politische Artikulation der Hauptbetroffenen findet nicht statt und wird deshalb auch in diesem Band nicht analysiert. Linke Politik und linke Theorie ist hier nicht weiter.

Kein Artikel des Bandes kommt ohne statistische Modelle aus. Deshalb fällt um so mehr auf, daß der rechnerische Aufwand teilweise im Vergleich zur Datenbasis und zum inhaltlichen Ergebnis riesig erscheint. Nebenbei sei angemerkt, daß etliche der Formeln fehlerhaft gesetzt sind (z.B. 217ff.).

Eine marxistische Theorie der Politik muß sich nicht nur mit einigen inhaltlichen Aussagen und theoretischen Ansätzen des Bandes auseinandersetzen, sondern auch mit den Versuchen, theoretische Konzepte mit empirischer Forschung und statistischen Modellen zu verbinden.

Jörg-Michael Vogl (Marl)

Niedermayer, Oskar: Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Campus Verlag, Frankfurt/M. und New York 1983 (275 S., br., 48,- DM)

Europapolitik ist weitgehend auf pragmatische Entscheidungen des EG-Rats und unergebige EG-Gipfel geschrumpft. Vom Europa-Parlament und den europäischen Parteiformationen ist kaum mehr die Rede. Da ist das Fragezeichen im Titel des vorliegenden Buchs nur zu verständlich. Dem Autor geht es indessen um eine theoretische und empirische Analyse grenzüberschreitender Interaktionen politischer Parteien auf EG-Ebene.

Nach einer detaillierten Untersuchung der drei Parteiformationen (Bund der Sozialdemokratischen Parteien, Europäische Liberale Demokraten, ELD, und Europäische Volkspartei, EVP) kommt Niedermayer zu dem ernüchternden Ergebnis, »daß die Interaktionsbeziehungen im Rahmen der drei europäischen Parteiformationen über mehr oder minder intensive Kooperationsbeziehungen ohne nennenswerte Souveränitätsübertragung von der einzelparteilich-nationalen auf die europäische-supranationale Ebene nicht hinausgehen, von der Existenz genuin 'europäischer Parteien' somit nicht die Rede sein kann« (205). Nicht einmal als »Motor« der europäischen Integration will der Autor die Parteiformationen anerkennen.

Insofern ist das Ergebnis des Buches nicht sensationell. Wie gelangt der Autor zu seinem absehbar skeptischen Befund? Die beiden ersten Kapitel sind der Theorie gewidmet, einer Art Typologie grenzüberschreitender Beziehungen zwischen politischen Parteien im allgemeinen und der Möglichkeit, den Interaktionsgrad zwischen den Parteien auf EG-Ebene zu bestimmen. Als Interaktionsgrad wird hierbei nichts anderes als die

»Intensität grenzüberschreitender Parteiinteraktion« durch Kommunikationsprozesse zwischen »Parteiakteuren« herangezogen. Sie sei von Anreizen und Restriktionen abhängig, diese wiederum von sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, den spezifischen Parteiprofilen (Struktur, Programmatik) sowie den Interessen engagierter Parteimitglieder. Der Analyse der Individualinteressen gibt Niedermayer den Vorzug.

Parteiinteraktion wird somit zur abhängigen Variablen. Das trägt nach Meinung des Autors »dem Prozeßcharakter und der Ambivalenz der Beziehungen zwischen Parteieninteraktion und europäischer Integration Rechnung« (22). An anderer Stelle erkennt er die Interaktion allerdings zutreffend »sowohl als unabhängige als auch als abhängige Variable« (12), da sie bestimmte Ursachen hat *und* funktionale Bedeutung für die Integration. Die Intensität der Interaktion stuft Niedermayer durch die Begriffe Kontakt, Kooperation und Integration ab, wobei letztere erst in einer supranationalen Parteiorganisation verwirklicht ist. Kontakte bestehen allemal. Für die jetzige Situation reklamiert der Autor die goldene Mitte: »eine vergleichsweise hochinstitutionalisierte, die jeweiligen Parteiorganisationen insgesamt einbeziehende, territorial und funktional auf den Systemrahmen der EG bezogene Parteikooperation« (19).

Den Systemrahmen erkennt auch Niedermayer an, wenn er als »normatives Bezugsmodell« seiner Arbeit die »förderativ verfaßte Parteiendemokratie« auf ein Podest stellt, auf dem sie durch Legitimitätskrisen und Partizipationsforderungen nicht bedroht werden kann. Am Bezugsmodell gemessen erscheint der Interaktionsgrad der Parteiformationen recht bescheiden. Das ergibt sich aus den Daten, die der Autor anbietet und die in erster Linie aus Umfragen der 1977 gegründeten European Elections Study und der Mannheimer Forschungsgruppe »Parteiensysteme der EG« stammen.

Auf die großen Lücken der vorhandenen Daten weist der Autor selbst hin. Zusammen mit Rahmenbedingungen und parteipolitischen Faktoren ergibt sich daraus immerhin: daß Interaktionsanreize eher den Liberalen zugute kommen als den beiden anderen Parteiformationen; daß für den Bund die meisten, für die EVP die wenigsten Interaktionsrestriktionen wirksam werden; daß in allen drei Parteiformationen die Interaktionen nur den Grad der Kooperation erreichen; daß der Bund gegenüber den bürgerlichen Parteiformationen einen geringeren Interaktionsgrad aufweist.

Überhaupt kommen die Sozialdemokraten auf europäischer Ebene am schlechtesten weg: der Bund ist ideologisch heterogener, verfügt über weniger Ressourcen (Finanzen, Personal), steht immer noch vor strukturellen Barrieren intensiver Zusammenarbeit. Schließlich ergibt sich für den Autor, »daß die transnationale Kooperation im Rahmen der europäischen Parteiformationen momentan weder für die europäische noch für die nationale Systemebene von überragender Bedeutung ist. Differenziert man nach ideologischen Grundrichtungen, so wird deutlich, daß der Stellenwert der transnationalen Kooperation für die nationalen Parteien bei den Sozialisten noch etwas geringer ist als bei den Christdemokraten und insbesondere bei den Liberalen« (203).

Abgesehen von inhaltlichen Wiederholungen, der komplizierten Formulierung einfacher Sachverhalte und erwarteter Untersuchungsergebnisse, liegt hiermit eine gute Zwischenbilanz der Entwicklung grenzüberschreitender Parteieninteraktion vor. Aufmerksame Europa-Spezialisten in den Parteien und Europa-engagierte Bürger können aus dem Material und den Ergebnissen des Buches sicher wichtige Schlüsse ziehen für die künftige Ausgestaltung des politischen Systems auf europäischer Ebene. Sozialwissenschaftler wird das Buch mit seinem umfangreichen Tabellen-, Anmerkungs- und Literaturteil womöglich anregen, sich eingehender mit der Materie zu befassen und die spärliche Datenbasis für entsprechende Analysen zu erweitern.

Peter Sonnet (Bonn)

Tobler, Hans Werner: Die mexikanische Revolution. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1984 (655 S., Ln., 68,- DM)

Die mexikanische Revolution, die erste Lateinamerikas (sie war etwa gleichzeitig mit der russischen), war eine der blutigsten und gewaltsamsten Bewegungen der Geschichte Mexikos. Hundert Jahre nach dem Unabhängigkeitskrieg waren »mehr als zwei Drittel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig« (513). In manchen Regionen glich die Lage der Bauern der von Sklaven. H.W. Tobler, Professor an der Universität Zürich, kommt nach zehnjährigem Studium zum Resultat, die Revolution und ihren bäuerlichen Charakter in Frage zu stellen. Eine derartige Analyse gewinnt Aktualität in bezug auf die heutigen mittelamerikanischen Bauernbewegungen.

Der Autor stützt sich nicht auf eigene Forschung, sondern auf die schon vorhandene Literatur. Verblüffend ist, daß die amerikanischen Konsularberichte jener Zeit hier als Primärquelle gelten. Obwohl sie »nicht selten tendenziös abgefaßt waren und wohl auch immer wieder Falschinformationen enthielten« (512), werden sie häufig zitiert und unkritisch akzeptiert, vor allem, was die Beteiligung der Bauern betrifft. Tobler setzt sich auseinander mit zwei vorherrschenden Tendenzen: Einerseits mit den älteren Forschungen, die die Revolution als einen totalen Bruch mit der prärevolutionären Periode betrachten, sich auf die Figuren der Revolutionäre konzentrieren und einen eindeutig bäuerlichen Charakter behaupten (u.a. Silva Herzog 1960, Tannenbaum 1968); andererseits mit jüngeren Interpretationen, die die führende Rolle der Mittelschichten im Norden gegenüber dem bäuerlichen Charakter der Revolution des Südens hervorgehoben haben und auch die Kontinuität untersuchen, die von der vorrevolutionären Periode in die nachrevolutionäre läuft und die Entwicklung des Kapitalismus ermöglichte (u.a. Córdova 1973, Cosío Villegas 1975). Tobler hält in Anlehnung an P. Waldmann vier Merkmalskomplexe einer Revolution fest: 1. Sie bewirkt eine »tiefgreifende Umwälzung der Strukturen eines gesellschaftlichen Systems«; 2. die Umwälzung »erschöpft sich nicht im reinen Elitenaustausch«; 3. »die Realisierung eines 'Alternativprogramms nationaler Zukunftsbeteiligung'«; 4. »zeitliche Konzentration der Transformationsprozesse«, Massenbeteiligung und »Ausbruch manifester Gewalt« (14). Konfrontiert mit dieser Definition »(bewirkt) die historische Wirklichkeit« »eine erhebliche Unsicherheit bei der Beantwortung der Frage, ob es sich bei der mexikanischen Revolution tatsächlich um eine 'echte' Revolution handle« (15). Die Untersuchung wird in drei Teilen vorgestellt. Der erste: »Mexiko im Porfiriat (1879-1910/1911)« umfaßt den Zeitraum der »Pax Porfiriana« nach fünfzig Jahren Unabhängigkeit, die in heftigen Kämpfen gegen die intakte Kolonialstruktur hatte verteidigt werden müssen. Diese Periode hat zu einer Zuspitzung der ethnischen Unterschiede und der Kreolenherrschaft geführt. Mit der 30jährigen »Díaz-Regierung« (so nennt Tobler die Díaz-Diktatur) beginnt Mexiko eine ungleiche und partielle »konservative Modernisierung« (24), die vor allem ausländische Interessen privilegierte. Zu diesem Punkt verarbeitet Tobler eine Darstellung des Modernisierungsprozesses der Hacienda in Anlehnung an die bemerkenswerte Forschungsarbeit von F. Katz (1976). In diesem Phänomen findet er Gründe für den charakteristischen Regionalismus der revolutionären Erhebungen. Von der ökonomischen Krise 1907 waren die Mittelschichten, die sich im Porfiriat entwickelt haben, besonders betroffen. In ihrer Marginalisierung, in der Sklerose des Regimes und der nordamerikanischen Intervention (gegen die handelspolitische Öffnung Mexikos zu Europa) werden u.a. die Erklärungen für die Revolution gefunden.

Der zweite Teil über »Das Jahrzehnt der revolutionären Bürgerkriege (1910-1920)« zeigt (gegen die offizielle Version des Staates, die aus der Revolution eine erfolgreiche homogene, ideologisch solide Massenbewegung macht), daß es sich bei der Entwicklung der bewaffneten Aufstände weder im Norden noch im Süden um eine einheitliche Bewegung handelte. Der Autor stellt die unterschiedlichen ökonomischen und gesellschaftli-

chen Konstellationen vor, die bereits verschiedene »Bauerntypen« herausbildeten. Die Rekrutierung der Truppen im Norden wird u. a. »aus dem Motiv unmittelbarer Existenzsicherung« und der »Erwartung regelmäßiger Besoldung« (154) erklärt. Dieses Bild von der Revolution als Lebensunterhalt bleibt unbefriedigend, wenn man mit der Gewaltintensität und dem Tod rechnen muß. Der Autor charakterisiert die nördliche Revolutionsbewegung durch »einen politisch und gesellschaftlich weitgehend richtungslosen oder zumindest unartikulierten Aktivismus, eine ausgeprägte politische Manipulierbarkeit der Basis und eines Großteils der militärischen Führer; schließlich das Fehlen einer starken, unmittelbaren Reformmotivation« (178). In der Darstellung der Villa-Bewegung — des repräsentativsten Flügels der Revolution des Nordens — kommt sehr widersprüchliches Material vor. Einerseits zeigte sich »ihr populärer Ursprung nicht nur in der ... radikaleren villistischen Sozialpolitik, sondern vor allem auch in ihrer Haltung zur Landfrage« (263). Andererseits entwickelte sich, »ungeachtet ihres überwiegend bäuerlichen Charaktes, die Villa-Armee auch nicht, wie die Revolution des Südens, zu einer eigentlichen Bauernbewegung mit klaren agrarreformerischen Zielsetzungen« (220). Im Süden entwickelte sich unter der Führung E. Zapatas eine Agrarrevolution »als einzige große, autonome Bauernerhebung« (220). Nach Toblers Meinung haben beide Bewegungen nur agrarreformerische Forderungen vertreten: »Für die meisten Campesinos ging es dabei allerdings noch nicht um eine eigentliche Veränderung der Agrarstruktur, sondern lediglich um eine Verbesserung ihrer unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen auf den Haciendas.« (182) Das stimmt nicht ganz, wenn man die »Ejido-Forderungen« (bäuerliches kollektives Eigentum) betrachtet, die eine Alternative zur Hacienda darstellten (vgl. dazu Falcon 1977). Toblers Hauptvorwurf ist, daß es seitens der Bauern kein Klassenbewußtsein und keine ideologische Affinität gab (177-220). Unklar bleibt, was der Autor unter »Agrarrevolution« versteht. Meines Erachtens wendet er normative Maßstäbe an, denen die Revolution niemals entsprechen konnte. Das Problem ist, daß diese Art von Geschichtsschreibung in der Ablehnung jedes revolutionären Versuchs mündet (Semo, 1977, hat darauf hingewiesen). Die idealen Bedingungen werden niemals erreicht, um auf einmal jene »tiefgreifende Veränderung« zu schaffen. Somit verliert jeder revolutionäre Versuch seine Bedeutung.

Der dritte Teil behandelt »Mexiko 1920-1940: Spätrevolutionäre Stabilisierung und gesellschaftliche Reformpolitik«. Die Verfassung von 1917 bringt eine theoretische Versöhnung der revolutionären Fraktionen hervor. Sie bietet im Bereich der Arbeit und Agrarpolitik eine bedeutende Alternative durch die Verteilung von Feldern in der Form von »Ejido« und Kleinbesitz. Dies wurde langsam und nur partiell erreicht. Die Kontinuitätszüge mit dem Porfiriat treten in der Zentrierung der politischen Macht durch Calles bis 1929 hervor, ebenso in der Gründung der PNR (Partido Nacional Revolucionario) und in den Funktionen der neuen Armee. Die Abwesenheit einer organisierten Bourgeoisie läßt freie Hand für die Militärelite, die 1940 34 Prozent der Regierung ausmacht. Der Staat nimmt den Charakter des »Unternehmerstaats« an, der in der Praxis keine Kontrolle über die Wirtschaft des Landes durchsetzen kann. Somit öffnet der Staat dem ausländischen Kapital den Zugang. Der Höhepunkt wird mit der Regierung Cárdenas erreicht. Im Agrar- und Erdölbereich zeigten sich Bruchelemente und eine partielle Verwirklichung der revolutionären Zielvorstellungen von oben, andererseits findet die Konsolidierung der »institutionalisierten Revolution« statt, die das »mexikanische Wunder« der folgenden Jahrzehnte geprägt hat.

Die Darstellung hat drei problematische Stellen: Die erste betrifft die Passivität der peripheren Bauerngemeinden, die in Zuständen der Quasi-Sklaverei lebten und trotzdem nicht revolutionär wurden (144); die zweite betrifft die Beziehung zwischen der liberalen Agrarreform und ihrer Rezeption im bäuerlichen Milieu; die dritte ist die Genese der Nationalidentität. Die Beantwortung der letzten dieser Fragen verlangt eine einge-

hende Mentalitätsforschung, wie C. Cardoso (1977) bemerkt hat. Tobler läßt diesen Aspekt aus. Was den religiösen Faktor angeht, der ein große Rolle in der bäuerlichen Weltanschauung spielte, so wird dieser kaum berücksichtigt. Tobler tendiert zur Reduktion des Religiösen aufs Klerikale. Über die Beteiligung der Frauen wird nicht gesprochen. Sie werden mit einem einzigen Bild (34) von der Adelita («die berühmteste soldadera der Mexikanischen Revolution») vertreten. Auch die Frauen der Revolutionäre haben keine Namen; sie stehen neben Emiliano und Eufemio Zapata auf dem Bild (33) als abwesende Figuren.

Teresa Orozco (Berlin/West)

Stockholm International Peace Research Institute: World Armaments and Disarmament. SIPRI Yearbook 1984. Taylor & Francis Ltd., London 1984 (XXIX und 700 S., Ln., 28,- £)

Aufrüstung oder Abrüstung. SIPRI-Broschüre 1984. UNO-Verlag, Bonn 1984 (45 S., br., o.P.)

Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): Waffenexporte und Krieg. Rüstungsjahrbuch 4. Rowohlt Verlag, Reinbek 1984 (347 S., br., 14,80 DM)

Die fünfzehnte Ausgabe des SIPRI-Jahrbuchs erweist sich erneut (vgl. *Das Argument* 143) als unverzichtbare Grundlage jeder aktuellen Auseinandersetzung mit Entwicklungen von Rüstung und Abrüstung weltweit. Einer überblicksartigen Einleitung (1-20) folgen drei in Kapitel untergliederte Hauptteile: 1. (23-60) über das atomare Wettrüsten, 2. (63-554) über die Entwicklung des weltweiten Rüstens (Weltrüstungsausgaben; Spaniens Rüstungspolitik; multinationale Rüstungsprojekte und Rüstungshandel; Statistiken über militärische Forschung und Entwicklung; Handel mit konventionellen Großwaffen; neue konventionelle Waffen für den Schlag in die Tiefe; chemische und biologische Kriegsführung; militärische Nutzung des Weltraums; operationale Eigenarten ballistischer Raketen; Implikationen der Gentechnik für die chemische und biologische Kriegsführung; Kontrolle des Atomwaffeneinsatzes; der Konflikt zwischen Nicaragua und Honduras und die Möglichkeiten von Rüstungskontrolle in Mittelamerika) und 3. (557-681) über Trends im Bereich der Rüstungskontrolle. Ein detaillierter Index hilft beim Erschließen des umfangreichen Materials, und erstmals gibt es auch Zusammenfassungen der einzelnen Kapitel. Besonders zu erwähnen ist der neue Versuch, für 19 Länder statistische Daten über die militärischen Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 1961 bis 1984 zusammenzustellen. — Mittlerweile liegt auch eine sehr verkürzende Zusammenfassung des Jahrbuchs als »SIPRI-Broschüre 1984« vor.

Parallel zum SIPRI-Jahrbuch 1984 ist eine Auswahl aus dem Jahrbuch 1983 als »SIPRI-Rüstungsjahrbuch 4« erschienen. So dankenswert es ist, wichtige Teile des früheren Jahrbuchs nun auch auf deutsch (und erheblich preiswerter als das Original) zur Verfügung zu haben: die Publikationspraxis des Verlags ist in diesem Fall ein Ärgernis. Nur dem Impressum ist zu entnehmen, daß es sich um eine Auswahl des früheren Jahrbuchs handelt. Der Verlag spekuliert offensichtlich darauf, daß er die öffentliche Aufmerksamkeit für das jeweils im Mai neu erscheinende SIPRI-Jahrbuch für seine ein Jahr alte Übersetzung nutzen kann; dem Leser bleibt die nachträgliche Entdeckung vorbehalten, daß er nicht das aktuelle Jahrbuch erworben hat. In diesem Fall konnte im Mai 1984 nachgelesen werden, was im März 1983 zu den Aussichten der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen geschrieben worden war; wichtiger wäre gewesen, was die SIPRI-Autoren mittlerweile im neuen Jahrbuch »aktuell« über deren Scheitern mitzuteilen wußten.

Jo Rodejohann (Berlin/West)

Ökonomie

Körner, Peter, Gero Maaß, Thomas Siebold und Rainer Tetzlaff: Im Teufelskreis der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt. Junius Verlag, Hamburg 1984 (261 S., br., 19,80 DM)

Das Buch enthält eine Analyse der Auswirkungen der Stabilisierungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) in den unterentwickelten Ländern. Bei der Ursachenanalyse im 1. Kapitel beziehen die Autoren vorangegangene Verschuldungskrisen ein. Sie stellen die Frage, ob internationale oder nationale Ursachen für den Ausbruch solcher Krisen verantwortlich sind. Aus der Sicht der Gläubiger werden immer nur binnenwirtschaftliche Ursachen genannt, während für die verschuldeten Länder nur die äußeren Schocks eine Rolle spielen. Für die Autoren gibt es aber einen Zusammenhang von äußeren und inneren Faktoren: »Die vom Kolonialismus ererbten Strukturen setzen den Entwicklungsländerregierungen enge Handlungsspielräume für die produktive Verwendung ausländischen Kapitals, sie provozieren das Verschuldungsdesaster. Den Regierungen ist indessen anzulasten, daß sie vorhandene Handlungsspielräume nicht ausnutzen, sondern autonom verschuldungsfördernde Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben.« (49)

Bei der Analyse einzelner Länder finden die Autoren sieben für die Verschuldung relevante Faktoren: 1. einen Entwicklungsweg der »verschuldeten Industrialisierung«; 2. Vernachlässigung der Agrarentwicklung; 3. fehlende Exportdiversifizierung; 4. mit Außenverschuldung finanzierte Sozialreformen; 5. Korruption der Machtelite (»Kleptokratie«); 6. Entwicklungsgigantomanie; 7. verschuldete Militarisierung. Von Land zu Land ist das Gewicht dieser Faktoren unterschiedlich.

Kapitel 2 und 4, die gelungensten des Buches, behandeln Struktur und Funktion des IWF sowie seine Rolle als »Makler« zwischen Gläubigern und verschuldeten Ländern. Die Autoren zeigen, wie der IWF sich in die inneren Angelegenheiten der verschuldeten Länder einmischt. Die Stabilisierungsstrategie ist immer dieselbe: Beschränkung der Nachfrage durch eine rezessive oder kontraktionistische Wirtschaftspolitik. Die drei Eckpfeiler der IWF-Politik sind: »freie Marktwirtschaft«, deflationistische Geldpolitik, Liberalisierung des Außenhandels und des Kapitalverkehrs. Wo der IWF in Aktion tritt, wird eine Rezession hervorgerufen, die vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten trifft. Die Fixierung auf einige makroökonomische Größen (Zahlungsbilanz, Inflation etc.) verschlechtert die Entwicklungsmöglichkeiten der armen Länder und dient den Interessen der Gläubigerländer, zumal der USA.

Das Buch enthält weiter sechs Fallstudien (Brasilien, Portugal, Sudan, Zaire, Jamaika und Ghana) und eine Untersuchung der Auswege aus der Schuldenkrise. Die Autoren finden keinen der vorgeschlagenen Wege realistisch, auch den nicht, ein Kartell der Schuldnerländer zu bilden, was die Schulden zurückweisen könnte. Ihr eigener Vorschlag konzentriert sich auf die Reformierung des IWF. Freilich nicht in dem Sinne, daß der IWF keine Bedingungen mehr für Kredite stellt, sondern die Konditionalität soll verändert werden. »Notwendig und rational — sowohl im Interesse der Gläubiger als auch der Schuldnerländer — wären deshalb Auflagen, die nicht mehr nur auf die Manipulation makroökonomischer Daten, sondern auf den Abbau der Strukturdefizite in den Entwicklungsländern zielen. (...) *Entwicklungspolitische Konditionalität* für IWF-Kredite lautet hier das Plädoyer. Es ist realistisch insofern, als es an das Gläubigerinteresse anknüpft, die Schuldnerländer nachhaltig zu stabilisieren; angemessen ist es, weil es angesichts der deformierten sozioökonomischen Strukturen dieser Länder anerkennt, daß zur Überwindung der Schuldenkrisen auch Anstöße von außen kommen müssen.« (216).

Die Kernpunkte der neuen Konditionalität wären die Orientierung an der Befriedi-

gung der Grundbedürfnisse des Volkes und eine expansive Stabilisierungsstrategie. Der IWF sollte demokratisiert werden, indem der Stimmenanteil der Entwicklungsländer erhöht wird. — Es handelt sich also für die Autoren nicht mehr um die Ablehnung des IWF-Interventionismus, sondern um die Erhöhung seiner Legitimität. Der neue IWF würde zudem nicht allein mit den korrupten »Staatsklassen« verhandeln, sondern auch mit anderen »relevanten gesellschaftlichen Gruppen«. Das würde aber bedeuten, daß in El Salvador der IWF nicht nur mit der Regierung Duarte, sondern auch mit den Guerrilleros verhandeln müßte. Umgekehrt würden in Nicaragua neben den Sandinisten die Contras am Verhandlungstisch sitzen usw. Wie soll dieses Wunder Wirklichkeit werden? »Einziges Korrektiv könnte hier die internationale öffentliche Meinung sein ...« (219)

Es entsteht der Eindruck, daß hauptsächlich die afrikanischen Länder für die Vorschläge der Autoren maßgebend sind. Bei den Länderanalysen haben sie einfach kein gesellschaftliches Subjekt gefunden, das sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen könnte. Die Staatsklassen sind in der Regel korrupt, die Opposition ist auch nicht viel besser. Regierungen kommen und gehen, aber die Armut wird nicht beseitigt und die Privilegien der Herrschenden werden nicht angetastet. Die Ohnmacht der Gesellschaft könnte nur *von außen* beseitigt werden. Aber kein Volk kann von außen gerettet werden und auch nicht durch einen reformierten IWF. Das gesellschaftliche Subjekt wird nur durch den inneren politischen Kampf geschaffen. Ein genauerer Blick auf Lateinamerika hätte den Autoren eine Alternative zeigen können: ein Schuldnerkartell, das die Schulden nicht einfach zurückweist, sondern das Umschuldungen kollektiv verhandeln und einen teilweisen Schuldenerlaß durchsetzen könnte. Der IWF, heute und morgen in den Händen von Reagan, Kohl, Thatcher und Co., wird der unterentwickelten Welt nichts schenken. Deswegen ist der Vorschlag der Autoren der irrealste, der für die Lösung der Verschuldungskrise bisher gemacht worden ist. Dafür wird die europäische Linke keine Bundesgenossen finden, vor allem nicht in der Dritten Welt.

Raúl Rojas (Berlin/West)

Lund, Wenda: Rössing und das illegale Geschäft mit dem Namibia-Uran. Eine Untersuchung zur größten Uranmine der Welt und ihrer strategischen Bedeutung. Hochschulschriften 169. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984 (226 S., br., 28,- DM)

Das Geltungsbedürfnis zwielichtiger Industriemanager erleichtert die Aufdeckung von Skandalen, in Bonn und anderswo. Die illegale Ausbeutung namibischen Urans in der 1976 eröffneten Rössing-Mine, mit der sich ihr Hauptbetreiber, der britische Konzern Rio-Tinto-Zinc (RTZ) auch noch in aller Öffentlichkeit brüstet, ist ein Skandal, in den mehrere westliche Industriestaaten verwickelt sind: Rössing wird getragen von einem Konsortium deutscher, britischer, französischer, kanadischer, südafrikanischer und vermutlich auch japanischer Gesellschaften — unter finanzieller und politischer Rücken- deckung durch die jeweiligen Regierungen. Im Fall der BRD sind beispielsweise Siemens, Allianz, Deutsche und Dresdner Bank, Ruhrkohle und VEBA mit von der Partie, während umgekehrt RTZ an den Hanauer Atomfabriken beteiligt ist (132-135). Da die Sowjetunion 70% der für den AKW-Betrieb in der BRD notwendigen Anreicherungsleistungen von Natururan erbringt (100) und die BRD 30% ihrer Importe von Natururan aus Namibia bezieht (128f.), liegt die Vermutung nahe, daß auch die UdSSR in die Verarbeitung von Rössing-Uran verwickelt ist.

Die unter dem Pseudonym Wenda Lund schreibende Autorin, die offensichtlich der Anti-Apartheid-Bewegung nahesteht (208), beschränkt sich auf eine Analyse des zweifellos ausschlaggebenden westlichen Parts in diesem Schurkenstück. Sie hat nahezu alle verfügbaren Informationen ausgewertet und anhand eigener Recherchen vor Ort und in einer australischen Uranmine mit Blick auf die Rolle Südafrikas im kapitalistischen Weltmarkt interpretiert. 1966 haben die Vereinten Nationen Südafrika das Mandat für

Namibia entzogen und wenige Jahre später die Prospektion und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Namibias untersagt (2f.). Nun brüstet sich RTZ 1977 damit, sie habe für die Produktion der Rössing-Mine feste Abnahmeverträge mit Käufern aus Übersee, und die lokalen Manager verkünden wenig später, ihre Mine sei nunmehr »die größte der Welt« (138ff.). Bei weltweit stagnierender Nachfrage nach Uran ist sie das bis heute (36ff., 107f.). Während die großen Industriestaaten ihre Vorräte schonen, ist abzusehen, daß die Rössing-Vorräte in weit weniger als 20, vielleicht schon in 5 Jahren erschöpft sein werden. Der Grund dieser Eile ist klar: Die Intensität des Befreiungskampfes der SWAPO und auch des internationalen Drucks auf die Kolonialmacht Südafrika nimmt zu. In Kapitel 5 hat die Autorin zusammengestellt, welche Interessen dabei zusammenspielen (158-198): Trotz großer Lagermengen beziehen Großbritannien und die BRD die Hälfte bzw. ein Drittel ihrer Uraneinfuhren aus dieser Mine (128f.), die ohne internationale Überwachung und damit frei für militärische Verwendung geliefert werden. Ökologische Zerstörung — es werden täglich 250000t Erz bewegt (49) — und gesundheitliche Gefährdung treffen Territorium und Bevölkerung eines besetzten Landes. Lund verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß weltweit Uran vor allem »in Randgebieten« abgebaut wird, die von Eskimos, Indianern oder Aborigines bewohnt werden (44). Südafrika wird durch Rössing trotz hohen Eigenbedarfs in die Lage versetzt, Uran zu exportieren (173ff.). Ganz abgesehen vom Interesse Südafrikas, westliche Abnehmerländer nicht nur durch Orangenexporte an sich zu binden, scheint das profitabel: Obwohl Rössing Abgabefreiheit bis zur Amortisation der Investitionen zugesagt worden ist, fließen schon jetzt Millionen in die Staatskasse. — Es ist der Autorin hoch anzurechnen, daß sie Fakten und Spekulationen sorgfältig trennt (z.B. im Bereich militärischer Interessen, 160ff.). Wer in der hiesigen Solidaritätsbewegung mit den Völkern des südlichen Afrika arbeitet, wird von der Materialaufbereitung in diesem Buch profitieren. Wer noch nicht weiß, wie sehr die deutsche Industrie und Politik in die völkerrechtswidrige Ausbeutung Namibias verwickelt sind, der sollte zumindest die anschaulich präsentierten Daten zu Besitzverhältnissen, Lagerhaltung und Import von Rössing-Uran (106, 132-135, 149-155) zur Kenntnis nehmen.

Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

Altwater, Elmar, Kurt Hübner und Michael Stanger: Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus. Wirtschaftspolitische Optionen der Gewerkschaften in Westeuropa. Westdeutscher Verlag, Opladen 1983 (248 S., br., 29,80 DM)

Die Autoren setzen sich zum Ziel, »die Probleme der Umsetzung von alternativer Wirtschaftspolitik zu analysieren« (10). Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist das Ende des Keynesianismus als Krisensteuerungsmodell durch die Große Depression der 70er Jahre: bei abgeflachter Wirtschaftsdynamik durch die Veränderung der organischen Kapitalzusammensetzung sank die durchschnittliche Profitabilität, was zur Tendenz der Verdrängung lebendiger Arbeit durch tote Arbeit führte. Deshalb können die westeuropäischen Gewerkschaften von keynesianischen Interventionen kaum Besserung erwarten, zumal der Bedingungsrahmen keynesianischer Politik in dieser Krise endgültig zerstört wurde. Aus dieser Situation ergeben sich zwei Auswege: a) ein neoliberaler, der inzwischen von allen Regierungen Westeuropas eingeschlagen wurde, »indem durch die Vermarktung und Rückzug des Staates ..., die Tendenz von Wert und Verwertung als ökonomischer Sachzwang freigesetzt werden« (19), was zu starken Belastungen der unteren Schichten geführt hat bzw. b) »die Politisierung der Produktionssphäre durch einen Zugriff auf die Produktiv- und Investitionsentscheidungen« (ebd.).

Breiten Raum geben die Verfasser Reflexionen über die Möglichkeiten einer post-keynesianischen Strategie im Weltmarktzusammenhang, um das Problem der Kompatibilität von Wachstum, Beschäftigungs- und Zahlungsbilanz und institutionellen Reformen zu beleuchten. Ihre Ergebnisse sind: 1. »Auf mittlere und längere Frist kann keine Poli-

tik gegen die Tendenzen der Zahlungsbilanz gemacht werden« (47). 2. In den siebziger Jahren sanken weltweit die Durchschnittsprofitraten, wodurch die Aufschwungphase des Nachkriegskapitalismus umgekehrt wurde zur Stagnation (81). 3. »Entscheidend für das Zurückbleiben des Beschäftigungs- gegenüber dem Produktionswachstum ist vielmehr das Tempo technologischer Neuerungen, das wiederum von den Bemühungen um die Anhebung der Kapitalrentabilität über die Kostenseite bestimmt ist« (104). 4. Die staatliche Wirtschaftspolitik verließ sukzessive den keynesianischen Weg und setzt z.Zt. auf eine gestufte Austeritäts-Politik (126).

Realistische Alternativvorschläge müssen deshalb tendenziell sowohl mit der privaten Profitlogik als auch mit der Logik der Weltmarktkonkurrenz brechen. Als Wege der Überwindung des »Diktats der Zahlungsbilanz« nennen die Autoren: 1. Gleichgerichtete Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in den wichtigsten Ländern Westeuropas u.a. durch Annäherung der Politik der europäischen Gewerkschaften auf der Ebene der Tarifaueinandersetzungen (228ff.); 2. Neutralisierung außenwirtschaftlicher Rückwirkungen auf beschäftigungswirksame nationalstaatliche Politik — weniger durch einen zeitweiligen und auf bestimmte Produktgruppen beschränkten Protektionismus, denn durch internationale Übereinkünfte zum Schutz nationalstaatlicher Kontrollen des Zahlungsverkehrs (z.B. durch Nationalisierungen) oder langfristige Warenhandelsabkommen (230ff.); politische Kontrolle des Weltmarktes durch internationale Institutionen (232).

Problematisch bleibt indes der Vorschlag einer gewerkschaftlichen Offensive zur Erweiterung der Politisierung von Produktions- und Akkumulationsprozeß. Vorgeschlagen wird ein »Weg des progressiven Reformismus« (25) (der Leser hätte es sicherlich gedankt, wäre die Begründung benannt worden; ein Fußnotenverweis auf einen anderen Aufsatz reicht m.E. nicht aus!), der als gradualistische (= post-keynesianische) Strategie zunächst die »neoliberale Attacke der Zurückdrängung des Arbeitereinflusses auf Staat und Wirtschaft pariert und dann neue, post-keynesianische Formen der Politik institutionalisiert« (ebd.) will. Vor allem die historischen Exkurse auf das Vorbild, das »Wirtschaftsdemokratie«-Modell des ADGB, sind äußerst unscharf; die scharfe Frontstellung gegenüber den Kommunisten führt hierbei zu einigen Verdrehungen: Das ADGB-Programm »Umbau der Wirtschaft« beinhaltete neben den zu Recht positiv benannten Aspekten eben auch noch das Angebot der korporationistischen Integration der Gewerkschaften in eine autoritäre (prä-faschistische) »Wirtschaftsdiktatur« à la Schleicher. Entgegen den Behauptungen der Verfasser hatte die KPD am 30. Mai 1931 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm veröffentlicht, das theoretisch in einer Unterkonsumptionstheorie gründete und durch eine Einkommensumverteilung von oben nach unten die materielle Not der Krisenopfer lindern wollte. Flankiert von diversen Regionalprogrammen konnte dieses zwar nur kampagnenhafte Bedeutung erlangen, jedoch unterschlagen werden darf dieses Bemühen nicht, zumal das ADGB-Programm eher als Verhandlungsmasse gegenüber den gesellschaftlichen Eliten zu begreifen ist, denn als Mobilisationsfaktor der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft in der Endphase der Weimarer Republik. — Ein zweiter Einwand betrifft die Behandlung der »Memorandum«-Gruppe: die Einordnung als Keynesianisten (14) bzw. als Vertreter der Lokomotivtheorie (223) hätte dann vermieden werden können, wären die »Memoranden« 1981f. zur Kenntnis genommen worden, wodurch eine Annäherung der Positionen erkennbar geworden wäre. So brachte die Nichtbeachtung eine zweite, ebenfalls falsche Frontstellung, die einer Vereinheitlichung der Alternativkräfte nicht dienlich ist.

Zusammengefaßt: ein wichtiger Diskussionsbeitrag, der die ökonomische Materie beherrscht, umfangreiche Literatur lesbar berarbeitet hat und durch den Vergleich zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich, BRD und Schweden bedeutsame Informationen zu integrieren weiß.

Manfred Grieger (Bochum)

Glastetter, Werner, Rüdiger Paulert und Ulrich Spörel: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1980. Befunde, Aspekte, Hintergründe. Campus Verlag, Frankfurt/New York ²1983 (614 S., br., 58,- DM)

Wer sich am Haupttitel des Buches orientiert und beim ersten Durchblättern des voluminösen Bandes auf eine Fülle statistischer Tabellen und Diagramme stößt, wird eine Art Handbuch der Wirtschaftsentwicklung der BRD erwarten, dem er, wie immer benötigt, Informationen entnehmen kann. Dieser Benutzer wird sich aber enttäuscht finden, wenn er z.B. den Umfang der westdeutschen Industrieproduktion, den Produktivitätszuwachs oder die Zahl der Arbeitslosen für ein bestimmtes Jahr des Untersuchungszeitraums sucht. Er wird solche Angaben nämlich nur als jahresdurchschnittliche Daten für die vier zyklischen Phasen 1950-58, 1959-67, 1968-75 und 1976-80 finden und überdies kaum als absolute stoffliche oder wertmäßige Mengenangaben, sondern nur als jährliche Veränderungsdaten.

Kein Handbuch also, sondern eine problemorientierte Studie, in der die Fülle statistischer Daten gemäß dem theoretisch-analytischen Vorverständnis und den leitenden Fragestellungen der Verfasser aufbereitet ist und präsentiert wird. Der Bielefelder Ökonom W. Glastetter, der schon aufgrund früherer Publikationen zum Thema (u.a. 1976 im Materialband der IG-Metall-Tagung »Krise und Reform in der Industriegesellschaft« und 1977 mit gleichem Titel wie das vorliegende Buch für die Jahre 1950-1975) als Hauptverfasser angesehen werden kann, formuliert im Vorwort die Untersuchungsabsicht als »Versuch ..., vorliegende wissenschaftliche Grundpositionen mit der konkreten Entwicklung zu konfrontieren und kritisch zu würdigen.« (8). W. Glastetter wurde 1979 als gewerkschaftsnaher und keynesianisch »nachfrageorientierter« Konzessionsvertreter in den »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« berufen, den er bereits nach zwei Jahren resigniert verließ. Die vorliegende Untersuchung erweist sich im Kerngehalt als — augenfällig um »Wissenschaftlichkeit« der Argumentation und Zurückhaltung hinsichtlich wertender Formulierungen bemühte — Kritik der von der überwiegenden Mehrheit des Sachverständigenrates seit je verfochtenen neoklassischen, monetaristischen und »angebotsorientierten« Positionen. Verweisen schon einige Äußerlichkeiten auf die Form der Sachverständigenutachten (eine vorangestellte Kurzfassung von Untersuchungsgang und -ergebnissen und kapitalübergreifend durchlaufende Numerierung thematischer Abschnitte), so entspricht vor allem auch die Argumentationsbasis der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dem methodischen und kategorialen Ansatz des Sachverständigenrates.

Die Untersuchung ist in sechs Hauptabschnitte A bis F gegliedert. Im Abschnitt A »Grundprobleme« werden im wesentlichen Fragen der Bestimmung und Interpretation des ökonomischen Zyklusverlaufs diskutiert. Im Abschnitt B geht es um die Entstehung des Sozialprodukts (Unterkapitel: Struktur der Wertschöpfung, Wachstumskomponenten, Arbeitsmarkt); in C um die Verwendung des Bruttosozialprodukts (Entwicklung von Verwendungsstruktur, Inlandsverbrauch, Inlandsinvestitionen); in D um die Verteilung des Volkseinkommens; in E um Finanzierungsbedingungen (der privaten Haushalte, der Unternehmen, der öffentlichen Hand) und in F um die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Verflechtung der BRD. Jeder der sechs Hauptabschnitte wird durch ein »Analytische Aspekte und Kontroversen« überschriebenes Unterkapitel eingeleitet. Für Ansatz und Konzept der Gesamtuntersuchung aufschlußreich ist diese Einführung in den ersten Hauptabschnitt (A I). Hier werden divergierende Ansätze von Krisenerklärungen vorgestellt, aktuelle Interpretationsprobleme und -alternativen diskutiert und Folgerungen für Untersuchungsziel und -verlauf formuliert. Die methodischen, kategorialen und untersuchungspraktischen Reflexionen der Einführungskapitel der nachfolgenden materialen Hauptabschnitte münden jeweils in untersuchungsleitende und darstellungsstrukturierende Fragestellungen, die auf Überprüfung zentraler Argumenta-

tionsmuster »angebotsorientierter« Erklärungsansätze und Forderungsstereotypen gerichtet sind. So z.B. für den Abschnitt C die Frage nach Veränderungen in der Verwendungsstruktur des Bruttosozialprodukts, die die Behauptung einer Investitionslücke rechtfertigen würden (Ziffer 24), nach einer Erhöhung des Staatsanteils als mögliche Stütze des Stereotyps einer »Verdrängung privater Wirtschaftsaktivitäten« (Ziffer 25); oder im Abschnitt D etwa die Frage nach der tatsächlichen Entwicklung der »Faktorenpreise« (d.h. der Lohn- und Kapitalkosten) im Hinblick auf die gängige Behauptung eingetretener »Verzerrungen« (Ziffer 37); im Abschnitt E nach der Belegbarkeit einer »Finanzierungsschwäche« der Unternehmen als Ursache von Investitionsdefiziten (Ziffer 49); nach den nachweisbaren Wirkungen der Staatsverschuldung hinsichtlich der Durchsetzbarkeit gesamtwirtschaftlicher Zielbestimmungen (Ziffer 50).

Die den Fragen korrespondierenden Resultate der umfassenden und differenzierten Analysen können hier nicht referiert werden; zu resümieren ist, daß sie weder die in neoklassisch-monetaristischen Erklärungsmustern ausgesprochenen oder implizit als gültig unterstellten Verursachungs- und Zusammenhangsbehauptungen wirkungsanalytisch bestätigen, noch die dabei vorausgesetzten Entwicklungssachverhalte und -tendenzen belegen. In ihrer vorsichtigen Ausdrucksweise werten die Verfasser diese Ergebnisse nicht als Widerlegungen »angebotsorientierter« Wirtschaftstheorie und -politik, sondern nur als empirisch hinlänglich gesicherte Argumente zu ihrer Problematisierung.

Die Immanenz der Verständnis- und Argumentationsweise der Autoren, das Fehlen einer Problematisierung der gesellschaftlichen, der institutionellen und der funktionslogischen Voraussetzungen des Untersuchungsgegenstands »Wirtschaft der BRD«, zeigt die Grenze der Erkenntnisse und der praktischen Folgerungen der Untersuchung an. So versagen sich die Verfasser schon jegliche ideologiekritische Durchleuchtung »angebotsgerichteter« Argumente, obgleich deren schlicht interessenpolitischer Legitimationscharakter häufig nur allzu offensichtlich ist (z.B. S.191 bezüglich der Kontroverse um Investitions- oder Verbrauchsorientierung bei der Verwendung des Sozialprodukts oder 196/97 hinsichtlich der Divergenz zwischen »autonomer« und »abgeleiteter« Verteilungskonzeption). Obgleich zuweilen, vor allem im Kontext »nachfrageorientierter« Argumente, auf die gesellschaftliche und politische Bedingtheit der divergierenden Positionen verwiesen wird, behandeln die Verfasser die in den jeweiligen Einführungskapiteln herausgestellten Kontroversen im ganzen als immanent-wissenschaftliche. Wie verfehlt letztlich dieses Bemühen um Sicherung des Anspruchs auf wissenschaftliche Argumentation nach herrschend-konventionellem Maßstab ist, zeigt exemplarisch die in Ziffer 60 thematisierte Kontroverse um die außenwirtschaftlichen Konsequenzen der »neuen strukturellen Herausforderung«: wenn die Verfasser hier gegen die überwiegend befürwortete offensive Strategie zur Eroberung erhöhter Weltmarktanteile politische, gesamtwirtschaftliche und sogar moralische (»... daß solche Erfolge auf Kosten von Drittländern gehen«, 472) Bedenken geltend machen, so läßt sich die Unterschlagung des strukturellen Primats der Verwertungsstrategien gerade der am Weltmarkt operierenden Einzelkapitale gegenüber gesamtwirtschaftlichen, politischen oder gar politisch-moralischen Erwägungen kaum noch taktisch begründen; sie blockiert elementare Einsichten in die gesellschaftliche Grundstruktur, den Herrschaftscharakter und die Funktionsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise und leistet so den gesellschaftlich dominanten Rechtfertigungsideologemen Vorschub. Das wird von den Verfassern ohne Zweifel nicht beabsichtigt; daß sie jedoch dieses Risiko eingehen, markiert eine deutliche Grenze des Gebrauchswerts ihrer verdienstvollen und nützlichen Untersuchung.

Hansgeorg Conert (Bremen)

Verfasser/innen

A: = Arbeitsgebiete; V: = Veröffentlichungen; M: = Mitgliedschaften

Aguilar M., Alonso, 1925; Licenciado, Wirtschaftswissenschaftler an der Universidad Nacional Autónoma de México in Mexiko-Stadt und Mitherausgeber der politisch-theoretischen Zeitschrift *Estrategia*. V: *México: Riqueza y miseria* (Mitautor, ¹1982); *Dialéctica de la economía mexicana* (2³1983); *Capitalismo, mercado interno y acumulación de capital* (4¹1981); *La crisis del capitalismo* (2¹1982). A: Theorie der Unterentwicklung und Imperialismustheorie. M: Vorsitzender der Sociedad de Amistad México-RDA.

Albert, Claudia, 1953; Dr.phil., Wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin. V: *Der melancholische Bürger* (1982). A: Konstitution bürgerlicher Identität, Exil, Weimarer Republik, Heine. M: GEW.

Anders, Günther, 1902; promovierte 1923 bei E. Husserl; Mitinitiator der internat. Anti-Atombewegung. V: *Der amerikan. Krieg in Vietnam oder philosophisches Wörterbuch heute*, in *Argument* 45 (1967); *Die Antiquiertheit des Menschen* (Bd.1: 1960; Bd.2: 1980); *Ketzereien* (1982). M: PEN Wien, Akademie d. Künste Berlin.

Bader, Veit Michael, 1944; Dr.rer.pol.; Prof. für Soziologie an der Universiteit van Amsterdam. V.: *Einführung in die Gesellschaftstheorie* (Mitautor, 1976); *Krise und Kapitalismus bei Karl Marx* (Mitautor, 1975). A: Soziale Ungleichheit und politische Soziologie.

Bien, Helmut M., 1957; Dipl.-Päd., freier Journalist, Doktorand. A: Schultheorie, Architekturgeschichte und -theorie, Berliner Stadtgeschichte.

Böttcher, Wolfgang, 1953; Dr.rer.pol. Wissenschaftl. Mitarbeiter an der Westf. Berggewerkschaftskasse, Bochum. V: *Ungleichheit im Bildungswesen* (im Ersch.). A: Sozialarbeit in der beruflichen Bildung, Organisationssoziologie.

Bommert, Christian, 1957; Studium von Deutsch und Sport an der Univ. Bremen. A: Peter Weiss »Ästhetik des Widerstands«.

Conert, Hansgeorg, 1933; Dr.rer.pol.; Hochschullehrer an der Univ. Bremen. V: *Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR* (Mitautor, 1976), *Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Interessenvertretung im betrieblichen Alltag* (Mitautor, 1980), *Ökologie und Gesellschaft* (1984). A: Wirtschaft und Gesellschaft sozialistischer Staaten.

Dohse, Peter, 1949; Dipl.-Sozialwiss.; wiss. Mitarbeiter am Institut für d. Päd. d. Naturwissenschaften an der Univ. Kiel.

Efferding, Wieland, 1950; Dipl.-Pol., Redakteur des *Argument*. V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 1979); *Marxismus und Theorie der Parteien*, AS 91 (Mitautor, 1983). A: Ideologie-Theorie; Theorie der Politik und der Parteien. M: GEW, DVPW.

Fleck, Christian, 1954; Dr.phil.; Ass. an der Univ. Graz. V: *Koralmpartisanen. Über abweichende Karrieren politischer Widerstandskämpfer* (1985); »Grenzfeste deutscher Wissenschaft«. *Über Faschismus und Vergangenheitsbewältigung an der Universität Graz* (Mitautor; 1985).

Friedrich, Gerhard, 1948; Dr.phil.; DAAD-Lektor, Universität Turin. V: *Proletarische Literatur und Politische Organisation* (1981). A: Peter Weiss.

Goitze, Karl-Heinz, 1947; Dr.phil., Lektor an der Univ. Nizza; Redakteur des *Argument*. V: *Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz* (1980). A: Gegenwartsliteratur; Literatur des 19. Jh.; Geschichte der Germanistik.

Grieger, Manfred, 1960; Studium der Geschichte und Publizistik. A: Faschismusforschung; Geschichte der Arbeiterbewegung. M: MSB Spartakus, GEW.

Hauck, Gerhard, 1939; Dr.phil.habil., Hochschullehrer. V: *Geschichte der soziologischen Theorie* (1984), *Von der klassenlosen zur Klassen-Gesellschaft* (1979), *Indien* (Mitautor, 1976). A: Soziologische Theorie, Ethnosozologie, Entwicklungsländer. M: GEW, BdWi.

Haumann, Heiko, 1945; apl. Prof. f. neuere u. osteurop. Geschichte an der Univ. Freiburg. V: *Arbeiteralltag in Stadt und Land*, AS 94 (Hrsg., 1982); *Kapitalismus im zaristischen Staat* (1980). A: Russische und sowjetische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; Vergleichende Regionalgeschichte. M: GEW, BdWi.

Hesse, Reinhard, Dr.phil. Akad.Rat für Philosophie. V: *Geschichtswissenschaft in praktischer Absicht* (1979), *Abermals: Kampf dem Atomtod* (zus. mit W. Dirks, C. Amery u.a., 1982). A: Sozialphilosophie, Kulturkritik.

Hirsch, Joachim, 1938; Dr.phil., Prof. an der Univ. Frankfurt/M. V: *Der Sicherheitsstaat* (1980); *Nach der »Staatsableitung«. Zur Reformulierung einer materialistischen Staatstheorie*, in: Aktualisierung Marx', AS 100 (1983). A: Staatstheorie, Staatsorganisation, Staat und soziale Bewegungen.

Holler, Eckard, 1941; Oberstudienrat. Mitarbeiter des Club Voltaire Tübingen und der LAKS Baden-Württemberg. V: *Ästhetik des Widerstands und politisches Engagement in der bündischen Jugend* (1984); *Wie können soziokulturelle Zentren überleben?* In: *Argument* 144 (1984). A: Jugendbewegung, Alternativkultur, Kulturpolitik.

- Karl, Helga*, 1950; Dipl.-Soz., EDV-Organisatorin, Geschäftsführerin des *Argument*. V: *Automation im Arbeiterleben*, AS 79 (Mitautorin, 1983). A: Automationsforschung, Kulturarbeit, Frauen. M: GEW, Kulturpolit. Gesellschaft.
- Kindermann, Wolf*, 1951; Doktorand. A: Rechtskräfte; Arbeiterbewegung; Minderheiten. M: GEW, VVN.
- Körner, Reinhard*, 1946; Dipl.-Sozialwirt. A: Militär- und Rüstungsanalysen.
- Lambrich, Hans-Jürgen*, 1947; Dipl.-Päd., Doz. f.d. Primarstufe am Hess. Institut f. Bildungsplanung und Schulentwicklung. A: Soziologie d. Erziehung; Schulische Lernprozesse; abweichendes Verhalten in der Schule.
- Meyer, Lutz*, 1953; Dr.phil., Sozialwissenschaftler. V: *Ziele, Bedingungen und Konfliktbereitschaft der iranischen Erdölpolitik 1970-80* (1980); *Papiertechnologie und Dritte Welt* (Mitautor, 1983). A: Dritte Welt, Vorderer Orient, Weltwirtschaft.
- Mindermann, Erhard*, 1957; Studium der Germanistik. A: Nachkriegsliteratur, Literaturtheorie.
- Mürner, Christian*, 1948; Dr.phil. (Behinderten-Pädagogik); z.Zt. freie journalistische und wissenschaftl. Tätigkeit. V: *Normalität und Behinderung* (1982); *Die Pädagogik von Heinrich Hanselmann* (1985). M: Pädagogik, Behindertenpädagogik, Semiotik, Kunst.
- Orozco, Teresa*, 1959; Studium der Philosophie an der FU Berlin.
- Peitsch, Helmut*, 1948; Dr.phil., wiss. Assistent an der FU Berlin. V: *Grundkurs 18. Jh.* (Mitautor, 1974); *Georg Forsters »Ansichten vom Niederrhein«* (1978); *Nachkriegsliteratur in Westdeutschland 1945-49*, AS 83 (Mithrsg., 1982). A: Literaturgeschichte 18. u. 20. Jh.
- Pilnei, Marion*, 1958; Dipl.-Handelslehrerin, wiss. Mitbaretlerin an der HSBw München. A: Berufsbildung, insbes. Jugendarbeitslosigkeit, betriebliche Weiterbildung, Neue Technologie.
- Richter, Manfred*, 1948; 2. Staatsex. Germanistik/Geschichte; Dozent f. Schifffahrtssoziologie an der FHS Oldenburg. A: Kulturwissenschaft, politische Theorie, Literatur.
- Rodejohann, Jo*, 1947; Dipl.-Pol., Redakteur der *Militärpolitik Dokumentation* und des *Argument*. V: *Durch Kooperation zum Frieden?* (Mitverf., 1974). A: Rüstungs- und Abrüstungspolitik. M: ÖTV und AFK.
- Rojas, Raúl*, 1955; Master in Science (Mathematik und Wirtschaftswissenschaft). V: *Por qué se devaluó el peso?* (1982). A: Geldtheorie, Verschuldungskrise.
- Schiller, Hans-Ernst*, 1952; Dr.phil., M.A. V: *Metaphysik und Gesellschaftskritik. Zur Konkretisierung der Utopie im Werk Ernst Blochs* (1982). A: Sozial- und Geschichtsphilosophie.
- Schneider, Norbert*, 1945; Dr.phil., Prof. für Kunstgeschichte und ihre Didaktik an der Univ. Münster. V: *Bürgerliche Revolution und Romantik; Natur und Gesellschaft bei Caspar David Friedrich* (zus. mit B. Hinz u.a.). A: Ästhetische Theorien des 19. Jh., Kunstgeschichte der Neuzeit.
- Schöfthaler, Traugott*, 1949; Dr.phil., Forschungsstipendiat am MPI f. Bildungsforschung, Berlin. V: *Kulturelle Identitäten in der Weltgesellschaft* (Diss., 1984); *Soziale Struktur und Vernunft* (Hrsg., 1984); *Im Schatten des Fortschritts* (Mithrsg., 1985). A: Kulturvergleichende Bildungsforschung; Religions- und Kultursoziologie. M: AL; ÖTV.
- Schütte, Ilse*, 1947; Dipl.-Psych.; wiss. Angestellte am SOFI Göttingen. V: *Technikgeschichte als Geschichte der Arbeit* (Hrsg., 1981); *Mädchen und Frauen. Beruf und Biografie* (Mithrsg., 1984). A: Frauenarbeit, berufliche Sozialisation, Arbeitssoziologie.
- Sonnet, Peter*, 1956; M.A., Politologe, z.Zt. arbeitslos. A: Europapolitik; NS-Geschichte; Politische Kultur. M: SPD.
- Vogl, Jörg-Michael*, 1954; Studium der Sozialwiss., Wirtschaftswiss. und Mathematik; Gesamtschullehrer. A: Parteientheorie. M: GEW.
- Watzlawczik, Gerd-Uwe*, 1956; Dipl.-Soz., Doktorand, Wiss. Mitarb. an der Univ. München. V: *Soziologie des Wohnens* (Mitautor, 1981). A: Arbeits- und Berufssoziologie; Staats- und Verwaltungstätigkeit; Stadtsoziologie.
- Weingarten, Michael*, 1954. A: Geschichte der Physik und Biologie; Wissenschaftstheorie. M: BdWi.
- Wöhrle, Armin*, 1950; Dipl.-Päd., Doktorand (Erziehungswissenschaft). A: Sozialpädagogik, Sozialpolitik, Gewerkschaften.
- Zahl, Peter Paul*, 1944; Drucker, dann Schriftsteller. V: *Schutzimpfung* (Gedichte, 1975), *Eingreifende oder ergriffene Literatur. Zur Rezeption moderner Klassik* (1976), *Freiheitstriebäther* (Lyrik, Prosa, Dokumente, 1979), *Die Glücklichen. Schelmenroman* (1979), *Aber nein, sagte Bakunin und lachte laut* (Gedichte, 1983).

DÜSSELDORFER
DEBATE
Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

**JOURNAL FÜR
SOZIALFORSCHUNG**

4 '85

M. Ben: Der Watschenmann. Noch einmal über den Sturm im Wasserglas und die gegenwärtige Lage — Eine unendliche Geschichte

M. Önal: Ich habe zwei Seiten

G. Fülberth: Tiefgestaffelte Formation. Zu einigen neueren Selbstdarstellungen von CDU/CSU-Politikern

R. Burns: Nach dem Streik der englischen Bergarbeiter

J.M. Becker: Die FKP und ihre Bündnispolitik

H.W. Ahlemeyer: Frieden oder unzufrieden?

M. Schneider u. B.v. Arnim: Die Verbrecher

M. Otte: Computer und menschliches Denken

U. Jaeggi: Durchquerungen

R. Ritter: Der riesige Lenin

A. Raeithel: Mütter, Väter und Wunschmaschinenkinder

P. Maiwald: Notizbuch 6

A. Neusüß, P. Brokmeier-Lohfing, R. de la Vega: Fragen auf Wunsch von Herrn K

Th. Neumann: Eine Paraphrase der letzten Rede Tschernenkos

D. Kramer: Thomas Mann und die Versprechungen des 8. Mai 1945

2 '85

Interessenverbände und Gesellschaftstheorie

W. Streeck: Gemeinschaft, Markt und Staat — und die Verbände?

Ph.C. Schmitter: Der mögliche Beitrag von Interessenregierungen zur sozialen Ordnung

Arbeitsemigranten als Politikobjekt

H. Matuschek: Ausländerpolitik in Österreich 1962-1985. Der Kampf um und gegen die ausländische Arbeitskraft

SWS-Meinungsprofile

Regierungspräferenzen und Politikerverdrossenheit in Österreich

Streit um Großkraftwerke

Aktuelle politische Momentaufnahme

E. Gehmacher: Ohnmacht der Massenmedienmacht? Die wahre Wirkung der »Kronen-Zeitung« am Beispiel Hainburg

Wirtschafts- und Sozialforschung in Österreich (Projektberichte)

R. Pohoryles: Energiepolitische Informationsvermittlung oder individuelles »Risk-Assessment«? Der Journalist als Gatekeeper

M. Wagner: Die Risiken steigender Arbeitslosigkeit. Österreich in den achtziger Jahren

25. Jg. 1985

Erscheint monatlich (außer Juli/Aug.) — Herausgeber: Michael Ben, Peter Maiwald — Redaktion: Michael Ben, Peter Maiwald, Thomas Neumann — Organisation: Helga Bodenstab — Einzelheftpreis 15,- DM, Abo 12,- DM + Versandkosten — Düsseldorf: Debatte, Karl-Anton-Straße 16, 4000 Düsseldorf 1

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft. Redakt. Leitung u. f. d. Inhalt verantwortl.: Bernd Marin. Erscheinungsweise: Vierteljährlich — Einzelheft ÖS 95,-; Jahresabo: Institutionen, Bibliotheken ÖS 360,-; Einzelpersonen ÖS 300,-; Mitgl. wirtschafts- und sozialwissenschaftl. Berufsvereinigungen, Journalisten/Lehrer ÖS 240,-; Stud. ÖS 120,- — Redaktionsadresse: Maria-Theresien-Straße 9/8B, A-1090 Wien

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

37 '85

*Funktionen von Kunst und Literatur in
frühsozialistischer Sicht*

W. Drost: Revolutionäre Ideale im frühsozialistischen Kunstverständnis

K. Biermann: Die Anfänge der frühsozialistischen Kunst- und Literaturkritik: Le Globe (1830-1832)

H. Stenzel: Positionen der Literatur- und Kunstkritik der fourieristischen »Ecole sociétaire«

W. Drost: Das neue Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse und ihr Kampf für das Beau social

D. Hoeges: Saint-Simon und die Theorie der Avant-Garde

J. Viard: Philosophie de l'histoire littéraire européenne selon Pierre Leroux

G.C. Gerhardi: »Fonction du poète« - die Metaphorik der politischen Mission bei Victor Hugo

Forum

R. Krüger: Apollinaire. Der Planetenjongleur am »Pont Mirabeau«

J. Sgard: Diderot - les lumières du roman
Actuelles

A. Gallien: Nouvelle-Calédonie: Entkolonisierung oder Katastrophe

R. Höhne: Der 25. Parteitag der FKP

A. Neuschäfer: Zur Pariser Theatersaison 1984/85

M. Quaghebeur: Une institution théâtrale à la croisée des chemins

10. Jg. 1985

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H. Hofer, J. Leenhardt, B. Schlieben-Lange, A. Soboul. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 12,- im Abo 10,95, Studenten 9,90. — Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



58 '85

Klassen und Herrschaft

D. Lockwood: Das schwächste Glied in der Kette? Zur marxistischen Handlungstheorie

E.O. Wright: Wo liegt die Mitte der Mittelklasse?

J. Elster: Drei Kritiken am Klassenbegriff

C. Offe: Zur spieltheoretischen Neufassung des Klassenbegriffs bei Wright und Elster

M. Krätke: Klassen im Sozialstaat

A. Lipietz: Akkumulation. Krisen und Auswege aus der Krise

M. Burawoy/A. Smith: Der Aufstieg der Hegemonialen Despotie in der US-Industrie

59 '85

Weltmarktango. Ein Drama von Abhängigkeit und Entwicklung

U. Menzel: Die ostasiatischen Schwellenländer

Th. Hurtienne: Wirtschaftskrise, internationale Verschuldung und Entwicklungspotentiale in Lateinamerika

A. Schubert: Untergräbt die Stärke der USA die Fundamente der Weltwirtschaft?

K. Busch: Mythen über den Weltmarkt. Kritik der Weltstamtheorie I. Wallersteins

E. Altvater: Die Möglichkeit der Weltmarkttheorie

W. Elfferding: Zur Perspektive materialistischer Parteientheorie

15. Jg. 1984

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altvater, G. Gensior, Th. Hahn, S. Heimann, K. Hübner, Th. Hurtienne, L. Lappe, B. Mahnkopf, W. Spohn, M. Stanger, Ch. Watkinson. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 15,- DM, im Jahresabo 12,- DM. — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10

psychosozial

Zeitschrift für Analyse,
Prävention und Therapie
psychosozialer Konflikte
und Krankheiten

24/25 '85

Psychoanalytische Familien- und Sozialtherapie - Gießener Beiträge zur Fortbildung

H.-E. Richter: Beratung in unserer Gesellschaft

N. Spangenberg: Gewalt in Familien: Vorbild oder »Nachbild« gesellschaftlicher Gewalt

A. Overbeck: Familie und Therapeut im Irrsall der Zeit

E. de Sotelo: Auswirkungen von Ehe und Familie auf die psychische Verfassung und soziale Position der Frau

H.-J. Wirth: Die Adoleszenz als Chance für Individuum, Familie und Kultur

W. Dierking: Der familientherapeutische Zugang in unterschiedlichen Arbeitsfeldern in der psychosozialen Versorgung

T. Neraal: Erscheinungsformen und Ursachen gestörter Familiendynamik

J. Kleinschnittger: Familien-Erstgespräch: Was dann?

A. von Vietinghoff-Scheel: »Mit Augen hören« - szenisches Verstehen im familientherapeutischen Erstgespräch

A. Overbeck: Entstehung und Neuorientierung einer Magersuchtfamilie

C. Fertsch-Röver-Berger: Zur Theorie psychoanalytischer Praxis in familientherapeutischen Sitzungen

4. Jg. 1985

Herausgegeben von H. Becker, D. Beckmann, G. Erb, H. Friedrich, A. Köhl, A. Overbeck, H.-E. Richter, H. Strotzka, A. Uchtenhagen, E. Ulich, J. Willi, H.-J. Wirth, G. Zenz. — Erscheint viermal im Jahr im Rowohlt Taschenbuch Verlag. Preis 9,80 DM. — Redaktion psychosozial, Friedrichstr. 33, 63 Gießen

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

149 '85

Comics

E. Antoni: Sprechende Enten, Superhelden und andere Menschen

M. Höhn: Das Mädchen, das das Hakenkreuz liebte

M. Chobot: Seicherls Erben. Die Wiener Comic-Zeichner

St. Siegert/St. Schmidt: Wer ist Schepper?

J. Schmold/Bernd Zachow: »Ich bin kein Szene-Zeichner«. Gespräch mit dem Cartoonisten Gerd Bauer

R. Hachfeld: Themen, die in der Luft liegen. Gespräch mit dem mexikanischen Karikaturisten Rius

W. Grape: Diesseitsbezogen. Aktplastik des 17. Jahrhunderts

U. Leibinger-Hasibether: Was aber dy schonheit sey, daz weis ich nit. Dürers Untersuchungen über die Proportionen des menschlichen Körpers

Ch. Charlier-Weber/G. Dünkel: Zur neueren Aktbildern der Tremezza von Brentano

R. Hiepe: Sandro Chia - Schöner Mann mit rotem Arm

U. Pohlmann: Wilhelm von Goedens Akte - mehr als Rückbesinnung auf Arkadien

U. Weitz: Sexualphantasien und Proletariat, Rosenkranz und Stahlgewitter. Das bewegte Leben des Malers Rudolf Schlichter

28. Jg. 1985

Redaktion: Ernst Antoni; Harro Erhart; Dr. Wolfgang Grape; Dr. Richard Hiepe; Dr. Ulrich Krempel; Theo Lieber; Werner Marschall (verantwortlicher Redakteur); Carl Nissen; Carlo Schellemann; Dr. Gabriele Sprigath; Guido Zingerl. — Erscheint alle drei Monate. — Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 32,- DM (Stud. 27,- DM). — Dammitz Verlag, Hohenzollernstraße 146, 8000 München 40

THEATERZEITSCHRIFT FÜR DIE ZEIT UND DEN FELD

Hefte für Theatertheorie u. -praxis

11 '85

»Klassiker«

G. Erken: Aus der Geschichte lernen: Die »Tell«-Inszenierung Heymes.

Th. Girshausen: Widersprüche und Perspektiven kritischer Klassikerinszenierungen

J. Knopf: Brecht-Boycott und Brecht-Kanonisierung in der BRD

P. Roessler: Österreichische Klassiker im Faschismus

H.-B. Heller: Film-»Klassiker« und Filmgeschichte

K. Hicketier: Klassiker im Fernsehspiel der BRD

U. Reichelt/K. Lüpke: Zum Umgang mit »Klassikern« in der Schule

12 '85

Theaterkritik

M. Sailer: Die Miene verrät es. Marktmechanismen und Produktionsbedingungen der Theaterkritik

L. Schirmer: Von »Theater heute« zu Theater gestern. Veränderungen einer Zeitschrift

H. Wüdrich: Über die Dörfer. Der Großkritiker und seine Zeitung

R. Bohn: Die zehn goldenen Regeln der Theaterkritik

K. Pawek: Ein Vergleich von Fernseh-, Film-, Literatur- und Theaterkritik

L. Blum: Zum Verhältnis »alternativer« Theaterkritik und Freier Gruppen

4. Jg. 1985

Herausgeber: Verein zur Erforschung theatraler Verkehrsformen e.V., Berlin. Redaktion: R. Bohn, B. Gruber, F. Iversen, U. Meyen-Skupin, E. Müller, P. Oltmanns, P. Roessler, R. Ruppert, G. Susen, E. Wack. — Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 8,- DM. Jahresabo incl. Versand: 32,- DM, Stud.-Abo 28,- DM. Redaktionsadresse: TheaterZeitSchrift, Großbeerenstr. 13A, 1000 Berlin 61

wiener tagebuch

marxistische
monatsschrift

3 '85

R. Hackel: Wende in der österreichischen Außenpolitik

R.A.M. Schindler: Über die Ost-West-Beziehungen aus jüdischer Sicht

R. Swartz: DDR: Gefährliches Spiel mit wenig Spielraum

U. Moser: Die britischen Gewerkschaften Entpolitisierte ungarische Jugend. Ein Gespräch im ungarischen Rundfunk

M. Dassù: Wie China die Ökonomie verändert

Brief aus dem Banat. Egon Erwin Kirsch in Temeswar

P. Gambola: Städte im Wandel

4 '85

P. Rosner: Probleme der »Arbeitsgesellschaft«

L. Spira: Die Bruchlinien der Neutralität
M. Kaneko: Bedrohte Minderheiten in Japan

Brief aus Győr. Auch mit der Duna gibt's Probleme

E. Forster: Das Reagan-Evangelium

M. Jones: Der große Streik

K.-M. Gauß: Das kleinere und das größere Österreich

Ch. Reinprecht: Der Staatskünstler

C.-W. Macke: Wenigstens nicht stumm leiden. Zu zwei Feuchtwanger-Biographien

Herausgeber: Verein »Freunde des Wiener Tagebuch«. — Geschäftsführender Redakteur: Leopold Spira — Erscheint monatlich — Einzelpreis ÖS 25,—; Jahresabo ÖS 230,— (Ausland ÖS 280,—/DM 40,—); Studenten ÖS 130,— (Ausland ÖS 200,—/DM 28,—). — Verlags- und Redaktionsadresse: Belvederegasse 10, A-1040 Wien

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

74 '85

Zeitfragen

S. Scheerer: Würde des Rechts, Würde des Menschen

H. Petri: Angst und Friedensbewegung

W. Däubler: Widerstand heute

I. Baldermann: Auf dem Weg zu einer Theologie des Friedens

Querulanz als Gegenwehr

V. Braunbehrens: Querulanz als Gegenwehr

M. Muck: Gibt es Querulanten? Schicksale des Rechtsbewußtseins aus psychoanalytischer Sicht

U. Vultejus: Die Kunst kein Querulant zu sein

G. Weigand: Mit Zivilcourage auch gegen Justiz-Unrecht?

J. Feest/Denis Pécie: Querulanz im Gefängnis

D. Pécie: Aus dem Leben eines Querulanten

Ch. Maack: Glasuren wegätzen

V. Braunbehrens: Horst Krone - Opfer der Stadtsanierung

H. Krone: Das Abrißhaus

G. Herzog: Die Querkopf-Krankheit. Über die psychiatrische Einschätzung der Querulanz und ihre Geschichte

Archiv: A. Wetzel: Die Rechtsstreitigkeiten des Freiherrn von Hausen

Kritik

D. Kreidt: Geschichten über Widerstand und Verfolgung

24. Jg. 1985

Herausgegeben vom Vorgänge e.V. in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Gerd Hirschauer, Anton-Andreas Guha. — Erscheint in der Regel zweimonatlich. Einzelheft 12,— DM (Doppelheft 18,— DM); Jahresabo 52,— DM zuzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Bräuhäusstr. 2, 8000 München 2

rote blätter

4 '85

HRG-Novelle: Informationen für den Widerstand

HRG-Bilanz: Sand im Getriebe

HRG-Geschichte: Stationen

Aktionsorientierung: Mit welcher Strategie gegen die HRG-Novelle?

Hochschulpolitik

Mediziner: Jetzt oder nie

Kohls Sohn: Psychogramm einer Thronfolge

Hochschule und 40. Jahrestag: Gegen die Zerstörung der Vernunft

SP-Wahlen: Klarer Linkstrend

Frauen

VDS-Frauenkonferenz: Mit Leidenschaft

BRD

40. Jahrestag: Die Helden der Stunde Null
Aktuelle Verpflichtung

Landtagswahl: Bündnis für den Frieden

Terrorismus: Der Panther ist los

Internationales

Weltraum: Star Wars

Golfkrieg: Eskalation

Kultur

Götz George: Eins auf die Schnauze

Männerleiden: Ich kann's nicht mehr hören

15. Jg. 1985

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: J. Sommer (verantwortlich), E. Eckhardt, B. Hummler, H. Haller, D. Riechert (Gestaltung), O. Weber. — Erscheint monatlich. — Einzelheft 2,— DM. Jahresabo 19,50 DM — Redaktionsanschrift: rote blätter, MSB Spartakus, Postfach 2006, 5300 Bonn 1, Telefon (0228)222054. — Verlag: Weltkreis-Verlags-GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund.

TEXT+KRITIK

85/86 '85

Alexander Kluge

H. Heissenbüttel: Der Text ist die Wahrheit

J. Vogt: Der ratlos-rastlose Erzähler Alexander Kluge

J. Drews: Leseprozesse mit paradoxem Ausgang

Texte von Alexander Kluge

H. Puknus: Kluges »Lebensläufe«

E. Schütz: Ein Liebesversuch oder Zeigen, was das Auge nicht sieht ...

G. Bechtold: Das KZ als Modell des Zivilisationsprozesses

R. Stollmann: Zusammenhang, Motiv, Krieg

M. Koetzle: In Gefahr und größter Not ...

M.-J. Fischer: Die Wollust des Films ist keine Lust

A. Kaes: Über den nomadischen Umgang mit Geschichte

B. Urbanowski: Bibliographie

84 '84

Friederike Mayröcker

Texte 1944-1982. Engeleitet und kommentiert von Gisela Lindemann

E. Jandl: Zu fünf Gedichten von Friederike Mayröcker

G. Lindemann: Eine Art zu leben

W. Schmidt-Dengler: Demontage und Variationen. Versuche, sich den Texten Friederike Mayröckers zu nähern

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: I. Laurien, E. Weiss. — Erscheint jährlich in 4 Heften. — Abopreis 34,— DM zzgl. Versandkosten — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

L'80

33 '85

L. Chvatik/J. Grusa: Nicht weiser als ein Grillenlied. Jaroslav Seiferts poetisches Werk

T. Kosta: Drei Begegnungen mit Jaroslav Seifert

Rot-grünes Illusionstheater

J. Strasser: Identitätssuche oder Politik. Läuft dem rot-grünen Bündnis die Zeit davon?

M. Horacek: Keinen Kuhhandel à la Hesen!

P. Glotz: Berserkerhafte Fußnote zur 17. Auflage der vernünftigsten deutschen Koalitionssphilosophie

J. Eger: Bedingungen, Probleme, Chancen einer Zusammenarbeit zwischen Grünen und Sozialdemokraten

S. Neckel: Politische Identität und soziale Interessen. Zur Kritik des Diskurses alternativer Politik

H. Heimann: Gehen die Grünen den Weg der SPD?

R. Eigenwald: Die politische Landschaft, vom Gipfel eines Giftmüllbergs betrachtet

H.-M. Schönherr: Thesen zum Verhältnis von Ökologie und Philosophie

Lyrik

von Jaroslav Seifert, Richard Matthias Müller, Bruno Claus Hebell

Prosa

von Manfred Flügge, Wilfried Linke, Heribert Hopf, Fernando Silva, Friedhelm Mezger

Herausgeber: Heinrich Böll, Günter Grass, Tomas Kosta, Carola Stern, Johano Strasser. Heinrich Vormweg. L'80 erscheint viermal jährlich. Einzelband DM 15,—, Jahresabo DM 50,— (zzgl. Versand). — L'80 Verlags-GmbH, Deutz-Kalker-Str. 46, 5000 Köln 21

Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1985

Herausgeber von
Werner Frede, Kurt Johannsen,
Karl Krahn, Willfried Kruse
und Gert Peter



etwa 352 S., zahlr. Tabellen
Efaln-Bd. 38,- DM

Im „Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen“ wird zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig aus sozialwissenschaftlicher Sicht über einen wichtigen Aspekt der gesellschaftlichen Entwicklung berichtet.

Im ersten Jahrgang erläutern die vier herausgebenden Forschungsinstitute einleitend ihre Konzeption, die sich auszeichnet durch

- Betonung der Möglichkeit der Gestaltung von Arbeit und Technik (gegenüber der reinen Technikfolgenabschätzung),
- Hervorhebung der Möglichkeiten arbeitsorientierter Gestaltung von Arbeit und Technik; Analyse von Wirkungen der Anwendung neuer Technologien auf die Situation der Arbeitenden.

Im ersten Teil des Jahrbuchs: aktuelle Tendenzen der Entwicklung von Arbeit und Technik in NRW.

Im zweiten Teil: Sozialreport mit jährlich wiederkehrenden Themen wie z. B. Ausbildungsmarkt, Arbeitslosigkeit usw.

Bitte fordern Sie den **Sonderprospekt** an bei
Verlag Neue Gesellschaft
Postfach 200 189 · 5300 Bonn 2

Ulrich Steger (Hg.)

Die Herstellung der Natur Chancen und Risiken der Gen- technologie



Ulrich Steger (Hg.)

Die Herstellung der Natur
Chancen und Risiken der
Gentechnologie
221 Seiten. 19,80 DM

Herta Däubler-Gmelin
Marianne Müller

Wir sind auch noch da!
Ältere Frauen zwischen Resignation
und Selbstbewußtsein
168 Seiten. 24,80 DM



Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Gerlach, Rainer (Hrsg.): Peter Weiss. Materialien (G. Friedrich)</i>	441
<i>Krause, Rolf D.: Faschismus als Theorie und Erfahrung: »Die Ermittlung« und ihr Autor Peter Weiss (E. Mindermann)</i>	442
<i>Naumann, Uwe: Zwischen Tränen und Gelächter. Satirische Faschismuskritik 1933 bis 1945 (H. Peitsch)</i>	444
<i>Klotz, Volker: Bürgerliches Lachtheater. Komödie. Posse. Schwank. Operette (J. Pelzer)</i>	445
<i>Bernhardt, Rüdiger: Odysseus' Tod — Prometheus' Leben. Antike Mythen in der Literatur der DDR (C. Bommert)</i>	446

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Bastian, Hagen: Mummenschanz. Sinneslust und Gefühlsbeherrschung im Fastnachtsspiel des 15. Jahrhunderts (M. Richter)</i>	448
<i>Mai, Ekkehard, u.a. (Hrsg.): Ideengeschichte und Kunstwissenschaft. Philosophie und bildende Kunst im Kaiserreich (N. Schneider)</i>	449
<i>Pehnt, Wolfgang: Der Anfang der Bescheidenheit. Kritische Aufsätze zur Architektur des 20. Jahrhunderts (H. Bien)</i>	451
<i>Pehnt, Wolfgang: Das Ende der Zuversicht. Architektur in diesem Jahrhundert (H. Bien)</i>	451

Soziologie

<i>Jürgens, Ulrich, und Frieder Naschold (Hrsg.): Arbeitspolitik G.-U. Watzlawczik)</i>	454
<i>Armanski, Gerhard, u.a.: Rationalisierung in der öffentlichen Verwaltung (A. Wöhrle)</i>	456
<i>Krebsbach-Gnath, Camilla, u.a.: Frauenbeschäftigung und neue Technologien (I. Schütte)</i>	457
<i>Botz, Gerhard, und Josef Weidenholzer (Hrsg.): Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung (C. Fleck)</i>	458
<i>Büschges, Günter: Einführung in die Organisationssoziologie (W. Böttcher)</i>	459

Erziehungswissenschaft

<i>Roth, Lutz: Die Erfindung des Jugendlichen (V. Schubert)</i>	461
<i>Lippitz, Wilfried, und Käthe Meyer-Drawe (Hrsg.): Lernen und seine Horizonte. Phänomenologische Konzeptionen menschlichen Lernens — didaktische Konsequenzen (C. Mürner)</i>	462
<i>Hopf, Dieter: Unterricht in Klassen mit ausländischen Schülern (H.-J. Lambrich)</i>	463
<i>Greinert, Wolf-Dietrich: Das Berufsgrundbildungsjahr (M. Pilnei)</i>	464
<i>Ziefuss, Horst, und Heinrich Lienker: Jugend zwischen Schule und beruflicher Praxis (P. Dohse)</i>	465
<i>Hübler, Ulfert (Hrsg.): Als Pädagoge arbeitslos — was tun? (L. Meyer)</i>	466

Geschichte

<i>Bajohr, Stefan: Vom bitteren Los der kleinen Leute (H. Haumann)</i>	405
<i>Berdahl, Robert, u.a.: Klassen und Kultur. Sozialanthropologische Perspektiven in der Geschichtsschreibung (H. Haumann)</i>	405
<i>Berg, Werner: Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Großbritannien im Übergang zum »organisierten Kapitalismus« (H. Haumann)</i>	405
<i>Bergmann, Klaus, und Rolf Schörken (Hrsg.): Geschichte im Alltag — Alltag in der Geschichte (H. Haumann)</i>	405

<i>Boll, Friedhelm</i> : Massenbewegungen in Niedersachsen 1906-1920 (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Cattaruzza, Marina</i> : La formazione del proletario urbano (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Conze, Werner, und Ulrich Engelhardt (Hrsg.)</i> : Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Crew, David</i> : Bochum. Alltag einer Industriestadt (<i>H. Haumann</i>)	405
Hochlarmarker Lesebuch: Kohle war nicht alles. 100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Kaschuba, Wolfgang, und Carola Lipp</i> : Dörfliches Überleben (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Kocka, Jürgen</i> : Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875 (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Lüdtke, Alf</i> : »Gemeinwohl«, Polizei und »Festungspraxis«. Staatliche Gewalt-samkeit und innere Verwaltung in Preußen 1815-1850 (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Schörken, Rolf</i> : Geschichte in der Alltagswelt (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Scholz, Otfried</i> : Arbeiterselbstbild und Arbeiterfremdbild zur Zeit der Industriel-len Revolution (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Schweizerisches Sozialarchiv (Hrsg.)</i> : Arbeitsalltag und Betriebsleben (<i>H. Hau-mann</i>)	405
<i>Tenfelde, Klaus</i> : Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Wirtz, Rainer</i> : »Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale«. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815-1848 (<i>H. Haumann</i>)	405
<i>Zwahr, Hartmut</i> : Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse (<i>H. Haumann</i>) ..	405

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Kaltesfleiter, Werner</i> : Parteien im Umbruch (<i>W. Elfberding</i>)	467
<i>Kaase, Max, und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.)</i> : Wahlen und politisches Sys-tem (<i>J.-M. Vogl</i>)	469
<i>Niedermayer, Oskar</i> : Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interak-tion politischer Parteien im Rahmen der EG (<i>P. Sonnet</i>)	471
<i>Tobler, Hans Werner</i> : Die mexikanische Revolution (<i>T. Orococo</i>)	473
<i>Stockholm International Peace Research Institute</i> : World Armaments and Dis-armament. SIPRI Yearbook 1984 (<i>J. Rodejohann</i>)	475
Aufrüstung oder Abrüstung. SIPRI-Broschüre 1984 (<i>J. Rodejohann</i>)	475
<i>Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.)</i> : Waffenexporte und Krieg. Rüstungsjahrbuch 4 (<i>J. Rodejohann</i>)	475

Ökonomie

<i>Körner, Peter, u.a.</i> : Im Teufelskreis der Verschuldung. Der IWF und die Dritte Welt (<i>R. Rojas</i>)	476
<i>Lund, Wenda</i> : Rössing und das illegale Geschäft mit dem Namibia-Uran (<i>T. Schöfthaler</i>)	477
<i>Altwater, Elmar, u.a.</i> : Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianis-mus. Wirtschaftspolitische Optionen der Gewerkschaften in Westeuropa (<i>M. Grieger</i>)	478
<i>Glastetter, Werner, u.a.</i> : Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1980 (<i>H. Conert</i>)	480

Summaries

Joachim Hirsch: On the way to a »post-fordist« capitalism?

This article deals with the economic, social and political consequences of the current crisis of capitalist society. The main thesis is that the age of »Fordism« as characterized by Tayloristic mass production, egalitarian mass consumption and the »through-capitalization« of society has come to an end, and thusly the political forms and institutions of the »Keynesian« state as well. The developing »post-Fordist« capitalism seems to be characterized by a fundamental reorganization of work processes, a highly divided society and an authoritarian form of a decentralized and segmented corporatism. Finally, some aspects of the coming political developments and conflicts — especially the role of the so-called »new social movements« within the process of capitalist restructuring — are discussed.

Gerhard Hauck: Wallerstein's World System

The article tries to show that decisive weaknesses in Wallerstein's »World System's Perspective« are to be found in his basic theory of under-consumption, his theory of unequal exchange, and his exclusive orientation on the sphere of circulation. On last point, the author refers to Brenner's critique of Wallerstein. Yet Brenner's model contains weaknesses as well, in particular his overly idealtypological method. In the last part of the article, the author tries to overcome these weaknesses without falling back onto Wallerstein's aporias.

Veit-Michael Bader: Theory of communicative action as theory of legitimacy

Jürgen Habermas tries to show that, for three reasons, research in empirical legitimacy cannot bypass questions of moral evaluation of the normative validity claims. His *methodological* attempts to show that non-evaluative understanding is impossible underestimate the relevance of the distinction between value-reference and value judgements. In his *meta-theoretical* attempts to show that rational agreement/legitimacy functions as the essential mechanism of action coordination, he tends to take the extreme psychic and social preconditions of discourses free of power relations as empirically given. The author criticizes Habermas' *evolutionary or »empirical-sociological«* attempts to show that communicative rationality is realized in practice in »modern forms of communicative agreement« on the grounds that he confuses »logics of development« and empirical democratic legitimacy.

Traugott Schöfthaler: Communication without interaction. Niklas Luhmann's sociology

A comparative assessment of Luhmann's post-idealist and Habermas' humanist concepts of sociology reveals the remarkable realism of the former. Luhmann's concept transforms Habermas' antinomies of social systems and life worlds in terms of evolutionary trends, which bring about a separation of interaction and communication. He thereby unravels the decline of value integration in modern society. Luhmann seems to have de-mystified intellectual subjectivism and post-materialism as well as alternative movements, which conceive themselves as truly anti-capitalist. The author considers the precarious role of sociology which participates in the ideological self-conceptions of modern society and is devoted to rationality at a distance a major problem remaining for both Luhmann and Habermas.

Alonso Aguilar M.: Crisis and strategies of development in Latin America

Aguilar reviews various dimensions and principal expressions of the current economic crisis in Latin America. The main idea is that the crisis is neither a mere reflection of the role of these countries in the centre-periphery scheme nor a result of the exhaustion of a certain model of capital accumulation. Rather, the crisis characterizes the incapacity of the capitalist mode of production to stimulate economic growth under the present conditions of underdevelopment. It forces the peoples of Latin America to join together in a common cause and fight for complete liberation and independence.

Eckard Holler: Alternative culture versus culture of an élite

Today there are four main cultural currents in the FRG: the established élite culture, the traditional popular culture, the commercial entertainment culture, and the alternative culture i.e. »Second culture«. The alternative culture is connected with similar cultural developments in many parts of the world. Its origin lies in the so-called »sociocultural centres« in the FRG. The possibilities of sponsors such an alternative culture through state and community budgets has improved with the appearance of the Green Party on the political scene.

Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
- Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
- Berlin 12: Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
- Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
- Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8315089
- Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
- Berlin 62: Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel.: 030/784001
- Bochum: Politische Buchhandlung, Unistr. 26; Tel.: 0234/300266
- Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
- Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
- Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
- Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
- Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
- Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräfeinstr. 77; Tel.: 0611/777303
- Fulda: SOFA, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/74934
- Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
- Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
- Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
- Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
- Krefeld: Der andere Buchladen, Dionysiusstr. 7; Tel.: 02151/66842
- Marburg: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
- München 40: BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
- Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
- Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
- Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
- Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
- Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/52929
- Wuppertal 1: Sisyphos — Der andere Buchladen, Friedrichstr. 1; Tel.: 0202/442036
- Schweiz
Bern: Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft,
Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
- Niederlande
E.R. Ruward B.V., Spui 231, NL-2511 BP Den Haag; Tel.: 070/658755
- Österreich
Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 10: Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel.: 0222/421234